

Die zürcherische Volksschulgesetzgebung 1831-1951

**Ein Beitrag zur Geschichte
der zürcherischen Volksschule**

**Abhandlung zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät I
der Universität Zürich**

vorgelegt von

Paul Frey
von Zürich

**Angenommen auf Antrag
von Herrn Prof. Dr. Leonhard von Muralt**

Zürich 1953

Buchdruckerei Dr. J. Weiss, Affoltern a. A.



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Die zürcherische Volksschulgesetzgebung 1831-1951

**Ein Beitrag zur Geschichte
der zürcherischen Volksschule**

Abhandlung zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät I
der Universität Zürich

vorgelegt von

Paul Frey

von Zürich

Angenommen auf Antrag
von Herrn Prof. Dr. Leonhard von Muralt

Zürich 1953

Buchdruckerei Dr. J. Weiss, Affoltern a. A.



Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	VII
Erster Teil	
Das Unterrichtsgesetz vom 28. September 1832	1
1. Kapitel: Die Ausgangslage	3
a) Die geistigen und politischen Grundlagen	3
b) Die praktischen Voraussetzungen	9
c) Aufbau in Stufen	13
2. Kapitel: Der Werdegang des neuen Unterrichtsgesetzes	19
a) Der Entwurf Scherrs	19
b) Scherrs Streit mit Nägeli und den Pestalozzianern	26
c) Die Beratungen in der zweiten Sektion des Erziehungs- rates	29
d) Die Beratungen im Gesamterziehungsrat	31
e) Das Unterrichtsgesetz vor dem Erziehungsrat	34
f) Die Petitionen an den Großen Rat	36
g) Die Verhandlungen im Großen Rat	41
h) Das Gesetz über die höhern Volksschulen vom 18. Sep- tember 1833	46
3. Kapitel: Die Zürcher Volksschule unter dem neuen Unterrichts- gesetz. 1833—1859	49
a) Die Schöpfer des Gesetzes	49
b) «Volksbildung ist Volksbefreiung»	53
c) Das Wesen der neuen Volksbildung	54
d) Die praktischen Schwierigkeiten der neuen Volksschule	57
e) Die Volksschule im konservativen Interregnum	60
Zweiter Teil	
Das Unterrichtsgesetz vom 23. Dezember 1859	67
1. Kapitel: Die zweite liberale Aera und die Volksschule 1845—1859	69
a) Die politischen Verhältnisse	69
b) Neue Ideen zur Gestaltung der Volksschule	71

	Seite
2. Kapitel: Der Gang der Gesetzesrevision	81
a) Unter Alfred Escher 1849—1854	81
b) Unter Jakob Dubs 1855—1859	84
c) Die Beratung des Gesetzes im Erziehungsrat	89
d) Die Verhandlungen im Großen Rat	92
3. Kapitel: Die Bedeutung des Unterrichtsgesetzes von 1859 für die Volksschule	95

Dritter Teil

Die demokratische Verfassung von 1869 und die Versuche zu einer Neugestaltung des Volksschulwesens	105
1. Kapitel: Die Schulartikel in der demokratischen Verfassung von 1869	107
a) Die geistigen und politischen Grundlagen	107
b) Die Entstehung der Schulartikel der neuen Verfassung und deren Beratung in der Verfassungskommission	113
c) Die Haltung der Lehrerschaft	117
d) Die Verhandlungen im Verfassungsrat	118
e) Die Volksabstimmung über die neue Verfassung	122
f) Die Bedeutung der Schulartikel in der Verfassung vom Jahre 1869	124
2. Kapitel: Das verworfene Sieber'sche Unterrichtsgesetz von 1872	129
a) Die Ausarbeitung des Entwurfes durch Sieber und die Beratung im Erziehungsrat	130
b) Die Beratungen im Regierungsrat	136
c) Die Abänderungsanträge und Petitionen an den Kantonsrat	138
d) Die Beratungen im Kantonsrat	140
e) Die Volksabstimmung	144
f) Nach dem verwerfenden Volksentscheid	148
3. Kapitel: Im Zwischenfeld 1872—1890	155
a) Nach der Verwerfung des Sieber'schen Unterrichtsgesetzes	155
b) Die Versuche zur Erweiterung der Schulpflicht 1875—1884	157
c) Die Andelfinger Initiative von 1885	162
d) Die Winterthurer Initiative von 1887	164

	Seite
e) Das verworfene Gesetz betreffend die Volksschule vom Jahre 1888	166
f) Rückblick auf die Jahre 1872—1890	175

Vierter Teil

Das Volksschulgesetz vom 11. Juni 1899	183
---	------------

1. Kapitel: Die politischen Verhältnisse in den 1890er Jahren und ihre Auswirkung auf die Schulpolitik	185
a) Parteien und Bünde um 1890	185
b) Der Schulartikel der Eingemeindevorlage vom Jahre 1891	193
c) Die Motionen betreffend Förderung der gewerblichen und industriellen Berufsbildung vom November 1892	196
d) Das Initiativbegehren betreffend die Wahlart der Lehrer und Geistlichen vom Jahre 1893	197
e) Das Initiativbegehren betreffend Aufhebung der staatlichen Ruhegehälter vom Jahre 1894	199
2. Kapitel: Das Volksschulgesetz vom Jahre 1899	202
a) Die Vorlage des Regierungsrates vom Jahre 1890	202
b) Die Ausarbeitung der Vorlage durch den Erziehungsrat 1892—1896	203
c) Die Vorlage vor dem Regierungsrat	208
d) Die Beratung des Gesetzes in der kantonsrätlichen Kommission	210
e) Die Verhandlungen im Kantonsrat	211
f) Die Stellungnahme der Parteien und der Presse	214
g) Die Volksabstimmung vom 11. Juni 1899	216
3. Kapitel: Ausblick	219
a) Die zürcherische Volksschule 1899—1932	219
b) Im Vorfeld eines neuen Volksschulgesetzes	228
c) Besinnung. Die Zürichterschule, Staatsschule oder Volksschule?	234

Bibliographie	243
-------------------------	-----

Vorwort

Die vorliegende historische Arbeit verdankt ihre Entstehung den Auseinandersetzungen und öffentlichen Diskussionen um ein neues Volksschulgesetz, also einem Geschehen der Gegenwart. Im Moment der Niederschrift dieser Zeilen hat dieses die zweite Lesung im Kantonsrat passiert und harrt nun noch der redaktionellen Lesung, bevor es dem schicksalshaften Moment der Volksabstimmung ausgesetzt wird. Als Volksschullehrer und gelegentlicher Mitarbeiter der Schweizerischen Lehrerzeitung und der Zürcher Tagespresse habe ich den Werdegang dieses Gesetzes mit lebhaftem Interesse verfolgt und es ist in mir dabei der Wunsch erwacht, zu erforschen, welche politischen und geistigen Kräfte bei der Entstehung der früheren Unterrichts- und Volksschulgesetze wirksam waren.

Damit stellte sich für mich zunächst die Frage der Bedeutung der Schulgesetzgebung, einmal im engern Sinne innerhalb der Volksschule selber, im weitem aber im Rahmen des öffentlichen Lebens unseres Kantons. Mit treffenden Worten hat dies der zürcherische Staatsmann J a k o b D u b s in der von ihm verfaßten Weisung des Regierungsrates an den hohen Großen Rat zum Unterrichtsgesetz von 1859 umschrieben:

„Ein einziger Blick auf die Geschichte unseres Schulwesens zeigt uns, daß dessen sukzessive Gestaltung in den letzten dreißig Jahren das Werk großer politischer und religiöser Parteikämpfe und Parteisiege war. Gerade die Schulgesetzgebung spiegelt in einer ganz merkwürdigen Art die Geschichte dieser Zeit, in ihr lagerte jede der herrschenden Parteien ihre Gedanken ab.“

Diese vor fast hundert Jahren geschriebene Wertung der Schulgesetzgebung hat sich auch für die nachfolgende Zeit als

in hohem Maße zutreffend erwiesen. Wenn nun in der vorliegenden Darstellung, bedingt durch die Problemstellung, in den vielfältigen Beziehungen zwischen Politik und Volksschule die erstere vorwiegend als gebender, die letztere aber als nehmender Teil erscheint, so darf nicht übersehen werden, daß ebenso sehr das Umgekehrte zutrifft, haben doch viele Männer und Frauen unseres Volkes, mit keiner andern Bildung als derjenigen der Volksschule ausgerüstet, in allen Sparten unseres öffentlichen Lebens Hervorragendes geleistet. Daraus geht hervor, daß der Volksschule eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zukommt. Sie erfreute sich denn auch, seitdem in den Regenerationsjahren dies erkannt wurde, eines besonderen Interesses seitens der politischen Parteien, der Wirtschaft und der Kirchen. Es gehört dabei zur Eigenart unseres Staatswesens, daß die Volksschule selber, fern von der Tagespolitik, in der Stille ihrer Arbeit obliegt und die ihr übertragene Aufgabe der Jugenderziehung und -bildung zu erfüllen sucht, daß aber ihre Grundlage, die Schulgesetzgebung, dem Wellenschlag des politischen Lebens ausgesetzt ist. Aufs engste ist darum die Schulgesetzgebung mit der kulturellen und politischen Entwicklung unserer engern Heimat verknüpft und wer ihre Geschichte verfolgt, erlebt damit zugleich ein Stück unserer Kantonsgeschichte. Diesen vielfältigen und reichen Beziehungen nachzuspüren, ist die Aufgabe dieser Arbeit.

Nun hat allerdings die vielgestaltige zürcherische Schulgeschichte schon eine Reihe von Bearbeitern anzuziehen vermocht, wobei auch da und dort die Schulgesetzgebung gestreift wurde. Es besteht aber noch keine Arbeit, die systematisch und in strenger Beschränkung das reiche, auf dem Staatsarchiv in Zürich vorhandene Quellenmaterial verwertete. Sollte meine Arbeit in dieser Beziehung eine vorhandene Lücke schließen können, dann wäre ihr Zweck erreicht. So weit dies möglich war, habe ich mich dabei auf die bereits vorhandenen Arbeiten gestützt, wo ich aber auf Grund meiner eigenen Quellenstudien mit ihnen nicht einig gehen konnte, habe ich mich in aller Offenheit mit ihnen auseinandergesetzt. Wenn dabei die eine oder andere historische Persönlichkeit, die bestimmend auf das zürcherische Schulwesen eingewirkt hat, etwas anders beurteilt

wurde, als bis anhin üblich war, so möge dies als Diskussionsbeitrag aufgefaßt sein.

Um die Arbeit nicht zu umfangreich werden zu lassen, habe ich mich in verschiedener Hinsicht konsequent an die Grenzen gehalten, die durch das Thema selber gegeben sind. So wurden die gesetzgeberischen Probleme der Mittelschulen und der Hochschule nicht behandelt, in der Vergleichung mit der Schulgesetzgebung anderer Kantone beschränkte ich mich auf das Notwendigste und schließlich habe ich auch die Fragen übergangen, die durch das von Anfang an etwas anders geartete Schulwesen der beiden Städte Zürich und Winterthur aufgeworfen wurden. Dagegen habe ich ausgiebig die Presse, Tagespresse sowohl als Fachpresse, als Quelle herangezogen, da sie in reichem Maße die geistigen und politischen Strömungen spiegelt, die sich in der zürcherischen Volksschulgesetzgebung durchzusetzen versuchten.

Meinem verehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Leonhard von Muralt, möchte ich für das große Verständnis danken, das er der besondern Art dieser Arbeit entgegenbrachte. Mein Dank gilt aber auch dem Personal des Staatsarchivs und der Zentralbibliothek Zürich und nicht zuletzt meinen beiden Kollegen, Dr. Viktor Vögeli und Hans Moebius, die mich bei dieser Arbeit tatkräftig unterstützten.

Zürich, im Februar 1952

Nachtrag: Am 9. März 1953 hat der Kantonsrat das neue Volksschulgesetz an den Regierungsrat zurückgewiesen, mit dem Auftrag, eine Teilrevision der Oberstufe vorzubereiten.

ERSTER THEIL

Das Unterrichtsgesetz vom 28. September 1832

«Es gibt Momente im Leben eines Volkes, wo es gleichsam aus sich selber herausgeht, sich über die Beschränktheit seiner gewöhnlichen Denk- und Handlungsweise erhebt und innerlich und lebendig einen großen Gedanken fühlt. Das sind die Augenblicke der Schöpfungen, die kostbaren Augenblicke, welche tiefe Furchen in die Zeit ziehen, Furchen, aus denen die Saat für Generationen aufgeht.»

Ludwig Snell über den Ustertag

Erstes Kapitel:

Die Ausgangslage

a) Die geistigen und politischen Grundlagen

Die zürcherische Volksschule nahm ihren Anfang am 20. März 1831, an dem Tag, da das Zürchervolk mit 40 503 Ja gegen 1721 Nein, also mit überwältigendem Mehr, der neuen Verfassung zustimmte, deren Artikel 20 lautete:

„Sorge für Vervollkommnung des Jugendunterrichtes ist Pflicht des Volkes und seiner Stellvertreter.“¹

Verfolgt man rückwärts diesen Verfassungsgrundsatz, so ergibt sich als nächster, markanter Punkt das Memorial von Uster², in dem unter den die bestimmten Begehren begleitenden „allgemeinen Wünschen“ als letzter Punkt gefordert wurde:

„Als einer der wichtigsten Wünsche durchgreifende Verbesserung im Schulwesen.“

Dem Uster Memorial selber ging das „Küsnachter Memorial“ voraus, an dessen Ausarbeitung Ludwig Snell entschei-

¹ Staatsverfassung für den Eidgenössischen Stand Zürich vom 10. März 1831.

² Das «Uster-Memorial», unterzeichnet am 24. November 1830.

dend mitgewirkt hatte. In einer andern, ungefähr zur gleichen Zeit erschienenen Eingabe zur Verfassungsreform schrieb Snell:

„Als die letzte und notwendigste Grundlage des Repräsentativsystems wird ein tüchtiges, öffentliches Erziehungssystem anerkannt. Es sollen darum die Primarschulen auf diejenige Stufe der Vollkommenheit erhoben werden, auf welcher sie bei den gebildeten Völkern Europas stehen.“³

Wenn wir damit in kurzen Zügen die Entwicklung dieses für die zürcherische Volksschule so bedeutungsvollen Verfassungsgrundsatzes aufgezeigt haben, der eindeutig die Sorge für das Schulwesen dem Staate⁴ überband, so geht daraus eine Bestätigung der These hervor, die Anton von Muralt in seiner Arbeit „Die Julirevolution und die Regeneration in der Schweiz“ aufgestellt hat:

„Einige bedeutende Politiker und Publizisten, durchdrungen vom Glauben an die Rechte und Freiheiten des Menschen und Bürgers, begabt mit einem feinen Sinn für die latent vorhandenen Dispositionen des Volkes, haben, die große Kunst der Volkswillensbildung virtuos beherrschend, eine unzweifelhafte Majorität für ihre Ideale begeistert, gegen den Widerstand sowohl der konservativen regierenden Schicht wie jenen der indifferenten, bequemen Masse mobil gemacht, und damit durch den vorher nicht existierenden Willen des Volkes die repräsentative Demokratie in den schweizerischen Kantonen geschaffen.“⁵

Gleichsam als Nebenprodukt des gleichen, politischen Prozesses entstand nun die zürcherische Volksschule und es erhebt sich die Frage, ob sie ihre Entstehung den ausländischen Vorbildern verdankte, wie Ludwig Snell andeutet, oder der Einsicht und dem Willen der führenden Politiker im Lande selber. Der vor allem mit deutschen Verhältnissen vertraute Flüchtling Snell hat diesen Hinweis später präzisiert:

³ Ludwig Snell, Entwurf einer Verfassung nach dem reinen und ächten Repräsentativsystem. Abgedruckt in *Varia Turicensia*, Band XXXI, S. 13.

⁴ Gemeint waren Staat und Gemeinden.

⁵ A. von Muralt, S. 120.

„Während in den benachbarten Ländern, besonders in Deutschland, die großen Fortschritte in der Wissenschaft der Volksbildung gemacht und mit lebendigem Eifer diese wissenschaftlichen Fortschritte zur Verbesserung der Schulen angewendet wurden, ja während in der Schweiz selber ausgezeichnete Männer wie Fellenberg Großes, was bitter hätte benötigt werden können und sollen, in Privatinstituten leisteten und ein pädagogisches Genie erster Größe wie Pestalozzi eine ganz neue Welt für den Volksunterricht öffneten und die Schätze seiner Entdeckungen bis in ferne Weltgegenden getragen, verbreitet und fruchtbar gemacht wurden, schliefen Tausende und aber Tausende den tiefen Schlaf der Unwissenheit und Rohheit.“⁶

Daraus geht deutlich hervor, daß Snell bei seinem Hinweis auf das Ausland den Zustand der Volksschulen diesseits und jenseits der Grenzen im Auge hatte und dabei auf die sonderbare Tatsache gestoßen war, daß in einem Land, das einen Heinrich Pestalozzi zu seinen Mitbürgern zählte, das Schulwesen sich in einem derart schlechten Zustand befand. Mit Fellenberg aber erwähnte Snell eine Persönlichkeit, die in hohem Maße das Bekenntnis zur Notwendigkeit einer umfassenden Volksbildung verkörperte, was seit den Tagen der Helvetik zur tief verwurzelten Tradition der schweizerischen Liberalen geworden war und hier noch durch einige wenige Beispiele belegt sein soll.

Als erster sei erwähnt Philippe Albert Stapfer, der als helvetischer Erziehungsminister im Oktober des Jahres 1798 dem helvetischen Direktorium den Entwurf eines Schulgesetzes vorlegte, das ein für die ganze Schweiz gültiges, nach modernen Prinzipien gestaltetes Schulwesen vorsah⁷. Auf's schönste war sodann die „zentrale Idee der Alt-Liberalen: kontinuierlicher Fortschritt durch Aufklärung und Erziehung“, in der Person von Heinrich Zschokke verkörpert, von dem das geflügelte Wort, „Volksbildung ist Volksbefreiung“, stammt.⁸ Von diesem

⁶ Ludwig Snell, *Der Geist der neuen Volksschule in der Schweiz*, S. 12.

⁷ Gagliardi, *Geschichte der Schweiz*, S. 1144.

⁸ A. von Muralt, S. 12.

Bekenntnis zur Volksbildung machten aber auch die führenden Liberalen des Kantons Zürich keine Ausnahme. So trat ihr überragender Kopf, Paul Usteri, je und je für eine Verbesserung des Schulwesens ein, was hier durch ein Zitat aus einer Rede beleuchtet sein soll, die Usteri im Jahre 1828 an der Jahresversammlung der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft in Zürich hielt:

„Wie Feldlager gegen den Feind, so soll man Feldlager gegen die Unwissenheit und die Barbarei aufschlagen; Schulen zur Bildung der Jugend, das ist ein Krieg Gottes gegen Feinde, die den Menschen hindern nach seinem Bilde zu leben, nach welchem er geschaffen ist.“⁹

Schon als Oberamtmann des Bezirkes Knonau brachte Conrad Melchior Hirzel den Schulfragen ein eminentes Interesse entgegen. So war er die treibende Kraft, als im Jahre 1826 die Gemeinnützige Gesellschaft des Bezirkes Affoltern die erste Sekundarschule im Kanton Zürich ins Leben rief. Drei Jahre später, im November des Jahres 1829, veröffentlichte C. M. Hirzel eine dem Großen Rat gewidmete Schrift, „Wünsche zur Verbesserung der Landschulen des Kantons Zürich“, der eine große Wirkung in der Öffentlichkeit zuteil wurde.¹⁰ Diesen tätigen Ausbau der zürcherischen Volksschule setzte C. M. Hirzel auch dann fort, als er nach dem Umschwung von 1831 zum höchsten Amte, das der Kanton Zürich zu vergeben hatte, zu demjenigen des Bürgermeisters emporgestiegen war.

Offen bleibt nun noch die Frage nach dem geistigen Ursprung dieses Bekenntnisses zur Volksbildung bei sozusagen allen bedeutenden Politikern und Publizisten liberaler Schule. So vielfältig wie die „bunte Gesellschaft von alten, erfahrenen Politikern, von Studenten der Rechte, die an den deutschen Universitäten zu Jüngern der historischen Schule geworden waren, von Opportunisten, Philantropen und weltfremden Gelehrten“¹¹,

⁹ Verhandlungen der Schweiz. Gemeinnützigen Gesellschaft, 18. Bericht.

¹⁰ Festschrift S. 93.

¹¹ A. v. Muralt, S. 58.

die alle zu den Liberalen gezählt wurden, so zahlreich sind auch die geistigen Wurzeln ihrer Bekenntnisse. Daraus ergibt sich zunächst einmal eines: Diese Frage kann unmöglich „in globo“ beantwortet werden, sondern müßte sorgfältig für jede dieser Einzelpersönlichkeiten beantwortet werden, so wie das Kurt Müller in seinem vor kurzem erschienenen Buche über Conrad Melchior Hirzel getan hat. Da eine solch ausgedehnte Untersuchung den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde, begnügen wir uns mit einigen Hinweisen. Für Hirzel scheint uns eine Feststellung bedeutsam, zu der Müller bei seiner subtilen Untersuchung von Hitzels Weltanschauung gelangte:

„Abschließend läßt sich feststellen, daß von den geistigen Strömungen der Zeit alle auf Hirzel gewirkt haben. Den größten und Haupteinfluß hatten der Idealismus und die Klassik, vor allem natürlich durch die Berührung mit Fries und den Umgang mit Gersbach, aber auch durch die Lektüre der idealistischen Philosophen und der klassischen Dichter. Die Aufklärung wirkte einmal indirekt über den Idealismus nach, bestimmt auch durch die Lektüre Montesquieus und anderer Schriftsteller. — Diese Einflüsse, die oft nicht von den Hauptvertretern der einzelnen Richtungen, sondern aus zweiter Hand stammten und in den Diskussionen mit den Freunden wieder neue Formen erhielten, sind nicht genau abzugrenzen. Sie verschlangen sich in Hirzel wieder zu einem Ganzen, an dem er nicht nur empfangend, sondern auch selbstätig durch seinen Geist Anteil hatte.“¹²

In dieser Beurteilung Müllers wird zuerst einmal das Komplexes dieses Problemes sichtbar. Dann aber geht daraus hervor, daß Hirzel sich „als Kind des Liberalismus und Idealismus und nicht der Aufklärung“¹³ zeigte. Dem gegenüber scheint uns Snell viel stärker durch die Aufklärung beeinflußt zu sein, was durch die Formulierung des Erziehungszieles Snells belegt werden soll:

¹² Kurt Müller: Bürgermeister Melchior Hirzel, 1793—1845, ein Wegbereiter liberaler Politik in der Schweiz, S. 64/65.

¹³ ebenda S. 59.

„Die Gleichheit der bürgerlichen und politischen Rechte fließt aus der Gleichheit Aller und aus denjenigen Anlagen und Kräften, welche den Grundcharakter des Menschen ausmachen: „Vernunft und Freiheit“. Der oberste Zweck aller öffentlichen Erziehung ist demnach, alle werdenden Bürger der allgemeinen Menschenbestimmung entgegen zu führen oder mit andern Worten, sie alle zur Würde freier Vernunftswesen auszubilden“.¹⁴

Runden sich so die zentralen geistigen Kräfte, die diese Männer bewegten, keineswegs zu einem einheitlichen Bild, so waren sie doch alle durch eines miteinander verbunden, durch den unerschütterlichen Glauben an den Fortschritt.

Noch viel schwieriger ist nun die andere Frage zu beantworten, inwiefern die Volksschule als Mittel zur politischen Erziehung oder aber als allgemeine Bildungsanstalt und somit als Selbstzweck verstanden wurde. Was hier ein eindeutiges Urteil noch viel mehr unmöglich macht, ist die Tatsache, daß bei ein und derselben Persönlichkeit Aeüßerungen zu finden sind, die nicht miteinander übereinstimmen. Immerhin läßt der Verzicht, eine allgemeine Erziehungsreform im Sinne Pestalozzis durchzuführen, so wie sie Nägeli und seine Freunde so sehnlich wünschten, darauf schließen, daß das politische Motiv im großen ganzen dominierte. Dieser Eindruck verstärkt sich, wenn man bedenkt, in welchem Tempo die Schulreform durchgeführt wurde:

Es ist nun aber festzuhalten, daß die Schulreform an und für sich keineswegs im Zentrum der Regenerationsbewegung stand, sondern als einen ihrer Mitläufer zu betrachten ist. Das geht daraus hervor, daß sie in der liberalen Presse in den Monaten vor dem Umschwung kaum in Erscheinung trat und auch im Memorial von Uster nicht unter den Hauptforderungen, sondern in den diese begleitenden, „allgemeinen Wünschen“ aufgeführt wurde. Nachdem die neue Verfassung angenommen war und man daran ging, das neugeschaffene Staatswesen auszubauen, gewann sie jedoch rasch an Bedeutung, welcher unter vielen anderen Regierungsrat E d u a r d S u l z e r Ausdruck gab,

¹⁴ Ludwig Snell: Der Geist der neuen Volksschule, S. 12.

indem er sie als „die Krone unter den Leistungen dieser Zeit“ bezeichnete.¹⁵ Den spätern Betrachtern erschien sie ebenfalls als eine der wichtigsten Schöpfungen der Regeneration, wobei Dändliker so weit geht, sie als den „Glanzpunkt der Umgestaltungen der Dreißigerjahre“ zu bezeichnen.¹⁶

b) Die praktischen Voraussetzungen

Wenn auch die Schulreform von 1830 getragen war von fortschrittlichen Ideen, wie wir sie im letzten Abschnitt umrissen haben, so war es doch den führenden Männern klar, daß die neue Volksschule auf die Grundlage der alten gestellt werden mußte. Wegmann weist darauf hin:

„Die äußere Organisation der Volksschule verfügte über eine zweihundertjährige Entwicklung, die nicht ignoriert sein wollte. Seit der ersten „Durchgehenden Ordnung für die Schulen uff der Landschaft“ von 1637 hatte sich eine bestimmte Basis herauskristallisiert, die die Voraussetzung für alle reformatorischen Forderungen darstellte. Das einzige Moment, das noch zur Diskussion stand, war neben untergeordneten technischen Belangen die Frage der Intensität: Die zeitliche Ausdehnung der Volksschule und die Höhe des Bildungsideals.“¹⁷

Die Schulorganisation, wie sie unmittelbar vor der Regeneration wenigstens auf dem Papier bestand, beruhte auf einer vom Großen Rate im Jahre 1803 erlassenen Schulordnung, welche ihrerseits einfach eine Neufassung des Schulreglementes von 1719 darstellte und keine wesentlichen Verbesserungen brachte.¹⁸ Die Schule gliederte sich in die Alltagsschule und die Repetierschule. In die erstere trat das Kind mit dem sechsten Altersjahre ein und blieb dort, bis es ein bestimmtes Wissen erworben hatte (Lesen und Schreiben, Einmaleins, Anfänge im Kopfrechnen, Auswendigkönnen von sittlich-religiösen Sprüchen und Liedern), in der Regel aber bis zum zwölften Altersjahr. Die Repetier-

¹⁵ Dändliker: Geschichte von Stadt und Kanton Zürich, S. 275.

¹⁶ ebenda.

¹⁷ Wegmann, S. 79.

¹⁸ Wettstein, S. 454.

schule wurde von den Kindern bis zur Konfirmation besucht, dauerte wöchentlich einen halben Tag und diente vornehmlich kirchlichen Zwecken (Pflege des Kirchenliedes).¹⁹

Die Schule vor 1830, die auf dem Papier noch ganz ordentlich aussah, krankte aber an zwei Hauptübeln, der großen Zahl von Schulversäumnissen und am mangelhaften Können der Lehrerschaft, das Hand in Hand ging mit deren ganz ungenügenden Entlohnung. In seinem „Bericht über den Zustand des Landschulwesens im Kanton Zürich“ vom Jahre 1830 ließ Johann Jakob Hottinger einen als Schulinspektor eines Bezirkes amten- den Geistlichen folgendermaßen zu Worte kommen:

„Ich traf Schulen mit 190 Kindern unter einem Lehrer und vier Stunden Schulzeit. Ich sah und hörte, wie in einem halben Tag die kleinen Kinder nicht mehr als ein Wort buchstabieren mußten, in der Zwischenzeit aber müßig saßen, woher es kam, daß viele im ersten Jahre kaum recht die Buchstaben kennen lernten. Ich entsetzte mich zu beobachten, wie viele der Erwachsenen nicht lesen konnten, vom Schreiben will ich gar nicht reden. Auch unter der aufwachsenden Jugend traf ich noch viele, die nur mit großer Not lesen, den Töchtern fand ich es immer noch frei gestellt, ob sie schreiben wollten oder nicht. Eine furchtbare Menge von Absenzen waren in den Rödeln angemerkt. Uebereinstimmende Methode sah ich nirgends. Jeder Lehrer geht seinen Gang. Besser Unterrichtete sind zu zählen; daher muß man zufrieden sein, wenn das Notdürftigste geleistet wird. Einige wenige abgerechnet, kann keiner das Gelesene erklären, oder eine Verstandesübung vornehmen, auch fehlen dazu noch völlig die notwendigen Bücher.“²⁰

Es fällt auf, daß in der Organisation der Schule vor 1830 versucht wurde, zwei Prinzipien zu vereinigen: das kirchliche und das weltliche.

Einen sehr starken kirchlichen Zug wies die Schule darum auf, weil trotz der Helvetik und Mediation kein vollstän-

¹⁹ Festschrift, S. 59.

²⁰ J. J. Hottinger: Bericht über den Zustand des Landschulwesens im Kanton Zürich, S. 50.

diger Bruch der Kontinuität eingetreten war und die Schule somit einen guten Teil der Tradition der sozusagen rein kirchlichen Volksschule des 18. Jahrhunderts übernommen hatte. Nach den Wünschen der Kirche ausgerichtet war vor allem der Lehrstoff der Schule: Die einzigen gesetzlichen Schulbücher waren das „Namensbüchlein“ zum Buchstabieren, der „Lehrmeister“ mit Fragen über Gott, die zehn Gebote etc., das „Waserbüchlein“, das Gebete, geistliche Lieder und Bibelsprüche enthielt und schließlich noch der Catechismus und das neue Testament.²¹ Somit wurde zum Hauptfach, dem weitaus am meisten Stunden eingeräumt waren, der Religionsunterricht.²² Dazu kam die Herrschaft der Pfarrer über die Schule, da die direkte Aufsicht über die Dorfschulen durch die Ortspfarrrer ausgeübt wurde.²³ Ohne Bewilligung des Pfarrers durfte keine Schulstunde versäumt werden, jedes wichtige Vergehen eines Kindes war diesem anzuzeigen und die Landschulordnung schärfte dem Lehrer ausdrücklich ein, dem Pfarrer willig Gehorsam zu leisten in allem, was zum Besten der Schule geraten und befohlen werde.²⁴

Was staatlich war an der Volksschule vor 1830, das hatte zum großen Teil die Helvetik gebracht, doch hielt die Tendenz nach Verstaatlichung des Schulwesens auch in den Perioden der Mediation und der Restauration an.²⁵ Da ist zunächst die durch das helvetische Direktorium proklamierte Unentgeltlichkeit der Schule für Unbemittelte, woraus der Staat dann die Verpflichtung zum Schulbesuch ableiten konnte.²⁶ Im weiteren lag der in der Helvetik erfolgten Schaffung des Erziehungsrates der Gedanke zu Grunde, die Volksschule aus der Herrschaft der Kirche herauszulösen und der Aufsicht eines eigens dazu bestellten, staatlichen Organs zu unterstellen. „Man hatte gehofft, alle Kompetenzen der Kirche auf die Behörden übertragen zu können und die Kompetenzen der Kirche mit einem Schlag aus der Schule eliminieren zu können“, schreibt Martha

²¹ Dändliker, Ustertag, S. 20.

²² Greiner, S. 4.

²³ Dändliker, Ustertag, S. 10.

²⁴ Festschrift, S. 57/58.

²⁵ Greiner, S. 7/8.

²⁶ ebenda, S. 15.

Greiner²⁷. Nun war aber die Entwicklung nicht in den vorgesehenen Bahnen verlaufen, da mehrheitlich Geistliche in den Erziehungsrat gewählt wurden, sich darum die Zusammenarbeit zwischen Kirche und Erziehungsrat in der Periode von 1803 bis 1830 sehr intensiv gestaltete und sich überhaupt das gute Verhältnis zwischen den weltlichen und kirchlichen Behörden stärkte. Damit aber hatte sich das Erziehungsziel, das in der Helvetik in der Erziehung der Jugend zu tüchtigen Staatsbürgern bestanden hatte, wiederum auf die sittlich-religiöse Erziehung verlagert.²⁸

Im Volke selber regte sich das Bedürfnis nach einer Verbesserung des Schulwesens. Ein äußeres Zeichen stellten die zahlreichen neuen Schulhäuser dar, die in jener Zeit erstellt wurden.²⁹ Auch für die Hebung der Qualität der Lehrerschaft wurden Anstrengungen unternommen. Daß im ganzen gesehen die Verhältnisse unerfreulich waren und keineswegs der kulturellen Entwicklung im Kanton entsprachen, lag zur Hauptsache in den mangelhaften finanziellen Aufwendungen für das Schulwesen begründet. So wurde im Jahre 1828 von einer Kommission des Großen Rates festgestellt, daß der Staat für das Kirchenwesen 128 000 Franken, für das gesamte Unterrichtswesen aber nur 32 000 Franken ausgegeben hatte.³⁰ Diese Feststellung wurde gemacht zu einem Zeitpunkt, in dem durch einsichtige Männer, wir nennen an erster Stelle Conrad Melchior Hirzel, bereits dem Gedanken einer vollständigen Reorganisation des Unterrichtswesens zum Durchbruch verholfen worden war. Nun erfolgte auch der Auftrag des Großen Rates an den Erziehungsrat, einen Antrag zur Verbesserung des Schulwesens auszuarbeiten. An dem daraufhin ausgearbeiteten Reorganisationswerk hatten zwei Männer hervorragenden Anteil. Es waren C. M. Hirzel, damals Oberamtmann im Knonaauer Amt, und Professor J. J. Hottinger, der im Auftrage des Erziehungsrates einen „Bericht über den Zustand der Landschulen im Canton Zürich“ ausgearbeitet hatte. Der Erziehungs-

²⁷ Greiner, S. 42.

²⁸ ebenda, S. 38.

²⁹ Festschrift, S. 83.

³⁰ ebenda, S. 81.

rat beendete den Gesetzesentwurf³¹ anfangs Juni 1830. Nach einigen nicht ungeschickten Abänderungen wurde er im Herbst 1830 auf den Kanzleisch der gesetzgebenden Behörde gelegt, doch schnitt die Staatsumwälzung diesem Reformwerk, das Dändliker als ein schlechtes Flickwerk bezeichnete³², den Faden ab.³³ Die Arbeit war allerdings nicht vollständig umsonst geleistet worden, denn viele Anregungen wurden im neuen Schulgesetz verwirklicht.³⁴

c) Aufbau in Stufen

Es ist interessant, daß der Aufbau des neuen Schulwesens nicht etwa in einem Gusse erfolgte, sondern schrittweise, das heißt durch eine Reihe von Gesetzen, die organisch zusammen aber doch ein Ganzes bilden. Als Markstein erweist sich wiederum die Verfassung vom 20. März 1831, da sie nicht nur die Forderung nach einer Verbesserung des Schulwesens aufstellte, sondern zugleich auch die für diese Verpflichtung verantwortliche Stelle bezeichnete:³⁵

Art. 70, Alinea 2: „Die Organisation des Erziehungswesens, und in's Besondere die Errichtung einer Schulsynode, ist einem auf eingeholtes Gutachten des Erziehungsrates zu erlassenden Gesetze vorbehalten.“

Um die Einheitlichkeit der Führung der Regierungsgeschäfte zu gewährleisten, wurde der Erziehungsrat der Aufsicht des Regierungsrates unterstellt:

Art. 57, Alinea 4: „Der Regierungsrat hat die Aufsicht über den Kirchen- und Erziehungsrat.“

Es liegt auf der Hand, daß die Schöpfer des Regenerationswerkes den Erziehungsrat als Institution nicht antasteten. Eine Diskussion entspann sich im Großen Rate nur darüber, ob der alte Erziehungsrat die neuen Gesetze ausarbeiten sollte oder ob

³¹ «Gesetz über das Landschulwesen» (Entwurf).

³² Dändliker, Ustertag, S. 34.

³³ Festschrift, S. 99.

³⁴ Wettstein, S. 461.

³⁵ Hunziker: Der Erziehungsrat des Kantons Zürich, S. 26.

zuerst ein neues Gesetz über den Erziehungsrat ausgearbeitet und dieser neu bestellt werden sollte, in welchem Sinne dann auch entschieden wurde.³⁶ Damit war aber auch ein prinzipieller Entscheid gefallen, nämlich der Verzicht auf die Regelung des gesamten Schulwesens durch ein einziges, umfassendes Gesetz. Eine Vorlage zur Organisation des Erziehungsrates wurde am 20. Juni 1831 vom Großen Rate verabschiedet. Durch diese wurde die Zahl der Mitglieder auf fünfzehn festgesetzt und die Gesamtbehörde in zwei Sektionen geteilt, wobei die erste für das höhere Unterrichtswesen, die zweite für die Volksschule zuständig war. Am 30. Juni und 1. Juli 1831 erfolgten die Wahlen in den neuen Erziehungsrat durch den Großen Rat, der dabei eine außerordentlich geschickte Hand hatte, wählte er doch eine Auslese von Schulfreunden und Pädagogen dieser Epoche.³⁷ Dem hervorragend begabten Haupt, C. M. Hirzel wurden ebenso tüchtige Glieder beigegeben: Johann Caspar von Orelli und Johann Jakob Hottinger, die führenden Männer des früheren Erziehungsrates, die Regierungsräte Eduard Sulzer und Ferdinand Meyer, Ignaz Thomas Scherr, Hans Georg Nägeli und als besonders wertvolle Bereicherung Friedrich Ludwig Keller. Der letztere war der „richtige Mann, um dem gelegentlich zu idealen Planen seiner Kollegen die nötigen realistischen Zügel anzulegen, es verwirklichungsreif zu formen und der oft verwirrenden Fülle der Reformbegehren das Ohr der Volksvertreter geneigt zu machen.“³⁸

Der neue Erziehungsrat trat am 9. Juli 1831 zum ersten Mal zusammen und nahm ohne Verzug das gewaltige Aufbauwerk in Angriff. In der raschen Folge der Gesetzesvorschläge des „schaffenden Erziehungsrates“ erschien zunächst diejenige einer *Geschäftsordnung des Erziehungsrates*. Sie übertrug dem Rat als Gesamtbehörde, außer der verfassungsmäßig festgelegten Aufsichtspflicht über sämtliche kantonale Schulanstalten, die Vorberatung oder Entwerfung aller das Unterrichtswesen betreffenden Gesetze und Verordnungen, sowie die Sorge für deren Vollziehung.³⁹

³⁶ Verhandlungsprotokolle des Großen Rates 1831, S. 80.

³⁷ Festschrift, S. 112.

³⁸ Hunziker: Erziehungsrat, S. 29.

³⁹ Geschäftsordnung des Erziehungsrates vom 28. September 1831.

Kurz darauf verabschiedete der Erziehungsrat zwei weitere Organisationsgesetze für die Volksschule, dasjenige über die Organisation der Bezirksschulpflegen und dasjenige über die Organisation der Gemeindeschulpflegen, welche beide das Datum des 29. November 1831 erhielten und in der Verfassung verankert waren:

Art. 79: „Jeder Bezirk hat für seine Schulangelegenheiten eine besondere Aufsichtsbehörde. Dem Gesetze über die Einrichtung des Schulwesens sind die höheren Bestimmungen vorbehalten.“

Durch das Gesetz über die Organisation der Bezirksschulpflegen wurde nun bestimmt, daß jeder Bezirk auf sechs Jahre sieben Mitglieder zu wählen hatte, nämlich zwei durch das Kapitel gewählte Geistliche, zwei durch die Lehrerschaft bestimmte und drei mittels freier Wahl aus dem Laienstand bezeichnete Vertreter. Der durch den Erziehungsrat erkorene Präsident leitete die in der Regel vierteljährlich stattfindenden Sitzungen. Der Bezirksschulpflege sollte in Verbindung mit der obersten Schulbehörde und den untern Instanzen obliegen, „die Bildung und Erziehung der gesamten Jugend des Bezirkes zur Religion, Sittlichkeit, Wissenschaft und Kunst möglichst zu fördern“, sämtliche öffentlichen und privaten Schulen zu beaufsichtigen, die Schulbauten zu kontrollieren und der Oberbehörde Bericht zu erstatten.⁴⁰

Ausführlicher als über die Bezirksschulpflege äußert sich die Verfassung über die Organisation der Gemeindeschulpflegen:

Art. 86, Alinea 1: „Jede Kirchgemeinde hat eine Schulpflege, bestehend aus dem Pfarrer als Präsidenten, und wenigstens vier Mitgliedern, welche von den Kirchengenossen auf eine Dauer von vier Jahren erwählt und von zwei zu zwei Jahren zur Hälfte erneuert werden. Wo mehrere Schulen in einer Kirchgemeinde sind, hat jede derselben unter der Aufsicht der Schulpflege einen Verwalter des Schulgutes, der von den Schulgenossen auf vier Jahre erwählt wird; in-

⁴⁰ Festschrift, S. 113.

sofern diese Verwaltung nicht einer anderen Behörde unter gesetzlicher Anerkennung übertragen ist. Die übrigen Befugnisse der Schulpflege bestimmt das Gesetz.“

Durch dieses wurde nun den Gemeindeschulpflegen die direkte Vollziehung der Schulgesetze und Verordnungen anvertraut. Die Lehrer wohnten den Sitzungen dieser Ortsschulbehörden mit beratender Stimme bei. Die Gemeindeschulpflegen hatten über ihre Schulhaltung zu wachen, sie in allen zweckmäßigen Bestrebungen zu unterstützen, für regelmäßige Ausfolgung der gesetzlichen oder vertraglichen Besoldungen zu sorgen, pflichtvergessene Eltern zu mahnen, im Einverständnis mit der Bezirksschulpflege Jahresprüfungen zu veranstalten, Bericht über den Stand der Schulen, über die Lehrmittel und die Schulgebäulichkeiten zu erstatten und Wünsche und Anregungen einzugeben.⁴¹ Damit war vor der eigentlichen Schulreform die Organisation der Schulbehörden gesetzlich geregelt worden und damit auch die Reform selber schon in bestimmte Bahnen gewiesen worden. Es leuchtet ein, daß nun auch unverzüglich ein anderer Teil des Reformwerkes in Angriff genommen wurde, der ebenfalls nicht zum eigentlichen Unterrichtsgesetz gehörte, aber ebenfalls geeignet war, diesem zum vornherein ein bestimmtes Gesicht zu geben. Es ist die *Lehrerbildung*, „denn in einer Schule ist außer den Schülern nichts wichtiger als der Lehrer selbst.“⁴² Der „Gesetzesvorschlag zur Errichtung einer Bildungsanstalt für Schullehrer im Kanton Zürich“ konnte denn auch schon am 30. September 1831 dem Rate vorgelegt werden und wurde vom Referenten, Regierungsrat Eduard Sulzer, mit den Worten eingeleitet: „Die Verfassung hat dem Volke viele Wahlen hinterlassen; wie ist es möglich, daß gute Wähler und gute Gewählte vorhanden sein können ohne gehörige Volksbildung? Um die Volksbildung auf eine höhere Stufe zu

⁴¹ ebenda, S. 113/114.

⁴² «Das Erbe der Regeneration», Rede von Prof. Gottfried Guggenbühl zur Einleitung der Jahrhundertfeier der Zürcherschulen an der kant. Schulsynode in der Kirche zu Goßau am 28. September 1931. Abgedruckt in der Schriftenreihe der ETH «Kultur und Staatswissenschaft» Nr. 4, S. 23.

bringen, müssen wir mit den Lehrern den Anfang machen.“⁴³ Der Unterricht an dieser Anstalt, deren Eröffnung auf das Frühjahr 1832 festgesetzt wurde, erstreckte sich auf zwei Jahre.⁴⁴ Nach langen Verhandlungen wurde Küsnacht als Sitz bestimmt und Ignaz Thomas Scherr als erster Direktor und Hauptlehrer gewählt.

Einer Lieblingsidee C. M. Hirzels, des Präsidenten des Erziehungsrates, entsprechend entstand schließlich am 26. Oktober 1831 das Gesetz über die L e h r e r s y n o d e. Diese sollte ihre Mitglieder zu treuer Pflichterfüllung in ihrem Berufe ermuntern und sich zur Beratung der Lehrmittel und Anträge zur Vervollkommnung des Erziehungswesens regelmäßig versammeln.⁴⁵ Mit der Synode sollte die Selbständigkeit der Schule gegenüber der Kirche dokumentiert werden und sie sollte jedesmal ein „religiös-pädagogisches Volksfest“ sein.⁴⁶ Durch die Verbindung von Lehrern und Schulbehörden zu einer großen, einheitlichen Korporation wollte man dem Schulwesen einen auf dem Prinzip der Regenerations-Demokratie beruhenden Aufbau geben, der demjenigen des Staates gleichgestellt sein sollte. Als vollziehendes Organ war der Erziehungsrat gedacht, doch wurde das Prinzip der Gleichstellung mit dem Staat von Anfang an durchbrochen, da der Erziehungsrat nicht dem Volke direkt, sondern dem Regierungsrat unterstellt wurde.⁴⁷

Abschließend ist zu sagen, daß durch alle diese Rahmengesetze die Zürcherschule zum vornherein ein ganz anderes Gesicht erhielt, als es etwa die unmittelbar vor der Regeneration in Angriff genommene Schulreform zustande gebracht hätte. Und dies, bevor ein einziger Paragraph des zentralen Teiles des Reformwerkes, des Unterrichtsgesetzes, feststand! Als wesentliche Aenderungen aber sind zu nennen:

Einmal: Die nun schon sehr weitgehende Trennung von Schule und Kirche, mit deren Organisation nur noch Fühlung

⁴³ Hunziker: Erziehungsrat, S. 31.

⁴⁴ Wettstein, S. 468.

⁴⁵ Dändliker: Geschichte Stadt und Kanton Zürich, S. 277.

⁴⁶ Greiner, S. 62.

⁴⁷ Humm, S. 34.

gehalten wurde durch einige von Amts wegen mit Geistlichen zu besetzende Aufsichtsstellen.

Dann: Die Erweiterung des Bildungszieles, wie es durch das Gesetz über die Organisation der Gemeindeschulpflegen vorweg genommen wurde.

Ferner: Die bedeutende Hebung des Lehrerstandes durch bessere Ausbildung, welcher naturgemäß dann auch eine bessere Entlohnung folgen mußte.

Schließlich mußte durch den viel gründlicheren Ausbau der Aufsichtsorgane eine ebenfalls viel intensiver pulsierendes Leben in der zukünftigen Volksschule angeregt werden.

Der Werdegang des neuen Unterrichtsgesetzes

a) Der Entwurf Scherrs

Was blieb nun dem Hauptgesetz zu regeln vorbehalten, nachdem, wie im letzten Abschnitt skizziert wurde, der Rahmen der neuen Volksschule schon weitgehend festgelegt war? Da ist vorerst einmal festzuhalten, daß sich der neugewählte Erziehungsrat zunächst vor die Frage gestellt sah, ob die Volksschule als allgemeine Volksbildungsanstalt die Bildungsaufgabe selbständig lösen oder ob sie nur einen Teil eines organischen Bildungs- und Unterrichtswesens darstellen sollte. Da die Forderung nach einem organischen Schulwesen mit einem lückenlosen Aufbau von der Elementar- bis zur Hochschule von keiner Seite bestritten wurde, hatte das zu schaffende Unterrichtsgesetz auch die Organisation des höhern Unterrichtswesens, also Mittel- und Hochschulen, miteinzubeziehen.⁴⁸ Da aber die Darstellung der Probleme dieser Schulanstalten den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen würde, fällt sie außer Betracht.

Aber auch für das Volksschulwesen war durch das Gesetz noch genug zu regeln. Wir nennen hier als Hauptprobleme des umfangreichen Stoffes:

1. Die Bestimmung des Erziehungszieles (Zweckbestimmung der Volksschule).
2. Die Einteilung der Volksschule (Schulkreise, -gemeinden).
3. Die Organisation der einzelnen Ortsschulen (Schullokale, Klasseneinteilung, Stundenzahl, Lehrmittel, Promotion).
4. Die Pflichten der Schulgenossen (Schulpflicht, Absenzenordnung).
5. Die Lehrerschaft.
6. Die finanziellen Aufwendungen für die Volksschule.

⁴⁸ Wegmann, S. 58/59.

Es ist klar und wird aus diesen wenigen Angaben auch bereits ersichtlich, daß durch das Unterrichtsgesetz eine große Menge von Detailfragen zu regeln waren, von denen sich die meisten fast selbstverständlich als Bausteine in den Neubau der Schule einfügen ließen. Ihnen gilt unsere Aufmerksamkeit nicht, sondern es soll denjenigen Fragen nachgegangen werden, die irgendwie im politischen Kraftfeld standen und es darum sichtbar machen, daß unsere Schule das Werk großer politischer und religiöser Parteikämpfe war.⁴⁹ Weggelassen sind auch alle Fragen rein fachpädagogischer Natur, wie Lehrmittel oder Lehrmethoden und schließlich auch die finanziellen Probleme, soweit sie nicht mit andern Grundproblemen verknüpft waren, da diese in einer kürzlich erschienenen Arbeit behandelt worden sind.⁵⁰

Das Hauptwerk, das die „momentan veralteten Schulanstalten in aufeinander passenden Stufen zu einem einheitlichen Ganzen gestalten, die Kräfte der Kinder bilden, lebendiges Wissen in eigenes Schaffen verwandeln sollte“⁵¹ wurde im Herbst 1831 in Angriff genommen. Der Erziehungsrat beauftragte Scherr und Orelli, zwei Männer, die sein volles Vertrauen besaßen, einen Entwurf auszuarbeiten. Scherr, der inzwischen zum Seminardirektor gewählt worden war, hatte den Entwurf für das Volksschulwesen auszuarbeiten. Er war dabei an die Bestimmungen des Erziehungsrates gebunden⁵², dessen zweite Sektion zunächst die bisherigen Gesetze für das Volksschulwesen, sowie die unter dem vorhergehenden Erziehungsrat zwecks einer Neuorganisation eingeholten Berichte und Vorschläge geprüft hatte⁵³.

Scherr ging mit großem Fleiß sofort an die Arbeit und war schon am 1. Dezember 1831 in der Lage, der zweiten Sektion eine „summarische Uebersicht über die zu entwerfenden Verordnungen zur Organisation des Volksschulwesens“ vorzulegen.⁵⁴ Wesentlich an dieser Disposition ist, daß sie bereits sämtliche

⁴⁹ Hartmann, S. 20.

⁵⁰ Hans Letsch: Die Aufgaben und Lastenverteilung zwischen Staat und Gemeinden im Zürcherischen Schulwesen.

⁵¹ Festschrift, S. 124.

⁵² Greiner, S. 52.

⁵³ Beleuchtender Bericht des Erziehungsrates, S. 4.

⁵⁴ St.A.Z.: UU4,1.

Hauptabschnitte des spätern Gesetzes aufweist, was die gesetzeschöpferische Gabe Scherrs erkennen läßt. Wie diese „summarische Uebersicht“ in der zweiten Sektion des Erziehungsrates aufgenommen wurde, ist heute nicht mehr festzustellen, da die Protokolle des Erziehungsrates in der damaligen Zeit nur Beschlußprotokolle waren und überdies diejenigen für die zweite Sektion fehlen. Aus der Tatsache, daß Scherr unverzüglich an die Ausarbeitung des vollen Gesetzestextes ging, darf wohl geschlossen werden, daß der Erziehungsrat im großen ganzen mit Scherrs Disposition einverstanden war. Wie Wegmann nachgewiesen hat, ist es heute nicht mehr möglich festzustellen, von welchen Gedankengängen sich Scherr sowohl bei der Uebersicht als auch bei der Ausarbeitung des ganzen Gesetzes leiten ließ, da in seinen Briefen und Schriften Angaben darüber fast vollständig fehlen.⁵⁵ Es steht aber fest, daß er von Mitgliedern des Erziehungsrates, C. M. Hirzel und Pfarrer Weiß vor allem, intensiv unterstützt wurde, während ihm F. L. Keller als rechtskundiger Berater zur Seite stand.⁵⁶ Bevor Scherr den Entwurf drucken ließ, hielt er im Pfarrhaus von Uster noch eine Besprechung ab mit etlichen schulfreundlichen Geistlichen, so Pfarrer Schweizer in Wila und Pfarrer Heß in Russikon.⁵⁷ Der gedruckte Entwurf erschien am 31. Dezember 1831 und fand ein lebhaftes Echo. In seinen Hauptgedankengängen sei er nachstehend kurz skizziert.

Durch den Zweckparagraphen (Art. 1) wird das Erziehungsziel bestimmt. Nach der Scherr'schen Formulierung besteht es darin, „die Kinder aller Volksklassen nach übereinstimmenden Grundsätzen zu geistig tätigen, bürgerlich brauchbaren und sittlich guten Menschen zu bilden“. Auffallen muß das Fehlen einer religiösen Komponente. Es fehlte darum nicht an Verdächtigungen gegen Scherr, er wolle mehr oder weniger alles Positive des Christentums wegwerfen.⁵⁸ Mit Recht weist aber Wegmann darauf hin, daß diese Schlüsse falsch sind, denn mit der genann-

⁵⁵ Wegmann, S. 78/79.

⁵⁶ Hunziker: Geschichte der schweiz. Volksschule, Bd. I, S. 44.

⁵⁷ Festschrift, S. 124.

⁵⁸ H. Gräfe: I. Th. Scherr und die Zürcher Schulreform, zit. bei Greiner, S. 55.

ten Formulierung wollte Scherr nur eine Trennung zwischen den Erziehungsaufgaben der Kirche und der Schule vornehmen, wie er sie in seinen „Ansichten“ verlangt hatte: „Der Religionsunterricht mag der Kirche überlassen bleiben; die Schule jedoch hat das religiöse Gefühl zu entwickeln, Herz und Kopf empfänglich und auffassungsfähig zu machen“.⁵⁹ Das „geistig tätig“ dagegen weist deutlich hin auf die geistigen Grundlagen Scherrs: Klar treten hier die rationalistischen Charakterzüge des entwicklungsgläubigen Humanitätsideals zu Tage mit seinem Glauben an die fast unbeschränkte Entwicklungsfähigkeit des Menschen aus seinen eigenen Kräften.⁶⁰ Aus dem Zweckartikel leitete Scherr schließlich noch, wie er in seinem „Handbuch der Pädagogik“ erläuterte, etwas sehr Greifbares ab, nämlich die Forderung des Realienunterrichtes:

„Der Streit wird entschieden durch den Zweck der Volksschule, welche für die Masse als einzige Lehranstalt eröffnet ist. Wenn nun die allgemeine Menschenbildung ohne realistische Kenntnisse keineswegs auf ihrer Stufe als vollständig betrachtet werden kann, so ist die Notwendigkeit des realistischen Unterrichts in Volksschulen unabweislich dargestellt.“⁶¹

Es soll aber hier noch auf ein entscheidendes Merkmal des Zweckartikels hingewiesen werden, wie es umschrieben wird durch die Formulierung, daß „die Kinder aller Volksklassen“ nach übereinstimmenden Grundsätzen erzogen werden sollen: Kein Standes- und Vermögensunterschied, keine Ortsverhältnisse (Stadt und Land) dürfen mehr auf die Volksschule einwirken! „Auf die bezeichnete Kulturstufe sollen alle Kinder des gesamten Volkes nach gleichmäßigen Grundsätzen in gleichartigen Anstalten geführt werden“⁶² und zwar in der Stadt so gut wie in den abgelegensten Gemeinden der Landschaft.

Diesen Willen zu entschlossener Bildungsarbeit suchte nun der Gesetzesentwurf Scherrs mit einer Reihe von Maßnah-

⁵⁹ Scherr, *Ansichten über den Zustand des Volksschulwesens*, S. 13.

⁶⁰ Humm, S. 44/45.

⁶¹ Scherr, *Handbuch der Pädagogik* Bd. I, S. 492.

⁶² *Beleuchtender Bericht des Erziehungsrates*, S. 2-4.

men zu erreichen, die eine geschlossene und klare Organisation des Schulwesens bewirken mußten. Die Schule wurde auf das ganze Jahr ausgedehnt, denn „jedes Stillestehen im Lernen ist ein Rückgehen; nicht selten wurde im Sommer teilweise oder ganz vergessen, was im Winter gelernt worden war“.⁶³ Am Herzen lag Scherr auch die Bildung von *Jahresklassen*, „denn die erste Bedingung zu einer guten Klassifikation ist, daß jährlich nur einmal Schüler und zwar von einer gleichen Altersstufe, aufgenommen werden“.⁶⁴ Aus der gesamten Alltagsschule (Primarschule) wurden je drei Jahreskurse gebildet, nämlich die Elementar-, die Real-, und die Repetierschule. Diese Einteilung, die dann definitiv angenommen wurde, bezeichnet der Beleuchtende Bericht des Erziehungsrates „als von hoher Bedeutsamkeit.“⁶⁵ Energisch wollte Scherr auch einem Uebelstand auf den Leib rücken, an dem die Schule vor 1830 ganz bedenklich krankte (und auch nach 1830 noch kranken wird!), den unerhört hohen Zahlen von Schulversäumnissen. Darum wurde in einem besondern Abschnitt das Melde- und Entschuldigungswesen auf eine Art geregelt, die heute noch gültig ist, für hartnäckige Schwänzerei Bußen, und Strafandrohungen aufgestellt und der Fabrikbesuch vor dem neunten Altersjahr verboten.

Einen energischen Schritt nach vorwärts sollte schließlich die Einführung von *obligatorischen Lehrmitteln* bringen. Nur mit Hilfe dieser war es möglich, der im Zweckartikel aufgestellten Forderung nach gemeinsamer Bildung aller Volksklassen nachzukommen und er bildete auch die Voraussetzung dafür, daß ein allgemein verbindlicher Lehrplan aufgestellt werden konnte.⁶⁶ Dieses Begehren blieb jedoch nicht ohne starke Anfeindung, da den Schulgenossen die Kosten auferlegt wurden, und wäre vielleicht dem Gesetz, hätte es einer Volksabstimmung vorgelegt werden müssen, zum Verhängnis geworden.

In der Erkenntnis, daß das Schulwesen eines Volkes mit der Lehrerschaft, durch die es betreut wird, steht und fällt, widmete Scherr auch dem Abschnitt über die Lehrerschaft seine volle

⁶³ ebenda, S. 11.

⁶⁴ Scherr, Handbuch I, S. 431.

⁶⁵ Beleuchtender Bericht Erziehungsrat, S. 15.

⁶⁶ Scherr, Handbuch I, S. 436.

Aufmerksamkeit, „denn der Volksschullehrer als Erzieher muß in Hinsicht auf Gesinnung und Handlung so hoch stehen, daß sein Leben als ein gutes Beispiel zur sittlichen Erhebung der andern mitwirkt.“⁶⁷ Dieses hohe Ziel sollte in erster Linie durch eine genügende Ausbildung der Lehrer erreicht werden und wurde darum durch das Gesetz über die Errichtung eines Schullehrerinstitutcs geregelt.⁶⁸ Für das Unterrichtsgesetz aber stand in dieser Beziehung eine andere Frage im Zentrum: Sollte die Schule sich neben der Kirche als selbständige Organisation behaupten können, so mußte vor allem der Lehrerschaft eine von der Geistlichkeit unabhängige Stellung gegeben werden.⁶⁹ Deshalb wurde im Gesetz festgehalten, daß die als fähig erklärten Lehrer in der Ausübung ihres Berufes selbständig seien, das heißt sie sollten, wenn sie sich an die Schulgesetze und Schulordnungen hielten, von den Forderungen und Meinungen der einzelnen Mitglieder der Schulgenossenschaft und Schulbehörden abhängig sein. Noch aber war der Bildungsstand der Lehrerschaft zu ungleich, als daß man allen hätte dieses Recht zuerkennen können. Dies führte zur Unterscheidung von Lehrerkategorien: Schullehrer erster und zweiter Klasse, Schulhalter, Schulgehülfen, Schulverweser, Unterlehrer und Lehrgehülfen. Mit der Zeit aber sollten diese Unterschiede verschwinden, was Scherr nicht zuletzt durch das Mittel der Weiterbildung in den Kapiteln zu erreichen hoffte. Noch wurde der Gemeinde das Recht zu unumschränkter Lehrerwahl nicht eingeräumt, sondern sie hatte die Auswahl aus einem Dreivorschlag des Erziehungsrates zu treffen.

Daß die Hebung des Lehrerstandes eine Illusion bleiben mußte, wenn nicht dem Krebsübel ungenügender Besoldungen auf den Leib gerückt wurde, erkannte auch schon Scherr. Allen Schulfreunden war es klar, daß diese Verbesserung „nicht in kleinem, sondern in großem Maßstab geschehen mußte.“⁷⁰ Darum wollte auch Scherr die Besoldungsfrage großzügig lösen und forderte als Minimum für einen Schullehrer erster

⁶⁷ ebenda, S. 414.

⁶⁸ Vergleiche hiezu S. 16.

⁶⁹ Wegmann, S. 49.

⁷⁰ Beleuchtender Bericht, S. 19.

Klasse ein Jahresgehalt von 400 Franken nebst freier Wohnung. Das hätte einen schönen Fortschritt gebracht, wurde doch vor der Revision durch eine Berechnung in der Neuen Zürcher Zeitung das Lehrergehalt mit 165 Franken angegeben.⁷¹ Nun ist aber zu beachten, daß dieser fortschrittliche Vorschlag bei Scherr vorerst nur zu Papier stand und damit der lange Leidensweg der Lehrerbesoldungen erst begann.

Damit endet der Scherr'sche Gesetzesentwurf: Der letzte, siebente Abschnitt (in Abschnitt sechs nahm Scherr die bereits erlassenen Gesetze über die Schulbehörden auf) ist nicht ausgearbeitet, denn Scherr wollte ihn den „Finanzmännern“ überlassen. Seit dem Herbst 1831 lag nämlich eine besondere, vom Erziehungsrat eingesetzte Kommission dem Studium der finanziellen Probleme der neuen Schulorganisation ob.

Mit der Publikation richtete Scherr die „Bitte“ an alle Schulmänner des Kantons, „daß sie nach ihren besten Einsichten die nötigen Aenderungen und Ergänzungen alsobald in Antrag bringen möchten.“ Wie einer kurzen Einsendung Scherrs in der Neuen Zürcher Zeitung zu entnehmen war, gingen eine ganze Anzahl Antworten ein⁷², zu denen Scherr kurz Stellung nahm. Etwas ausführlicher, aber im gleichen Sinne, äußerte er sich später in der Schrift „Meine Bestrebungen und Schicksale während meines Aufenthaltes im Kanton Zürich“:

„Die Vergleichung dieser verschiedenen Gutachten stellte mir die Schwierigkeit eines allgemein befriedigenden Gesetzes erst recht ins Klare. Die ausgesprochenen Ansichten durchkreuzen sich auf die sonderbarste Weise. Pfarrer Schweizer schrieb: „Dieser Schulordnung wird niemand den Vorwurf machen, daß sie den Bogen zu hoch spanne; die Schwebler und Nebler werden vielleicht den Stab darüber brechen, als halte sie sich zu sehr herunter zu dem Niedrigen.“ Hingegen bemerkte die Zugschrift einer geistlichen Gesellschaft als sehr tadelnswert, „daß der Entwurf nicht bloß verbessern, sondern Neues schaffen wolle; daß

⁷¹ Neue Zürcher Zeitung vom 9. Juli 1831.

⁷² Neue Zürcher Zeitung vom 15. Februar 1832.

er nicht nach dem jetzigen Bedürfnisse, sondern nach einem idealisch-theoretischen Prinzip ausgearbeitet sei.“⁷³

So reizvoll es wäre, diesen Eingaben etwas auf den Grund zu gehen, so ist das leider nicht mehr möglich, da sie nicht mehr aufzufinden sind. Es bleibt doch die Gewißheit, daß bei der entscheidenden Neugestaltung des zürcherischen Schulwesens durch das erste organische Unterrichtsgesetz dem „Fremdling“ Scherr eine große Anzahl von Schulfreunden, die mit den Verhältnissen im Kanton Zürich bestens vertraut und verbunden waren, getreulich zur Seite standen.

b) Scherrs Streit mit Nägeli und den Pestalozzianern

Den äußeren Ablauf des leidigen Konfliktes schildert Scherr in seinen „Erinnerungen“ folgendermaßen:

„Am 2. Februar fand die erste Vorberatung statt, und nun wiederholte Nägeli die heftigen und beleidigenden Urteile Niederers und schloß mit der Behauptung, der Entwurf sei durchaus unbrauchbar, weil ihm vorzuwerfen sei: 1. Prinzipienlosigkeit, 2. unelementarische Anordnung, 3. Lückenhaftigkeit, 4. Verkennung des menschlichen Organismus, 5. Begrifflosigkeit über das Wesen der Erziehung, 6. Unbekanntschaft mit dem Wesen des Pestalozzianismus, 7. Unbestimmtheit in Lehrgang und Lehrmittel, 8. Unbestimmtheit des Sprachgebrauches, 9. verworren und verwirrend im Konzept und 10. schon auf dem eigenen Standpunkt im Widerspruch.

Ich erklärte, daß ich unter solchen Aeüßerungen auf die Diskussion nicht eingehen möchte, und bat die Behörde, doch Herrn Nägeli mit der Abfassung eines solchen Entwurfes zu beauftragen. Die Bitte wurde erhört, und Nägeli erhielt die Einladung, bis zum 11. Februar nun auch die Ausarbeitung des ersten Abschnittes vorzulegen. Am 18. Februar trug Nägeli den Anfang seines Entwurfes vor. Einstimmig fand man die Arbeit für den gesetzgebe-

⁷³ Scherr: Meine Beobachtungen und Schicksale, 2. Heft, S 23.

rischen Zweck unbrauchbar, und nun wurde beschlossen, auf meinen Entwurf einzutreten.“⁷⁴

Da das Protokoll des Erziehungsrates nicht mehr erhalten ist, kann diese Darstellung Scherrs nicht nachgeprüft werden. Sie ist aber offensichtlich im großen ganzen richtig, denn die Kritik Nägelis an Scherrs Entwurf findet sich im Wortlaut in dessen am 28. März erschienenen Flugblatt „Abgenötigte Verteidigung“. Allerdings präzisiert Nägeli, er habe damit nur den ersten Abschnitt von Scherrs Entwurf gemeint, „der das Wissenschaftliche und Gesetzgeberische“ enthielt.⁷⁵ Ueber den Mißerfolg seiner eigenen Bemühungen schweigt sich Nägeli begreiflicherweise aus. Wir können jedoch annehmen, daß er dem Erziehungsrat im großen ganzen jene Ideen vortrug, die er in seiner kurz zuvor erschienenen Schrift „Umriss der Erziehungsaufgabe“ veröffentlicht hatte. Äußerlich wies diese nämlich die Form eines Gesetzesentwurfes auf, war sie doch in Paragraphen aufgeteilt. Vom Inhalt aus gesehen stellte sie jedoch viel eher ein Kompendium der Pädagogik dar, als die gesetzliche Grundlage zum organischen Aufbau eines Schulwesens. Schon die Zeitgenossen aber mußten anerkennen, daß auch die Denkschrift Nägelis eine Reihe von wertvollen Gedanken und guten Vorschlägen brachte.

Bedauerlicherweise wurde der Streit in die Öffentlichkeit getragen, und zwar durch Scherr. In der Neuen Zürcher Zeitung veröffentlichte dieser den Katalog der Vorwürfe Nägelis, allerdings ohne diesen ausdrücklich mit Namen zu nennen.⁷⁶ Im weiteren Verlauf der Pressefehde wurde diese Rücksicht bald fallen gelassen und Nägeli wurde kräftig sekundiert durch seinen Freund *Niederer*, der in der Appenzeller Zeitung die Arbeit Scherrs mit Hohn und Spott übergoß. Als Scherr gereizt durch diese Angriffe, an *Niederer* die Aufforderung richtete, selber einen Gesetzesvorschlag einzureichen⁷⁷, wich dieser aus, indem er erklärte, die von Scherr gestellte Frist

⁷⁴ Scherr: Meine Beobachtungen und Schicksale . . . 2. Heft, S 23/24.

⁷⁵ Nägeli: Abgenötigte Verteidigung.

⁷⁶ Neue Zürcher Zeitung vom 15. Februar 1832.

⁷⁷ Neue Zürcher Zeitung vom 17. März 1832.

von vier Wochen sei zu kurz, im übrigen aber beschränkte er sich darauf, die Anwürfe gegen Scherr zu wiederholen: „Der erste Abschnitt, der das Wesen des ganzen ausmache, (sei) eine taube Nuß, schlechthin ohne Kern, lauter Staub und Schale.“⁷⁸ Der Federkrieg zwischen Scherr und Niederer ging dann mit steigender Heftigkeit weiter und endete mit der gerichtlichen Verurteilung der beiden Kampfhähne wegen Beschimpfung, wobei *Niederer* mit sechzehn Franken, *Scherr* dagegen mit vierzig Franken Buße bestraft wurde und der letztere zudem eine Entschädigung von sechzig Franken an den ersteren zu bezahlen hatte.⁷⁹

Wenn nun dieser mit so leidenschaftlichem Einsatz ausgefochtene Streit, den Wegmann als „pädagogischen Machtkampf“ bezeichnet hat, die Nachwelt noch zu interessieren vermag, dann vor allem darum, weil er im Namen des kaum fünf Jahre zuvor verstorbenen *Pestalozzi* ausgetragen wurde. In der Festschrift werden die pädagogischen Aspekte dieses Konfliktes angedeutet⁸⁰. Wegmann dagegen hat sie später einer sorgfältigen Analyse unterzogen und kommt dabei zum Schluß, daß Scherrs und Nägelis verschiedene Interpretationen der Pestalozzianischen Lehre von der Spontaneität, sowie derjenigen von Zahl, Form und Wort den Anlaß zum Streite gaben.⁸¹ So richtig dies auf der pädagogischen Ebene gesehen ist, so spielte sich nach unserer Auffassung der Konflikt doch vorwiegend auf einer andern Ebene ab, nämlich der menschlichen.

Seitdem Nägeli im Jahre 1808 für Pestalozzi eine Methodik des Gesangsunterrichtes nach dessen Grundsätzen ausgearbeitet hatte und bei diesem Anlaß mit Pestalozzi in persönlichen Kontakt getreten war, betrachtete er es als eine seiner Lebensaufgaben, Pestalozzis Gedankengut zu verbreiten. Unentwegt griff er darum mit seiner streitlustigen Feder überall da ein, wo er glaubte, Pestalozzi werde verkannt. Als nun mit der Regenerationsverfassung der Moment gekommen war, das Schulwesen neu zu gestalten, ließ sich der tempera-

⁷⁸ Neue Zürcher Zeitung vom 24. März 1832.

⁷⁹ Scherr: *Meine Beobachtungen und Schicksale* . . . 1. Heft, S. 92.

⁸⁰ Festschrift, S. 125.

⁸¹ Wegmann: *Ignaz Thomas Scherr*, S. 68.

mentvolle Sängervater in den Erziehungsrat wählen und nahm mit glühendem Eifer Anteil an dessen Arbeiten. In einem „Pädagogischen Memorial“ machte er 1831 den Vorschlag, auch im Schulwesen ein „pädagogisches Provisorium“ eintreten zu lassen⁸², um eine umfassende Reform im Sinne Pestalozzis durchführen zu können. Der Beschluß des Erziehungsrates, die Organisation des Unterrichtswesens auf den bereits bestehenden Fundamenten aufzubauen, mußte ihn darum enttäuschen. Als Scherr in der Sitzung vom 2. Februar seinen Entwurf vortrug, schlug die Enttäuschung Nägelis in hellen Zorn um, denn dieser entsprach in seinem pädagogischen Teil keineswegs dem, was Nägeli unter Pestalozzis „psychologisiertem Unterricht“ verstand.⁸³ In dieser heftigen Gemütswallung ließ sich Nägeli zu dem Versprechen hinreißen, selber einen Entwurf vorzulegen. Aus seiner Darstellung in der „Abgenötigten Verteidigung“ spürt man aber deutlich heraus, daß ihn diese Zusage reute, war er sich doch selber darüber klar, daß dies eine Aufgabe war, die seiner Natur gar nicht entsprach.

Die Vorstöße Nägelis endeten denn auch mit einem klaren Mißerfolg. Uns will es aber scheinen, es sei dies die ehrenvolle Niederlage des Idealisten im Kampfe mit dem Realisten. Den Sieg und auch den Ruhm trug der gewandtere und geistig beweglichere Scherr davon. Die Tatsache bleibt jedoch bestehen, daß in Nägelis pädagogischen Schriften, so „barock und phantastisch“ sie nach dem Zeugnis eines Zeitgenossen auch sind, doch viele wahre und beherzigenswerte Dinge stehen, die erst noch eine gerechte Würdigung finden müssen.

c) Die Beratungen in der zweiten Sektion des Erziehungsrates

Im Laufe des Frühlings 1832 beschäftigte sich die zweite Sektion intensiv mit der Vorberatung des Entwurfes und benützte auch Zuschriften von Bezirksschulpflegern und einzelnen Schulmännern. In einer permanenten Sitzung, die sechs Tage

⁸² Nägeli: Pädagogisches Memorial, S. 3.

⁸³ Nägeli: Pädagogische Rede, S. 44.

dauerte⁸⁴, wurde sodann das ganze organische Schulgesetz, sowohl für die Volksschulen als auch für die höheren Lehranstalten, durch den Gesamterziehungsrat durchberaten.⁸⁵ Die Sitzungen dauerten von morgens sieben Uhr bis abends sieben Uhr⁸⁶ und Scherr berichtete:

„Die allgemeine Diskussion war äußerst heftig, Nägeli zeigte die hartnäckigste Opposition, weit besser ging es bei der artikelweisen Beratung, wo spezielle Anträge gefordert wurden, was viel weniger Nägelis Sache war als allgemeinen Raisonement. Ueber einzelne Punkte jedoch, z. B. über Lehrmittel, Lehrerbesoldungen, Ruhestandsversetzungen dauerte die Erörterung oft einige Stunden.“⁸⁷

Nur in einem Punkte, da seine ureigensten Belange tangiert wurden, gab Nägeli schlußendlich noch eine geharnischte Erklärung zu Protokoll: Bei der Erwähnung des „Zürcherischen Gesangbuches“ als obligatorischem Lehrmittel.⁸⁸ Besonders zustatten kam der Behörde das große gesetzgeberische Talent Kellers, da unter seiner Leitung vieles ausgeschieden wurde, „das mehr Sache des Reglementes“ war.⁸⁹ Dadurch wurde die gesetzliche Stellung der Schule scharf und zweckmäßig bestimmt, da das Grundgesetz der Schule alles Grundsätzliche in sich schloß und doch von einer überflüssigen Belastung verschont blieb.⁹⁰ Die aus Orelli, Weiß und Escher bestehende Redaktionskommission konnte den definitiven Entwurf am 14. Juli vorlegen, worauf man ihn unverzüglich nach Drucklegung dem Regierungsrat zustellte. Noch aber war ein beleuchtender Bericht abzufassen, der gemäß früherem Beschluß des Erziehungsrates wiederum Scherr (Volksschule) und Orelli (höhere Schulen) zur Ausarbeitung übertragen wurde. Die finanzielle Ausmittlung aber sollte durch eine dreigliedrige Kommission (Sulzer, Horner, Escher) errechnet werden. In der Sitzung vom

⁸⁴ vom 3. bis 8. Juli 1832.

⁸⁵ Scherr: Meine Bestrebungen und Schicksale, 2. Heft, S. 24.

⁸⁶ Brief Nägelis an Niederer vom 18. Juli 1832.

⁸⁷ Scherr: Meine Bestrebungen und Schicksale, 2. Heft, S. 24.

⁸⁸ Protokoll des Erziehungsrates, St. A.Z./UUI, 9. S. 169.

⁸⁹ Scherr: Meine Bestrebungen und Schicksale, 2. Heft, S. 24.

⁹⁰ Festschrift, S. 127.

4. August 1832 lagen alle drei Berichte vor und mit kleinen, redaktionellen Aenderungen wurden sie genehmigt und ihre Drucklegung beschlossen.⁹¹

d) Die Beratungen im Gesamterziehungsrat

Vergleicht man nun den Entwurf Scherrs mit dem Gesetzesvorschlag des Erziehungsrates, so ergeben sich, einmal rein äußerlich betrachtet, ziemlich viele Aenderungen, Umstellungen und vor allem Kürzungen, die auf Kellers Einwirkung hin das Gesetz von jedem unnötigen Ballast befreien. In den Hauptpunkten jedoch und vor allem im geistigen Gehalt hatte sich Scherrs Entwurf klar durchgesetzt.

Einige schmerzliche Abstriche mußten sich Scherrs kühne Reformpläne allerdings gefallen lassen. So setzte der Erziehungsrat das Schülermaximum von 100 auf 120 hinauf, da nach eingeholten Gutachten bei 120 Schülern 39 neue Lehrstellen, bei 100 jedoch deren 94 hätten geschaffen werden müssen, was den Staat und die Gemeinden jährlich 10 000 Franken mehr gekostet hätte, ohne das Schulgeld und die Baukosten miteinzubeziehen.⁹² Eine Reduktion nahm der Erziehungsrat bei den Stundenzahlen vor, die er von 26 im Sommerhalbjahr auf 23 reduzierte. Ebenso wurde Scherrs Vorschlag auf Schaffung von Schulbibliotheken, wobei an Sonntagabenden das Schulzimmer den erwachsenen Schulgenossen als Lesezimmer zur Verfügung gestanden hätte, fallen gelassen. Bedauerlicherweise wurde auch das Verbot der nächtlichen Fabrikarbeit für die Sechsbis Zwölfjährigen gestrichen. Schließlich bleibt noch zu erwähnen, daß auf die Unterscheidung in Schullehrer erster und zweiter Klasse verzichtet wurde und daß die Besoldungsansätze ebenfalls eine Reduktion erfuhren, indem das Minimum für den Lehrer einer Hauptschule einheitlich auf 240 Franken angesetzt wurde (Scherr: Lehrer 1. Klasse 400 Franken), wozu ein Schulgeld von wöchentlich einem Schilling pro Schüler im Winter, einem halben im Sommer kam. Damit konnte nach den Berech-

⁹¹ Protokoll des Erziehungsrates, S. 181 b.

⁹² Beleuchtender Bericht des Erziehungsrates, S. 8/9.

nungen des Erziehungsrates der Inhaber einer Hauptschule mit einem Einkommen von etwa 320 bis 350 Franken rechnen⁹³ Für Lehrer an Klassen mit über 50 Schülern gewährte der Erziehungsrat zur freien Wohnung noch eine halbe Juchart gutes Pflanzland und zwei Klafter Brennholz unentgeltlich und für alle gewählten Lehrer sollten zwei Vergünstigungen gelten, die ganz modern anmuten: Kein Lehrer sollte durch die neue Verordnung weniger verdienen als vorher (Besitzstandgarantie) und die Familie eines verstorbenen Lehrers sollte noch während eines halben Jahres die Besoldung erhalten (Nachgenuß). Die Zahl der Versammlungen der Schulkapitel wurde auf vier festgesetzt (Scherr: sechs) und den Lehrern verboten, ein Wirts- oder Schankhaus zu betreiben.

Einen vollständigen Sieg hatte Scherr über die Pestalozzianer davongetragen, indem der Erziehungsrat feststellte, daß in bezug auf die Methode „dem Prinzip der Freiheit unbedingt zu huldigen“ sei, denn „es gibt keine allein zweckmäßige Methode, so wenig als einen alleinseigmachenden Glauben.“⁹⁴ Damit hatte der Erziehungsrat unerschütterlich den Angriffen der Pestalozzianer standgehalten, die den Unterricht an der Volksschule nach einer bestimmten Methode, nämlich (ihrer Interpretation) der Pestalozzianischen, erteilt wissen wollten.⁹⁵ In der Praxis der ersten Jahre sollte es sich dann allerdings erweisen, daß die Freiheit der Lehrmethode vorläufig mehr auf dem Papier stand, nur daß eben in den Volksschulen des Kantons Zürich nach der Scherr'schen und nicht nach der Methode Pestalozzis unterrichtet wurde.

In bezug auf den Religionsunterricht ging der Erziehungsrat sogar noch über das hinaus, was Scherr vorgeschlagen hatte, indem dieser in der Alltagsschule von den Lehrern und erst in der Repetierschule von den Geistlichen erteilt werden sollte. Damit wollte der Erziehungsrat den Religionsunterricht in der Schule vollständig von demjenigen in der Kirche trennen, äußerlich noch betont dadurch, daß der kirchliche Religionsunterricht auch nicht in einem Schullokal abgehalten wer-

⁹³ Beleuchtender Bericht, S. 18.

⁹⁴ ebenda, S. 7.

⁹⁵ Appenzeller-Zeitung vom 8. September 1832.

den solle.⁹⁶ Diese Auffassung sollte von kirchlicher Seite aus nicht stillschweigend hingenommen werden, wie noch zu zeigen sein wird.⁹⁷

Neu war, daß der Erziehungsrat in einem vierten Abschnitt die Pflichten der Schulgenossen klar umschrieb, wobei er in bezug auf die Pflicht zum Schulbesuch den Gemein-deschulpflegen eine Bußenkompetenz von einem Batzen pro Tag bei hartnäckigen Fällen von Schulversäumnis einräumte. Mit dieser Maßnahme hoffte der Erziehungsrat, „den ungemein zahlreichen Schulversäumnissen, diesem tiefsten Schaden im Schulwesen“ kräftig steuern zu können.⁹⁸

Vollständig neu, da Scherr hiez zu keinen Auftrag gehabt hatte, waren auch die Abschnitte sechs und sieben, „Ausmittlung des Schulbedarfes“ und „Schulfonds und Schulklassen.“ Daß die nun so viel besser ausgebaute Volksschule auch gewisse Kosten nach sich ziehen werde, war allen Beteiligten klar. Zur Diskussion aber stand das Ausmaß derselben und die Verteilung auf die partizipierenden Teile, den Staat, die Gemeinden und die Schulgenossen. Wie bis anhin, blieb die Sorge für die Schullokale, die Heizung, die Schulgerätschaften und gemeinsamen Lehrmittel Sache der Gemeinden. Dagegen war der Staat gewillt, ärmeren Gemeinden Beiträge an den Bau von Schulhäusern zu gewähren, ohne hiefür verpflichtet zu sein.⁹⁹ Die Eltern hatten für die Schulbücher und Schreibmaterialien zu sorgen, doch sollten diese von den Schulpflegen gemeinsam eingekauft werden und darum möglichst billig an die Kinder abgegeben werden können. Was nun die Aufbringung des fixen Gehaltes für die Lehrer anbelangte, so sollte die vom Erziehungsrat vorgeschlagene Lösung noch zu einer rechten Crux werden. Es wurde nämlich bestimmt, daß bei nicht genügendem Ertrag der Schulgefälle das noch Uebrigbleibende zur Hälfte vom Staat getragen, zur andern Hälfte aber nach dem Steuerfuß auf die Schulgenossen verteilt werden sollte.

⁹⁶ Beleuchtender Bericht, S. 12.

⁹⁷ Siehe nächster Abschnitt: «Die Petitionen an den Großen Rat».

⁹⁸ Beleuchtender Bericht, S. 16.

⁹⁹ ebenda, S. 21.

Noch sind zwei Dinge anzuführen, die ebenfalls einer großen öffentlicher Diskussion und beweglicher Klage rufen sollten. Es war dies einmal eine Vorschrift in den Uebergangsbestimmungen, durch die der Erziehungsrat ermächtigt wurde, Prüfungen mit den bereits amtierenden Lehrern zu veranstalten und diesen bei Nichtbestehen die Gehaltserhöhung zu entziehen oder sie in den Ruhestand zu versetzen. Auf keine große Gegenliebe bei den untern Schulbehörden und der Bevölkerung stieß sodann die durch den „Abschnitt B“ geregelte „H ö h e r e V o l k s s c h u l e.“ Sie sah die Einrichtung von Kreis- und Bezirksschulen vor, die erstere sollte an die Stelle der Repetierschule für diejenigen Volksschüler treten, die auch in diesen Jahren noch einen täglichen Unterricht genießen sollten. Die Errichtung solcher Schulen sollte vollständig von den Gemeinden abhängen und auch vom Staate nicht unterstützt werden.¹⁰⁰ Die B e z i r k s s c h u l e dagegen war gedacht als Anstalt zur Vermittlung einer höhern Volksbildung und sollte gleichlaufend mit den beiden untersten Klassen der Kantonsschule einen dreijährigen Kurs nach Entlassung aus der Alltagsschule durchführen. Da diese Schule die Kantonsschule entlasten und für einen größeren Teil des Kantons als gemeinsame Anstalt bestimmt sein sollte, schien es dem Erziehungsrat angebracht, daß sie durch den Staat unterstützt werde.¹⁰¹ Noch lag es dem Erziehungsrat am Herzen, zu betonen, daß Kreis- und Bezirksschulen Volksschulen und zusammen mit der Kantons- und der Hochschule allen Kreisen der Bevölkerung zugänglich sein sollten.¹⁰²

e) Das Unterrichtsgesetz vor dem Regierungsrat

Sollten die neuen Schulen aller Stufen auf das Frühjahr 1833 ihre Pforten öffnen können, so war nun keine Zeit mehr zu verlieren, das organische Unterrichtsgesetz unter Dach zu bringen. Am 11. August 1832 wurde der Entwurf auf den Kanzleisch des Regierungsrates gelegt¹⁰³ und dieser unterzog den die Volks-

¹⁰⁰ Beleuchtender Bericht, S. 28.

¹⁰¹ ebenda. S. 30.

¹⁰² ebenda, S. 8.

¹⁰³ Protokoll des Regierungsrates, S. 118.

schule betreffenden Teil während dreier Sitzungen einer sorgfältigen und gründlichen Beratung, beschloß dann aber, diese zu unterbrechen und zur Abklärung einiger bestimmter Fragen „da es dem Regierungsrat geschienen, daß die aufgestellten Besoldungsverhältnisse nicht richtig seien und auf keinem billigen Fundamente beruhten“¹⁰⁴ eine Kommission, bestehend aus Bürgermeister Hirzel und den Regierungsräten Hüni, Weiß und Brändli einzusetzen. Diese Kommission legte ihre Anträge der Gesamtbehörde am 6. September vor, nach welchen nun die betreffenden Artikel geändert wurden. Diese Aenderungen waren nicht unwichtig, denn sie betrafen gerade jene Stellen, an denen der Erziehungsrat bereits den Hochflug Scherrs etwas zurückgestutzt hatte. Daß der Regierungsrat ein Minimum von vier Wochen Ferien (Erziehungsrat: sechs, Scherr: acht) als genügend erachtete, fiel dabei nicht so sehr ins Gewicht und verursachte dennoch eine Petition an den Großen Rat, nämlich diejenige des Schulkapitels Meilen, das unter anderem schrieb:

„Wir glauben, daß vier Wochen zu wenig Ferienzeit seien, da laut Art. 57 die Konferenzen in diesen Ferientagen abgehalten werden sollen, so blieben dem Lehrer zur Ausarbeitung erhaltener Aufgaben, zur Besorgung seines eigenen Hauswesens und zur Erholung auch gar zu wenig Zeit übrig.“¹⁰⁵

Viel folgenschwerer aber waren die Aenderungen, die der Regierungsrat andernorts vornahm, nämlich die Herabsetzung der fixen Besoldung von 240 auf 160 Franken und die wesentliche Verschärfung in den Uebergangsbestimmungen, wo es nun hieß, daß nur diejenigen vor Erlaß des Gesetzes amtierenden Lehrer auf die neuen Besoldungen Anspruch hätten, die sich für eine Prüfung meldeten und vom Erziehungsrat als fähig erklärt worden seien. Diese beiden Aenderungen waren eine kalte Dusche für die Hoffnungen der zürcherischen Volksschullehrerschaft und sie paßten auch nicht recht zu dem vom Erziehungsrat übernommenen „Beleuchtenden Bericht“, in welchem dessen

¹⁰⁴ ebenda, S. 192.

¹⁰⁵ Eingabe des Schulkapitels Meilen vom 20. September 1832.

Verfasser, Scherr, mit aller Energie für eine angemessene Entlohnung der Lehrer eintrat:

„Die Notwendigkeit der Besoldungsverbesserung braucht wohl keine Erörterung. Diese kann aber nicht im Kleinen, sondern muß im großen Maßstab geschehen. Ohne gute Schulen kein Heil für das Volk, ohne gute Lehrer keine guten Schulen, ohne genügendes Einkommen keine guten Lehrer.“¹⁰⁶

Vergeblich, daß Scherr eine ausführliche, diesbezügliche Denkschrift an den Regierungsrat richtete und ihn beschwor, die Besoldungsansätze nicht zu verkleinern. Um aber die Sachlage gerecht beurteilen zu können, muß man sich vor Augen halten, daß der Regierungsrat als politische Behörde vor allem auch Rücksicht zu nehmen hatte auf die Finanzlage des zürcherischen Staatshaushaltes. Noch stellte ja das Erziehungswesen nur einen Teil des seit der Regeneration viel intensiver und darum auch kostspieliger gewordenen staatlichen Lebens dar und hier in einer noch kaum überblickbaren Situation den rechten Weg zu finden, war sicher nicht leicht. Diese Abstriche aber bewirkten, daß nun eine große, öffentliche Diskussion in Gang kam, die sich vor allem in der Form abspielte, daß die interessierten Kreise in Petitionen an den Großen Rat ihre Wünsche und Befürchtungen zum Ausdruck brachten.

f) Die Petitionen an den Großen Rat

Mit Freude machten nun Bezirksschulpflegen, Schulkapitel und auch einzelne Bürger, vorab Lehrer, „von der Wohltat“¹⁰⁷ des durch die neue Verfassung gewährleisteten Petitionsrechts Gebrauch, um der Regierung ihre Ansichten und Wünsche bekannt zu geben. Sie befaßten sich sozusagen alle mit den drei gleichen Artikeln, die man nach einer später in Mode gekommenen Redewendung fast versucht wäre als „Schicksalsartikel“ zu bezeichnen. Es waren die Artikel 37 (Lehrerbesoldungen), 66

¹⁰⁶ Beleuchtender Bericht, S. 17/18.

¹⁰⁷ Eingabe von Schulmeister Ulrich Betschart, Turbenthal, vom 16. September 1832.

(teilweise Verlegung des fixen Lehrergehaltes auf die Schulge-nossen) und 77 (obligatorische Prüfungen und deren Folgen).

In bezug auf Artikel 37 ging die Meinung aller Petenten ein-mütig dahin, es sollten die Ansätze des Erziehungsrates beibe-halten oder auf alle Fälle diejenigen des Regierungsrates nicht noch weiter verschlechtert werden:

„Unsere Wünsche betreffen erstens den Artikel 37 als den allerwichtigsten des ganzen Entwurfes, mit dessen Annah-me oder Verwerfung zuverlässig das ganze Werk der Verbes-serung des Volksschulwesens steht oder fällt. Der dringen-de Wunsch der Bezirksschulpflege geht dahin, daß das in diesem Artikel 37 festgesetzte Minimum bestätigt und auch nicht um das geringste vermindert werden möchte.“¹⁰⁸

„Auch können wir uns nicht erklären, warum der hohe Re-gierungsrat eine Abänderung des Artikel 37 wünscht und einen Gegenantrag stellt, der die Besoldung der Lehrer her-absetzen will. Wird die Besoldung nach dem Antrag des hohen Regierungsrates weiter herabgesetzt, so werden sich künftig wenige fähige Jünglinge einem Beruf widmen wol-len, der ihnen nur ein ärmliches, kümmerliches Auskommen zusichert.“¹⁰⁹

„Sollten die Leistungen der Schulen den Forderungen der Zeit entsprechen, so muß zu allererst dafür gesorgt sein, daß den Lehrern eine Besoldung angewiesen wird, die sie vor drückenden Nahrungssorgen schützt und sie instand stellt, ausschließlich ihrem wichtigen und mühevollen Amte leben zu können.“¹¹⁰

„Es möchte der Artikel 37, wie er von dem hohen Erzie-hungsrat vorgeschlagen ist, angenommen und bestätigt werden.“¹¹¹

Aehnliche Besorgnis weckte auch die vom Regierungsrat vorgeschlagene Fassung des Artikels 77, der wie schon erwähnt,

¹⁰⁸ Eingabe der Bezirksschulpflege Regensburg vom 23. September 1832.

¹⁰⁹ Eingabe der Bezirksschulpflege Knonau vom 22. September 1832.

¹¹⁰ Petition des Arnold Brunner, Kaufmann, Winterthur, vom 19. Sep-tember 1832.

¹¹¹ Eingabe des Schulkapitels Bülach vom 22. September 1832.

obligatorische Prüfungen vorsah, bei deren Nichtbestehen der Genuß der neuen Besoldungen versagt blieb. Sowohl Bezirksschulpflegen als natürlich auch Schulkapitel und einzelne Lehrer baten, die neuen Besoldungen für alle Lehrkräfte auf das Frühjahr 1833 in Kraft treten zu lassen und die obligatorischen Prüfungen durch Kurse zu ersetzen, beziehungsweise diese den Prüfungen vorausgehen zu lassen.

„Die Bezirksschulpflege glaubt, daß es zweckmäßig und billig wäre, die altershalber fähigen Lehrer, ehe man die angetragene Prüfung mit ihnen vornimmt, einen Ergänzungskurs machen zu lassen, worin mancher seine Kenntnisse noch auf einen Grad vervollständigen könnte, der vielleicht ein besonderes Examen entbehrlich oder ihm für den Ausgang desselben wenigstens minder besorgt machte.“¹¹²

„Der hohe Große Rat möchte beschließen, daß nur diejenigen Schullehrer, von welchen es die Bezirksschulpflegen fordern und der Erziehungsrat genehmigen würde, einem Examen unterworfen und lieber aber, wenn sie noch irgendwie bildungsfähig sind, zu Wiederholungskursen angehalten würden, die übrigen aber von Ostern 1833 an die neue Besoldung zu beziehen haben möchten.“¹¹³

„Und wie kann man oft bei Examen beurteilt werden! Es gibt ja viele, wenn sie Eint und Anderes noch so gut gelernt, doch vor Angst und Schrecken nicht ein einziges passend Wort antworten können, wie solche Beispiele von noch Wohlgebildeten genug aufzuweisen sind.“¹¹⁴

Schwere Bedenken und Besorgnisse weckte der Artikel 66 vor allem bei den Schulgenossen. Auch sie kamen in fast allen Eingaben mit beweglichen Worten zum Ausdruck:

„Auch dürfte leicht die Bestimmung des Artikel 66, daß die Gemeinden die Hälfte des Mangelnden über die Schulgefälle aus übernehmen sollen, allgemeine Unzufriedenheit, Abnei-

¹¹² Eingabe der Bezirksschulpflege Winterthur vom 16. September 1832.

¹¹³ Eingabe des Schulkapitels Meilen vom 20. September 1832.

¹¹⁴ Petition des Johann Meisterhans, Unterlehrer, in Andelfingen, vom 21. September 1832.

gung gegen das Verbesserungswerk und sogar Widersetzlichkeit zur Folge haben, dieses könnte dadurch am besten verhütet werden, wenn der Staat das Mangelnde ganz übernehme und sich dieses zu erlauben, lieber für einstweilen an die Bezirksschulen weniger verwendete, indem ja schon die Gerechtigkeit fordert, daß der Staat sich wohl hüte, auf Unkosten der ca. 48 000 Schulkinder des Landes etwa 400 Kinder der Bezirksschulen zu begünstigen.“¹¹⁵

„Dieser Umstand würde der Schulverbesserung hie und da unübersteigbare Hindernisse in den Weg legen. Darum wünscht die Bezirksschulpflege Winterthur aufs dringendste, daß der Staat das Mangelnde der fixen Besoldungen ganz bezahle, wo irgend eine Gemeinde ihr Unvermögen nachweisen kann, die Hälfte selbst zu übernehmen.“¹¹⁶

An andern Wünschen dagegen war auffallend wenig vorhanden. Die Bezirksschulpflege Zürich bat, daß die Realbildung der Töchter etwas mehr berücksichtigt würde und auch Arbeits- und Kleinkinderschulen gestattet werden möchten.

Nicht zufrieden geben konnte sich der Kirchenrat mit der vollständigen Abtrennung des kirchlichen Religionsunterrichtes von demjenigen in der Schule. Nachdem er in seinem Schreiben festgestellt hatte, daß durch die gegenwärtige Verfassung Schule und Kirche getrennt worden seien, bemerkte der Kirchenrat mit einiger Schärfe:

„Zwischen einem kirchlichen und einem nicht kirchlichen Religionsunterricht kann die Kirche nicht unterscheiden. Schon durch die Taufe wird der junge Christ ihrer Gemeinschaft einverleibt und mit dem ersten Erwachen seiner Gemüts- und Geisteskräfte beginnt folglich der kirchliche Religionsunterricht, dessen gedrängte Wiederholung und Bekräftigung, so weit es die Jugend betrifft, der Konfirmandenunterricht ist. — Der Erziehungsrat wird schwerlich

¹¹⁵ Eingabe des Schulkapitels Uster vom 20. September 1832.
Der Satz von der Unzufriedenheit auch wörtlich im «Republikaner» vom 21. September 1832.

¹¹⁶ Eingabe der Bezirksschulpflege Winterthur vom 16. September 1832.

einen andern Plan für den Religionsunterricht ausarbeiten können, als denjenigen, welchen auch die Kirche pflichtgemäß bringen wird. Wozu denn, läßt sich fragen, eine diesfällige Trennung? Wozu eine doppelte, nicht einverständne, vielleicht gegenüberstehende Leitung? Nur die Jugend, nur die Religion, das Vaterland müßten darunter leiden und dieses werden Hochdieselben nicht wollen.“¹¹⁷

Was nun die weitere öffentliche Diskussion des Gesetzesentwurfes in der Presse anbetraf, so ergibt sich genau das gleiche Bild. Der «Republikaner» wies darauf hin, daß der größere Teil der Schullasten auch weiterhin von den Eltern und den Gemeinden getragen werden müsse und daß niemals die Rede davon sein könne, daß der Staat auf seine Kosten den Volksschulen eine verbesserte Einrichtung geben könnte. Der Staat solle freilich einen bedeutenden Beitrag liefern, 40—50 000 Franken jährlich allein an die Volksschule, doch „könnten die Schätze des Staates nirgends größeren Nutzen bringen als in der intellektuellen und moralischen Kräftigung des Volkes.“¹¹⁸ In einem spätern Artikel wurden dann die gleichen, bereits bekannten Besorgnisse über die Artikel 37, 66 und 77 geäußert.

„Daß aber Artikel 37 zum Gesetz erhoben und die nur mäßig angesetzte Lehrerbesoldung nicht um 40 oder 80 Franken herabgesetzt werde, wie der Gesetzesvorschlag zur innersten Betrübnis jedes Schulfreundes diese Trauerbotschaft durch das Land trug, ist vor allem auch notwendig, wenn man nicht jetzt schon den Lebensnerv der neuen Schulschöpfung zerschneiden will. Nur dadurch, daß der Staat die Besoldung der Schulen selbst übernimmt, welche dieselben nicht aus ihren Gefällen bestreiten können. Sollte ihm aber dies unmöglich sein, so verwende er einstweilen weniger an die Bezirksschulen, diese sind ohnehin gegenwärtig an vielen Orten nicht mit Erfolg einföhrbar, weil gute Elementarschulen fehlen, die den notwendigen Grund gelegt.“ — (Zu Artikel 77) „Und was ist die Folge davon, wenn dieser § Gesetzeskraft erhält? Nichts anderes als die fast gänz-

¹¹⁷ Schreiben des Kirchenrates vom 17. September 1832.

¹¹⁸ Republikaner vom 24. April 1832.

liche Auflösung des Lehrerstandes. Man lasse doch vorerst durch Einberufung und Wiederholungskurse und Besuch der angeordneten Konferenzen die „noch bildungsfähigen Lehrer“, denen es an Lust und Eifer gewiß nicht mangelt, in das neue Schulleben sich einarbeiten, ehe man ein Examen von ihnen verlangt und gönne ihnen die ersehnte, bessere Besoldung, schon lange genug haben sie um ein Almosen ihrem mühevollen Beruf obliegen müssen.“¹¹⁹

Während so der Gesetzesentwurf bei den zürcherischen Schulfreunden „höchste Beachtung“¹²⁰ fand, übte die Appenzeller-Zeitung in unversöhnlicher Feindschaft weiterhin ihre kleinliche Kritik:

„Daß die Aufgabe der Volksschule, die in derselben vorkommenden Lehrgegenstände und die von ihr zu befolgende Lehrweise nur wenige Zeilen einnehmen, darüber rechte ich nicht mit dem Verfasser des Entwurfes, da auch in wenig Zeilen Wahres, Schönes, Großes, Gediegenes gesagt werden kann, aber daß gerade die Grundlage eines guten Schulgesetzes so erbärmlich, seicht und blöde ausgefallen ist, das muß den Menschenfreund, auch wenn die Sache persönlich und bürgerlich ihn gar nicht angeht, mit Trauer erfüllen.“¹²¹

g) Die Verhandlungen im Großen Rat

Bereits in der Januarsession des Jahres 1832 hatte der Präsident des Großen Rates, Dr. Friedrich Ludwig Keller, auf die kommende Behandlung des Schulgesetzes hingewiesen:

„Sie werden im Laufe dieses Jahres unser Erziehungswesen organisieren, und zwar in umfassendem Sinn. Der Große Rat hat längst ausgesprochen, daß er dies Geschäft mit Vorliebe behandeln werde. Kein Mitglied ist, das nicht fühlte, daß hier die Würde, die Rechtfertigung der Verfassung gesucht

¹¹⁹ ebenda vom 21. September 1832.

¹²⁰ Festschrift, S. 127.

¹²¹ Appenzeller-Zeitung vom 8. September 1832 (Aus dem Tagebuch eines reisenden Pädagogen).

werden muß. Möchte dieser Teil unserer diesjährigen Arbeiten das große Versöhnungswerk aller Parteien begründen, möchten hier alle politischen Ansichten sich vereinigen, um ein Nationaldenkmal zu stiften, aus dem für die Mit- und Nachwelt segensreiche Folgen hervorgehen.“¹²²

Wenige Tage vor der Herbstsession erließ der «Republikaner» einen bewegten Aufruf, vor allem an die Vertreter der Landschaft, treu zur Sache der Schulerneuerung zu stehen:

„Repräsentanten der Landschaft! — — Artikel 66 und 77 dürften etwa, um Störungen und Unzufriedenheit womöglich zu verhüten, modifiziert werden. Im übrigen haltet fest daran und laßt der Landschaft dieses Kleinod nicht nehmen! Stehet Mann vor Mann davor wie der Cherub vor dem Paradies! Will man es für zu hochgestellt wissen, so duldet's nicht. Will man kein Geld dazu haben, so spricht „Man mache“. Aber sorgt dafür, daß die Last nicht dem armen Volke aufgebürdet werde. Die nächste Woche wird entscheiden, ob das große Wort von Uster der Mit- und Nachwelt verwirklicht werden soll: Vor allem aber durchgreifende Verbesserung des Schulwesens!“¹²³

In der Sitzung vom 25. September 1832 nun trat der Rat auf die mit so viel Spannung erwartete Vorlage ein, konnte aber schon am nächsten Tage die Beratung über den die Volksschule betreffenden Teil beenden¹²⁴, was als schöner Beweis für die gründliche Vorarbeit, die die vorberatenden Instanzen geleistet hatten, gelten kann. Die Verhandlungen leitete der Präsident des Großen Rates, F. L. Keller, als Referent amtierte Bürgermeister Hirzel und diese beiden hervorragenden Männer verstanden es, da sie zutiefst mit der Materie vertraut waren und an der Entstehung des Gesetzes regen Anteil genommen hatten, dieses durch alle Klippen und Fährnisse hindurchzusteuern. Es fehlte nämlich auch jetzt nicht an Stimmen, die da und dort Einschränkungen machen wollten¹²⁵, noch an solchen, die bedeu-

¹²² Verhandlungsprotokoll des Großen Rates 1832, S. 3.

¹²³ «Republikaner» vom 21. September 1832.

¹²⁴ Protokoll des Großen Rates 1832, S 403.

¹²⁵ Verhandlungen des Großen Rates 1832, S. 405 und 409.

tend weiter gehen wollten als die Vorlage. Im ganzen aber darf gesagt werden, daß die Verhandlungen ein erfreuliches Bild der Einigkeit boten, denn es nahmen an ihr „Männer der verschiedensten Richtungen und des verschiedensten Alters, Stellvertreter der Stadt und der Landschaft gleich regen und nur der Sache selbst geltenden Anteil.“¹²⁶ Georg von Wyß hat darum die von einem schönen Idealismus getragenen Beratungen dieser Tage als „zu den bedeutungsvollsten in der Geschichte des zürcherischen Freistaates“ gezählt.¹²⁷

In bezug auf das materielle Ergebnis der Verhandlungen können wir uns beschränken auf diejenigen Punkte, die sich im Verlaufe der vorangegangenen Wochen als kritisch erwiesen hatten.¹²⁸ Sie geben uns auch Antwort, wie weit das durch die Verfassung gewährleistete, neue Petitionsrecht sich als wirksam erwies.

In dem nun zu Artikel 38 gewordenen früheren Artikel 37¹²⁹ wurde durch die Ratsmehrheit für Lehrer an Klassen mit über 50 Schülern eine Minimalbesoldung von 200 Franken angesetzt, wodurch diese sich genau in der Mitte zwischen erziehungs- und regierungsrätlichem Antrag stabilisiert hatte. Von den nicht weniger als sieben Zusatzanträgen, die teils zugunsten der Lehrerschaft, (zum Beispiel das Brennholz „zu freiem Privatgebrauch“), teils aber zu deren Ungunsten gestellt wurden (zum Beispiel keine Schulschillinge in den Ferien), fand keiner die Zustimmung der Ratsmehrheit. Daß diese Lösung dann auch nachträglich die Zustimmung jener fand, die vorher Befürchtungen gehegt hatten, ergibt sich aus dem Kommentar des «Republikaners»:

„Was nach den Verhältnissen möglich war, ist geschehen, die finanziellen Anordnungen müssen jeden Vernünftigen zufriedenstellen, die Zukunft möge das Fehlende ersetzen.“¹³⁰

¹²⁶ Wettstein, S. 478.

¹²⁷ Georg von Wyß: Die Hochschule in Zürich 1833 — 83, S. 11.

¹²⁸ Vergleiche Abschnitt «Petitionen an den Großen Rat».

¹²⁹ Vergleiche Seite 31.

¹³⁰ «Republikaner» vom 5. Oktober 1832.

Den Bedenken, daß das Erneuerungswerk gefährdet wäre, wenn gemäß Artikel 66 (neu Artikel 70) bei mangelndem Ertrag aus den Schulgefallen die Schulgenossen die Hälfte des Anteils an der fixen Lehrerbesoldung zu tragen hätten, konnte sich der Große Rat ebenfalls nicht verschließen. Es wurde deshalb beschlossen, für die nächsten sechs Jahre die ärmeren Gemeinden auf Gesuch hin bis zur Hälfte ihrer Besoldungsobliegenheiten zu unterstützen, was jedenfalls eine wesentliche Milderung der diesem Artikel innewohnenden Härte bedeutete.

Auch die Uebergangsbestimmungen fanden einen etwas milder als den Regierungsrat gestimmten Großen Rat, da dieser dahin entschied, es seien vor den Prüfungen Wiederholungskurse zu veranstalten. Dadurch fanden die davon betroffenen Lehrer etwas Zeit, sich an die neuen Verhältnisse anzupassen. Der „Republikaner“ aber fand die Uebergangsbestimmungen immer noch hart genug.¹³¹

Als eigentliche „Pièce de résistance“ erwiesen sich die höheren Volksschulen und hier gerieten die Gegner hart aneinander, da von Vertretern der Landschaft die Kritik an der vorgeschlagenen Lösung als Versuch zur Beschneidung der Volksrechte auffaßten und argwöhnten, man wolle Ersparnisse auf Kosten der Landschaft machen.¹³² Den vorgeschlagenen Kreisschulen wurde der Vorwurf eines zu niedrig gesteckten Bildungszieles gemacht, die vorgesehene Bezirksschule dagegen konnte nicht recht befriedigen, da viele Eltern ihre Kinder am Schulort zu verkostgelden hätten.¹³³ In dieser Situation machte Dr. Keller den Vorschlag, durch Errichtung von Sekundarschulen eine bessere Lösung zu treffen und es wurde beschlossen, den ganzen Abschnitt durch einen einzelnen Artikel zu ersetzen, durch den die Schaffung von Sekundarschulen in Aussicht gestellt, deren Organisation aber einem besondern Gesetz übertragen wurde.¹³⁴

Damit war der die Volksschule betreffende Teil des Unterrichtsgesetzes glücklich unter Dach gebracht worden. Da die

¹³¹ ebenda.

¹³² Verhandlungen des Großen Rates, S. 419.

¹³³ Zürcher Freitagszeitung vom 28. September 1832.

¹³⁴ Verhandlungen des Großen Rates 1832, S. 419.

Verhandlungen über die höheren Bildungsanstalten im gleichen Geist zielstrebigter Einigkeit verliefen, konnte der Große Rat das Unterrichtsgesetz schon am 28. September 1832 verabschieden. Es trat unverzüglich in Kraft, denn in der damaligen Zeit der Repräsentativdemokratie war der Große Rat gesetzgebende Behörde in abschließender Kompetenz.¹³⁵ In seinem Schlußvotum führte Bürgermeister Hirzel aus:

„Dieses Gesetz und seine Wirkungen werden Tausende und abermals Tausende von dem Drucke der Unwissenheit und des Unverstandes erlösen. Noch nie solange der Kanton Zürich besteht, ist in der Weise für die geistigen Bedürfnisse des Volkes gesorgt worden.“¹³⁶

Rückblickend auf diese denkwürdigen Tage sei darum noch ein weiteres Zeugnis, dasjenige von Ernst Gagliardi, angeführt:

„Die Verhandlungen des Großen Rates vom 25.—28. September 1832 bleiben trotz nachträglich daran sich schließender Uebertreibungen eine besonders ehrenvolle Erinnerung des Schweizer Gesamtliberalismus. Stand doch hier nichts Geringeres zur Diskussion als die geistige Erneuerung des Zürcher heranwachsenden Geschlechts! Verständnis, Eintracht, mit der verschiedene Parteien für das Gelingen zusammenwirkten, können nur als Anerkennung des großen Verdienstes gewertet werden, welches die am Vorschlage beteiligten Männer durch ihn sich erwarben — unabhängig von ihrer politischen Gesinnung. Zugleich bedeutet der mit großer Mehrheit — über das Gesamtgesetz zuletzt einstimmig — gefaßte Annahmebeschluß eine Tat des Idealismus, der nicht nach irgendwelchem Privatvorteil haschte, dem Einzelschattierungen neben Gewinn des Allgemeinen als unwesentlich erschienen. Wurde doch damals der Rahmen geschaffen, innerhalb dessen fast alles staatliche Erziehungswesen seither sich bewegt.“¹³⁷

¹³⁵ Largiadèr, S. 119.

¹³⁶ Verhandlungen des Großen Rates 1832, S. 437.

¹³⁷ Ernst Gagliardi: Festschrift 3. Bd. Die Universität, S. 188.

h) Das Gesetz über die höheren Volksschulen vom 18. September 1833

Da durch die höheren Volksschulen erst der organische Aufbau des zürcherischen Schulwesens vollständig wurde, sei deren Skizzierung an dieser Stelle eingefügt. Die Ausarbeitung des gemäß Artikel 85 des Unterrichtsgesetzes zu erlassenden Gesetzes wurde C. M. Hirzel übertragen. Wiederum schlug der Erziehungsrat den bewährten, demokratischen Weg der Willensbildung von unten nach oben ein, indem er durch das Einholen von Gutachten bei den Bezirksschulpflegen sich mit den Wünschen und Anliegen der untern Schulbehörden vertraut machte. Die Untersuchung zeigte, daß unverzüglich gegen zwanzig Sekundarschulen ins Leben gerufen werden konnten.¹³⁸

Der von der zweiten Sektion des Erziehungsrates vorberatene Entwurf Hirzels wurde am 17. August 1833 dem Gesamterziehungsrat vorgelegt und von diesem nach artikelweiser Beratung genehmigt.¹³⁹ Die Ausarbeitung des Beleuchtenden Berichtes wurde wiederum Scherr übertragen. Der Entwurf bezeichnete als Zweck der Sekundarschule die Verbreitung der Kenntnisse und Fähigkeiten, die für die Volksbildung nach gesteigerten Anforderungen unentbehrlich seien. Mit der Bestimmung, daß ein Teil der Schüler auf den Uebertritt in höhere Lehranstalten vorbereitet werden sollte, wurde die noch bestehende Lücke in der Kontinuität der aufeinanderfolgenden Schulstufen geschlossen. Für die Sekundarschulkreise wurde die Einteilung in ungefähr 50 Kreise vorgeschlagen, die ziemlich genau den Zunftkreisen entsprachen. Der Umfang des Unterrichtes wurde im allgemeinen auf drei Jahreskurse festgelegt, doch sollte jeder Kurs ein in sich geschlossenes Ganzes bilden. Unter den Unterrichtsgegenständen figurierte unter anderem der (fakultative) Unterricht in der französischen Sprache, wobei der Lehrplan durch andere fremde Sprachen erweitert werden konnte und in Mädchenhandarbeit, „in welcher keineswegs nutzlose Künsteleien, sondern jene Handarbeiten gelehrt werden sollten,

¹³⁸ Festschrift, S. 189.

¹³⁹ Protokoll des Erziehungsrates 1833, S. 334.

die einer tüchtigen Hausmutter notwendig sind.“¹⁴⁰ Der Religions-Unterricht sollte vom Lehrer oder von einem Geistlichen erteilt werden und der Besuch der Sekundarschule sollte jedem der Alltagsschule entlassenen Kinde offenstehen, das sich durch eine Aufnahmeprüfung über die nötigen Vorkenntnisse ausweisen konnte. Die Sekundarlehrer sollten dem Stande der Volksschullehrer angehören und ihre Befähigung durch ein Examen vor dem Erziehungsrat unter Beweis stellen. Gewählt werden sollten sie auf eine Amtsdauer von sechs Jahren durch die Schulpflege, dagegen konnten sie wegen Pflichtenvernachlässigung und aus andern Gründen nur vom Erziehungsrat entlassen werden. Als erstes Aufsichtsorgan über die Sekundarschule war die Sekundarschulpflege vorgesehen, die aus Mitgliedern der Ortsschulpflegen gewählt werden sollte. Die nächste Aufsicht lag bei der Bezirksschulpflege, die auch zwei Mitglieder der Sekundarschulpflege zu ernennen hatte. An die Kosten gedachte der Staat jährlich 720 Franken pro Schulkreis zu entrichten, während die Schüler ein Schulgeld von sechzehn Franken zu bezahlen hatten, wovon der Lehrer ein Viertel nebst einer Besoldung von 800 Franken und freier Wohnung zugesprochen erhielt.

Der Regierungsrat, der an dem Entwurfe nur einzelne redaktionelle Aenderungen anbrachte, überwies diesen unverzüglich an den Großen Rat zur Beratung, welche am 18. September 1833 stattfand. Wiederum erwies es sich, daß der Rat das Gesetz schon nach kurzen Verhandlungen verabschieden konnte. Eine ausgiebige Diskussion entspann sich um das Obligatorium des Französischunterrichts, das von mehreren Rednern beantragt, von anderer Seite jedoch bekämpft wurde mit dem Hinweis, die Sekundarschule sollte Volksschule bleiben und da viele Zöglinge die darin erworbenen Kenntnisse nie verwerten könnten, diene dieser Unterricht einseitig der Vorbereitung auf die Mittelschule.¹⁴¹ So blieb es schließlich beim fakultativen Französischunterricht. Zustimmung fand ein Antrag von Regierungsrat Hüni, der der Schulpflege das Recht gab, Schüler, die in einem Jahr mehr als vier Wochen unentschuldigt der Schule

¹⁴⁰ Beleuchtender Bericht, S. 5.

¹⁴¹ Verhandlungen des Großen Rates 1833, S. 244 — 252.

ferngeblieben waren, aus der Schule wegzuweisen, wobei das Schulgeld verfallen war. Nachdem im Rate der Wunsch geäußert worden war, es sollten eigentlich an allen Schulen zwei Lehrern amten, wurde beschlossen, daß wenigstens an solchen mit mehreren Schulkreisen ein zweiter anzustellen sei. Was nun die ökonomische Seite anbetraf, so zeigte sich wiederum wie bei der Beratung des Unterrichtsgesetzes der gleiche Zug zur Einschränkung der Ansätze, nur war es diesmal der Große Rat selber, der die Reduktionen vornahm, da der Regierungsrat großzügigerweise die Ansätze des Erziehungsrates hatte passieren lassen. Anstatt zu 720 Franken (Vorschlag des Entwurfes) verpflichtete sich der Staat nur zu einem jährlichen Beitrag von 400 Franken pro Schulkreis, die Besoldungen der Sekundarlehrer wurden von 800 Franken auf 640 Franken reduziert, diejenige für die Wohnungsentschädigung von 100 Franken auf 80 Franken.¹⁴²

War so wiederum ein Tropfen Wermut in den Becher der Freude ob dem Fortschritt im Erziehungswesen des Kantons gefallen, so reihte sich doch das Gesetz im ganzen würdig an die Seite des umfassenden organischen Unterrichtsgesetzes und eröffnete dem zürcherischen Schulwesen weitere, verheißungsvolle Perspektiven.

¹⁴² ebenda.

Die Zürcher Volksschule unter dem neuen Unterrichtsgesetz. 1833—1859

a) Die Schöpfer des Gesetzes

In vielen historischen Darstellungen wird Ignaz Thomas Scherr als der Schöpfer der zürcherischen Volksschule bezeichnet.¹⁴³ Es ist tatsächlich erstaunlich, daß Scherr in nicht weniger als fünffacher Weise seinen Einfluß auf die Schule geltend machen konnte: als Erziehungsrat, Verfasser von Gesetzesentwürfen, Seminardirektor, kantonaler Schulinspektor und Verfasser zahlreicher Lehrmittel, Lektions- und Unterrichtspläne. So bewundernswert solch vielfältige schöpferische Tätigkeit ist, so muß doch Einspruch erhoben werden, wenn Scherr vor allem wegen des Unterrichtsgesetzes, das als entscheidender Teil der Reorganisation zu betrachten ist, dieses rühmende Prädikat erteilt wird. Die zürcherische Volksschule wurde nicht von einem einzelnen Manne geschaffen, sondern war das Werk einer ganzen Gruppe von geistvollen Männern, wie sie sich damals in unserm Kanton zu gemeinsamem Tun zusammenfanden. Dem Volke kommt das Verdienst zu, daß es diese Elite in den Großen Rat abordnete und ihm Auftrag und Möglichkeit gab, Grund- und Aufbau des neuen Schulwesens festzulegen. In dieser Situation erwies Scherr sich allerdings als ein außerordentlich geschickt sich einfühlender Baumeister. Die ausgedehnten Beratungen spielten sich jedoch im großen ganzen hinter verschlossenen Türen ab und es gelangte nicht an die Öffentlichkeit, von wem diese oder jene Idee stammte. Dennoch wird es bei näherem Zusehen deutlich, daß das Werk nur darum so gut geriet, weil es die Gemeinschaftsarbeit der damals an der Spitze stehenden Staats- und Schulmänner war. Nur so ist es verständlich, daß in den spätern heftigen Kämpfen um Scherr und gar nach dem politischen Umsturz von 1839 nie-

¹⁴³ Als Beispiel sei erwähnt: Hepp, Johannes: Ignaz Thomas Scherr als . . . Neuschöpfer der Zürcher Volksschule.

mand ernstlich daran dachte, die Organisation der Volksschule von Grund auf zu verändern.¹⁴⁴

Mit dieser Feststellung soll jedoch der überragende Einfluß, den Scherr mit Hilfe der andern erwähnten Funktionen ausübte, keineswegs in Abrede gestellt werden. Sie ermöglichten ihm, der Volksschule der Regeneration den Stempel seiner Persönlichkeit nachhaltiger aufzudrücken, als dies einem andern, zum Beispiel Conrad Melchior Hirzel vergönnt war. So viel Wertvolles Scherr der zürcherischen Volksschule schenkte, so ist nicht zu übersehen, daß ihr durch diese eigenwillige Persönlichkeit doch auch große Nachteile zugefügt wurden. Treffend umreißt Kurt Müller Scherrs Charakterbild:

„Scherr war, ähnlich wie Dr. Keller, vorwiegend eine Verstandesnatur; zu seiner bedeutenden Intelligenz gesellte sich ein großes Organisationstalent und eine ungeheure Arbeitskraft. Damit verband sich ein starker Ehrgeiz, gepaart mit Empfindlichkeit, eine gewisse selbstgefällige Art, ja oft Unduldsamkeit gegen Andersdenkende und eine Schroffheit im Auftreten, die häufig verletzen mußte.“¹⁴⁵

Diese Charakterzüge waren der Grund, warum Scherr im Kampfe für seine Ideale unaufhörlich in unerfreuliche Streitigkeiten mit seinen Gegnern geriet, was nicht wenig dazu beitrug, das Vertrauen des Volkes in die Schule zu untergraben. Da diese Schäden jedoch nach dem Rücktritt Scherrs rasch verheilten, fällt ein anderer Vorwurf bedeutend stärker ins Gewicht, derjenige der Ueberschätzung des Wissens, wodurch die zürcherische Schule den Charakter einer spezifischen *Lernschule* erhielt. Er wurde schon von Scherrs Zeitgenossen erhoben und hat auch heute noch seine Berechtigung, da eben in dieser Zeit die Fundamente der Volksschule, die sie heute noch tragen, gelegt wurden.¹⁴⁶

Es hat nun keineswegs an Versuchen gefehlt, Scherr von diesem historischen Vorwurf rein zu waschen. Am intensivsten

¹⁴⁴ Wegmann, S. 80.

¹⁴⁵ Müller: Bürgermeister Conrad Melchior Hirzel, S. 247.

¹⁴⁶ von Muralt: Zürich im Schweizerbund, S. 115.

hat dies Wegmann unternommen¹⁴⁷, indem er aus dem Schrifttum Scherrs nachzuweisen versucht, dieser habe der Gemütsbildung eine ebenso große Bedeutung zugemessen wie der Verstandesbildung. Wegmann stellt zunächst die Frage nach dem Bildungsziel Scherrs und umschreibt es folgendermaßen: „Religiosität war es, zu der er die Menschen erziehen wollte“.¹⁴⁸ Die Fähigkeit, „die Ideen von einem vollkommenen Wesen, nämlich von Gott“, zu erfassen, wird der Vernunft zuerkannt, die verstanden wird als „harmonisches Zusammenwirken von Fühlen und Denken.“¹⁴⁹ Etwas eigentümlich berührt dann allerdings die Behauptung Wegmanns, „Scherrs persönliches Bekenntnis“ sei „primär weder christlich noch weltanschaulich, sondern pädagogisch“ gewesen, und die „primär pädagogische Einstellung“ habe seine „Religionsauffassung grundsätzlich bestimmt“.¹⁵⁰

Hier scheint uns eines richtig gesehen zu sein, nämlich daß Scherr primär von einem leidenschaftlichen Bildungsdrang erfüllt war. Ein Vergleich mit Hirzel, der diesen Charakterzug mit Scherr teilte, zeigt jedoch auffallende Unterschiede. Als die Schulreform begann, hatte Hirzel seinen geistigen Standort längst bezogen und sein Bildungsprogramm war ausgerichtet nach einem weltanschaulich fundierten Erziehungsziel, das er sich selber erschaffen hatte. Nicht so der in Bezug auf seine Herkunft viel weniger vom Glücke begünstigte Scherr. Früh auf eigene Füße gestellt und nur mit einer verhältnismäßig bescheidenen Bildung ausgerüstet, wandte er sich schon in jungen Jahren vor allem methodischen Problemen zu und entwickelte als Anormalenlehrer eine eigene Lehrmethode. Als die Schulreform einsetzte, erkannte Scherr, was für ein reiches Betätigungsfeld sich hier für seine pädagogischen, vor allem aber methodischen Ideen auftat und griff mutig zu. Der Erfolg blieb nicht aus. In den nun folgenden Jahren des Ausbaues der Schule war Scherr so intensiv beschäftigt, daß ihm unmöglich Zeit für eine grundsätzliche geistige Standortbestimmung blieb. Seiner Natur

¹⁴⁷ Wegmann: Ignaz Thomas Scherr, ein Kapitel zürcherischer Schulgeschichte 1830 — 39.

¹⁴⁸ Wegmann, S. 31.

¹⁴⁹ ebenda.

¹⁵⁰ ebenda, S. 41.

wäre es ja allerdings auch nicht gegeben gewesen, von einer einmal eingeschlagenen Richtung abzuweichen!

Wenn nun Scherr nach seinem Wegzug aus dem Kanton Zürich versuchte, in seinem „Leichtfaßlichen Handbuch der Pädagogik“ und andern Schriften seinem Wirken nachträglich noch den theoretischen Unterbau zu geben, und wenn er, wie Wegmann darlegt, zu beweisen versucht, er habe der Entwicklung des Gemütes die gleiche Bedeutung zugemessen wie der Förderung des Verstandes, so ist das eben doch eine nachträgliche Rechtfertigung und es steht diesem Beweis ein gewaltiger Zeuge im Weg: die zürcherische Volksschule, wie sie sich im Jahrzehnt zwischen 1830 und 1840 unter Scherrs entscheidendem Einfluß entwickelte. Davon soll im übernächsten Abschnitt dieses Kapitels die Rede sein.

Eine Neubewertung scheint uns aber auch noch für einen andern Mann der zürcherischen Volksschule angezeigt: Nägeli. In der Schilderung des Streites zwischen Scherr und Nägeli ging es uns vor allem darum, zu zeigen, daß dieser Streit für die Gestaltung der Volksschule durch das Unterrichtsgesetz von keiner praktischen Bedeutung war. In einer Zeit, die auf die rasche Verwirklichung eines großen Aufbauwerkes drängte, mußte der Realist Scherr über den Idealisten Nägeli siegen. Wenn wir bei Scherr vor allem dessen Geschick hervorheben, einen brauchbaren Gesetzestext zu formulieren, so mußte ein von Natur aus unsystematischer Mensch wie Nägeli zum vornherein an dieser Aufgabe scheitern. Dennoch ist nicht von der Hand zu weisen, daß Nägeli in seinen kühnen Gedankengängen manches sah, was heute als richtig anerkannt wird. Es sei nur darauf hingewiesen, daß Nägeli schon damals die Repetierschule als den schwächsten Punkt der geplanten Schulorganisation erkannte, indem er über sie schrieb:

„Eine Schule, nach deren Benennung und Bestimmung man nicht vorwärts, nur nicht rückwärts kommen will, ist, vollends auf die Dauer mehrerer Jahre berechnet, eine armselige Schule, ja die schlechteste Pflege eines gerade in seinem

leiblich im Schönsten Wachstum begriffenen, menschlichen Wesens.“¹⁵¹

Wenn es auch im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich ist, die pädagogischen Ideen Nägelis zu würdigen, so sei doch darauf hingewiesen, daß hier noch eine Aufgabe besteht, die ebenso nützlich als reizvoll ist.

b) „Volksbildung ist Volksbefreiung“

Vergleicht man die neue Volksschule mit derjenigen vor der Regeneration, um daran die Bedeutung des Unterrichtsgesetzes von 1832 zu messen, so springt in erster Linie in die Augen, daß nun der symmetrische Aufbau des Staates, so wie er H ir z e l vorgeschwebt hatte, verwirklicht worden war.¹⁵² Staat, Schule und Kirche bildeten drei parallele Einrichtungen mit eigenen Behörden in Kanton, Bezirk und Gemeinde. Dadurch, daß die Schule als neuer öffentlicher-rechtlicher Verband in Erscheinung trat, hatte sie die Selbständigkeit und Unabhängigkeit erlangt, die sie notwendig brauchte.

In ihrer Zweckbestimmung wies die neue Volksschule im weitern einen eminent liberalen Charakterzug auf. Dadurch, daß sie die Kinder aller Volksklassen nach übereinstimmenden Grundsätzen zu erziehen hatte, sollten die Unterschiede des Standes und der sozialen Stellung so weit als möglich überwunden und eine Volksgemeinschaft geschaffen werden, wie sie bis anhin in unserem Kanton noch nie bestanden hatte.

Diese Bestimmung diente gleichzeitig auch noch einem wichtigen politischen Ziel, denn damit sollte das Volk in den Stand gesetzt werden, seine ihm durch die Regenerationsverfassung zugewiesene Aufgabe als Souverän erfüllen zu können. Wenn der Aargauer Zschokke voller Enthusiasmus ausgerufen hatte, „Volksbildung ist Volksbefreiung“, so faßten es die führenden Männer von 1830 umgekehrt auf: Durch Volksbildung sollte die Befreiung erst gesichert werden. Daher ist die große Bedeutung zu erklären, die der Schulreform der Regeneration zugemessen

¹⁵¹ Nägeli: Umriß der Erziehungsaufgabe, S. 18.

¹⁵² Müller: Hirzel, S. 63.

wurde. Die verantwortlichen Führer waren sich bewußt, daß die durch die Verfassung gewährten politischen Rechte nur dann sinnvoll waren, wenn das Volk fähig war, sie auch sinnvoll zu gebrauchen.

Es fällt aus diesen Gründen nicht schwer, bei allen geschichtlichen Darstellungen dieser Epoche außerordentlich rühmende Zeugnisse über das durch das Unterrichtsgesetz von 1832 geschaffenen Werk zu finden. Als eines der schönsten könnte noch hinzugefügt werden, daß es einen der vornehmsten politischen Gedanken Heinrich Pestalozzis zu verwirklichen suchte, daß die Gesellschaft den einzelnen Menschen bilden und veredeln solle.

Diese Zeugnisse beziehen sich samt und sonders darauf, daß nun die Volksbildung mächtig gefördert wurde, daß ein organisches Schulwesen entstanden war, dessen größter Vorzug darin lag, daß es überhaupt praktisch funktionierte. Das war bei den früheren Gesetzen, die auf dem Papier ja auch noch ganz leidlich ausgesehen hatten, durchaus nicht der Fall gewesen.

Nicht unwesentlich war dabei, daß die Finanzierungsprobleme befriedigend hatten gelöst werden können. Allerdings wurden die nun spürbar gewordenen Schullasten, die von den Schulgenossen zu tragen waren, da und dort als drückende Last empfunden und darum nur mit Unwillen getragen. Noch waren die Pflichten, die das neue Schulwesen mit sich brachte, dem Volke keineswegs zur Selbstverständlichkeit geworden und wurden darum als lästig empfunden. Dies ist als eine durchaus natürliche Erscheinung zu werten und die Abneigung gegen die Schule aus diesen Gründen verschwand in dem Maße, als sich das Volk an die ihm auferlegten neuen Aufgaben gewöhnte.

c) Das Wesen der neuen Volksbildung

Wenn nun im Folgenden noch die Frage nach der Art der neuen Volksbildung kritisch aufgerollt wird, soll damit die Bedeutung der Schulreform keineswegs herabgemindert werden. Mit der Feststellung, daß in der neuen Volksschule eine reiche und blühende Tätigkeit entfaltet wurde, stellt sich jedoch auch die Frage nach dem Wesen dieser Tätigkeit. Dabei meldet sich

wieder an erster Stelle der Vorwurf einer zu rationalistischen Einstellung, den wir bei Scherr kennengelernt haben und es erhebt sich die weitere Frage, ob er auch auf das Gesetz und die Schule selber zutrifft.

Ein erster Hinweis ergibt sich aus dem Erziehungszweck, der bestimmt, daß die Kinder zu „geistig tätigen“, „bürgerlich brauchbaren“ und „sittlich religiösen“ Menschen heranzubilden seien.¹⁵³ Stünden nun alle drei Komponenten gleichberechtigt nebeneinander, so ließe sich wohl nichts in der Richtung einer zu rationalistischen Einstellung aussetzen. Fragwürdig wird die Sache jedoch durch Artikel 3 des Unterrichtsgesetzes:

„Die allgemeinen Volksschulen haben die Aufgabe, der gesamten Volksjugend diejenigen Kenntnisse und Fertigkeiten mitzuteilen, welche für den in Art. 1 bezeichneten Zweck der Schulbildung unerlässlich sind.“

Wir fragen an dieser Stelle, welche Kenntnisse und Fertigkeiten einem Kinde vermittelt werden müssen, um es zu einem sittlich religiösen Menschen zu machen.

Noch entscheidender ist Artikel 4, der die Lehrgegenstände der Volksschule aufzählt. Neben den üppig garnierten Programmen der Elementar- und Realbildung, in der die Verstandesschulung und Wissensvermittlung fast hundertprozentig dominieren, wird die Gemütsbildung auf die Gruppen „Kunstbildung“ und „Religionsbildung“ verwiesen, wo es für die erstere dürftig heißt „Weckung des Sinnes für das Schöne im Gebiete der Sprache, Singen, Zeichnen in Umrissen und Schönschreiben“ (!). Ebenso mager sieht es bei der „Religionsbildung“ aus: „Weckung und Entwicklung sittlicher und religiöser Gefühle und Begriffe (!) als Vorbereitung auf den kirchlichen Religionsunterricht.“

Der knappe, „dogmatische“ Teil des Gesetzes, der das Bildungsprogramm umreißt, schließt mit der Wiederholung des gleichen Widerspruches, den wir in Artikel 3 gefunden haben und als „contradictio in adjecto“ bezeichnen möchten:

„Die Lehrweise muß so beschaffen sein, daß sie, indem die Schüler in schnellem und dennoch lückenlosen Fortschreiten

¹⁵³ Unterrichtsgesetz 1832, Art. 1.

zu Kenntnissen und Fertigkeiten geführt werden, die Sinnes-, Verstandes- und Gemütsbildung als Hauptsache von Anfang an und fortgehend befördert“.

Zusammen mit dem Unterrichtsplan, der in Artikel 24 gefördert wird und dem Verzeichnis der Lehrmittel, das durch Artikel 22 festgelegt wurde, prägten diese Bestimmungen den innern Charakter der Volksschule in entscheidender Weise. Beides, Unterrichtsplan sowohl wie eine große Zahl der Lehrmittel, wurden von Scherr ausgearbeitet und trugen die ausgeprägt rationalistischen Züge seiner Persönlichkeit. Wir aber fragen, wie eine Schule, in der alles auf Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten zugeschnitten war, anders als eine Lernschule bezeichnet werden kann. Dies noch weiter bis in alle Einzelheiten nachzuweisen, würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, doch soll noch auf einen Punkt hingewiesen werden: Auch die Ausbildung der Lehrer lag in diesen Jahren in den Händen Scherrs und war vor allem von ihm darauf ausgerichtet worden, den angehenden Lehrern diejenigen Berufskenntnisse zu verschaffen, die sie benötigten, um ihren künftigen Zöglingen die von Gesetz und Lehrplan geforderten Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln. Es ist darum kein Wunder, daß Zeitgenossen spottend behaupteten, überall da, wo sich einige Lehrer beisammen fänden, drehe sich das Gespräch ständig um eine noch ausgeklügeltere Methode der Wissensvermittlung. Gewichtiger aber ist die folgende Feststellung zu werten

„daß die Schule ihren sonst heilsamen Einfluß auf die Erziehung der Kinder größtenteils aufgegeben habe, indem sie jetzt den Unterricht als ihre alleinige Aufgabe betrachte“.¹⁵⁴

Das war zu lesen auf einem Flugblatt, das der 1839 neugewählte Erziehungsrat jedem Volksschullehrer zustellte.

Wenn wir weiter oben feststellten, daß die Volksschule der Regeneration einen der schönsten politischen Gedanken Pestalozzis zu verwirklichen suchte, so mutet es fast tragisch an, daß sie daran scheiterte, sein pädagogisches Gedankengut der harmonischen Ausbildung des Menschen, das er mit „Kopf,

¹⁵⁴ Der Erziehungsrat . . . an die Volksschullehrer. Flugblatt.

Herz und Hand“ umschrieben hat, in die Tat umzusetzen. Es wäre jedoch nicht richtig, etwa Scherr allein dafür verantwortlich zu machen. Die Ueberschätzung des Wissens lag vielmehr im allgemeinen Zeitgeist begründet, von dem Scherr allerdings ein so scharf profilierter Vertreter war, daß die von ihm beeinflusste zürcherische Volksschule noch ausgeprägter den Charakter einer Lernschule erhielt als vergleichsweise die Schulen des Auslandes.

d) Die praktischen Schwierigkeiten der neuen Volksschule

Betrachtet man nun die Auswirkung des Gesetzes auf diejenigen, speziellen Punkte, die vor der Beratung im Großen Rate so viele Besorgnisse verursacht hatten, so waren sie recht unterschiedlich und im ganzen wenigstens für den ersten Moment gering. Mit dem Entgegenkommen an ärmere Gemeinden, daß ihnen der Staat für einige Jahre wenigstens die Hälfte der Leistungen für ihre Lehrerbesoldungen abnahm, verstummten zunächst die Klagen in dieser Beziehung oder gingen unter zufolge anderer Mißtöne, von denen noch zu reden sein wird. Dennoch waren die Pflichten, die das neue Schulwesen mit sich brachte, dem Volke keineswegs zu einer Selbstverständlichkeit geworden, und wurden darum vielfach als lästig empfunden. Dies ist als durchaus natürliche Erscheinung zu werten und die dadurch hervorgerufene Abneigung gegen die Schule wäre vermutlich, wie bereits angedeutet, von selbst abgeklungen, hätte sie nicht diejenigen Strömungen, die derselben aus ganz andern Motiven abhold waren, einen nicht zu unterschätzenden Auftrieb geboten.

In engstem Zusammenhang damit steht ein anderes Uebel an dem die Volksschule der Regeneration krankte: Die in den ersten Jahren noch enorm große Zahl von Absenzen. Sie wurden weniger von Kindern aus bäuerlichen Kreisen verursacht, was daraus zu erklären ist, daß die Schule in den ersten Dezennien ihres Bestehens auf das Gepräge der Landwirtschaft ausgerichtet war¹⁵⁵, als durch Kinder aus der eben in jenen Jah-

¹⁵⁵ Hartmann, S. 137. Die Bemerkung von Humm, S. 89, die Volksschule sei das Kind eines industriellen Zeitalters, scheint mir darum nicht richtig zu sein.

ren mächtig anwachsenden Schicht der Fabrikarbeiter. Als die heftigsten Gegner erwiesen sich die Fabrikanten und die Eltern der von ihnen beschäftigten Kinder.¹⁵⁶ Schon die Ablehnung des Vorschlages auf Verbot der Fabrikarbeit vor zurückgelegtem, neunten Altersjahr und Einschränkung der Nacharbeit für Neun- bis Zwölfjährige, wie Scherr es in seinem Gesetzesentwurf vorgeschlagen hatte¹⁵⁷, war symptomatisch. Noch war die Zeit zu sozialen Schutzmaßnahmen, auch nur für die Jugendlichen, nicht gekommen. Es ist hier nicht Raum, die unaufhörlichen Klagen der untern Schulbehörden über Fabrikarbeit, besonders Nacharbeit von Alltags- und Repetierschülern, die zumeist erfolglosen Bemühungen des Erziehungsrates, die zynische und arrogante Haltung vieler Fabrikanten und das unbegreifliche Verhalten vieler uneinsichtiger Eltern zu schildern. Aber es bot ein schmerzliches Bild, wenn laut einer genauen Untersuchung im Jahre 1836 in Uster von 352 Alltagsschülern deren 86, also der vierte Teil, neben ihren täglichen Schulstunden in der Fabrik arbeiteten, und zwar meistens nachts.¹⁵⁸ Wenn auch schließlich durch eine vom Regierungsrat am 15. Juli 1837 erlassene „Verordnung über die Beschäftigung der Kinder in den Fabriken“ ganz langsam eine Besserung einsetzte, so steigerte diese anderseits, da sie zahlreichen Familien eine Verminderung des Verdienstes brachte, die schon im letzten Abschnitt erwähnte Unzufriedenheit über die Schule, brachte den Gegnern der liberalen Regierung neue Hilfstruppen und wurde zu einer der Ursachen des Sturzes derselben.¹⁵⁹

Was nun die beiden andern Punkte, derentwillen die Petitionen eingereicht worden waren, anbelangt, so waren die Auswirkungen gering, da sie nur eine zahlenmäßig kleine Gruppe innerhalb der Bevölkerung, die Lehrerschaft, betrafen. Das will aber nicht heißen, daß das von den Betroffenen auch so empfunden wurde! Mit den aus einem Kompromiß hervorgegangenen Besoldungen hatten sich die Lehrer abzufinden, die vom Großen

¹⁵⁶ Hunziker, Erziehungsrat S. 35.

¹⁵⁷ Entwurf zum Unterrichtsgesetz, Art. 32.

¹⁵⁸ Festschrift, S. 171.

¹⁵⁹ Emil Stauber: Die Fabrikarbeit der schulpflichtigen Kinder und ihr Einfluß auf den Schulbetrieb im Kanton Zürich in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts.

Rate angeordneten Prüfungen freilich hingen als drohendes Schwert über manchem redlichen Schulmeister alter Art und die eigenen Sorgen mochten ihm die Freude am aufblühenden Schulwesen verdunkeln. Die von einer speziellen Kommission durchgeführten Prüfungen, in der neben Scherr und andern Mitgliedern des Erziehungsrates schulfreundliche Geistliche als Experten amtierten, zogen sich bis in den Herbst 1834 hinein. Obgleich sie mit möglichster Schonung durchgeführt wurden, zeigte sich oft ein erschreckender Tiefstand der Bildung. Das Endresultat war, daß man 75 Schulmeister in den Ruhestand versetzte, während sich 124 zu einem weitem Kurs mit nochmaliger Prüfung verpflichten mußten.¹⁶⁰

Die neue Sekundarschule hatte in den ersten Jahren ebenfalls mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Es fehlte viel, fast alles¹⁶¹: Die Schule mußte sich mit schlechten Lokalen und altem, fast unbrauchbarem Mobiliar begnügen, an Lehrmitteln war nichts vorhanden, sodaß in der Not diejenigen der Primarschule verwendet wurden. Dazu kamen die Schwierigkeiten wegen der ungenügenden Vorbildung der Schüler, von denen sich oft sechs bis sieben Jahrgänge miteinander in die Sekundarschule drängten. Nicht weniger litt die Sekundarschule ferner am Mangel an geeigneten Lehrkräften. Begeisterte Lehrer, lernbegierige Schüler und opferfreudige Gemeinden halfen indessen der Schule über diese Klippen hinweg. Das Gesetz über die höhern Volksschulen erwies sich jedoch schon 1837 als revisionsbedürftig. Was Wesentliches geändert wurde, war alles schon im Entwurfe Hirszels zum ersten Gesetz enthalten gewesen: Die Gestaltung jedes Jahreskurses als abgeschlossenes Ganzes, wodurch der Uebertritt von einer Schule in die andere erleichtert wurde, und die Erhöhung der Lehrerbesoldung auf 800 Franken, wobei der Anteil am Schulgeld wegfiel. Wenn auch diese Revision noch nicht die erhoffte innere Festigung brachte, so entwickelte sich von da an die Sekundarschule doch trotz der ihn anhaftenden Mängel und Unvollkommenheiten in erfreulichem Maße.¹⁶²

¹⁶⁰ Festschrift, S. 137.

¹⁶¹ Heinrich Ernst, Hundert Jahre Zürcher Sekundarschule, S. 16.

¹⁶² Ernst, S. 20.

e) Die Volksschule im konservativen Interregnum

Noch aber bleibt uns die Aufgabe, auf denjenigen Punkt einzutreten, der das Gedeihen der Volksschule der Regeneration weitaus am stärksten bedrohte: Die Auseinandersetzung mit der Kirche. Es war eines der Hauptanliegen der führenden Männer der Regeneration gewesen, die Schule aus der Herrschaft der Kirche zu befreien und dies war erstaunlich leicht gelungen. „Das Herausrücken der spezifisch christlichen und kirchlichen Bildungsgüter aus dem Mittelpunkt des Bildungszieles heraus war eine so eminente, geschichtliche Notwendigkeit, daß sich die Kirche sogar damit abfand“, schreibt Humm¹⁶³ und wir möchten nur noch die Worte einfügen: „i m M o m e n t damit abfand“, um die Richtigkeit dieser Feststellung anerkennen zu können. Denn die Kirche, überrumpelt durch die kraftvolle Volksbewegung, die der Regeneration zum Siege verhalf, durfte es nicht auf einen Bruch ankommen lassen und schlug einen versöhnlichen Ton an, ja sie wollte sogar ihren eigenen Religionsunterricht so umgestalten, „daß nicht mehr die konfessionelle Verschiedenheit zum Hauptgegenstand“ gemacht wurde, sondern diesem „das allen Christen gemeinsame Evangelium“ zugrunde gelegt wurde.¹⁶⁴ Die Kirche merkte aber schon 1832, daß die Emanzipation der Schule zu weit geführt hatte¹⁶⁵, und holte zu kräftigem Gegen-schlage aus. Allerdings steht fest, daß der rasche Erfolg der Schulreform in den ersten Jahren nicht möglich gewesen wäre ohne die tatkräftige Mithilfe schulfreundlicher Geistlicher¹⁶⁶. Da diese aber mit der Zeit innerhalb ihres Standes sich in Minderheit versetzt sahen und die orthodoxe Richtung die Herrschaft über die Kirche an sich riß, entfremdeten Kirche und Schule sich zusehends. Vergebens mahnte Professor F ä s i an der Kirchensynode des Jahres 1835 die Vertreter von Staat, Kirche und Schule, Vertrauen zueinander zu fassen.¹⁶⁷ Das Volk, vor allem

¹⁶³ Humm, S. 43 und 47.

¹⁶⁴ Schreiben des Kirchenrates an den Großen Rat vom 17. Sept. 1832.

¹⁶⁵ Greiner, S. 66.

¹⁶⁶ Festschrift, S. 241.

¹⁶⁷ Joh. Ulrich Fäsi: Ueber das, durch unsere Verfassung und den Standpunkt unserer Volksbildung bedingte, wünschenswerte Verhältnis zwischen Kirche und Schule mit Beziehung auf ihr beiderseitiges Verhältnis zum Staat, 1835.

dasjenige der Landschaft, das gefühlsmäßig unter dem immer noch außerordentlich starken Einfluß der Geistlichen in den Gemeinden nun wieder mehr zur Kirche hielt, geriet in Aufregung. Es glaubte aus den unaufhörlichen Fehden zwischen kirchlichen Vertretern und Schulmännern, vorab Scherr, der auch hier nicht immer den nötigen Takt zu wahren wußte, vor allem eines herauszuhören: Daß von dem neuen Schullehrerinstitut aus Unglaube und Heidentum verbreitet werde.¹⁶⁸ Dabei richtete sich die Opposition weniger gegen das Gesetz als gegen den Geist, in welchem es ausgelegt wurde.¹⁶⁹ Als sich die mit der Zeit unerträglich gewordene Spannung im Straußenhandel und im Septemberumsturz vom Jahre 1839 entlud, fegte sie nicht etwa die Verfassung von 1831 und die auf ihr aufgebauten Gesetze hinweg, sondern die dem Volke immer mehr und mehr entfremdeten Männer der liberalen Regierung. Die Volksschule aber, die unglücklicherweise zum Zankapfel der Parteien geworden war, hatte ganz besonders als Zielscheibe der politischen Leidenschaften herzuhalten, was sich nicht zuletzt daraus erklärt, daß sie außer der religiösen noch andere Angriffsflächen bot, auf die wir schon hingewiesen haben.

Der erste wuchtige Angriff der Konservativen auf die liberale Volksschule setzte jedoch schon ein halbes Jahr vor dem Septemberumsturz ein. Humm hat auf das Phänomen aufmerksam gemacht, das sich aus der merkwürdigen Verquickung der nunmehr zur Herrschaft drängenden konservativen Ideologie mit liberalem Gedankengut ergab und dieses Phänomen wird da deutlich sichtbar, wo wiederum der von den Liberalen geschaffene, demokratische Apparat in Bewegung gesetzt wurde, um die Volksschule, wenn auch nicht von Grund auf, so doch in den umstrittenen Punkten zu reorganisieren.¹⁷⁰ So hatte der Große Rat anfangs April 1839 über nicht weniger als 316 Petitionen zu beraten, die vom Glaubenskomitee und von Gemeinden eingereicht worden waren.¹⁷¹ Nach den langen, ermüdenden Verhandlungen

¹⁶⁸ von Muralt, Zürich im Schweizerbund S. 118.

¹⁶⁹ Greiner, S. 65.

¹⁷⁰ Humm, S. 62.

¹⁷¹ Festschrift, S. 254.

wurde schließlich eine Kommission eingesetzt, die am 28. Mai 1839 ihre Anträge einreichte. In der Sitzung des Großen Rates vom 27. Juni 1839 erhob sich eine heftige Diskussion um die Umgestaltung der Volksschule. Schließlich stimmte der Rat mehrheitlich dem „Gesetz betreffend einige Modifikationen in den bestehenden Gesetzen über das Unterrichtswesen vom 27. Juni 1839“ zu. Die Grundlagen dieses Gesetzes waren eben die erwähnten Petitionen, die begehrten, „dem christlichen Elemente im Unterrichtswesen die wünschbare Gewährleistung für die Zukunft zu verschaffen“.¹⁷² Als Aenderungen für das Volksschulwesen aber brachte es mit sich, daß die religiösen Lehrmittel von einer gemeinsamen Kommission des Kirchen- und des Erziehungsrates vorzubereiten seien, ferner daß in der Elementar- und in der Realschule jede Woche drei Stunden der „Beschäftigung mit religiösen Gegenständen und zwar vorwiegend in der ersten Morgenstunde“ zu widmen seien. Da weitergehende Forderungen kirchlich-konservativer Kreise, wie die Schaffung der Stelle eines Volksschulreferenten, nicht durchdrangen, feierte die radikale Partei den Ausgang als einen Sieg, doch war es höchstens nur ein halber, denn andererseits waren Begehren, die von liberaler Seite eingereicht worden waren, wie zum Beispiel die Uebernahme der gesamten Lehrerbesoldung durch den Staat¹⁷³, ebenfalls verworfen worden. Bei der Beurteilung des Ergebnisses dieses ersten, massiven konservativen Angriffs auf die Volksschule ist nun aber zu beachten, daß dieses Gesetz noch unter liberaler Herrschaft zustande kam. „Der Not gehorchend, hatte die Regierung in elfter Stunde die Bahn betreten, die ihr Volk und Kirche wiesen“, schreibt Martha Greiner.¹⁷⁴ Daß die geringen Konzessionen, wie sie durch das erwähnte Gesetz verwirklicht wurden, nicht genügten, um die unter konservativer Leitung ins Leben gerufene Volksbewegung zum Stillstand zu bringen, sollte sich bald zeigen.

¹⁷² Einleitung des Gesetzes vom 27. Juni 1839.

¹⁷³ Neue Zürcher Zeitung vom 28. Juni 1839.

¹⁷⁴ Greiner, S. 74.

Es folgten nämlich jetzt die Ereignisse, die im „Züriputsch“ vom 6. September 1839 ihren Höhepunkt erreichten, und den Sturz der Regierung nach sich zogen. Die Geschicke des Kantons Zürich wurden einer neuen Regierung anvertraut und auch der Erziehungsrat erfuhr eine durchgreifende Erneuerung, denn gerade hier schien die Durchsetzung mit konservativen Elementen angezeigt. Was war nun von diesem so andersgearteten Erziehungsrat anderes zu erwarten, als daß er unverzüglich eine gründliche Korrektur einiger Teile des geltenden Unterrichtsgesetzes in Angriff nahm? Eine Kommission von Sachverständigen kam zwar zum Schluß, daß von einem Bedürfnis nach tiefgreifender Umgestaltung nicht die Rede sein könne, trotzdem ging die zweite Sektion im Frühling 1840 an eine weitergehende Revision, sodaß Ende Mai 1840 die liberale Presse bereits von einem neuen Schulgesetz, „das die Schule weit tiefer unter die Gewalt der Kirche beuge als vor 1831“ schreiben konnte.¹⁷⁵ Wenn diese Befürchtungen auch übertrieben waren, so riefen sie nun doch den Widerstand der sich langsam erholenden liberalen Kreise auf den Plan. Die heftigen Kämpfe, die besonders in der Presse darüber ausgetragen wurden, sind in der „Festschrift“ ausführlich geschildert¹⁷⁶, sodaß sie hier übergangen werden können. Der Revisionsentwurf ging inzwischen seinen amtlichen Weg und verlor „im Fegfeuer des Regierungsrates“ viel von seiner Schroffheit.¹⁷⁷ Also modifiziert, gelangte er in der Sitzung vom 22. Juni vor den Großen Rat. Durchgeht man die Ratsberichte, so erkennt man unschwer die nunmehr vollständig veränderte Zusammensetzung auch dieser Behörde, denn es meldeten sich fast nur Redner der Konservativen zum Wort, während sich vom zusammengeschmolzenen liberalen Lager nur ein schwacher Widerstand bemerkbar machte. So trug denn das „Gesetz betreffend einige Abänderungen in den bestehenden Gesetzen über das Unterrichtswesen vom 25. Juni 1840“ deutlich den Stempel seiner Herkunft. Neben den religiösen Lehrmitteln hatte nun auch der Lehrplan des Religionsunterrichtes vom Erziehungsrat und vom Kir-

¹⁷⁵ Festschrift, S. 287.

¹⁷⁶ Festschrift, S. 289.

¹⁷⁷ Neue Zürcher Zeitung vom 19. Juni 1840.

chenrat genehmigt zu werden, die Bezirks- und die Gemein-
deschulpflegen hatten in ihren Berichten dem Religionsunter-
richt spezielle Aufmerksamkeit zu schenken und den Erziehungs-
und den Kirchenrat darüber zu informieren. Zu den obligatori-
schen Lehrmitteln gehörten nun auch ein Spruch- und Lieder-
büchlein mit Gebeten für die Elementarstufe und das Neue Testa-
ment und ein Katechismus für die Realstufe. Allen Lehrern an
der Volksschule wurde ein musterhaftes sittliches Betragen, flei-
ßiger Besuch des Gottesdienstes und „Förderung von religiöser
Gesinnung“¹⁷⁸ zur Pflicht gemacht. An allgemeinen Bestimmun-
gen sind zu erwähnen die Erhöhung der Zahl der Unterrichts-
stunden auf 33 im ganzen Jahr (27 für die Alltags-, 6 für die
Repetierschüler), wobei zugleich die Möglichkeit auf Abänderun-
gen durch Bewilligung des Erziehungsrates geschaffen wurde.

Konnte nun dieses Gesetz die Absicht der Septemberregie-
rung, „dem christlich-religiösen Element die gebührende Geltung
zu verschaffen und die Volksschule den Bedürfnissen des Volkes
besser anzupassen“¹⁷⁹, verwirklichen? Tatsächlich stellte das Ge-
setz nach seinem Wortlaut einen ernsten Einbruch in eine der
wichtigsten Errungenschaften des Unterrichtsgesetzes von 1832
dar, nämlich in diejenige der Selbständigkeit und Unabhängig-
keit der Schule. Ging es doch um nichts Geringeres, als dem Kir-
chenrat wieder einen guten Teil der Herrschaft über die Volks-
schule zurückzugeben und vor allem die Lehrerschaft wieder un-
ter seine Aufsicht zu stellen. Es war nun aber die Lehrerschaft,
die diese Gefahr erkannte und dafür sorgte, daß dieses Gesetz
sich als eine stumpfe Waffe erwies und keineswegs als „kräftiges
Mittel gegen das von der Schule eingesogene Gift.“¹⁸⁰ So
waren die Verhältnisse stärker als das Gesetz, und im Betrieb
der Volksschule änderte sich nicht viel. Darum ging auch der
Machtkampf um die Schule weiter und erreichte schließlich sei-
nen Höhepunkt in der berühmten Motion Bluntschli vom 24. Sep-
tember 1844, in der die Abschaffung der Synode gefordert wur-
de.¹⁸¹ Dann aber brachte das Jahr 1845 den liberalen Umschwung

¹⁷⁸ Dieser Passus auf Vorschlag von Hürlimann-Landis.

¹⁷⁹ Einleitung zum Gesetz vom 25. Juni 1840.

¹⁸⁰ Hürlimann-Landis im Großen Rat am 22. Juni 1840.

¹⁸¹ Verhandlungen des Großen Rates 1844, S. 139.

und das Ende der Septemberherrschaft. Blickt man nun auf das konservative Interregnum zurück, so hatte sich die Volksschule erstaunlich immun gegenüber den konservativen Angriffen erwiesen. Eines aber hatten die maßgebenden Männer des Septemberregiments erkannt: Die allzustarke Verstandesrichtung, die die Volksschule der Dreißigerjahre eingeschlagen hatte. Nur zielten ihre Bemühungen auch wieder nicht auf das, was Pestalozzi mit „H a n d“ meinte, sondern sie wollten die in ihren Augen gestörte Harmonie zwischen „Kopf“ und „H e r z“ wieder herstellen, worunter sie eine stärkere Betonung der religiösen Erziehung verstanden. Daß ihnen ein dauernder Erfolg versagt blieb, lag nicht am Gesetz, sondern am Zeitgeist, denn das Rad der Zeit ließ sich nicht mehr zurückdrehen.

ZWEITER THEIL

Das Unterrichtsgesetz vom 23. Dezember 1859

«Auch im Kanton Zürich machte man die Erfahrung, daß es oft leichter ist, etwas anzufangen, als das begonnene Werk weiterzuführen.»

Max Hartmann: Eine Jubiläumsgabe der zürcherischen Behörden.

Erstes Kapitel:

Die zweite liberale Aera und die Volksschule 1845—1859

a) Die politischen Verhältnisse

Wir haben den Fluß der Darstellung unterbrochen mit dem Ende der konservativen Herrschaft, das 1844 eingeleitet wurde mit der Wiedererlangung der Mehrheit im Großen Rat durch die Liberalen. J o n a s F u r r e r wurde zum Bürgermeister gewählt, und im Frühjahr des folgenden Jahres wurden die vier im Austritt befindlichen konservativen Regierungsräte durch liberale ersetzt.¹ Die nun folgende, als zweite liberale Aera bezeichnete Epoche, unterschied sich wesentlich von der ersten, denn nun galt es nicht mehr, einen neuen politischen Zustand zu erkämpfen, sondern vielmehr, den bestehenden fortzuentwickeln.² Große politische Fragen standen freilich auch jetzt wieder im Vordergrund, doch galten sie dem größeren Rahmen der gesamtschweizerischen Verhältnisse, und hinter dem großartigen Geschehen des werdenden Bundesstaates hatten für eine Weile die kantonalen Belange in den Hintergrund zu treten. Nach wie vor maßen sich aber auch auf zürcherischem Boden die beiden gro-

¹ Dändliker, S. 343.

² Guggenbühl, Landbote, S. 88.

Ben, gegnerischen Parteien der Liberalen und Konservativen, doch zeichnete sich im Sonderbundskriege der Kanton Zürich unter der Leitung von Jonas Furrer durch eine entschieden liberale, aber taktvolle Haltung aus.³ In der kantonalen Politik trat zudem gegen die Jahrhundertmitte eine neue Bewegung in Erscheinung, die halb demokratisch, halb sozialistisch in ihrer Struktur, in den Reihen der nun wieder zur Regierungspartei gewordenen Liberalen eine Krise hervorzurufen vermochten. Doch diese konnten die Erschütterung durch die unter der Führung von J o h a n n J a k o b T r e i c h l e r stehenden Gruppen noch einmal überstehen, vor allem dank des Einflusses von A l f r e d E s c h e r, der in beispiellosem Aufstieg in jenen Jahren an die Spitze des zürcherischen Staatswesens getreten war. Als dritte Persönlichkeit von entscheidendem Einfluß ist schließlich noch J a k o b D u b s zu nennen, der 1855 als frische, schöpferische und selbständige Kraft an die Seite Eschers trat.⁴

Wenn nun auch dieser Epoche nicht mehr das jugendliche Feuer der Dreißigerjahre innewohnte, so war sie als Zeit der Ruhe und Erholung⁵ im politischen Leben des zürcherischen Staatswesens doch keineswegs von geringer Bedeutung, und es gelang manch bedeutsames, unbedingt als Fortschritt zu wertendes Werk. Nachdem die Schaffung des Bundesstaates so überaus gut geglückt war, empfanden es die zürcherischen Staatsmänner, die dabei mit an erster Stelle gestanden hatten, als ein Bedürfnis, ihr „blauweißes Haus“⁶ so zu renovieren, daß es sich in der stattlichen Reihe der 21 andern Häuser sehen lassen durfte. Das Dezennium zwischen 1850 und 1860 war darum vor allem erfüllt von Verfassungsarbeiten und gesetzgeberischer Tätigkeit mannigfacher Art, wobei die Schule ein wichtiges Gebiet bildete.⁷ Schon 1849 leitete A l f r e d E s c h e r als Bürgermeister von Zürich eine Partialrevision der Verfassung ein, die als wichtigstes Ergebnis die Ersetzung des Kollegialsystems beim Regierungsrat durch das Direktorialsystem mit sich brachte. Es

³ Dändliker, S. 346.

⁴ ebenda, S. 356.

⁵ ebenda, S. 346.

⁶ von Muralt, Zürich im Schweizerbund, S. 140.

⁷ Greiner, S. 80.

enthielt aber auch eine Aenderung in bezug auf die Volksschule, nämlich die freie Wahl der Lehrer durch die Gemeinden. Ein weiteres Verfassungsgesetz des gleichen Jahres setzte die Amtsdauer der Exekutivbehörden auf vier Jahre herab, verkleinerte den Erziehungsrat von neunzehn auf neun Mitglieder, vereinfachte dessen Geschäftsführung durch Aufhebung der Teilsektionen und machte ihn zu einer Kommission des Regierungsrates. Gewählt wurde der Regierungsrat nun zum Teil vom Großen Rat, zum andern Teil von der Schulsynode; als Präsident amtierte der Erziehungsdirektor.⁸ War dermaßen das Grundgesetz, die Verfassung, den veränderten Zeitverhältnissen angepaßt worden, so sollte das gleiche geschehen mit dem auf ihm fußenden Gesetzesapparat: Im April 1851 beschloß der Große Rat, eine neue, einheitliche Gesetzessammlung an die Stelle der alten zu setzen und im gleichen Jahr wurde auch einer Anregung zugestimmt, die Schulgesetzgebung zu revidieren.

b) Neue Ideen zur Gestaltung der Volksschule

Ergibt sich nun als Hauptmotiv der Revision des Unterrichtsgesetzes eine Neukodifizierung, da die Schulgesetzgebung in nicht weniger als dreißig Gesetzen verstreut und darum unübersichtlich geworden war, so erhebt sich für uns die Frage, ob über diesen äußerlichen Anlaß hinaus seitens der im öffentlichen Leben führenden Männer ein inneres Anliegen an die Volksschule bestand, das bei der bevorstehenden Reorganisation des Gesetzes verwirklicht werden sollte. Um aber nicht zu breit zu werden, soll die Prüfung dieser entscheidenden Frage auf diejenigen drei Männer beschränkt werden, die im politischen Leben unseres Kantons damals am meisten hervortraten.

Als 21-jähriger Student hielt Alfred Escher im Juni 1840 vor den Zürcher Zofingerstudenten einen Vortrag „Unser Freistaat in seiner Möglichkeit in der Zukunft“, in dem er, rückblickend auf das vergangene Jahrzehnt, fragte:

„Welche Zeit machte die Erziehung und Bildung der Kinder zur wahren Herzensangelegenheit, ja — man kann wohl

⁸ Hunziker, Der Erziehungsrat, S. 50.

sagen — zum höchsten Interesse des armen Tagelöhners und Bauern?“⁹

In dieser Aeußerung des jugendlichen Escher zeichnete sich bereits eine Einstellung ab, die zu einer der hervorragenden Charaktermerkmale des zum Manne herangereiften Regierungspräsidenten werden sollte: Das Gefühl der unbedingten Verpflichtung seinen Mitmenschen gegenüber. Leonhard von Muralt deutet die in dieser Beziehung bestehende geistige Verwandtschaft zwischen Alfred Escher, Gottfried Keller und Heinrich Pestalozzi an:

„In Gottfried Keller und Alfred Escher lebte mehr von Pestalozzis Geist, als wir auf den ersten Blick hin annehmen würden.“¹⁰

Wesentlich in bezug auf seine Einstellung der Volksschule gegenüber kommt nun dazu das leidenschaftliche Streben Alfred Eschers nach Fortschritt¹¹, dem ein glühender Glaube an die Möglichkeit des Fortschrittes zugrunde lag.¹² Mit Interesse und Umsicht widmete sich Escher, der neben seinem Amt als Regierungspräsident¹³ zugleich der erste zürcherische Erziehungsdirektor war, den Schulfragen. Als Präsident des Erziehungsrates nahm er zielbewußt die Vorarbeiten zur Revision der Schulgesetze an die Hand, und er präsiidierte auch die Expertenkommission, die die eingegangenen Gutachten zu prüfen hatte. Dann aber kam der entscheidende Moment: Es zeigte sich, daß eine grundlegende Veränderung des Schulwesens nicht als nötig erschien und die Revision schloß wieder ein. Auch Alfred Escher hatte also kein weitergehendes Anliegen an die Volksschule zu richten, sonst hätte er sich, genau wie bei andern Zeitproblemen, etwa den Fragen der Zoll- oder der Eisenbahnpolitik, mit der gleichen Energie und Durchschlagskraft für deren Verwirklichung eingesetzt!

⁹ Nach Gagliardi, «Alfred Escher», S. 47.

¹⁰ von Muralt, Zürich im Schweizerbund, S. 141.

¹¹ Gagliardi, S. 172, von Muralt, S. 142.

¹² von Muralt, S. 142.

¹³ Neuer Titel des Bürgermeisters seit der Verfassungsrevision von 1849.

Hatte so die liberale Partei, wie wir bei Dubs noch einmal sehen werden, keine weitergehenden Postulate in bezug auf das Schulwesen anzumelden, so sah es bei der durch J o h a n n J a k o b T r e i c h l e r angeführten demokratischen Gruppe nicht viel anders aus. Wohl hatte Treichler, als er selber noch Schulhelfer in Geroldswil war (1842/43) und später als Hilfsredaktor des «Republikaner» (1843/44) sich mit Vehemenz für die Volksschule eingesetzt, etwa durch die berühmten mit „Chiridonus Bittersüß“ gezeichneten Aufsätze in dieser Zeitung.¹⁴ Bis zur Jahrhundertmitte führte er auch die Hebung des Volksschulwesens unter seinen Forderungen auf.¹⁵ Als Jakob Dubs den inzwischen zum Politiker und Parteimann gewordenen Treichler im Jahre 1854 zur Formulierung seines Programmes aufforderte, war darin jedoch kein einziges, schulpolitisches Postulat zu finden!¹⁶ Das fiel auch Dubs auf und in seiner kritischen Auseinandersetzung mit dem Programm Treichlers wies er darauf hin:

„Aufgefallen ist uns an diesem Programm, daß der Interessen der Schule und Lehrer . . . mit keiner Silbe Erwähnung getan wird.“¹⁷

Nun ist es aber reizvoll, anhand dieser Kampfschrift, die ein Jahr, bevor J a k o b D u b s als Nachfolger Alfred Eschers Erziehungsdirektor wurde, entstanden war, den Verfasser selbst auf seine schulpolitischen Postulate zu prüfen. Nachdem Dubs im Abschnitt „Worüber klagt das Volk“¹⁸ einen bunten Strauß von Aussetzungen aller Art zusammengestellt hatte, worunter aber nur zwei einzige die Schule betrafen (politisierende Lehrer und Ausbau des Handarbeitsunterrichtes für Mädchen), unternahm er es, das politische Streben des Volkes zu deuten.¹⁹ Aber auch hier ist kein Hinweis auf die Volks-

¹⁴ Abgedruckt in: Johann Jakob Treichler, Frühschriften, herausgegeben von Adolf Streuli, S. 64 und 82 — 103.

¹⁵ Dändliker, S. 352.

¹⁶ «Neues schweizerisches Volksblatt» 1854, Nr. 1, S. 3.

¹⁷ Jakob Dubs, Ein Beitrag zur Würdigung der sogenannten demokratischen Bewegung des Jahres 1854. Abdruck der acht Artikel des Landboten, Nr. 10 — 17, S. 30.

¹⁸ ebenda, S. 35.

¹⁹ ebenda, S. 42.

schule zu finden, wohl aber der Wunsch nach einer vereinfachten und länger in Kraft bleibenden Gesetzgebung.

Wir müssen auf Grund dieser Untersuchung annehmen, daß von politischer Seite aus keine wesentlichen Ansprüche auf eine innere Reform der Volksschule gestellt wurden, im Gegensatz zu den dreißiger Jahren, da die politischen Resultate die Volksschule überhaupt schufen. Es bleibt nur noch zu prüfen, ob ein anderer öffentlich-rechtlicher Verband, nämlich die Kirche, die ja damals ebenfalls auf die Gestaltung der Volksschule einzuwirken versucht hatte, nun wieder bestimmte Begehren anzumelden hatte. Dabei ist aber zu beachten, daß sich schon damals der Kampf nicht etwa zwischen Kirche und Schule, sondern vielmehr zwischen Kirche und Staat um die Schule abgespielt hatte, weshalb sich als entscheidender Ausgangspunkt wiederum das Verhältnis zwischen diesen beiden Verbänden ergibt. Dieses aber hatte sich seit dem Sturz des Septemberregimes dahin geändert, daß nun der Staat auf Grund der Erfahrungen der Septemberrevolution versuchte, die absolute Suprematie über die Kirche zu erlangen und dieses Ziel auch erreichte, sodaß Alfred Escher im Großen Rat erklären konnte, daß dieser „das Volk in allen Richtungen, also auch in kirchlicher, repräsentiere“.²⁰ Daß dieser Machtanspruch des Staates an die Kirche nicht nur theoretisch gemeint war, bekam diese deutlich zu spüren, was nur mit einem Beispiel belegt sein soll: Als Antistes Füßli an der Kirchensynode 1849 bemerkte „die Neigung wachse, die Verbindung mit dem Staate so eng zu schließen, daß sie jede Selbständigkeit einbüße“, wurde er vom Großen Rat im folgenden Jahre in seinem Amte nicht mehr bestätigt.²¹ In den fünfziger Jahren änderte sich dann das Verhältnis erneut, indem die nun ebenfalls liberal gewordene Führung der Kirche ein enges Bündnis mit der liberalen Regierung einging²², das sich nun keineswegs gegen die Schule, wohl aber gegen die in der Mehrheit im demokratischen Lager stehenden Lehrer richtete. In bezug auf das Verhältnis zur Schule aber war wesentlich, daß durch den durch Alfred

²⁰ Jakob Streuli: Der zürcherische Protestantismus an der Wende vom Liberalismus zur Demokratie, S. 66.

²¹ ebenda, S. 66.

²² Humm, S. 86.

Escher an die Universität geholten Theologen A. E. Biedermann der Hegelianismus in Zürich heimisch wurde²³, der versuchte, einen Ausgleich zwischen Christentum und Philosophie zu finden. Da nun aber im Grunde die Philosophie als höchste Norm betrachtet wurde und sich „Kirche und Schule gemeinsam am Maßstab der Philosophie orientierten, so fiel der einstige Anspruch der Kirche, eine höhere Wahrheit zu verkünden, dahin“.²⁴ Die praktische Folge dieser geistigen Situation aber war die eines weitern Zurückgehens des kirchlichen Einflusses auf die Schule und aus der Defensivstellung heraus, in die sich die Kirche nun gedrängt sah, konnte sie es niemals unternehmen, auf die Umgestaltung des Schulwesens durch ein neues Unterrichtsgesetz wesentlich Einfluß zu nehmen.

Wenn wir nun feststellten, daß von den „historischen“ Trägern der Volksschule kein Anstoß zu einer wesentlichen Umgestaltung zu erwarten war, so wäre es aber durchaus denkbar, daß ein solcher Anstoß von den „neuen“ Trägern ausgehen konnte, unter welchem Begriff die Schulbehörden aller Instanzen und die Volksschullehrerschaft gemeint sind.

Für die S c h u l b e h ö r d e n kann dies am besten anhand der amtlichen Berichte geprüft werden, die sie jedes Jahr abulegen hatte und deren Gesamtergebnis im Geschäftsbericht des Regierungsrates zusammengefaßt wurde. So lesen wir in demjenigen von 1848:

„Im ganzen sprechen die Berichte der Bezirksschulpflegen ihre Zufriedenheit mit dem Stande der Schulen und der Berufstreue der Lehrerschaft aus. Am meisten erklären sich die Behörden befriedigt mit dem Zustand der Elementarschulen. Etwas mehr Bedenken wird geäußert über den Zustand der Realschulen. Geklagt wird, wie immer, über die Leistungen der Repetierschulen.“²⁵

Im folgenden Jahr (1849) wurden die Bedenken über die Realschule wiederholt:

²³ Streuli, S. 68.

²⁴ Humm, S. 97.

²⁵ Geschäftsbericht des Erziehungsrates 1848, S. 162.

„Obgleich der Realabteilung auch sehr oft ein günstiges Zeugnis gegeben wird, so läßt sich doch nicht verkennen, und wird von mehreren Seiten auch ausgesprochen, daß sie noch nicht die Vollendung der Elementarschulen erreicht habe.²⁶ Bei der bevorstehenden Revision der Schulgesetze wird der Erziehungsrat alle Verhältnisse dieser Schule in Erwägung ziehen, um ihr diejenige Gestaltung zu verschaffen, die sie befähigt, der Wichtigkeit des Unterrichtes dieser Stufe möglichst zu genügen.“²⁷

Wurde so wenigstens noch eine handgreifliche Anregung zur Reform einer einzelnen Stufe gegeben, so verschwanden die Bemerkungen, nachdem die Revisionsbestrebungen im Sande verlaufen waren, wieder vollständig²⁸, und im Bericht des Erziehungsrates von 1851, der als Beispiel für alle folgenden genommen werden kann, hieß es:

„Nachdem die Schulreform durch die vereinten Anstrengungen der für die Jugendbildung begeisterten Behörden und der einsichtigen Männer aller Gemeinden nicht ohne bedeutende Geldopfer die größten Schwierigkeiten überwunden, die stärksten Vorurteile beseitigt und den äußern Bau der Volksschule durch eine Organisation vollendet hatte, welche den Fortschritt als lebendigen Keim in sich trug, wendete sich die Aufmerksamkeit und Tätigkeit der Schulfreunde allmählich ungeteilter dem innern Ausbau zu und verlief so durch die weitere Entwicklung der nunmehr gesicherten Schöpfung immer mehr in einen ruhigen, stillen und doch nicht minder geregelten Gang, der oberflächlichen Betrachtungen leicht als Stillstand vorkommen könnte. In der Tat: Die heftigen Kämpfe auf dem Gebiet der Volksschule sind ruhiger Erörterung gewichen, die Berichte der Schulpflegen haben an Umfang und Schwung der Sprache verloren, aber an Wahrheit der Darstellung und zutreffender Beurteilung der Zustände zugenommen. Die Teilnahme an dem Werke der Jugendbildung ist nicht kleiner geworden, aber sie wen-

²⁶ ebenda 1849, S. 141.

²⁷ ebenda, S. 143.

²⁸ Geschäftsberichte des Regierungsrates 1850 — 54.

det ihre Tätigkeit mehr der Vollendung des Gegebenen als neuen Schöpfungen zu.“²⁹

Wir müssen annehmen, daß dieses Urteil, das sich mit denjenigen anderer Jahre durchaus deckt, die Auffassung der für das Erziehungswesen verantwortlichen Behörden wiedergab. Wenn es aber an der Volksschule im allgemeinen nur zu loben gab, so bestand natürlich keine Veranlassung von dieser Seite, ihre Organisation grundlegend zu verändern.

Von der Volksschullehrerschaft soll als Kronzeuge hier Heinrich Grunholzer, der nach dem Urteil der «Eidgenössischen Zeitung» der „geistigste und wahrste Vertreter der Lehrerschaft“³⁰ in dieser Zeit war, angerufen werden. In der von ihm und Seminardirektor Zollinger redigierten «Schweizerischen Schulzeitung» veröffentlichte Grunholzer im Sommer 1854 eine längere Folge von Artikeln unter dem Titel „Ist unsere Volksschule auf dem rechten Weg?“³¹, in denen er sich mit den Vorwürfen an die Volksschule, sie sei zu wenig praktisch, d. h. sie leiste zu wenig und treibe zu viel³² auseinandersetzte. Mehr im Brennpunkt der Kritik als die Elementarschule stehe die Realschule und hier seien es vor allem die „Realien“, von denen gesagt wurde, sie seien „zu hoch, zu abstrakt, zu realistisch“.³³ Dem gegenüber betonte Grunholzer unter Berufung auf Pestalozzi das Formale dieses Unterrichts, der niemals Selbstzweck, sondern nur immer Mittel im Dienste des erziehenden Unterrichtes sei. In einer sorgfältigen Analyse aller Stufen der Primarschule kam Grunholzer zum Schluß, die Elementarstufe sei „nicht bloß auf dem richtigen Wege, sondern gelange mit Einsicht und Tätigkeit auch sicher ans Ziel“³⁴, die Realschule „habe sich mehr und mehr auf ihr natürliches Gebiet zurückgezogen und sei deswegen innerlich erstarkt, sie habe überflüssigen Stoff ausgestoßen und sei darum in den Stand gesetzt worden, den kräftigen und nahrhaften immer besser zu

²⁹ Geschäftsbericht des Erziehungsrates 1851, S. 145.

³⁰ Humm. S. 94.

³¹ Schweizerische Schulzeitung 1854, Nr. 30 — 39.

³² Festschrift, S. 385.

³³ Eröffnungsrede von Diakon Fries an der Schulsynode vom 28. August 1854.

³⁴ Schweiz. Schulzeitung 1854, S. 144.

assimilieren.“³⁵ Ueber die Repetierschule aber äußerte sich Grunholzer ziemlich scharf, „es fehle ihr an einer klaren Bestimmung über Zweck und Mittel, es gebreche ihr an der nötigen Zeit und sie besitze keine Lehrmittel.“³⁶

Grunholzer machte noch an zwei andern Stellen Vorschläge für die Revision der Volksschule. In einem Referat an der Tagung des Schweizerischen Lehrervereins am 21. August 1845 in Birr umriß er den Standpunkt der zürcherischen Lehrerschaft zur Frage „Welche Hindernisse stehen gegenwärtig im Kanton der Volksbildung in und außer der Volksschule am meisten entgegen und wie kann ihnen von der Volksschule selbst am wirksamsten begegnet werden?“ Er bezeichnete als Grundübel der zürcherischen Volksschule, daß ihr die Jugend allzufrüh entzogen werde und empfahl als Abhilfe eine andere Verteilung der Schulzeit, spätere Aufnahme der Kinder in die Schule, Verminderung der täglichen Schulstunden für die Schüler bis zum elften Altersjahr und ununterbrochene Fortsetzung des Unterrichtes bis zum 16. Altersjahr mit wöchentlich zehn bis zwölf Stunden.³⁷ Zu den gleichen Ergebnissen gelangte ein anderer der damals führenden Schulmänner, Diakon Fries, der als Liberal-Konservativer zudem in einem ganz andern politischen Lager stand. In der bereits erwähnten Synodalansprache des Jahres 1854 wies Fries darauf hin, es „gehe gegen den Begriff der Schule, daß die Kinder an sich Notwendiges zu einer Zeit lernen müßten, in der sie es noch gar nicht im Stande seien“.³⁸

Am ausführlichsten äußerte sich Grunholzer in einer 1856 anonym erschienenen Schrift: „Freimütiges Wort über das Volksschulwesen des Kantons Zürich“, in dem er im vierten und letzten Abschnitt „den Weg des Fortschrittes wies“³⁹, was als eigentliches Reformprogramm des fortschrittlich eingestellten Teiles der zürcherischen Lehrerschaft zu werten ist und darum hier in seinen wichtigsten Punkten wiedergegeben werden soll:

³⁵ ebenda, S. 152.

³⁶ ebenda, S. 155.

³⁷ ebenda, S. 149.

³⁸ ebenda, S. 197.

³⁹ Traugott Koller: «Heinrich Grunholzer», 2. Band, S. 671.

„Jede Primarschule, welche mehr als 80 Schüler zählt, soll geteilt werden.

Die Schulpflicht soll vom zurückgelegten sechsten Altersjahr bis zum zurückgelegten sechzehnten Altersjahr dauern. Die Ergänzungsschule soll vier Jahreskurse umfassen.

Für die Elementarschule ist die wöchentliche Unterrichtszeit auf 18—21 Stunden, für die Realklassen auf 24 Stunden zu ermäßigen.

An allen Volksschulen sollen einfache Turnübungen eingeführt werden, die für die älteren Knaben zu militärischen Vorübungen erweitert werden können.

Für die aus den Sekundar- und Ergänzungsschulen tretende Jugend sind freiwillige Fortbildungsschulen (Freischulen) zu gründen, in welchen dieselbe die für das häusliche und Berufsleben nützlichsten Kenntnisse erweitern kann und die Jünglinge mit den bürgerlichen Rechten und Pflichten vertraut gemacht werden kann.

Der Staat unterstütze die Einrichtung von Kindergärten, halte aber streng darauf, daß sie der Schule nicht vorgreifen und auf eine der Kindesnatur entsprechende Natur eingerichtet und geleitet werden.

Den Gemeinden ist die Wahl des Präsidenten der Schulpflege freizugeben.

Zur pädagogischen Ueberwachung sind wenigstens drei Schulinspektoren aufzustellen.“

Diese klug durchdachten, von einem fortschrittlichen Geiste zeugenden Vorschläge, die ja nichts anderes sein wollten, als ein in die Zukunft weisendes Reformprogramm, wurden nun von Scherr in kleinlicher und hämischer Art zerzaust.⁴⁰ Offenbar mochte der eifersüchtig über seinen pädagogischen Ruhm wachende Scherr es seinem ehemaligen Schüler nicht gönnen, einen wertvollen Beitrag zum Ausbau der Schule geliefert zu haben. Er versuchte darum nachzuweisen, daß die Vorschläge schon in früheren Programmen enthalten gewesen seien oder

⁴⁰ J. Th. Scherr, Kritik der allerneuesten Vorschläge zur Revision des zürcherischen Volksschulwesens.

dann bezeichnete er sie als der Schule schädlich. So liegt denn eine gewisse Tragik darin, daß Scherr, „der mit zunehmendem Alter nicht mehr Schritt hielt mit der allgemeinen Entwicklung von Staat und Schule“⁴¹, nun zum Hemmschuh auf dem Wege des Fortschrittes wurde. Im übrigen aber wurden Grunholzers Vorschläge von der Oeffentlichkeit anerkennend aufgenommen⁴² und sie verdienten es auch, denn hier war zum ersten Mal ein klar aufgebautes Programm aufgetaucht, das die Möglichkeit in sich barg, die Schulgesetzrevision über den Rahmen einer bloßen Neukodifizierung hinauszuführen.

⁴¹ Festschrift (Kreis), S. 347.

⁴² z. B. NZZ und «Schweiz. Schulstimmen».

Zweites Kapitel:

Der Gang der Gesetzesrevision

a) Unter Alfred Escher 1849—1854

Am 28. Juni 1850 stimmte der Erziehungsrat dem Antrage seines Präsidenten, Alfred Escher, zu, es seien bei den Bezirksschulpflegern, den Stadtschulräten von Zürich und Winterthur und den Schulkapiteln Gutachten betreffs einer Revision des Unterrichtsgesetzes einzuholen. Woher Escher die Anregung hatte, läßt sich heute kaum mehr nachweisen. Gagliardi vermutet anhand eines Briefes von Regierungsrat Billeter an Ludwig Snell, sie sei von Billeter ausgegangen, doch bezieht sich die betreffende Briefstelle deutlich auf das damals zur Beratung stehende Lehrerbesoldungsgesetz⁴³:

„Auch in der Lehrerbesoldungsfrage wird etwas zustand kommen. Ich habe Herrn Regierungsrat Escher ganz definitiv gewonnen und mittels seiner Hülfe hoffe ich durchzudringen.“⁴⁴

Nun hatte ja Escher schon einige Jahre als Erziehungsrat geamtet und sich als Erziehungsdirektor mit der ihm eigenen Energie und Gründlichkeit in alle Belange des Erziehungswesens eingearbeitet, und da lag es fast auf der Hand, daß die unübersichtlich gewordene Schulgesetzgebung, „die deutlich die Spuren ihrer verschiedenen Entstehungszeiten in sich trug“⁴⁵, seinem nach Ordnung und Klarheit ausgerichteten Geist im Wege stand.

In den Vernehmlassungen waren nun zwei Fragen zu beantworten: Erstens ob eine Neukodifizierung der bestehenden Gesetze als notwendig erscheine und zweitens, welche gesetzlichen Bestimmungen dabei einer Revision unterzogen werden sollten. Als Frist zur Einreichung der Gutachten wurde der 31. Oktober

⁴³ Gagliardi, Escher, S. 173.

⁴⁴ Briefe an Dr. Ludwig Snell, Züricher Post, 28. Dezember 1900.

⁴⁵ Festschrift, S. 350.

1850 festgesetzt, die Berichte hatten auch die Meinungen der Gemeindeschulpflegen zu enthalten.⁴⁶

Am 14. August 1850 erweiterte der Erziehungsrat diesen Beschluß dahin, daß auch die Sekundarschulpflegen zu begrüßen seien, womit die Revision auch auf die höheren Volksschulen ausgedehnt wurde.⁴⁷ Auch erwies sich bald die gestellte Frist als zu kurz und mußte darum verlängert werden⁴⁸. Aus den eingegangenen Gutachten ging hervor, daß eine Neuordnung der Schulgesetze allgemein gewünscht wurde.⁴⁹ In Bezug auf eine Revision derselben aber gingen die Ansichten weit auseinander, sodaß der Erziehungsrat beschloß, die Abklärung des ganzen Fragenkomplexes einer Expertenkommission zu übertragen. Die Wahl dieser fünfzehngliedrigen Kommission fand am 19. Februar 1851 statt⁵⁰; in ihr wirkte außer Escher als Präsident auch Scherr mit. Aufgenommen wurde die Arbeit am 29. September 1851; sie konnte in acht Sitzungen zu Ende geführt werden, wobei die ganze Materie in 43 Fragen aufgelöst und die Antworten dazu aus den Vernehmlassungen der Bezirksschulpflegen zusammengestellt wurden. Eine Redaktionskommission, bestehend aus Pfarrer Tobler, J. Th. Scherr und Sekundarlehrer Meier in Andelfingen, arbeitete daraufhin den sehr ausführlich gehaltenen, 99 Seiten umfassenden Bericht aus und reichte ihn zu Anfang des folgenden Jahres der Erziehungsdirektion ein. Die wichtigsten Vorschläge dieser Kommission waren:

Weitere Einschränkung der Fabrikarbeit der Schulkinder.
Beibehaltung des Eintrittsalters der Schüler.

Ermächtigung der Schulpflegen, die Stundenzahl für die Elementarschule herabzusetzen.

Vermehrte Behandlung des realistischen Stoffes der Realschule als Lesestoff und vermehrte Heranziehung anderer Lesestoffe.

⁴⁶ Protokoll des Erziehungsrates, S. 106.

⁴⁷ Protokoll des Erziehungsrates 1850, S. 156.

⁴⁸ ebenda, S. 250.

⁴⁹ Festschrift, S. 350.

⁵⁰ Protokoll des Erziehungsrates 1851, S. 73

Empfehlung von Kinderspielen, Leibesübungen und Handarbeiten für diese Stufe.

Einschränkende Bestimmungen über die Anwendung der körperlichen Züchtigung.

Herabsetzung des Schülermaximums von 120 auf 100 Schüler.

Erlaß des Schulgeldes für bedürftige Sekundarschüler.

Ermächtigung des Erziehungsrates, Lehrer, gegen die eine Untersuchung eingeleitet ist, zu suspendieren.

Recht auf Abberufung eines Lehrers durch die Gemeinden.

Die Pfarrer sollen nicht mehr von Amts wegen Präsident der Schulpflegen sein.

Wenn diese Vorschläge auch kein großartiges Reformprogramm darstellten, so zeigte es sich doch, daß im Schulwesen da und dort etwas zu verbessern war. Die Revision hätte darum ihren normalen Verlauf nehmen können, indem der Erziehungsrat im Laufe des Jahres 1852 auf die Beratung des Expertenberichtes eingetreten wäre. Dies geschah aber nicht. Die gut informierte «Schweizerische Schulzeitung» wußte denn auch am 30. Januar 1852 zu melden, der Entwurf eines neuen Volksschulgesetzes werde kaum vor dem Frühjahr 1853 vor den großen Rat gelangen können. Im Protokoll des Erziehungsrates finden sich für das ganze Jahr 1852 denn auch nur einige spärliche Notizen, die Revision betreffend, vor allem, man habe eingegangene Zuschriften zu den übrigen Akten gelegt. Zu Beginn des neuen Jahres (1853) stellte die genannte Zeitung in ihrer Neujahrsrundschau etwas wehmütig fest, das Zürchervolk stehe in bezug auf die Schulorganisation noch beinahe auf dem gleichen Punkt wie ein Jahr früher. In gleichem Sinn äußerte sich der Synodalpräsident Diakon Fries in seiner Eröffnungsansprache an der ordentlichen Synode vom 29. August 1853: „Es bleibe nur übrig, die Ungeduld zu zügeln und das habe ja auch sein Gutes, könnten doch noch täglich Erfahrungen gesammelt werden.“⁵¹

⁵¹ Schweiz. Schulstimmen 1853, Nr. 35.

In der Tat, die Revision war auf dem besten Weg, einzuschlafen. Im Protokoll des Erziehungsrates für das Jahr 1853 findet sich nur noch eine einzige Eintragung: Man habe dem Departement des Innern auf Anfrage hin geantwortet, es seien keine Anträge dem Großen Rat auf Abänderung der Verfassung im Zusammenhang mit der Schulreform zu hinterbringen.⁵² Im nächsten Jahr ist die Revision überhaupt aus dem Protokoll des Erziehungsrates verschwunden, an einer andern Stelle dagegen, im Bericht der Synodalvorsteherschaft über die Prosynode vom 27. August 1854, steht folgende aufschlußreiche Notiz: Ein Antrag des Kapitels Uster, die Revision der Schulgesetze beförderlichst anhand zu nehmen, sei zurückgezogen worden auf die Erläuterung des Herrn Erziehungsdirektors hin. Daraus geht doch wohl deutlich hervor, daß Alfred Escher persönlich verhinderte, die Revision aus ihrem Dornröschenschlaf zu wecken. Ueber die Gründe lassen sich wiederum nur Vermutungen anstellen, wovon uns jene am plausibelsten erscheint, daß Escher die Revision im Vergleich mit andern Aufgaben, etwa dem zu jenem Zeitpunkt aktuellen Eisenbahnbau, für nicht so wichtig einschätzte, um dafür seine Energie und Arbeitskraft einzusetzen.

b) Unter Jakob Dubs 1855—1859

Am 31. Mai 1854 wurde der zweiunddreißigjährige, aus Affoltern am Albis stammende **J a k o b D u b s** in den Regierungsrat gewählt. Als zu Anfang Oktober 1855 Alfred Escher zur größten Ueberraschung der Oeffentlichkeit seinen Rücktritt aus der Regierung nahm, wählte der Große Rat **D u b s** zum Regierungspräsidenten, wobei dieser zugleich als Nachfolger Eschers die Leitung des Erziehungswesens übernahm. Was hatte nun das zürcherische Erziehungswesen von seinem neuen Direktor zu erwarten, besonders in Hinsicht auf die immer noch pendente Unterrichtsgesetzrevision? In gesetzgeberischer Hinsicht war Dubs, der vor seiner Wahl zum Regierungsrat das Amt eines zürcherischen Staatsanwaltes bekleidet hatte und zudem ein führendes Mitglied des Großen Rates gewesen war, zweimal

⁵² Prot. d. Erziehungsrates 1853, S. 157.

an die Öffentlichkeit getreten. Bei der Beratung eines neuen Armengesetzes im Großen Rat im März 1853 hatte D u b s ausgeführt:

„Man hebt die Uebelstände nicht durch Regulieren von oben, durch Züchtigung, durch Zwangsarbeitshäuser, durch Verbote, Polizeimaßregeln, Centralisation. Darum zurück vom Wege des Zwangs zum Weg der Freiheit, der in manchen Ländern schon mit Erfolg betreten worden ist.“⁵³

Aehnliche Gedankengänge finden sich im Entwurf zu einem Strafgesetzbuch vom Jahre 1855:

„Im großen Ganzen hat nur dasjenige System einen reellen Wert, welches das bessere Leben nicht von außen her in den Menschen hineinbringen will, sondern bei der Festhaltung der Gesamtordnung die einzelnen in möglicher Freiheit und Selbständigkeit gewähren läßt.“⁵⁴

Auch in seiner neuen Stellung als Regierungspräsident und Erziehungsdirektor ließ sich Dubs von diesen, von einem tiefen sittlichen Verantwortungsbewußtsein getragenen Grundsätzen leiten und versuchte, innerhalb der Schranken einer staatlichen Ordnung dem einzelnen Bürger ein möglichst großes Maß von Freiheit zuzusichern. Mit frischem Mute machte sich Dubs, nachdem er sich zuerst gründlich in sein neues Amt eingearbeitet hatte, daran, das steckengebliebene Schifflein der Schulreform wieder flott zu machen. Im Bewußtsein, daß nur der entscheidende Einsatz eines Einzelnen der Sache neuen Impuls verleihen konnte, arbeitete er persönlich in aller Stille einen die gesamte Materie umfassenden Entwurf aus, der zusammen mit einem ausführlichen Beleuchtenden Bericht am 4. Februar 1857 veröffentlicht wurde.

Als Ausgangspunkt der Revision bezeichnete Dubs den gegenwärtigen unbefriedigenden Zustand des Provisoriums, in den das Volksschulwesen in mehrfacher Hinsicht hineingeraten sei (Arbeitsschulen für Mädchen, Repetierschule, Inspektion). Um dem immer noch bestehenden Auftrag einer Neufassung des

⁵³ Jakob Dubs «Volksschrift», S. 23.

⁵⁴ ebenda, S. 20.

ganzen Gesetzeswerkes zu genügen, wollte er auf die lose Aneinanderreihung von Spezialgesetzen ohne innern Zusammenhang verzichten und die ganze Materie in einen organischen Zusammenhang bringen. Daß Dubs dies überhaupt gelang, ist als großartige gesetzgeberische Leistung zu bewerten und stellte der Gabe von Dubs „für neue Gesetzesbestimmungen die zutreffende, einfache, Zweideutigkeiten ausschließende Form zu finden“⁵⁵, ein vorzügliches Zeugnis aus.

Was die innere Gestaltung des Entwurfes anbelangt, so ging Dubs davon aus, daß das Unterrichtsgesetz von 1832 keiner Radikalreformen bedürfe, denn, so führte er aus, „die gegenwärtige Volksschulorganisation ist ein auf selbständigen Ideen und scharfem Grundriß ruhendes, konsequent entwickeltes, fest und fein gegliedertes, im großen Ganzen durchaus gelungenes Werk, das den Männern, welche es gegründet, auf alle Zeiten Ehre einbringen wird.“⁵⁶ Stellte Dubs damit in bescheidener Weise seine eigene Arbeit in den Hintergrund, so ist nicht zu verkennen, daß der Entwurf in mancher Hinsicht den Stempel der Persönlichkeit seines Schöpfers trägt. Das wird vor allem deutlich, wenn man seine Vorschläge mit denjenigen der Revisionskommission von 1852, die auch zu berücksichtigen waren, vergleicht. Was Dubs anstrebte, könnte man als eine mittlere Lösung bezeichnen mit der Tendenz, so weit als möglich das Recht und die Freiheit des einzelnen Bürgers wie die Autonomie der Gemeinde zu wahren.

Das Recht und die Freiheit des einzelnen Bürgers sollte gewährleistet werden durch folgende Vorschriften: Der Schuleintritt mit vollendetem fünften Altersjahr wird beibehalten, aber den Eltern ist es gestattet, die Kinder ein Jahr länger zu Hause zu behalten. Das Kind untersteht in der Schule der Schulzucht, zu Hause gehört es der Familie, zwischen Haus und Schule aber soll die letztere nur eingreifen, wenn anzunehmen ist, die häusliche Zucht werde nicht in gehöriger Art ausgeübt. Den Familien werden die Schullasten erleichtert, indem das Schulgeld vom zweiten Kind an reduziert wird.

⁵⁵ Dubs, «Volksschrift», S. 23.

⁵⁶ Bel. Bericht, S. 5.

Die Gemeindeautonomie aber gedachte Dubs durch folgende Maßnahmen zu schützen: Die Schulpflegen sollten die Erlaubnis erhalten, die Zahl der Schulstunden für die Elementarschule etwas zu reduzieren. Der Pfarrer ist nicht mehr von Amtes wegen Präsident der Schulpflege, wenn die Gemeindegossen ihn aber in die Schulpflege wählen, soll er Präsident sein. Da die Lebenslänglichkeit des Lehramtes beibehalten wird, erhalten die Gemeinden das Recht auf Abberufung eines Lehrers. Dieser wiederum soll aber vor Willkür geschützt werden dadurch, daß der Erziehungsrat das Abberufungsbegehren zu prüfen hat und ihm das Recht zugebilligt wird, seine ökonomischen Interessen vor dem Richter zu vertreten.

Zur eigentlichen Organisation der Volksschule enthielt der Dubs'sche Vorschlag nicht viel Neues. Auffallend sind die etwas dürftigen Vorschläge zur Reform der Repetierschule, bei der Dubs die Vermehrung um zwei bis drei Stunden und Verlegung auf einen Vormittag für genügend hielt und im übrigen eine Umbenennung in Ergänzungsschule ablehnte. Scharf ging er auch ins Gericht mit der von der Revisionskommission vorgeschlagenen bürgerlichen Unterweisungsschule und verglich sie temperamentvoll mit dem Vorschlag, alle Kirchtürme des Landes mit Eisen zu beschlagen, „damit alle Wetter auf sie loschießen würden“. Beibehalten wurde auch das Schülermaximum von 120 Schülern, die Arbeitsschule aber sollte nach den Vorschlägen der Kommission verwirklicht werden. Für die Sekundarschule schlug Dubs die Einführung der alten Sprachen in den Abteilungen der Landschaft vor, um diesen Schülern ebenfalls den Anschluß ans Gymnasium zu ermöglichen. Einem Wunsche der Lehrerschaft nachkommend, nahm Dubs eine lockere Form eines kantonalen Berufsinspektorates in das Gesetz auf, wobei vorgesehen war, daß jährlich ungefähr zwanzig bis vierzig Schulen visitiert werden sollten.

Originell mutet der Vorschlag an, für die Fortbildung der Lehrerschaft Wiederholungskurse am Seminar zu veranstalten und in dieser Zeit die Seminaristen an den verwaisten Stellen amten zu lassen. Einen neuen Weg schlug Dubs auch ein, um die ökonomische Stellung der Lehrer zu verbessern: Vom 21. Dienstjahr

an sollte eine Alterszulage von 90 Franken ausgerichtet werden, denn dies „verhindere die jungen Leute, breit anzufangen, bei wachsenden Bedürfnissen aber leiste es eine entsprechende Nachhilfe und habe auch das Gute, die Lehrer bei ihrem Berufe festzuhalten“.⁵⁷ In der Erhöhung des Grundgehaltes aber war Dubs außerordentlich zurückhaltend und beging damit, wie später noch nachzuweisen sein wird, einen entscheidenden Fehler, da „alle Wetter“ auf diesen Passus „losschossen“.

Daß Dubs von Natur aus ein umsichtiger und sparsamer Haushalter war, ersieht man auch aus seinen übrigen Vorschlägen zur Lösung der finanziellen Fragen, wobei die Gemeindefinanzen im Zentrum standen. Dubs schlug nun vor, die Staatsbeiträge an die Deckung der Schulausgaben der ärmeren Gemeinden zu ersetzen durch Beiträge zur Aeuffnung der Schulfonds dieser Gemeinden für eine Frist von zehn Jahren. Er hoffte, daß diese dadurch wieder selbständig würden „und so an die Stelle der uniformierten Staatsschule wieder in solider Freiheit blühende Gemeindeschulen“ treten würden.⁵⁸ Lieferte er damit einen weitem Beitrag zur Wahrung der Gemeindefreiheit, so soll nicht verschwiegen werden, daß Dubs auch in guten Treuen etwas vorschlug, das sich in der Praxis dann als Angriff auf die Gemeindeautonomie erwies: Der Regierungsrat sollte ermächtigt werden, kleinere Schulgenossenschaften in Fällen, wo das tunlich schien, zusammenzulegen. Trotz dieses Schönheitsfehlers, dessen Tragweite Dubs vermutlich nicht voraussah, müssen wir heute bei Beurteilung des Entwurfes dem Verfasser zustimmen, wenn er in seinem Schlußwort ausführte, die Tendenz der Revision gehe nicht dahin, die Kompetenz und Macht der Erziehungsdirektion zu vermehren, sondern im Gegenteil die untern Organe zu stärken, die Bezirks- und Gemeindeschulpflegen selbständig zu machen und den Schulorganismus zu vereinfachen.⁵⁹

⁵⁷ Bel, Bericht, S. 33.

⁵⁸ ebenda, S. 63.

⁵⁹ ebenda, S. 70.

c) Die Beratung des Gesetzes im Erziehungsrat

Das Eis war nun gebrochen und wiederum schlug der Erziehungsrat den Weg ein, den Entwurf allen Unterbehörden und, wozu er nicht gesetzlich verpflichtet war, den Schulkapiteln zur Begutachtung vorzulegen. Die ersteren kamen dem Auftrag „mit Ernst, Sorgfalt und Gründlichkeit“ nach, und die Abänderungsvorschläge, die selbst redaktionelle Aenderungen umfaßten, zeigten ungefähr das gleiche Mosaik vielfältiger Ideen wie die Eingaben vor sechs Jahren. Von der Lehrerschaft wurde das Gesetz ebenfalls genau studiert, worauf eine ziemlich heftige Explosion erfolgte: Die vorgeschlagenenen Besoldungsansätze seien undiskutabel, tönte es unisono von allen Kapiteln zurück. Uster verglich die Löhne der Angestellten der Glattalbahn mit den Lehrerbesoldungen und stellte fest, daß selbst deren Handlanger mehr verdienten als die Lehrerschaft nach den neuen Ansätzen; Winterthur wies nach, daß diese unter dem Existenzminimum für eine Familie lägen und die «Schweizerische Schulstimme» sekundierte kräftig, es gebe für die Lehrerbesoldung eine untere Grenze, unter die sie nicht herabsinken dürfe, und das sei die Summe, die eine Tagelöhner- oder Arbeiterfamilie brauche, um die allernotwendigsten Bedürfnisse bestreiten zu können.⁶⁰ Im übrigen wandten sich die Kapitel einhellig gegen das Verbot auf Nebenerwerb, gegen das Abberufungsrecht, von dem sie zum mindesten eine Erschwerung verlangten, und gegen die Wiederholungskurse am Seminar, die eine Zumutung seien, die man an keinen andern Berufsstand zu stellen gewagt hätte. Verschiedene Wünsche gingen auf vollständige Freigabe der Schulpflegenwahl, auf die Senkung des Schülermaximums auf 100, bzw. 80 Schüler, und die Besoldung der Vikare in Krankheitsfällen durch den Staat.

Die offene Kritik, die Dubs zu seinem Entwurfe erbeten hatte, war somit reichlich eingetroffen, und es zeigte sich, daß das Gesetz nicht ohne hartnäckige Kämpfe zwischen Behörden und Lehrerschaft unter Dach gebracht werden konnte. Dubs selber arbeitete unermüdlich daran — im August 1857 schrieb

⁶⁰ Schweiz, Schulstimmen 1857, Nr. 10.

er von wichtigen Gründen, die seine eidgenössische Karriere unterbrächen und nannte dabei vor allem die Ausarbeitung des Schulgesetzes⁶¹ — die Eingaben zu prüfen, die öffentlichen Stimmen zu beachten und mit dem Erziehungsrat Abschnitt für Abschnitt durchzuarbeiten. Diese Beratungen dauerten vom 4. November 1857 bis zum 8. Oktober 1858, und daß tüchtig an dem Gesetze gearbeitet wurde, erkennt man schon daran, daß durch Umstellung einzelne Teile gestrafft und die Zahl der Paragraphen von 247 auf 360 vermehrt wurde. Aber auch innerlich hatte das Gesetz in mancher Hinsicht ein anderes Gesicht bekommen, wobei es sich erwies, daß die energische Reaktion der Lehrerschaft nicht ohne Erfolg geblieben war. In bezug auf die Besoldungen war der Erziehungsrat nicht darum herum gekommen, den Notschrei der Lehrerschaft zu erhören, wobei er das von Dubs eingeführte Verfahren der Dienstalterszulagen wesentlich ausbaute, sodaß nun die Staatszulage nach dem 24. Dienstjahr 600 Franken betrug gegenüber 250 Franken nach dem Entwurf von Dubs. Den meisten übrigen Wünschen der Lehrerschaft kam man ebenfalls entgegen, indem man sie wenigstens teilweise erfüllte. So wurden das Verbot auf Nebenerwerb und die Wiederholungskurse am Seminar aufgehoben, das Abberufungsrecht erschwert, und die vorgesehene Inspektion durch Fachleute der Erziehungsdirektion gelockert. Nicht bewilligt dagegen wurde die Uebernahme der Vikarkosten bei Krankheitsfällen durch den Staat.

In anderer Beziehung hatte das Gesetz ebenfalls gewonnen, so durch die Herabsetzung des Schülermaximums auf 100 mit Teilungsmöglichkeit schon bei 80 Schülern, die Heraufsetzung des Schuleintrittes auf das vollendete sechste Altersjahr, die Umbenennung der Repetierschule in Ergänzungsschule und schließlich als wichtigste Aenderung die Reduktion der minimalen Stundenzahl auf 18 für die Elementar- und 23 für die Realstufe. In der Betonung der Selbständigkeit der Schule gegenüber der Kirche ging der Erziehungsrat noch einen Schritt weiter als D u b s, indem er nicht nur das Wahlrecht der Pfarrkapitel für zwei Mitglieder der Bezirksschulpflege strich, sondern

⁶¹ Greiner, S. 83.

auch die Wahl der Präsidenten der Gemeindeschulpflegen vollständig freigab, und die Schulpredigt zu Anfang des Schuljahres sowie das spezielle Visitationsrecht des Kirchenrates für den Religionsunterricht — ein Produkt der Septemberregierung — aufhob.

War nun die Lehrerschaft zufrieden? Die Frage kann nicht beantwortet werden, da eigentümlicherweise der Erziehungsrat es unterließ, den Entwurf zu veröffentlichen, und so die Öffentlichkeit und mit ihr die Lehrerschaft erst wieder Stellung nehmen konnte, als der Regierungsrat seinerseits das Gesetz durchberaten hatte, was am 12. April 1859 der Fall war. Bevor die Frage beantwortet werden kann, müssen deshalb noch die Abänderungsvorschläge, die der Regierungsrat in einer ausführlichen «Weisung» begründete, kurz skizziert werden. Geändert hatten sich nur drei wesentliche Punkte: Der Regierungsrat glaubte, gestützt auf die Gutachten der Unterbehörden, die Freigabe der Schulpräsidentenwahl rückgängig machen zu müssen, und setzte den Pfarrer wieder von Amtes wegen als Präsident der Gemeindeschulpflege ein⁶². Das Abberufungsrecht der Gemeinden dagegen strich er, da es mit dem verfassungsmäßigen Grundsatz, daß kein Geistlicher oder weltlicher Beamter anders denn durch Richterspruch von seiner Stelle entsetzt werden könne, in Widerspruch stehe.⁶³ Noch einmal setzte der Regierungsrat die offensichtlich immer noch ungenügenden Besoldungsansätze hinauf, sodaß, aufsteigend von einem Minimum von 520 Franken nach 25 Dienstjahren ein Maximum von 1 000 Franken erreicht werden sollte. Der Anfangslohn erschien dem Regierungsrat „ganz anständig“ zu sein, „denn in den ersten Jahren hat der Lehrer selbst noch viel zu lernen und es ist auch nicht nötig, daß er sich schon in den ersten Jahren verheiratet.“⁶⁴

Einem von Sekundarlehrer Sieber in Uster im «Schulfreund» verfaßten, ausführlichen Kommentar zufolge anerkannte die Lehrerschaft, daß das Gesetz in mancher Hinsicht Fortschritte gemacht hatte, sogar im Kardinalpunkt, der Besoldung.

⁶² Weisung des Regierungsrates 1859, S. 399.

⁶³ ebenda. S. 442.

⁶⁴ «Der Schulfreund», Päd. Wochenblatt f. d. Ostschweiz 1859, Nr. 17 und 18.

Zu beklagen seien aber immer noch die zu geringen Anfangslöhne, die den jungen Lehrer zwingen, Schulden zu machen, sodaß er, in einem spätern Zeitpunkt auf der Stufe der Entlohnung eines Arbeiters angelangt, vom Abzahlen der Schulden bedrückt, sich nie mehr recht erholen könne. Klar und deutlich stellte Sieber fest:

„Man darf laut und entschieden verlangen, daß jedem Volksschullehrer vom ersten Dienstjahr an ein genügendes Einkommen angewiesen wird. Genügend ist es dann, wenn es den Mann nach minutiöser Berechnung aller Ausgaben anständig ernährt. Wir und andere haben lange gerechnet und sind dabei, verschieden vom Regierungsrate, auf 800 Franken gekommen. Dieses Minimum verlangen wir, und verlangen ferner einen Zuwachs bis zu 1 600 Franken nach dem zwanzigsten Dienstjahr. Wird jener Minimalansatz nicht erreicht, so sehen wir die Schulreform von 1859 um ihr eigentliches Verdienst betrogen.“⁶⁵

Nicht zufrieden war Sieber als Sprachorgan der Lehrerschaft auch mit der Wiedereinsetzung des Pfarrers als Schulpräsident von Amtes wegen und kündigte für diesen Punkt einen zähen Kampf im Großen Rat an. Der Bericht schloß mit den Worten:

„Ueberhaupt bemerken wir schließlich, daß das Gesetz einen ganz guten Eindruck macht, und wenn noch die Besoldungsfrage etc. befriedigend gelöst sein wird, so kann sich der Kanton Zürich zu dieser großen Arbeit gratulieren.“⁶⁶

d) Die Verhandlungen im Großen Rat

Noch aber war das letzte Wort nicht gesprochen; zum Zuge gelangte nun der Große Rat. Zur Vorberatung des Gesetzes setzte er eine Kommission ein, der unter andern Dubs, Escher, Treichler und Grunholzer angehörten. Noch einmal wurde das Gesetz einer artikelweisen Beratung unterzogen und

⁶⁵ ebenda, S. 71.

⁶⁶ ebenda, S. 72.

mußte sich eine nicht unerhebliche Zahl von Aenderungen, meist allerdings redaktioneller Natur, gefallen lassen. Neu war die Freigabe der Wahl des Präsidenten der Bezirksschulpflege aus der Mitte der Behörde (bis anhin Wahl durch den Regierungsrat) und fast als ein salomonisches Urteil mutet ein Entscheid der Kommission des Großen Rates an, der dem nun fast schon dreißig Jahre alten Streit um die Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes und die Festsetzung der Lehrmittel für denselben ein Ende bereiten sollte: Für diejenigen der Alltagschule sollte dem Kirchenrat die Begutachtung, dem Erziehungsrat die Entscheidung zufallen, für denjenigen der Ergänzungsschule aber dem Kirchenrat auch die Genehmigung und dem Regierungsrat in Streitfällen die Entscheidung. Einen sehr interessanten Entscheid traf die Kommission auch darin, daß sie den Schulbeginn vom Frühjahr auf den Herbst verlegen wollte mit der Begründung, den Anschluß an die Kurse des Polytechnikums herstellen zu können, welche aus Rücksicht auf die welschen Kantone im Herbst begannen. Diese bemerkenswerte Geste freundeidge-nössischer Galanterie wurde immerhin dann im Ratsplenium erst nach einer sechsstündigen Redeschlacht an der Verwirklichung verhindert. Weittragender aber, weil tief in die Gemeindeautonomie eingreifend, war der Beschluß der Kommission, für den Regierungsrat aus dem Vereinigungsrecht kleiner Schulgenossenschaften eine Vereinigungspflicht zu machen.

Damit das Unterrichtsgesetz noch im Jahre 1859 verabschiedet werden konnte, mußte der Große Rat eine Extrasession abhalten, welche am 14. November ihren Anfang nahm. Als Referent amtierte Dubs, der zu diesem Zwecke das Präsidium des Großen Rates an den Vizepräsidenten abgetreten hatte. Große Wellen schien das Geschäft nicht werfen zu wollen, waren doch beim Namensaufruf knapp die Hälfte der Ratsherren anwesend. Der Hauptkampf, die Verlegung des Schuljahresanfangs auf den Herbst, wurde schon erwähnt. Lebhaft ging es auch zu und her, als Grunholzer eine Petition der Schulsynode aufgriff, die vorschlug, die Ergänzungsschule auf vier Jahre auszudehnen mit einer Stundenzahl von zwei bis drei Stunden im vierten Jahr. Trotz der warmen Fürsprache durch den angesehenen Grunholzer, der eindringlich darlegte, was man dem Volke und der eigenen

Ueberzeugung schuldig sei⁶⁷, vermochte sich die Ratsmehrheit nicht zur Annahme durchzuringen. Mußten so die Freunde des Fortschrittes eine Niederlage einstecken, so konnte anderseits doch verhindert werden, daß das Abberufungsrecht, das aus der Ratsmitte wieder aufgegriffen worden war, die Zustimmung des Rates erhielt. Bemerkenswert war in diesem Zusammenhang ein Vorschlag, die Lebenslänglichkeit des Lehramtes durch das Prinzip der Erneuerungswahlen zu ersetzen. In bezug auf den Kardinalpunkt des Gesetzes, die ökonomische Stellung der Lehrerschaft, blieb es bei den auch von der Kommission übernommenen Anträgen des Regierungsrates, wobei allerdings nach Schluß der zweiten Lesung, die unmittelbar vor Weihnachten stattfand, den älteren Lehrern ein „Weihnachtsbaum“ damit bereitet wurde, daß sie schon im folgenden Jahr in den Genuß der neuen Zulagen kommen sollten. Der Präsident wünschte dem Kanton in wenigen, herzlichen Worten Glück zu der Arbeit des Großen Rates und hoffte auf „eine günstige Frucht der fleißigen Saat“.⁶⁸ Der Schöpfer des Gesetzes, Jakob Dubs, aber schrieb am 1. Januar 1860 an einen vertrauten Freund:

„Das Jahr 1859 war für mich ein sehr ereignisvolles, am meisten freut mich der Abschluß des großen Werkes, an dem ich drei Jahre gearbeitet, des Schulgesetzes. Im Ganzen ist's ein Werk, das Zürich Ehre macht und hoffentlich auch Nutzen bringen wird.“⁶⁹

Für uns aber, bevor wir im nächsten Kapitel das Unterrichtsgesetz vom 23. Dezember 1859 einer kritischen Würdigung unterziehen wollen, bleibt noch die Feststellung, daß es das letzte sein sollte, das in einem einzigen, organischen Werke das gesamte Unterrichts- und Erziehungswesen des Kantons von der Elementar- bis zur Hochschule regelte und ebenfalls das letzte, das vom Großen Rat in eigener Kompetenz endgültig gutgeheißen werden konnte.

⁶⁷ «Schulfreund» 1859, Nr. 47.

⁶⁸ NZZ 1859, Nr 357.

⁶⁹ Dubs, «Volksschrift», S. 35.

Die Bedeutung des Unterrichtsgesetzes von 1859 für die Volksschule

In der Beurteilung des Dubs'schen Unterrichtsgesetzes weichen die Meinungen in den allgemeinen und den speziell dem Volksschulwesen gewidmeten Darstellungen (Dändliker, Largiadèr, Kreis, Hunziker) nur wenig voneinander ab. Allgemein wird es als mustergültige gesetzgeberische Arbeit bezeichnet; dieses Urteil besteht sicher zu Recht. In bezug auf den Inhalt des Gesetzes und seine Wirkung auf die Volksschule wird gesagt, es sei zwar kein großzügiges Werk, aber es habe doch verwirklicht, was in jenen Tagen überhaupt durchgesetzt werden konnte, und habe eine Reihe begrüßenswerter Fortschritte gebracht (Dändliker, Kreis, Greiner⁷⁰), während Humm urteilt, es habe sich im ganzen damit begnügt, das Bestehende zu fixieren.⁷¹ Fritz Hunziker stellt die Frage, warum nicht radikaler revidiert worden sei, und antwortet, man sei in Parteien und Volk der vielen Schulkämpfe etwas müde gewesen, die neuartigen, wirtschaftlichen Entwicklungen hätten das Interesse beansprucht und am politischen Himmel hätten sich bereits neue Wolken zusammengeballt.⁷² Vergleicht man diese Feststellungen mit den von uns im ersten Kapitel gemachten, daß außer einigen fortschrittlich eingestellten Lehrern weder Parteien noch Kirche noch Schulbehörden ein wesentliches Reformprogramm bereit hatten, so ergibt sich, daß daran etwas Richtiges sein muß.

Dennoch hätten die Schöpfer dieses Gesetzes eine außergewöhnliche und nie wiederkehrende Chance gehabt, dem zürcherischen Schulwesen einen viel weitergehenden Fortschritt zu bringen, und ihm damit einen ebenso bedeutungsvollen Impuls zu geben wie die Männer von 1830. „Nie wiederkehrend“ haben wir

⁷⁰ Dändliker, S. 360, Largiadèr, S. 181, Kreis S. 353. Hunziker S. 53, Greiner S. 83 (Einige Abänderungen die M. Greiner dem Gesetz von 1859 zuschreibt, sind schon in der Verfassungsänderung von 1849 eingeführt worden).

⁷¹ Humm, S. 83.

⁷² Hunziker, S. 53.

die Chance deswegen bezeichnet, weil es das letzte Schulgesetz war, das ohne Volksabstimmung verwirklicht werden konnte, und weil gerade die Erfahrungen der jüngsten Zeit gezeigt haben, wie stark die Aussicht auf eine solche die Arbeit an einem Schulgesetz zu beeinflussen vermag. Was sind aber die tieferen Ursachen, warum 1859 nicht „radikaler revidiert“ wurde? Denn wir gestehen hier freimütig, daß die von Fritz Hunziker und andern gegebene Erklärung, die wohl am besten mit dem „Zeitgeist“ identifiziert werden kann, nicht recht zu befriedigen vermag.

Ein folgenschwerer Entscheid lag schon am Ausgangspunkt der Revision im Jahre 1849, daß die Verfassungsrevision dieses Jahres das zürcherische Staatswesen zu einem viel straffer verwalteten und regierten Kanton machte. Die nun viel straffer betonte Machtpitze innerhalb der Exekutivbehörde brachte es mit sich, daß nur noch ein einziger Mann, der „Direktor“, alle Fäden seines Geschäftszweiges in Händen hielt und überblicken konnte. Viel mehr als das Unterrichtsgesetz von 1832, das seine hervorragenden Qualitäten einem Teamwork hervorragender Männer verdankte, mußte ein neues Gesetz das Werk eines Einzelnen werden. Wollte nun dieser Einzelne nicht, so kam auch kein neues Gesetz zustande, was Alfred Escher bewiesen hat; setzte ein Mann aber seine ganze Kraft ein, wie Jakob Dubs das getan hat, so gelang dessen Verwirklichung und es trug aber auch dann in seinen Vorzügen und Nachteilen den Stempel seiner Persönlichkeit.

Was nun die Vorzüge anbelangt, so wird niemand zweifeln, daß Dubs vom besten Willen erfüllt war, das Werk so gut als möglich zu machen. Sein Streben, die Freiheit des Einzelnen und diejenige der Gemeinde zu schützen, ist im zweiten Kapitel schon gewürdigt worden. Daß Dubs aber von Anfang an danach strebte, eine mittlere Lösung zu finden, muß als Nachteil gewertet werden. Wenn Dubs von sich selber schrieb: „Ich bin radikaler als der radikalste Radikale und konservativer als der konservativste Konservative“⁷³, so liegt darin ein Fingerzeig, denn das heißt doch nichts anderes, als daß Dubs in seiner

⁷³ Handschriftlicher Nachlaß (zit. Greiner 83).

Persönlichkeit eine vermittelnde Natur war und zu Kompromissen neigte, auch da, wo Kompromisse nicht von Gutem waren. Es fehlt darum im Leben dieses Mannes, der in seinem Wollen von einer hohen Sittlichkeit getragen wurde, nicht an schwer begreiflichen Widersprüchen, an denen manchmal sogar seine nächsten Freunde irre wurden (Savoyerfrage, Bundesrevision von 1872). Wenn auch natürlich in viel kleinerem Maßstabe, so lassen sich solche Widersprüche in seinem Entwurfe für das Unterrichtsgesetz nachweisen, und es stützt unsere These vom Werk eines Einzelnen, daß ein guter Teil davon dann in das vollendete Gesetz einging. So ist es nicht recht zu verstehen, daß Dubs, der die Wahrung der Gemeindeautonomie zu einem seiner leitenden Grundsätze gemacht hatte, dazu Veranlassung bot, dem Regierungsrat das Recht in die Hand zu geben, kleinere Schulgenossenschaften gegen deren Willen zusammenzulegen. Der Staat, in seinem seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer deutlicher werdenden Streben, die Macht in seine Hand zu bekommen, ließ es nämlich nicht beim theoretischen Bestehen dieses Rechtes bewenden, sondern machte sich unverzüglich daran, es in die Praxis umzusetzen und erweckte damit im Volke Unzufriedenheit und Erbitterung, wovon das geflügelte Wort von der „Schulvereinigungswut der Erziehungsbehörden“⁷⁴ zeugen mag.

Ein anderer Widerspruch war derjenige des Berufsinspektorates. Klar und deutlich hatte sich das Unterrichtsgesetz von 1832 für die Laienaufsicht entschieden. Nun steht fest, daß es die Lehrerschaft war, die immer wieder den Ruf nach einem Berufsinspektorat erhoben hatte, aber den führenden Schulmännern ging es vor allem darum, durch dieses eine Aenderung in der oft unzulänglichen Beaufsichtigung durch die Gemeinde- und Bezirksschulpflegen herbeizuführen. Wohl um der Lehrerschaft entgegenzukommen, nahm nun Dubs eine Form des Berufsinspektorates in seinen Entwurf auf, aber ohne etwas Wesentliches an der bestehenden Laienaufsicht zu ändern. Daß dabei ein Dualismus entstehen mußte, der nur unerfreuliche Resultate

⁷⁴ Humm, S. 102, außerdem eine ausführliche Darstellung dieser Schulvereinigungen in der Festschrift, S. 433/434.

tate zeitigen konnte, erkannte man schon während der Beratung, und das Endresultat war, nachdem viel Zeit und Kraft ob der Diskussion verschwendet worden war, daß eine solche verschwommene Form der Berufsaufsicht in das Gesetz hineinkam, daß sie überhaupt nur ein einziges Mal angewendet (1861/62) und dann solche Ergebnisse zeitigte, daß sie nie mehr wiederholt wurde.

Auf halbem Wege blieb Dubs auch stehen in seiner Haltung gegenüber der Kirche. Daß er der Schule eine möglichst selbständige Stellung auch dieser gegenüber geben wollte, ist im zweiten Kapitel aufgezeigt worden. In bezug auf das wichtige Amt des Präsidenten der Gemeindeschulpflege machte er einen Kompromiß und vergab sich so die Chance, eine befriedigende Lösung herbeizuführen. Hätte er eine stärkere Hand gezeigt, wäre diese überholte Einrichtung beseitigt worden, denn was vom Volke im Jahre 1865 mit 18 000 gegen 2 500 Stimmen⁷⁵ angenommen wurde, wäre auch schon 1859 möglich gewesen.

Den größten Fehler aber beging Dubs gegenüber der Lehrerschaft, indem er nicht wagte, die Besoldungsansätze von allem Anfang an, wie Scherr es getan hatte, so anzusetzen, daß die Lehrerschaft mit freudigem Herzen die Hand zu einer weitem, fruchtbaren Ausgestaltung der Revision bieten konnte. Daß Dubs glaubte, die Lehrerschaft mit einer derart geringfügigen Erhöhung der Besoldung abfinden zu können, mußte diese, die mit schweren wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, aufs tiefste verletzen. Das Resultat war, daß die Lehrerschaft ihre ganze Kraft darauf verwandte, ihre ökonomischen Interessen zu verteidigen, was nur zum Nachteil der übrigen Teile der Vorlage geschehen konnte. Denn die Besoldungsansätze, wie sie Dubs vorschlug, bedeuteten im Grunde eine Schlechterstellung gegenüber denjenigen von einigen Jahren zuvor, da seit Beginn der Industrialisierung und besonders seit den fünfziger Jahren sich die Lebenshaltung ständig verteuert hatte. Während aber die Löhne der meisten Arbeiterkategorien um zehn bis dreißig Prozent gestiegen waren, so hatte man die Lehrer beständig auf die Revision vertröstet, weshalb die Enttäu-

⁷⁵ Festschrift Kreis S. 427.

schung, als der Vorschlag von Dubs dann bekannt wurde, umso größer war. Daß der entschlossene Einsatz der Lehrerschaft vom Erfolg begleitet war, ergibt sich daraus, daß die Besoldungsansätze im Laufe der Beratungen mehrmals erhöht wurden, bis die Lehrerschaft sich schließlich befriedigt erklären konnte.⁷⁶

Welches wäre nun aber die Wirkung gewesen, wenn die Lehrerschaft, der Sorge, um eine gerechte Entlohnung kämpfen zu müssen, enthoben, sich hätte einsetzen können für eine echte Reform der Volksschule? Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß die Lehrerschaft als einzige Gruppe über ein fest umrissenes Programm verfügte. Hätte sie aber die Möglichkeit gehabt, im Verein mit Dubs und den andern leitenden Behördenmitgliedern etwas davon durchzusetzen? Wir glauben, dies bejahen zu dürfen. Erfüllt von einem starken Standesbewußtsein, in der Mehrheit als politisch aktive oder wenigstens interessierte Bürger im demokratischen Lager stehend, und vor allem geführt von tüchtigen Männern wie Grunholzer und Sieber, hätte sie für einen entschlosseneren Mann am Steuer des zürcherischen Erziehungswesens eine wertvolle Hilfe sein können. Auch so wurden ja noch eine ganze Reihe von Forderungen aus dem Programm Grunholzers verwirklicht, wie die Möglichkeit der Teilung bei 80 Schülern, die Reduktion der Stundenzahl für die Alltagsschule, die Erweiterung der Schulpflicht bis zum 16. Altersjahr, die Einführung der Handarbeit und des Turnens.

Woran die Revision aber vorbei ging und darum einen guten Teil ihres Erfolges einbüßte, war eine tiefergreifende Sanierung der Repetierschule, diesem Stiefkind der Schule von 1830. Schon damals aber hatte unzweifelhaft die Absicht bestanden, in dieser Schule nicht einfach den Unterricht der Realschule zu wiederholen, sondern weiterzuführen, was daraus ersichtlich ist, daß im Gesetz besondere Lehrmittel für die Stufe gefordert wurden. Die Ausführung der gesetzlichen Grundlagen aber war mangelhaft geblieben und die Repetierschule stand neben der mit Fächern überladenen Realschule wie ein Vakuum

⁷⁶ Schulfreund 1860 No. 1.

neben einem mit Luft zum Platzen vollgepreßten Raum.⁷⁷ Wie ein roter Faden ziehen sich darum durch alle die Jahre die Klagen der Schulbehörden und Kapitel über das mangelhafte Dach auf dem wohlgefügtten Hause der Volksschule.⁷⁸ Mehrere Male richtete auch die Schulsynode Denkschriften an den Erziehungsrat mit Vorschlägen, diesem leidigen Zustande abzuhelpfen. In der Zeit der Ausarbeitung des Gesetzes aber fehlte der Einsatz von dieser Seite, aus Gründen, die wir dargelegt haben. Allerdings traf dann quasi in letzter Minute noch eine Petition der Schulsynode an den Großen Rat ein, die eindringlich und in bewegten Worten den Volksvertretern ans Herz legte, wenigstens die Ergänzungsschule durch einen vierten Jahreskurs mit drei Wochenstunden noch etwas zu verbessern:

„Den Jugendfreunden — und es sollen sämtliche Eltern mit unter dieser Zahl begriffen sein — kann kein Zweifel darüber aufsteigen, daß die auf der einen Seite mit dem kleinsten Verluste (der Ausfall an Arbeitszeit für dieses Jahr wurde auf 3 % errechnet), auf der andern Seite mit dem bedeutenden Bildungsgewinn beschwerte Waagschale zu Gunsten eines bessern Schulunterrichtes sich neige. Denn nicht immer ist Verlust, was von kurzsichtiger Berechnung des Augenblicks als solcher dargestellt wird, und niemand wird leugnen, daß drei wöchentliche Unterrichtsstunden für einen tüchtigen Lehrer sehr erfreuliche Resultate ergeben können und müssen, zumal die Periode der gereiften Denkkraft seitens der Zöglinge die Hinleitung zur Berufstätigkeit und der erwachte praktische Sinn das Verständnis der Praxis des Lebens begünstigen und unterstützen.“⁷⁹

Der Petition war kein Erfolg beschieden, trotzdem sich Grunholzer im Rate warm für sie einsetzte: Die Eingabe war zu spät gekommen, denn die Meinungen waren schon gemacht.

Man wird nun vielleicht einwenden, daß in der Zeit der Industrialisierung, in der die in den Fabriken arbeitenden Schul-

⁷⁷ Festschrift S. 381.

⁷⁸ Bericht der Bezirksschulpflege Horgen vom Jahr 1856.

⁷⁹ Petition der Schulsynode an den Großen Rat vom 9. Oktober 1859.

kinder den Eltern eine unentbehrliche Hilfe waren, dem Ausbau der Ergänzungsschule sich unübersteigbare Hindernisse in den Weg legten. Zieht man das zu gleicher Zeit entstandene Fabrikgesetz zum Vergleich heran, so ergeben sich allerdings trübe Perspektiven. Alles, was gelang, war die Verminderung der Arbeitszeit von vierzehn auf dreizehn Stunden für schulpflichtige Kinder, wobei einer Reduktion auf zwölf Stunden in der Diskussion im Großen Rat unter anderem auch mit dem Argument entgegengetreten wurde, man wolle verhindern, daß die Jugend auf den Gassen herumlungere.⁸⁰ Wir müssen darum Humm recht geben, der dieses Gesetz eher ein Versagen als einen Erfolg der damaligen Sozialgesetzgebung bezeichnet.⁸¹ Es ist aber zu beachten, daß das Fabrikgesetz von den gleichen Männern gemacht wurde wie das Unterrichtsgesetz und deshalb nicht als gültiger Maßstab genommen werden kann.

Viel eher angebracht scheint uns ein Vergleich mit der Zeit, in der das erste Unterrichtsgesetz geschaffen wurde. Auch hier ging nicht alles glatt und es gab zahlreiche Hindernisse und Widerstände zu überwinden. Vergleicht man aber das Neue, etwa die zeitliche Ausdehnung, die die Schule damals erfuhr, so erscheint dagegen die Verlängerung um ein Jahr als bescheiden. Aber damals hatten die maßgebenden Männer, überzeugt von der Richtigkeit ihrer Auffassung, den Mut, den Ausbau der Volksschule auch gegen die Widerstände aus dem Volke durchzusetzen, die auch nicht gering waren, was die außerordentlich hohen Absenkenzahlen in den ersten Jahren beweisen. Mit der Zeit aber wurde die Schulpflicht zum selbstverständlichen Gedankengut des Volkes, aber das ist ja immer sekundär, primär bleibt, daß eine Pionierleistung vorausgehen muß. Diesen Pioniergeist aber haben die Männer von 1859 nicht mehr besessen, und damit hat sich eine Entwicklung angebahnt, unter der die Volksschule heute noch zu leiden hat. Mit der Besserung der ökonomischen Lage weiter Volkskreise schickten immer mehr Eltern ihre Kinder in die Sekundarschule, die damit ungewollt die ohnehin nicht auf festen Fundamenten ruhende Ergänzungsschule

⁸⁰ Landbote 1859 No. 148.

⁸¹ Humm S. 105.

von innen her aushöhlte und immer mehr zu einer Schule für die Unbegabten, zu einem toten Geleise im zürcherischen Schulwesen herabdrückte. Bis die Entwicklung aber so weit war, daß die Sekundarschule zum eigentlichen, dominierenden Oberbau der Primarschule wurde, ging dem Kanton Zürich die geistige und seelische Förderung von Tausenden von Jugendlichen, die eine solche nach Anlagen und Fähigkeiten vollauf verdient hätten, verloren.

Auf einen andern Zug ist bei der Beurteilung des Unterrichtsgesetzes von 1859 auch noch kaum geachtet worden. Es ist die viel stärkere Anpassung der einzelnen Schultypen des gesamten Unterrichtswesens aufeinander mit deutlicher Betonung der Ausrichtung der untern Schulstufe nach der obern. Besonders deutlich sichtbar ist das an der Sekundarschule, bei der nun nicht mehr eine Prüfung am Ende der Alltagsschule über die Aufnahme entscheidet, sondern eine Probezeit, in der die Schüler sich naturgemäß viel mehr nach den Anforderungen, die der Lehrer dieser Stufe an sie stellte, zu richten hatten. Aber auch im Lehrziel der Sekundarschule ist eine deutliche Akzentverschiebung festzustellen, indem die Vorbereitung auf den Uebtritt in die höheren Lehranstalten nun viel stärker als allgemeine Aufgabe in Erscheinung tritt. Braucht es für diesen Zug der Ausrichtung nach oben noch einen deutlicheren Beweis als den schon erwähnten Vorschlag, wegen des Polytechnikums den Beginn aller Stufen auf den Herbst zu verlegen? Der „Landbote“ hatte auf den Widersinn dieses Vorschlages aufmerksam gemacht:

„Daß nun aber vollends der Herbstanfang des Polytechnikums auch Rückwirkungen bis auf sämtliche Schüler der Volksschule zeitigen soll, ist in unseren Augen keine geringere Absonderlichkeit, als wenn man den Lehrplan der Elementarschule mit Rücksicht auf das Polytechnikum gestalten wollte.“⁸²

Dennoch dauerte es nicht weniger als 6 Stunden, bis das Für und Wider einer solchen Maßnahme im Ratssaal genügend erwogen und der Beschluß, der glücklicherweise negativ ausfiel, gefaßt

⁸² Landbote 1859 No. 252.

werden konnte. In der Debatte aber hatte gerade D u b s sich als überzeugter Anhänger der Einheitlichkeit des ganzen Schulwesens erklärt. Es ist richtig, daß durch die Verminderung der allzugroßen Stoffmenge der Realschule versucht wurde, der Schule etwas vom Charakter der überbetonten Lernschule zu nehmen. Was aber mit der einen Hand gegeben wurde, wurde mit der andern wieder genommen, denn nun hatten die Lehrer, oft gegen ihren Willen, dafür zu sorgen, daß den Schülern tüchtig das von der nächsten Stufe vorgeschriebene Wissen in die Köpfe hineingepaukt wurde, womit die Lernschule nur noch schönere Blüten trieb als je zuvor.

Am Ende der Würdigung des Gesetzes von 1859 angelangt, soll zusammenfassend versucht werden, zu einem neuen Urteil zu kommen. Durch die vorzüglich gelungene Neufassung aller gesetzlichen Bestimmungen wurde die Volksschule gestärkt und in ihrem Bestehen gesichert. Gemessen am Unterrichtsgesetz von 1832 wies es nicht mehr den Pioniergeist der Männer jener Epoche auf und es „fehlte ihm der schöpferischen Perioden eigentümliche Mut“.⁸³ Es brachte darum nicht den Fortschritt, den es bei entschlossenerem Einsatz hätte bringen können. Daß jedoch Schulgesetze ein ganzes Jahrhundert in Kraft bleiben können, konnte man damals wohl noch nicht ahnen und dies zu erkennen, ist unseren Tagen vorbehalten geblieben.

⁸³ Aus der Synodalansprache von Synodalpräsident J. J. Egg an der Synode von 1869.

DRITTER TEIL

**Die demokratische Verfassung von 1896 und die Versuche
zu einer Neugestaltung des Volksschulwesens**

«Die Erfüllung unseres öffentlichen Lebens äußert sich vorzugsweise in der Erziehung unserer Kinder zu einem menschenwürdigen Dasein, zu den höchsten Zwecken unseres Staates und in der Bestellung und Vollziehung unserer Gesetzgebung.»

Gottfried Keller im Bettagsmandat 1862

Erstes Kapitel:

Die Schulartikel in der demokratischen Verfassung von 1869

a) Die geistigen und politischen Grundlagen

Als markantes Denkmal am Anfang der demokratischen Epoche steht wiederum eine neue Verfassung.¹ Sie wurde in der Volksabstimmung vom 18. April 1869 mit 35 458 Ja gegen 22 366 Nein angenommen.² Daraus erhellt bereits ein grundlegender Unterschied zur Verfassung der Regeneration: Hatte sich damals das Zürchervolk mit überwältigender Mehrheit hinter die neue Verfassung gestellt, so wurde diese von fast zwei Fünfteln der Stimmberechtigten verworfen, sodaß die „Neue Zürcher Zeitung“ von einem Pyrrhussieg der Demokraten sprechen konnte.³ Wiederum enthielt auch die neue Verfassung Schulartikel, die für die künftige Gestaltung des zürcherischen Erziehungswesens die Richtung wiesen:

Art. 62. Die Förderung der allgemeinen Volksbildung und der republikanischen Bürgerbildung ist Sache des Staates. Zur Hebung der Berufstüchtigkeit aller Volksklassen wird

¹ Verfassung des eidgenössischen Standes Zürich vom 18. April 1869.

² Dändliker S. 397.

³ NZZ 1869 No. 109.

die Volksschule auch auf das reifere Jugendalter ausgedehnt werden. Die höheren Lehranstalten sollen unbeschadet ihres wissenschaftlichen Zweckes den Bedürfnissen der Gegenwart angepaßt und mit der Volksschule in organische Verbindung gebracht werden.

Der obligatorische Volksschulunterricht ist unentgeltlich. Der Staat übernimmt unter Mitbeteiligung der Gemeinden die hierfür erforderlichen Leistungen.

Die Volksschullehrer sind in wissenschaftlicher und beruflicher Hinsicht umfassend zu befähigen, insbesondere auch zur Leitung von Fortbildungsschulen.

Die Gemeinden überwachen durch die lokalen Schulbehörden den Gang der Schulen und die Pflichterfüllung der Lehrer. Für jeden Bezirk wird außerdem eine besondere Schulbehörde, Bezirksschulpflege, aufgestellt.

Die Organisation eines der Erziehungsdirektion beigegebenen Erziehungsrates und einer Schulsynode bleibt dem Gesetze vorbehalten.

Art. 64: Die Kirchgemeinden wählen ihre Geistlichen und die Schulgemeinden die Lehrer an ihren Schulen aus der Zahl der Wahlfähigen.

Der Staat besoldet die Geistlichen und unter Mitbeteiligung der Gemeinden die Lehrer im Sinne möglicher Ausgleichung und zeitgemäßer Erhöhung der Gehalte.

Die Lehrer an der Volksschule und die Geistlichen der vom Staate unterstützten kirchlichen Genossenschaften unterliegen alle sechs Jahre einer Bestätigungswahl. Wenn bei der diesfälligen Abstimmung die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Gemeindegossen die Bestätigung ablehnt, so ist die Stelle neu zu besetzen.

Die zur Zeit definitiv angestellten Lehrer und Geistlichen werden nach Annahme der Verfassung für eine neue Amtsdauer als gewählt betrachtet und haben für den Fall der Nichtwiederwahl Anspruch auf Entschädigung nach Maßgabe der Dienstjahre und Dienstleistungen.

An die Stelle der einfachen Formulierung der Verfassung von 1831 „Sorge für Vervollkommnung des Jugendunterrichtes ist Pflicht des Volkes und seiner Stellvertreter“⁴ traten nun eine ganze Reihe von Bestimmungen, die geeignet waren, die Schule tiefgreifend zu verändern und ihr den Stempel des neuen Zeitgeistes aufzudrücken. Es stellt sich nun vorerst die Frage, was die Schöpfer der neuen Verfassung veranlaßte, solch ausführliche Bestimmungen in das Grundgesetz des Staates aufzunehmen. Dazu ist einmal festzuhalten, daß in den führenden demokratischen Kreisen der Schulartikel der alten Verfassung als leere, sinnlose Phrase bezeichnet wurde.⁵ Dazu drängte neues Ideengut zu neuen Formen und es war vor allem ein Mann, dem die Reform des Schulwesens auf der Seele brannte: J o h a n n C a s p a r S i e b e r. Konnte diese nicht im allgemeinen Aufbruch der Zeit verwirklicht oder wenigstens grundlegend vorgezeichnet werden, ohne daß die sich über Jahre hinziehende, mühsame und ermüdende Ausarbeitung eines neuen Unterrichtsgesetzes in Kauf genommen werden mußte, wie sie Sieber und seine Freunde anläßlich des Unterrichtsgesetzes von 1859 miterlebt hatten? Das Wagnis gelang und es war nur den mahnenden Stimmen aus dem eigenen Lager und dem immerhin beträchtlichen Gegengewicht von liberaler Seite zuzuschreiben, die Verfassung für die Volksabstimmung nicht unnötig zu gefährden, daß nicht noch viel ausgeprägteres Sieber'sches Ideengut in die Verfassungsvorlage aufgenommen wurde.

Auf Grund unserer früheren Erfahrungen müssen wir als Zentrum die Ausdehnung der allgemeinen Schulpflicht durch die ersten beiden Sätze des Art. 62 betrachten: „Die Förderung der allgemeinen Volksbildung und der republikanischen Bürgerbildung ist Sache des Staates. Zur Hebung der Berufstüchtigkeit aller Volksschichten wird die Volksschule auch auf das reifere Jugendalter ausgedehnt werden“. Sie sind deshalb aufschlußreich, weil sie deutlich den doppelten Anspruch spiegeln, der von jetzt an der Volksschule das Profil geben wird: Der Anspruch der Politik und der Anspruch der Wirtschaft.

⁴ Staatsverfassung f. d. Kt. Zürich v. 10. März 1831, Art. 20.

⁵ Votum Hugs in der Verfassungskommission. Prot. vom 3. Juli 1868, S. 5.

Der Anspruch der Politik trägt in sich ebenfalls ein doppeltes Gesicht. Einerseits ermöglichte der Stand der Volksbildung, die zum größten Teil das Verdienst der Schule war, den Uebergang von der repräsentativen zur reinen Demokratie. Das kam in der Resolution der bedeutsamen Ustertagsfeier vom 22. November 1867 in Winterthur, dem Zentrum der demokratischen Bewegung, zum Ausdruck, hieß es doch:

„In Erwägung, daß die politischen Erfolge des Kantons Zürich, die Volksbildung und fortgeschrittene, öffentliche Meinung eine Erweiterung der Volksrechte wünschbar und zeitgemäß erscheinen lassen, . . . beschließt die Versammlung, es sei eine Verfassungsrevision durch einen Verfassungsrat und die Erneuerung des gesetzgebenden sowie der obersten Verwaltungs- und Justizbehörden des Kantons anzustreben.“⁶

Dazu kam aber die Ueberzeugung der demokratischen Kreise, daß die reine Demokratie sich auf die Dauer nur halten ließe, wenn die Volksbildung durch die Ausdehnung der Schulpflicht weiterhin gehoben werde. „Eine Demokratie, vor allem eine Referendumsdemokratie, ist ohne politische Bildung des Volkes und diese ohne eine leistungsfähige Schule eine Unmöglichkeit“, faßt Guggenbühl die Stellungnahme des «Landboten» als führendem Organ der Demokraten zusammen.⁷ Darum forderten die Demokraten den Ausbau der Volksschule, die Erleichterung und Begünstigung des Sekundarschulbesuches, die Verbesserung der andern Bildungsgelegenheiten und die Schaffung einer dem staatsbürgerlichen und beruflichen Unterricht dienenden Fortbildung- und Zivilschule.

Was nun den Anspruch der Wirtschaft anbetraf, so können wir wiederum zwei Elemente erkennen: das ökonomische und das soziale. Für das erstere ist das Programm der demokratischen Landsgemeinden vom 15. Dezember 1867 sehr aufschlußreich, hieß es doch dort unter Punkt 2:

⁶ Landbote 1867 No. 281.

⁷ Guggenbühl, «Landbote» S. 165.

„Hebung der Intelligenz und der Produktionskraft des Landes (Ausbau der Volksschule, gerechtere Verteilung der Staats- und Gemeindelasten).“

Diese direkte Gegenüberstellung von Schulbildung und Produktionskraft mag uns heute vielleicht wegen seines materialistischen Anstriches etwas befremden. Etwas Richtiges hat sie aber doch an sich. In unserem rohstoffarmen Land hat seit der Industrialisierung der große Arbeitsanteil an der Erzeugung der wirtschaftlichen Güter je und je eine ausschlaggebende Rolle gespielt, und so ist der wirtschaftliche Aufstieg der Schweiz zu einem großen Teil der Qualität der von unserer Bevölkerung geleisteten Arbeit zuzuschreiben. Das gleiche meint Hartmann, wenn er sagt, daß man in der menschlichen Arbeit den wertvollsten und kostspieligsten Faktor der meisten Industrieerzeugnisse erkannt habe.⁸ Um aber diese hochqualifizierten Industriegüter herstellen zu können, brauchte es eine intensive Ausbildung, deren Grundlage aber für weitaus den größten Teil der Bevölkerung in der Volksschule geschaffen wurde und immer noch geschaffen wird. Erstaunlich aber ist die große, geistige Wandlung, die sich seit den Fünfzigerjahren in dieser Beziehung vollzogen hatte, stand doch damals die Industrie der Erweiterung der Schulpflicht als eines der Haupthindernisse im Weg, indem sie geltend machte, sie ertrage es nicht, daß die heranwachsende Jugend noch vermehrt von den Maschinen fern bleibe. Man konnte sich jedoch in den führenden politischen Kreisen der Erkenntnis nicht verschließen, daß der Kanton Zürich in bezug auf das Schulwesen von den umliegenden Kantonen inzwischen weit überflügelt worden war und auch das Ausland — wie Max Hartmann nachgewiesen hat — mehr und mehr begann, der Schulbildung seiner Jugend vermehrte Aufmerksamkeit zu schenken und dies gerade wiederum im Zuge des scharfen Wirtschaftskampfes und des Wettrennens nach der Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten. Wollte der Kanton Zürich, dessen Volkswirtschaft mit der zunehmenden Industrialisierung sich mehr und mehr nach dem Auslande ausrichten mußte, nicht hoffnungslos ins Hintertreffen geraten, so

⁸ Hartmann, S. 167.

hatte er in Kürze das nachzuholen, was das Unterrichtsgesetz von 1859 versäumt hatte: den Ausbau der Volksschule für die Jugend zwischen dem zwölften und fünfzehnten Altersjahre. So erklärt sich, daß viel stärker als in der liberalen Aera sich nun der Einzelne wie die Gesamtheit auf die Wirtschaft einstellten und selbst die Bildung in den Dienst der Erwerbstätigkeit gestellt werden sollte.⁹

Noch war das soziale Moment noch nicht so ausgeprägt wie in den Schulkämpfen der nachfolgenden Jahrzehnte, denn noch gab es keine organisierte Arbeiterschaft. Da die Großzahl der Arbeiter im demokratischen Lager stand, setzten sich vor allem diese Kreise für die Lösung der sozialen Frage ein und von Bedeutung war es, daß einer der hervorragendsten Vertreter der Arbeitersache, Friedrich Albert Lange, zu den führenden Köpfen der Demokraten gehörte. Das soziale Problem war aber auch den andern demokratischen Führern innerstes Anliegen und Sieber hat das bestätigt, als er in der Verfassungskommission das Eintretensreferat zu den Schulartikeln hielt:

„Die Kommission¹⁰ wollte hierdurch einen Beitrag zur Lösung der sozialen Frage geben und sie hat in gleicher Weise, wie die staatswirtschaftliche Kommission durch Entlastung der gedrückten Klassen im Steuerwesen deren allmähliches Aufatmen zu ermöglichen gesucht, ihrerseits diesen Zweck durch Hebung der Intelligenz aller Volksklassen angestrebt.“¹¹

Vom sozialen Blickpunkt aus betrachtet, stand allerdings eine andere Frage im Vordergrund des Interesses: Die Unentgeltlichkeit der Volksschule. Dieser Punkt sollte dann auch zu einem der Hauptkämpfe im Bereiche der Schulartikel führen. Daneben stand aber ebenfalls im Brennpunkt das höhere Volksschulwesen, denn zu dem Schlagwort „Bildung macht frei“ war das andere, „Wissen ist Macht“ getreten, und nirgends war

⁹ Humm, S. 118.

¹⁰ Gemeint ist die von der Verfassungskommission eingesetzte Subkommission zur Vorbereitung der Schulartikel.

¹¹ Prot. der Verf.kommission vom 3. Juli 1868 S. 5.

der Bildungsglaube stärker vertreten als in diesen Kreisen, die in einer besseren Schulbildung ein Mittel zur Erfüllung ihrer Sehnsucht nach einem besseren Dasein erblickten.

Wenn wir nun versucht haben, die treibenden Kräfte in der demokratischen Bewegung der Sechzigerjahre in bezug auf die Volksschule aufzuzeigen, so müssen wir zum Schluß noch auf eines hinweisen: Die Schulfrage hatte an der Auslösung der Verfassungsrevision keinen direkten Anteil und stand auch nicht im gleichen Maße im Zentrum wie in der Regeneration. Daraus erklärt sich vielleicht aber auch, warum das gelang, was drei Jahre später anläßlich der Volksabstimmung über das Sieber'sche Unterrichtsgesetz nicht mehr gelingen sollte: Eine tiefgreifende Aenderung des Schulwesens herbeizuführen.

b) Die Entstehung der Schulartikel der neuen Verfassung und deren Beratung in der Verfassungskommission („Fünfund-dreißiger Kommission“)

Daß in der Bevölkerung diesmal die Wünsche auf eine Aenderung des Schulwesens viel weniger lebendig waren, als in den Dreißigerjahren, zeigten die aus allen Landesgegenden und Volksschichten eingelaufenen Vorschläge an den Verfassungsrat. Von den insgesamt 415 Eingaben hatten nur deren 23 Begehren in bezug auf das Volksschulwesen anzumelden und von diesen betrafen ungefähr die Hälfte ganz andere Dinge als den Ausbau der Volksschule, nämlich die Uebertragung der Schullasten an den Staat.¹² Daß es dennoch zu weitgehenden Anträgen an den Verfassungsrat kam, lag daran, daß Sieber, der unermüdliche Kämpfer und Schulmann, an jenen Posten gestellt wurde, von dem aus er entscheidend den Gang der Revisionsarbeiten in bezug auf das Schulwesen beeinflussen konnte. Es war dies der Vorsitz in der von der Verfassungskommission eingesetzten Subkommission, die die Schulartikel vorzubereiten hatte. Denn Sieber konnte nach seiner Natur und seinem Temperament nicht anders, als versuchen, die Grundwelle, die wie 1831 das Zürichervolk

¹² Prot. d. Verfassungsrates 1868/69, Uebersicht über die Vorschläge betr. Verfassungsrevision.

erfaßt hatte, dazu zu benützen, das in den endlosen Schulstreitigkeiten der vergangenen Jahrzehnte steckengebliebene Schiff des zürcherischen Erziehungswesens wieder flott zu machen. Er sorgte denn auch prompt dafür, daß in die Anträge der von ihm präsierten Kommission, außer den allgemeinen, demokratischen Postulanten, die wir im vorhergehenden Abschnitt skizziert haben, wobei noch die periodischen Wiederwahlen für die Lehrer und Geistlichen anzuführen wären, noch Etliches aufgenommen wurde, was sein persönliches Gedankengut war oder dasjenige seines engsten Freundeskreises. Darunter sind zu nennen die Abschaffung der Bezirksschulpflege unter Einführung des Berufsinspektors, die Errichtung einer Zivilschule, zu deren Leitung die Volksschullehrer wissenschaftlich und beruflich zu befähigen seien, die Abschaffung der Synode und die Ausschaltung des Religionsunterrichtes aus dem Unterrichtsprogramm aller Schulstufen. Daß diese Vorschläge ernst zu nehmen waren, erhellt daraus, daß die meisten davon von der Verfassungskommission aufgenommen wurden und auch im Verfassungsrat noch große Wellen aufzuwerfen vermochten. Wären Sieber und seine Freunde aber damit vollständig durchgedrungen, so hätte das Volk entweder die ganze Verfassung verwerfen müssen oder sie hätten im zürcherischen Schulwesen eine wahre Revolution hervorgerufen. Da diese Vorschläge auf alle Fälle ein kräftiges Schlaglicht auf das gesamte Schulwesen der damaligen Zeit werfen, soll ihr Schicksal im einzelnen an dieser Stelle verfolgt werden.

Die Verfassungskommission trat in ihrer zehnten Sitzung am 3. Juli 1868 auf die Beratung der Schulartikel ein. Das Eintretensreferat hielt Sieber in schwungvoller Weise und es kam zu interessanten Debatten über das gesamte Schulwesen.¹³ Daß die Ausdehnung des Schulunterrichtes auf das reifere Jugendalter notwendig sei, wurde von allen Seiten bejaht, wobei beide Standpunkte, der politische und der ökonomisch-soziale, kräftig vertreten wurden. Einzig Treichler, der seit den Vierzigerjahren eine frappierende Wandlung durchgemacht hatte und nun als Regierungspräsident zum Hauptvertreter des li-

¹³ Dändliker, S. 384.

beral-konservativen Standpunktes geworden war, stellte die Frage, ob mit der Erweiterung die Schaffung der obligatorischen Sekundarschule gemeint sei, worauf ihm ausweichend geantwortet wurde, das solle dem Gesetz vorbehalten sein.¹⁴ Die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichtes dagegen fand nicht ungeteilte Zustimmung, wies doch ein Votant darauf hin, daß gerade Schulfreunde je und je für die Beibehaltung des Schulgeldes eingetreten seien, um das Interesse der Eltern an der Schule wach zu halten.¹⁵ Da die Unentgeltlichkeit aber ganz in der Linie der von der demokratischen Partei geforderten Erleichterung der Lasten für die untern Volksklassen lag¹⁶ und Sieber und andere die Notwendigkeit der Abschaffung aus sozialen Gründen überzeugend nachwiesen, wurde dieses Prinzip zum Grundsatz erhoben.

Der Gedanke, die Lehrer einer periodischen Wiederwahl zu unterziehen, war schon früher aufgetaucht, unter anderem anläßlich der Behandlung des Unterrichtsgesetzes von 1859 im Großen Rat.¹⁷ Nun war er von den Demokraten wieder aufgegriffen worden, da er ihrer Tendenz nach Stärkung der Gemeindeautonomie entgegen kam und auch geeignet schien, dem häufigen Lehrerwechsel in den Schulgemeinden entgegen zu wirken. In der Kommission begründete es Sieber kurz und bündig:

„Das republikanische Leben ist mit dem Grundsatz der Lebenslänglichkeit einer Stelle nicht vereinbar, sondern in einer Republik ist das Urteil der Mehrheit maßgebend, und diese Mehrheit muß sich vorbehalten, jeweilen einen Akt selbst wieder zu korrigieren. Dieses Prinzip gilt allenthalben, Geistliche und Lehrer nicht ausgenommen.“¹⁸

Bedenken und Widerspruch erweckte es in der Kommission vor allem im Hinblick auf die Stellung der Hochschullehrer, und Treichler bezeichnete es als einen tötlichen Schlag für die Universität¹⁹, da er befürchtete, es könnten vom Ausland her keine hervorragenden Kräfte mehr gewonnen werden. Aber auch

¹⁴ Prot. vom 3. Juli 1868 S. 7.

¹⁵ ebenda S. 8 (Votum Huber).

¹⁶ Gagliardi, Gesch. d. Schweiz S. 1565.

¹⁷ Siehe Seite 94.

¹⁸ Prot. vom 7. Juli 1868 S. 1, Vergleiche auch Festschrift S. 476.

¹⁹ ebenda S. 10.

der Gedanke eines ausgebauten Abberufungsrechtes fand viele Freunde. Das Schlußergebnis war eine Art Kompromiß zwischen Erneuerungswahl und Abberufungsrecht, da die erstere im Prinzip statuiert wurde, aber nur dann vollzogen werden sollte, wenn ein Drittel der Stimmberechtigten es schriftlich verlangte.

Unter der wissenschaftlichen Bildung der Volksschullehrer verstand Sieber, wie er in seinem Eintretensreferat zu diesem Passus ausführte, die Universitätsbildung der Lehrer.²⁰ Im weitem aber befürwortete er nachdrücklich, daß die Privilegierung der Befreiung vom Militärdienst aufgehoben werde, damit die Lehrer dem bürgerlichen Leben nicht mehr so fern stünden wie bis anhin. Dies wurde von keiner Seite bestritten, als Gegner der Hochschulbildung erwies sich wiederum Treichler und zwar aus finanziellen Gründen. Er mußte es sich aber gefallen lassen, daß der Sozialist Bürkli ihm sein Schulprogramm vom Jahre 1846 vorlas, in dem er genau das gleiche, nämlich die Universitätsbildung der Volksschullehrer, gefordert hatte. Wiederum wurde ein Kompromiß geschlossen, indem Sieber einwilligte, daß unter der wissenschaftlichen Bildung nicht unbedingt diejenige an der Universität verstanden werden müsse.²¹

Gegen die Abschaffung der Bezirkschulpflege wehrte sich nur ein einziges Mitglied, und in der Abstimmung wurde sie für einmal mit 30 gegen 5 Stimmen sang- und klanglos zu Grabe getragen.²² Ebenso erging es der Synode, für die beschlossen wurde, sie in der Verfassung nicht mehr zu erwähnen, in der Absicht, sie zu einer dem Vereinsrecht unterstehenden Körperschaft zu machen.

Ein letzter Punkt des Sieber'schen Reformprogrammes bezweckte durch eine geschickte Formulierung („der speziell-dogmatische und konfessionelle Religionsunterricht bleibt den kirchlichen Genossenschaften vorbehalten“) nicht mehr und nicht weniger als die Streichung des Religionsunterrichtes aus dem Lehrprogramm der Schule, was Sieber in der Kommission auch ausdrücklich ausführte. Interessanterweise wurde er dabei unterstützt von kirchlicher Seite und zwar von strenggläubigen

²⁰ V. Protokoll vom 6. Juli S. 2.

²¹ ebenda S. 9.

²² B. Prot. v. 6. Juli 1868 S. 9.

Kreisen der Landeskirche wie von den Freikirchen und den Katholiken.²³ Vor die Alternative gestellt, ob sie die Volksschule sich vollständig des Religionsunterrichtes bemächtigen lassen wollten oder für die Freigabe desselben eintreten sollten, entschieden sich die kirchlichen Kreise für das letztere, das sie als kleineres von zwei Uebeln betrachteten. Von kirchlicher Seite wurde darum auch der Antrag gestellt, den Religionsunterricht in der Verfassung überhaupt nicht zu erwähnen. Angenommen aber wurde dann ein Vermittlungsantrag:

„Von dem Religionsunterricht ist in allen vom Staate unterstützten Schulanstalten das dogmatische und konfessionelle Element ferne zu halten.“²⁴

Damit haben wir die Beratung der Schulartikel in der Verfassungskommission zu Ende verfolgt. Was auffallen muß, ist die außerordentlich schwache Abwehr dieser sehr weitgehenden Reformpläne durch die Liberalen. Sie erklärt sich damit, daß diese in der Kommission auch zahlenmäßig auffallend schwach vertreten waren, standen doch 29 Demokraten und zwei Sozialisten nur vier Liberale gegenüber.

c) Die Haltung der Lehrerschaft

Da die Tagespresse fortlaufend über den Gang der Verhandlungen in der Verfassungskommission berichtet hatte, war die Oeffentlichkeit mit deren Beschlüssen vertraut. In Lehrerkreisen verursachten die Schulartikel keine geringen Besorgnisse, vor allem der Plan der periodischen Erneuerungswahl. Man befürchtete, daß die Lehrer in vollständige Abhängigkeit der „Dorf magnaten“ geraten würden und ihre politische Meinung nicht mehr frei äußern könnten. Die größten Bedenken hatte man für jene Gemeinden, in denen die kirchlich-orthodoxen Kreise tonangebend waren, und darum Repressalien gegen freidenkend eingestellte Lehrer zu befürchten waren, umso mehr, als man kurz vor der Gründung des evangelischen Lehrerseminars stand (1869) und also in Zukunft genügend kirchlich eingestellte

²³ Humm, S. 138.

²⁴ V. Prot. vom 9. Juli 1868 S. 7.

Kandidaten zur Verfügung standen. So schwer das vielen Lehrern fallen mochte, die sich bis anhin aktiv für die demokratische Bewegung eingesetzt hatten, so war es doch nicht zu vermeiden, daß aus standespolitischen Erwägungen heraus die Lehrerschaft als Gesamtheit eine Schwenkung vollzog und sich gegen die Verfassung einstellte. Daß dies bei den konservativen Parteien nicht ohne Spott vermerkt wurde, geht aus einem Sprüchlein hervor, das in der «Freitagszeitung» zu lesen war:

„Brenn nieder, o Revision
Nur unser Schulgebäud' verschon!“²⁵

Es war deshalb vorauszusehen, daß anläßlich der Synode, die sich mit den Schulartikeln befaßte, die Späne fliegen würden. Diese trat am 10. August 1868 in der Peterskirche in Zürich zusammen. Mit ehrlicher Ueberzeugung, daß das Volk nur einen würdigen Gebrauch von seinem Rechte machen werde, verteidigte Sieber, der ja immer noch Mitglied des zürcherischen Lehrkörpers war, die neuen Schulartikel. Da sämtliche Anträge der Prosynode auf Verwerfung lauteten, stand Sieber auf verlorenem Posten, und es war hart für ihn, der seit Jahren der anerkannte Führer der Lehrerschaft war, erleben zu müssen, „wie die Kollegen seine Meinung anhörten, aber bei jeder Abstimmung in geschlossenen Massen sich dagegen erhoben.“²⁶ Das Endergebnis war, daß die Synode eine Petition an den Verfassungsrat richtete, die gegen die Erneuerungswahlen, aber für Beibehaltung von Bezirksschulpflege und Synode plädierte. In den demokratischen Kreisen aber verstimmte die Haltung der Lehrerschaft nicht wenig, und Sieber hatte alle Mühe, die Haltung seiner Kollegen zu verteidigen, was er mit dem Hinweis auf ihre prekäre, materielle Lage tat.²⁷

d) Die Verhandlungen im Verfassungsrat

Die Vorschläge der Fünfunddreißigerkommission waren so weitgehend, daß sie den Widerstand der gegnerischen Kreise her-

²⁵ Freitagszeitung 1868 Nr. 33, vgl. hiezu auch Festschrift S. 481.

²⁶ Landbote 1868 Nr. 197.

²⁷ Festschrift S. 481.

ausfordern mußten. Es bestand ja auch viel eher die Gewähr, daß im Verfassungsrat selber einiges modifiziert und für das Schulwesen speziell diese und jene Tradition gerettet werden konnte, stand doch das Zahlenverhältnis dort für die Liberalen bedeutend günstiger als in der Kommission: 147 Demokraten standen immerhin 75 Liberale gegenüber. Darunter waren die altbewährten Führer des Freisinns zu finden, mit Ausnahme von Alfred Escher, der sich eine Wahl verboten hatte: Dr. Zehnder, Rüttimann, Grunholzer, Treichler und andere. Natürlich hatten auch die Demokraten ihre besten Kräfte abgeordnet: Sulzer, Bleuler, Lange, Zangger, Sieber, und mit den Sozialdemokraten Bürkli und Krebsler und dem Konservativen Georg von Wyß zusammen gab das ein Gremium, das zeigte, welch große Zahl von bedeutenden Köpfen wiederum auf dem kleinen Gebiete des Kantons Zürich beisammen waren.²⁸

Die zusammen mit den Kirchenartikeln in Abschnitt VI der Verfassung aufgeführten Schulartikel wurden vom Verfassungsrat am 24. November 1868 in Beratung genommen. Das Eintretensreferat hielt der von der Kommission bestellte Dr. Hug, ein enger Freund von Sieber. Er legte das Hauptgewicht auf das Obligatorium und die Unentgeltlichkeit der Volksschule und forderte, daß keinem Kinde das Licht der Erkenntnis vorenthalten werden dürfe, auch sei im Volk kein Widerwille gegen die obligatorische Schule.²⁹ Der Erziehungsdirektor, der Liberale Dr. Suter, beschränkte sich in seinen Ausführungen darauf, die Vorzüge der bisherigen Schule hervorzuheben und vor allem den Schulartikel der Verfassung von 1831 zu verteidigen, der immer noch vollauf genüge, so daß man alles andere dem Gesetz überlassen könne.³⁰ Den ausführlichen Schulartikeln der Kommission stellte er folgende einfache Formulierungen gegenüber:

„Die Sorge für den Unterricht und die Bildung der Jugend ist Pflicht des Volkes und seiner Behörden. Dieselbe er-

²⁸ Largiadèr S. 197.

²⁹ Landbote 1868 Nr. 283.

³⁰ NZZ 1868 Nr. 327.

streckt sich gleichmäßig auf die untern, mittleren und höheren Lehranstalten. Jeder Bezirk hat für seine Schul- und seine kirchlichen Angelegenheiten je eine besondere Aufsichtsbehörde. Die Organisation eines der Erziehungsdirektion beigegebenen Erziehungsrates und eine Schulsynode bleiben dem Gesetz vorbehalten.“³¹

Diese Umschreibung des Schulwesens, die ihren Schwerpunkt im ersten Satze findet, ist außerordentlich interessant und deshalb wollen wir im nächsten Abschnitt darauf zurückkommen.³²

In der sich weithin erstreckenden Debatte machte sich eine gewisse Zerfahrenheit bemerkbar, was Greiner zu der Bemerkung veranlaßt, man habe im Verfassungsrat den Angelegenheiten der Volksschule verhältnismäßig wenig Zeit gewidmet.³³ Schuld daran trug vielleicht etwas die Ermüdung der Ratsherren durch die vielen vorangegangenen Sitzungen, vor allem aber der Umstand, daß die Beratung der Schulartikel nicht abschnitts- oder satzweise erfolgte, was vielleicht nicht ganz ohne Absicht geschah. Heiß gestritten wurde vor allem um die Bezirksschulpflege, wegen deren Beseitigung den Demokraten von liberaler Seite der Vorwurf gemacht wurde, man ziele auf eine straffere Zentralisation hin, worauf die Antwort erfolgte, das Gegenteil sei der Fall, denn man wolle den Gemeindeschulpflegern mehr Gewicht zukommen lassen und damit ein Beitrag zur Stärkung der Gemeindeautonomie leisten, und im übrigen wolle man endlich einmal die Crux loswerden, ständig auf die Suche nach Bezirksschulpflegern gehen zu müssen.³⁴ Etwas Ergreifendes hatte, trotz aller Befangenheit im Geiste des Konservatismus, das Votum des greisen Tierarztes Hürlimann, Vertreter des Wahlkreises Grüningen, der in beweglichen Worten über die einseitige Anhäufung von Kenntnissen seitens der Schule klagte und dem Bildungszwang des Staates die Bildungsfreiheit und das Recht der Eltern gegenüberstellte.³⁵

³¹ Verfassungsrat B. Prot. v. 25. November 1868 S. 2.

³² Siehe Seite 124.

³³ Greiner S. 91.

³⁴ Landbote 1868 Nr. 284 Votum Dr. Hug.

³⁵ V. Prot. vom 24. Nov. 1868 S. 4. Vgl. auch Hartmann S. 177.

Gegen den Schluß der Nachmittagssitzung, „als die Anträge Legion geworden waren“³⁶, wurde die Abstimmung über die Unentgeltlichkeit unter Namensaufruf vollzogen und ergab das eindruckliche Ergebnis von 170 annehmenden gegen 11 ablehnende Stimmen.

Noch aber harrte ein zweiter Schulartikel der Erledigung. Am 1. September 1868 legte Sieber als Referent eindringlich und weit ausholend die Problematik der Erneuerungswahlen dar. Er verschwieg nicht die Bedenken der Lehrerschaft, ihre Unabhängigkeit zu verlieren, wies aber anderseits auf das ungleiche Recht hin, daß ein Lehrer jederzeit seine Stelle verlassen könnte, die Gemeinden aber eine unfähige Lehrkraft ein Leben lang behalten mußten. Mit Nachdruck setzte er sich dafür ein, daß der Lehrerschaft als Äquivalent für die verlorene Lebenslänglichkeit eine bessere Anpassung der Besoldung an die gegenwärtigen Verhältnisse gewährt werde.³⁷ An der ausführlichen Debatte, die den ganzen Tag dauerte und 28 Redner mit zum Teil ausführlichen Voten auf den Plan rief, schwankte das Barometer zwischen den beiden Polen „Gemeinderecht“ — „Recht der Lehrer“, wobei wiederholt die besondere Stellung der Hochschullehrer betont wurde. In der Abstimmung, für die nicht weniger als 21 Abänderungsanträge vorlagen³⁸, unterlagen die Liberalen mit dem Vorschlage der Einführung des Abberufungsrechtes, währenddem der Antrag der Demokraten noch dahin modifiziert wurde, daß bei grundsätzlicher Einführung der Amtsdauer Erneuerungswahlen nur dann stattfinden sollten, wenn eine Mehrheit der Stimmberechtigten sie beschließe.³⁹

Noch mehr geltend machten sich die Ermüdungserscheinungen in der zweiten Beratung der Schulartikel am 23. und 24. März 1869, da, wie der «Landbote» schrieb, „im Laufe des Jahres 1868 der beste Teil alles dessen, was gestern gesagt wurde, auch schon vielfältig gesagt, geschrieben und gedruckt worden sei“.⁴⁰ Die Liberalen trugen nunmehr der Entscheidung

³⁶ Landbote 1868 Nr. 289.

³⁷ V. Prot. vom 1. Dezember 1868, S. 1—4.

³⁸ B. Prot. vom 1. Dezember 1868 S. 5.

³⁹ V. Prot. vom 1. Dezember 1868 S. 17.

⁴⁰ Landbote 1868 Nr. 73.

der ersten Beratung Rechnung, doch setzte sich ihr Sprecher, Erziehungsdirektor Dr. Suter, nocheinmal hartnäckig für die Erhaltung des Schulgeldes ein, ohne damit Erfolg zu haben. Gnade dagegen fanden nun, gewissermaßen in letzter Minute, die Bezirksschulpflege und die Synode. In der noch gleichentags stattfindenden Beratung über das Wahlrecht der Schul- und Kirchgemeinden waren die Demokraten entschlossen, nicht wieder einen „zweitägigen Repetierkurs“ abzuhalten⁴¹, doch berannten nicht weniger als zwanzig liberale Votanten mit wiederum sechzehn Gegenanträgen die unerschütterliche Phalanx der Demokraten, sodaß der Referent Sieber und sein Freund Dr. Hug „fast etwas vereinsamt und nur von spärlichem Zuzug unterstützt dastanden“.⁴² Das Schlußergebnis aber war wiederum eindeutig; die Volksschullehrer und die Geistlichen hatten sich alle sechs Jahre einer Bestätigungswahl zu unterziehen. Damit war die große Schuldebatte im Verfassungsrat zu Ende. Das Schicksal der Schulartikel aber wurde nocheinmal in Frage gestellt, als die Diskussion einsetzte, ob über die Verfassung gesamthaft oder artikelweise abzustimmen sei. Wiederum gab das zahlenmäßige Uebergewicht der Demokraten den Ausschlag und diese wußten sich wohl zu hüten, ihr Werk durch eine artikelweise Abstimmung zu gefährden, zur großen Erbitterung der sich majorisiert fühlenden Liberalen, welche sich auch durch die kurze Frist bis zur Volksabstimmung benachteiligt fanden.

e) Die Volksabstimmung über die neue Verfassung

Nach den Hauptdiskussionspunkten, dem obligatorischen Gesetzesreferendum und der Volkswahl des Regierungsrates, spielten die Schulartikel im Abstimmungskampf, der von beiden Seiten mit einer gewaltigen Agitation geführt wurde, eigentlich eine bescheidene Rolle, noch bescheidener als die Kirchenartikel, die doch da und dort die Gemüter zu erhitzen vermochten. In der Presse war es die Lehrerschaft, die durch die «Neue Zürcher Zeitung» der Oeffentlichkeit ihre verwerfende Stellungnahme bekannt gab:

⁴¹ ebenda.

⁴² ebenda.

„Ja oder Nein der Lehrerschaft: Ja werden nur wenige und nur solche Demokraten unter den Lehrern schreiben, welche nicht merken, daß sie damit eigenhändig ihre Abdankung unterschreiben. Nein schreiben die wahren Unabhängigen, die sich nicht mundtot machen lassen wollen. Dieses Mundtotmachen der Lehrer in Stadt und Gemeinde ist die eigentliche, offenkundige und ausgesprochene Tendenz der Bestätigungswahlen.“⁴³

Ins gleiche Horn blies die «Freitagszeitung»:

„Unser Schulwesen war gut organisiert und war vervollkommnungsfähig. In Zukunft wird es schlecht organisiert sein und verkommen, und so wird der Staat die erste Bedingung zu einer gedeihlichen demokratischen Existenz verlieren.“⁴⁴

Auf der Gegenseite aber blieb es auffallend still um die Schulartikel. In dem wochenlang mit steigender Heftigkeit geführten Pressekampf verlor der «Landbote» kaum einmal ein Wort über die Schulfragen.

Aehnlich sah es auch aus bei den Flugschriften. Auch hier waren es die Liberalen und die Konservativen, die sporadisch die Schulartikel zum Ziel ihrer Angriffe machten, zum Beispiel in der bekannten Flugschrift „Ja oder Nein“:

„Wir appellieren an jeden rechten Familienvater. Die größte Sorge und die rechte Freude sollen doch die Kinder sein und da soll es nun ein Vater noch übel nehmen, wenn er für sein Kind jährlich höchstens drei Franken zahlen muß. Das scheint uns eine Versündigung an den natürlichen Gefühlen.“⁴⁵

Den gleichen Standpunkt vertrat eine andere Wahlbroschüre der Liberalen mit dem Titel „Annehmen oder Verwerfen?“:

„Die eingreifendsten Neuerungen waren auf dem Gebiet der Schule in Aussicht gestellt worden und vor allem mußte der Ausbau der Volksschule zur großen Parade aufmarschie-

⁴³ NZZ 1869 Nr. 13.

⁴⁴ Freitagszeitung 1869 No. 8.

⁴⁵ «Ja oder Nein», Flugschrift, S. 3.

ren. Während der Beratungen im Verfassungsrat sank der Thermometer aber von Tag zu Tag und wäre beinahe auf dem Gefrierpunkt stehen geblieben, wenn nicht außer der Entlastung vom Schulgeld auch noch die periodischen Wiederwahlen hätten in den Entwurf aufgenommen werden können.“⁴⁶

Das Abstimmungsergebnis haben wir schon erwähnt. Mit einer Dreifünftelmehrheit wurde die Verfassung angenommen. Wie viele Stimmbürger aber durch die Schulartikel zur Annahme oder Verwerfung mitbestimmt wurden, das entzieht sich einer Untersuchung.

f) Die Bedeutung der Schulartikel in der Verfassung vom Jahre 1869

Wir haben am Schlusse des ersten Abschnittes dieses Kapitels die Feststellung vorweg genommen, daß die Schulartikel der neuen Verfassung einige tiefgreifende Aenderungen im Schulwesen des Kantons Zürich mit sich brachten. Als wesentlichste Neuerungen ergaben sich die Unentgeltlichkeit der obligatorischen Volksschule und der Ausbau der Oberstufe. Noch war allerdings erst die Richtung vorgezeichnet und die endgültige Regelung blieb der künftigen Gesetzgebung vorbehalten. Das erste Postulat, die Aufhebung des Schulgeldes, wurde schon im Jahre 1870 verwirklicht⁴⁷ und durch ein weiteres Gesetz zwei Jahre später auch die Unentgeltlichkeit der Sekundarschule statuiert.⁴⁸ Schwieriger gestaltete sich der Ausbau der Oberstufe der Volksschule; der lange, sich über Jahrzehnte hinziehende Leidensweg soll in den zwei nächsten Kapiteln dieses Abschnittes verfolgt werden. Nicht besser erging es der „Republikanischen Bürgerbildung“, deren Aufnahme in die Verfassung schon zu deren Entstehungszeit stark kritisiert worden war und die den Spott der Gegner herausgefordert hatte, ob die Geometrie oder die Naturkunde „republikanisch“ erteilt werden solle.⁴⁹ Von einer

⁴⁶ «Annehmen oder Verwerfen?», Flugschrift S. 12.

⁴⁷ Gesetz vom 20. Febr. 1870. Amtsblatt 1870, Abt. Gesetz und Verordn., S. 63.

⁴⁸ Gesetz vom 28. Dezember 1872. Amtsblatt 1872 S.

⁴⁹ V. Prot. Verfassungsrat vom 23. März 1869 S. 19.

großzügigen Seite dagegen zeigte sich der Souverän, als er 1872, im gleichen Jahre also, als er das Sieber'sche Unterrichtsgesetz bachab schickte, einem neuen Lehrerbesoldungsgesetz zustimmte⁵⁰ und damit dem in Artikel 64 stipulierten Passus „im Sinne zeitgemäßer Erhöhung der Gehälter“ Genüge leistete.

Noch in anderer Beziehung griff jedoch die Verfassung vom Jahre 1869 tief in das Wesen der zürcherischen Volksschule ein: Durch die exakt vollzogene Trennung zwischen Kirche und Schule. Wie bereits erwähnt, waren bei diesem Vorgang kirchliche Kreise maßgebend beteiligt, was Humm zu der Bemerkung veranlaßt:

„Die Forderung einer neutralen Staatsschule war also merkwürdigerweise von der Seite erfolgt, die das größte Gewicht auf eine christliche Erziehung legte.“⁵¹

Damit aber stoßen wir auf eine im zürcherischen Schulwesen neue und schicksalsschwere Begriffsbildung: Die Staatsschule. Hieß es noch 1831, „Sorge für den Jugendunterricht ist Pflicht des Volkes und seiner Stellvertreter“, so war an die Stelle dieser Umschreibung des Souveräns nun das Wort „Staat“ getreten. Wir haben schon erwähnt, daß die Liberalen das Wort Staat vermeiden wollten durch die Formulierung „Das Volk und seine Behörden“, aber damit unterlegen waren. Ist nun durch den neuen Schulartikel und die Trennung von Kirche und Schule die Staatsschule geschaffen worden? Humm schreibt dazu:

„Wie nüchtern und sachlich wirkt dagegen die Formulierung der neuen Verfassung. An Stelle des Volkes und seiner Stellvertreter ist das blutleere rechtswissenschaftliche Abstraktum „Staat“ getreten. Die Bildung ist Sache des Staates, genau so wie das Polizeiwesen und das Steuerwesen Sache des Staates sind. Jeder idealistische Schwung scheint zu fehlen, das Bildungswesen wird als unbestrittene Domäne des Staates betrachtet, dem das unbedingte Verfügungsrecht über diesen Zweig des öffentlichen Lebens zukommt. Die Härte der Formulierung erhält ihre schärfste Ausprägung in dem

⁵⁰ Gesetz vom 23. Dezember 1872. Amtsblatt 1872 S. 2148.

⁵¹ Humm S. 140.

Begriff der „republikanischen Bürgerbildung“. Der Staat nimmt sich das ausdrückliche Recht heraus, seine Glieder nicht nur zu Menschen, sondern zu Staatsbürgern zu erziehen; noch mehr als das: zu Bürgern, die seinem spezifischen Staatsideal verpflichtet sind, nämlich zu Republikanern. Muß ein solcher Staat nicht als ausgesprochen totalitär bezeichnet werden?“⁵²

Diese Sätze müssen zurückgewiesen werden. Stärker kann man die Verfassung von 1869 wohl nicht verkennen, denn das hieße ja doch nichts anderes, als daß durch die demokratische Bewegung im Kanton Zürich der totalitäre Staat geschaffen worden sei. Es kommt nun doch sehr darauf an, was für ein Staat diese Schule einrichtet, inwiefern er dem freien Willen des Volkes entspricht.⁵³ Nun ist Humm aber nicht der einzige, der die Schulartikel der Verfassung von 1869 und die gesamte Schulpolitik der nachfolgenden Jahre im Lichte einer immer stärker werdenden Abhängigkeit der Volksschule vom Staate sieht. Dafür sei noch ein Beispiel angeführt:

„Das Dezenium, das den Einfluß der revidierten Bundes-Verfassung vorausgeht, ist im Kanton Zürich bereits erfüllt von Verfassungsarbeiten und gesetzgeberischer Tätigkeit. Die Schule bildet ein wichtiges Gebiet in den Beratungen. Einerseits will man sie zum Werkzeug des Staates machen; ihre Aufgaben und Ziele sollen der Idee des Radikalismus durchaus dienbar werden. Als Institut des Staates soll sie immer prägnanter als solches heraustreten. Um die Schule den staatlichen Interessen besser unterzuordnen, soll der Einfluß der Kirche wiederum reduziert werden.“⁵⁴

Daß das Problem „Staatsschule oder Volksschule“, das heute aktueller ist als je, schon in der damaligen Zeit erkannt wurde, geht aus den Beratungen im Verfassungsrat hervor. Dort führte der liberale Erziehungsdirektor zum Vorschlag, die Schule

⁵² Humm S. 114.

⁵³ Greiner S. 81. Vgl. hiezu IV. Teil, 3. Kapitel, Abschnitt c: Die Zürcherschule, Staatsschule oder Volksschule?

⁵⁴ Greiner S. 81.

als Sache des Staates zu erklären und die Volksschule obligatorisch zu machen, aus:

„Man könnte sagen, der Staat, der befiehlt, soll auch bezahlen. Aber der Staat ist nichts als die Gesamtheit der Bürger, die sich diesen Zwang selbst auferlegt.“⁵⁵

Dagegen spottete die Gegenseite über die Suter'sche Umschreibung „das Volk und seine Behörden“, künftig werde sich auch das Obergericht mit der Volksbildung befassen.⁵⁶ Daß mit dem Ausdruck „Staat“ aber keineswegs ein totalitärer Machtanspruch gemeint war, wie Humm glaubt, zeigt ein Votum des demokratischen Referenten für die Schulartikel, Dr. Hug:

„In jener Versammlung wurde ferner betont, es sei nicht gut, die Förderung der allgemeinen Volksbildung als Sache des Staates zu erklären, da auch das Haus, die Familie und das Leben vielerlei mitwirkten, aber der Entwurf schließt, wie dies in der ersten Beratung einläßlich ausgeführt worden ist, diese Faktoren nicht aus und man könnte, um dieses deutlich zu erklären, noch die Bestimmung aufnehmen, die ich zunächst nicht für nötig halte, daß die Volksbildung zunächst Sache des Staates ist.“⁵⁸

Nun bedürfte es dieses Zeugnisses durchaus nicht, um Humm zu widerlegen und den Beweis zu erbringen, daß unsere Schule keine Staatsschule, sondern eine Volksschule ist. Denn das gewichtigste Beweismittel ergibt der Ingreß der Verfassung von 1869:

„Art. 1. Die Staatsgewalt beruht auf der Gesamtheit des Volkes. Sie wird unmittelbar durch die Aktivbürger und mittelbar durch die Behörden und Beamten ausgeübt.“⁵⁹

Da laut Verfassung die Staatsgewalt beim Volke liegt, ist seine Schule eine Volksschule und keine Staatsschule. Wie in den nächsten Kapiteln zu zeigen sein wird, verteidigte das Volk

⁵⁵ NZZ 1868 Nr. 327.

⁵⁶ Landbote 1868 Nr. 284.

⁵⁷ Gemeint ist eine öffentliche Versammlung, die im Februar auf der «Zimmerleuten» in Zürich stattfand.

⁵⁸ V. Prot. Verfassungsrat vom 23. März 1869 S. 19.

⁵⁹ Verfassung des eidg. Standes Zürich vom 18. April 1869, Art. 1.

seine souveränen Rechte gerade in bezug auf die Volksschule mit großer Entschlossenheit und reagierte überall da, wo der Staat etwas allzu selbstherrlich in die Volksschule hineinregierte, mit unmißverständlichem Unwillen. Das gilt auch für dasjenige Problem, wo Humm und andere etwas richtig gesehen haben: Am Verfassungsgrundsatz der Förderung der republikanischen Bürgerbildung durch den Staat.⁶⁰ Wir müssen Humm recht geben, wenn er darin ein undemokratisches Element der Verfassung von 1869 sieht. Nun hat aber der Staat von diesem Rechte nie Gebrauch machen können, indem das Volk, wie wiederum aus den nächsten Kapiteln ersichtlich ist, wiederholt die Zustimmung zu den entsprechenden Ausführungsgesetzen verweigerte, wodurch der theoretisch heute noch geltende Verfassungsgrundsatz zu nichts anderem als einem Kuriosum geworden ist.

⁶⁰ ebenda Art. 62.

Das verworfene Sieber'sche Unterrichtsgesetz von 1872

Noch bedeuteten die Schulartikel der neuen Verfassung nur eine Hypothek auf die Zukunft des zürcherischen Erziehungswesens und es galt, sie durch den Erlaß von entsprechenden Schulgesetzen abzutragen. Da aber in den andern Sektoren des öffentlichen Lebens ebensolche Hypotheken bestanden, beschloß der Kantonsrat, zunächst einmal eine Art Marschordnung aufzustellen. Dabei wurde die Aufhebung des Schulgeldes unter die dringlichen Arbeiten eingereiht, die noch im gleichen Jahre (1869) vor die Volksabstimmung zu bringen seien. Die übrige Unterrichtsgesetzgebung dagegen wurde bei den weniger dringlichen Gesetzen an erster Stelle aufgeführt.⁶¹

Nach dem Sieg der Demokraten in der Verfassungsrevision mußte naturgemäß auch eine Neubestellung der Regierung erfolgen. Unter den Parteigenossen war es dabei längst eine ausgemachte Sache gewesen, daß Sieber bei den Neuwahlen in die Regierung eintreten und das Erziehungsdepartement übernehmen werde.⁶² Die Kandidatur Siebers fand allerdings nicht überall ungeteilte Zustimmung, und es fehlte nicht an allerlei gehässigen und persönlichen Angriffen gegen ihn. Sieber war Junggeselle und „mag allerdings manche Stunde im Kreise froher Zecher verbracht haben, die ein anderer seiner Familie widmete“.⁶³ Im ersten Wahlgang unterlag darum Sieber, doch wurde er dafür im zweiten mit 29 000 Stimmen ehrenvoll gewählt, wobei sein früherer Freund und späterer Gegner Treichler nur noch 17 000 Stimmen erhielt und darum aus dem Regierungsrat, dem er fünfzehn Jahre angehört hatte, ausschied.⁶⁴ Im Zuge der Erneuerung mußte sich auch der Erzie-

⁶¹ Amtsblatt 1869, S. 52.

⁶² Vögelin, J. C. Sieber S. 86.

⁶³ Schönenberger, Nekrolog für J. C. Sieber, Päd. Beobachter 1878 Nr. 76.

⁶⁴ Amtsblatt 1869 S. 43.

hungsrat eine starke personelle Veränderung gefallen lassen, und es war dabei vielleicht ein Fehler, daß er nunmehr mit lauter Demokraten besetzt wurde. Bedeutungsvoll war die Wahl von Siebers Freund Hug, dem außerdem die Ehre zuteil wurde, den Kanton Zürich im Ständerat zu vertreten. Auf einem anderen Wege gelangte ein weiterer führender Demokrat in den Erziehungsrat: Friedrich Albert Lange, inzwischen in Zürich Professor geworden, wurde von der Synode an Stelle von Seminardirektor Fries gewählt. Damit schien das Instrument geschmiedet, mit dem die Unterrichtsgesetzgebung in Angriff genommen werden konnte. Daß diese den Bogen weithin spannen würde, war allen Zeitgenossen klar, die diesen Erziehungsrat, mit Sieber an der Spitze, kannten, diesem Manne, den man nach einem Ausspruche eines früheren Kollegen „eher in Stücke reißen als ihm ein Stück seiner Ueberzeugung entreißen konnte“.⁶⁵

a) Die Ausarbeitung des Entwurfes durch Sieber und die Beratung im Erziehungsrat

Der Beginn der Revision stand unter einem guten Omen. Die Aufhebung des Schulgeldes wurde vom Volke mit großer Mehrheit angenommen.⁶⁶ So schien es, als wolle der Schwung der Verfassungsrevision auch der Gesetzgebung zugute kommen.⁶⁷ Unverzüglich schritt darum der neue Erziehungsdirektor auch zur Vorbereitung der Unterrichtsgesetzgebung. Da diese auf möglichst breiter, demokratischer Grundlage erfolgen sollte, richtete die Erziehungsdirektion am 26. November 1869 einen Aufruf an alle Kreise, die sich irgendwie mit der Schule verbunden fühlten, ihre Meinungen anhand eines Fragenschemas von 42 Fragen der Direktion bekanntzugeben. Durchgeht man dieses Fragenschema, so bekommt man ein wenig den Eindruck, daß es versuchte, die Revision zum vornherein in bestimmte Kanäle zu lenken, was an einem Beispiel illustriert sein soll:

⁶⁵ Landbote 1868 Nr. 197.

⁶⁶ Volksabstimmung vom 20. Februar 1870. 37 317 annehmende gegen 14 358 verwerfende Stimmen.

⁶⁷ Dändliker S. 404.

Frage 18: „Die Anforderungen an den Volksschullehrer steigern sich ganz bedeutend: Um auch die Fortbildungs- und Zivilschule erfolgreich zu führen, wird er wissenschaftlich gereifter sein müssen; er wird also einer längeren Bildungszeit bedürfen und daher auch später in sein Amt eintreten; überdies dürfte künftig seine Lehrtätigkeit nach Zeit und Kraft ihn noch erheblich stärker in Anspruch nehmen. Ist es unter diesen Umständen zu verantworten, daß ihm der Staat eine kärgliche Besoldung gebe, unzureichend, talentvolle Kräfte anzuziehen und festzuhalten und mit der unentäußerlichen Berufsfreudigkeit zu erfüllen? Wäre, in ferner Berücksichtigung der nunmehrigen, periodischen Wahl, der Ansatz von Fr. 300.— über das gegenwärtige Besoldungsminimum hinaus nicht noch bescheiden genug?“⁶⁸

Die «Schweizerische Lehrerzeitung» kommentierte wohl aus ähnlichen Ueberlegungen heraus diese Fragen folgendermaßen:

„Das Fragenschema ist etwas locker angelegt und erzeugt im Leser das Gefühl, daß man wohl möchte, wenn man nur könnte.“⁶⁹

Immerhin fand das Verfahren nicht übel Anklang, und es gingen 157 Eingaben von kleinerem und größerem Umfange ein. Aber es war wohl nicht zu vermeiden, daß sie sich auf beinahe allen Punkten widersprachen, und darum unmöglich alle Wünsche zugleich berücksichtigt werden konnten.⁷⁰ Aus enttäuschten Hoffnungen aber entsteht bekanntlich leicht Abneigung und Ablehnung! Das keineswegs freundliche Bild, das ihm die Lektüre der auf einen überwiegend düstern Grundton gestimmten Eingaben enthüllte⁷¹, vermochte jedoch Sieber keineswegs zu bewegen, auf seinen Plan einer weitgespannten Revision zu verzichten. Da die letzten Antworten erst im Laufe des Sommers eintrafen und die Durchsicht sich als eine zeitraubende Arbeit erwies, verzögerte sich die Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes, sodaß es im Laufe des Sommers 1870 recht still wurde um

⁶⁸ Amtsblatt 1869, S. 2001.

⁶⁹ Schweiz. Lehrerzeitung 1870 Nr. 5.

⁷⁰ Vögelin, S. 86.

⁷¹ Festschrift S. 485.

die Revision. Dies veranlaßte die «Schweizerische Lehrerzeitung» wiederum zu der Bemerkung, man habe weitherum das Gefühl, es müsse und werde im Wesentlichen und Ganzen bei der bisherigen Schulorganisation verbleiben.⁷² Lähmend auf den Schwung derselben wirkte sich auch der verwerfende Volksentscheid vom 24. April 1870 über ein neues Fabrikgesetz aus. Die Hauptursache der Ablehnung schrieb man einem „blauen Flugblatt“ zu, das die Arbeiter, Bauern und Handwerker auf die durch das Schulgesetz in Aussicht stehende, „drohende“ Verlängerung oder Vermehrung der obligatorischen Schulzeit hinwies und sagte: „Wenn ihr dieses Fabrikarbeitsgesetz annehmt, so müßt ihr nachher den Schulpfeffer auch noch in Kauf nehmen“.⁷³

Im Juli 1871 waren endlich sämtliche Vorarbeiten so weit gediehen, daß die Erziehungsdirektion dem Erziehungsrat einen ausgearbeiteten Entwurf vorlegen konnte. Die Beratung desselben im Erziehungsrat vollzog sich in vierzehn Sitzungen und dauerte bis zum 19. August 1871. In diesem Zeitpunkt wurde der Öffentlichkeit zum ersten Mal davon Kenntnis gegeben, und es zeichneten sich die beiden Hauptfeiler deutlich ab, auf die sich die Revision zu stützen gedachte. Sieber umriß sie in einem ausführlichen Artikel in der «Samstagzeitung» folgendermaßen:

„Die Unterrichtszeit werde der geistigen Entwicklung des Menschen angepaßt.

Die Bildungs- und die Lebensstellung des Lehrers sei der Art, daß er sich seinem hohen Berufe ganz und mit vollem Bewußtsein widmen kann.“⁷⁴

Durchgeht man nun die Vorlage, so stößt man auf die nachfolgend kurz skizzierten Hauptpunkte:

Die Schulpflicht sollte bis zum neunten Schuljahr ausgedehnt werden. Allerdings konnte sich der Erziehungsrat nicht entschließen, die obligatorische Sekundarschule einzuführen, was vielleicht Siebers innigstem Herzenswunsch entsprochen hätte, doch sollte deren Besuch durch die Aufhebung des Schulgeldes erleichtert werden. Die übrigen Schüler sollten

⁷² Schweiz. Lehrerzeitung 1870 Nr. 5.

⁷³ Schweiz. Lehrerzeitung 1870 Nr. 20.

⁷⁴ Sieber, Das neue Schulgesetz, Separatdruck 1871 S. 5.

noch während drei Jahren die Alltagsschule besuchen und zwar täglich zweieinhalb Stunden.

Einer alten Lieblingsidee Siebers entsprach die Einführung der Zivilschule. Schon zwölf Jahre früher hatte Sieber in einer Artikelfolge im „Schulfreund“ deren Wesen und Charakter dargestellt.⁷⁵ Die Idee dieses Schultyps wurde von Sieber und seinem Freundeskreis, denen sie „ein Schoßkind“ bedeutete⁷⁶, auf Scherr zurückgeführt, der 1842 eine Schrift veröffentlicht hatte: „Die Notwendigkeit einer vollständigen Organisation der allgemeinen Volksschule, hergeleitet aus der zweckwidrigen Beschränkung des Unterrichts auf die Jahre der Kindheit und aus der unzureichenden Fortentwicklung der Kinderschule auf ein edleres Volksleben.“ Diese Schrift Scherrs, an dem der Sieber'sche Kreis mit Liebe und Verehrung hing, wurde gleichsam als sein schulpolitisches Credo betrachtet, doch hätte man ebensogut auf Nägeli zurückgreifen können, der sich schon 1830 in ähnlichen Gedankengängen bewegt hatte. Der Gesetzesentwurf des Erziehungsrates vereinigte nun die auf fünf Jahreskurse berechnete Zivilschule mit der Fortbildungsschule, die da und dort schon von privaten Handwerker- und Gewerbevereinen ins Leben gerufen worden war. Auf freiwilliger Basis durchgeführt, sollten sich die Zivilschulen in der Art eines freien Vereines konstituieren. Die Teilnehmer sollten das Vorschlagsrecht haben betreffend Zahl und Dauer ihrer Zusammenkünfte und der Gegenstände ihrer Besprechungen. Diese sollten ausgewählt werden aus dem Bereiche der Staatskunde, der Geschichte und der Naturwissenschaften. In einzelnen Sektionen sollte berufskundlicher Fachunterricht erteilt werden, für die Töchter insbesondere Haushaltungs-, Erziehungs- und Gesundheitslehre. Als obligatorisch wurde das Militärturnen und die während fünf Jahren fortgesetzten Waffenübungen für die männliche Jugend erklärt, was den starken militärischen Einschlag der Zivilschulen beleuchtet. Um diese Schulen auf eine möglichst breite Grundlage zu stellen, sollten nicht nur Primar- und Sekundarlehrer amten, sondern auch Nichtleh-

⁷⁵ «Der Schulfreund» 1859 Nr. 32, 34 und 51.

⁷⁶ Hartmann S. 29.

rer beigezogen werden, für die Töchter insbesondere namentlich auch fachkundige Frauen. Die Volksschullehrer dagegen, um zur Erteilung des militärischen Vorunterrichtes befähigt zu sein, sollten die militärischen Instruktionkurse besuchen und den Grad eines Infanterie-Offiziers erwerben, von weitem Dienstleistungen aber befreit sein.

Einen weitem Hauptpunkt der Revision stellte die Reform der Lehrerbildung dar. Sie sollte im zweiten Anlauf das verwirklichen, was Sieber in der Verfassungsrevision von 1869 nicht gelungen war, gesetzlich zu verankern: die Hochschulbildung der Volksschullehrer. Begründet wurde die Notwendigkeit derselben von Sieber und seinen Freunden damit, daß zur Führung der Fortbildungs- und der Zivilschule die Volksschullehrer wissenschaftlich befähigt werden sollten, wobei es notwendig sei, „daß der Lehrer nicht bloß methodisch tüchtig, sondern daß er vor allem wissenschaftlich gründlich gebildet sei und als ganzer Mann in jeder einzelnen Disziplin erscheine“.⁷⁷ Ferner wollte man damit die „Isolierung der Seminaristen von den andern Gebildeten“⁷⁸ aufheben, denn die Seminarbildung sei eine bloß „encyclopedäische Ausbildung“⁷⁹, der Zögling gelange nirgends in die Tiefe der Wissenschaft hinab und ein solcher Mangel könne nur durch eine wissenschaftliche Bildung behoben werden“.⁸⁰ Endlich hoffte man, durch die akademische Bildung werde die soziale Stellung des Lehrers eine wesentlich andere, er gelange „auf die gleiche Stufe wie die andern Gebildeten, sein Einfluß werde wachsen und damit würden auch die Schule und das allgemeine Wohl gehoben“.⁸¹ In seinem Gesetzesentwurf wurde die Hochschulbildung der Volksschullehrer von Sieber nun auf eine etwas eigentümliche Weise verankert: Das Lehrerseminar wurde im Gesetz einfach nicht mehr erwähnt und die ganze Lehrerbildung in einen einzigen Paragraphen zusammengefaßt:

⁷⁷ Eduard Schönenberger an der Synode von 1869. Synodalbericht 1869 S. 38.

⁷⁸ Eingabe der Schulsynode an den Kantonsrat vom 18. Dez. 1872, S. 10.

⁷⁹ ebenda S. 12.

⁸⁰ ebenda S. 13.

⁸¹ ebenda S. 14.

„Jeder Lehramtskandidat hat sich bei der kantonalen Erziehungsdirektion ein Patent zu erwerben, dessen Besitz ihm die Wählbarkeit zu definitiver Anstellung verleiht. In der Regel muß der Anmeldung zur betreffenden Prüfung der Ausweis über den Besuch eines Realgymnasiums und der Lehramtsschule beigegeben werden.“⁸²

Im weitem wurde sodann bei den Unterabteilungen der philosophischen Fakultät der Universität die pädagogische Sektion (Lehramtsschule) eingeführt, woraus hervorging, daß die künftigen Volksschullehrer ihre abschließende Ausbildung an der Hochschule zu holen hatten. Einen ganz modernen Gedanken suchte der Entwurf schließlich noch dadurch zu verwirklichen, daß der Zutritt zum Lehramt dem weiblichen Geschlechte in völliger Gleichberechtigung, mit genau denselben Rechten und Pflichten, ermöglicht werden sollte. Sah dergestalt die Vorlage eine tiefgreifende Wandlung für die Lehrerbildung vor, so zögerte sie nicht, daraus die Konsequenz für die Besoldungen zu ziehen. Durch die akademische Ausbildung sollte auch die ökonomische und damit die soziale Stellung der Lehrer gehoben werden. Hatten bis anhin nach einer Zusammenstellung der Erziehungsdirektion im Kanton Zürich 117 definitiv angestellte Primarlehrer über 1 100 Franken verdient, 418 aber weniger, wovon 26 nur 550 bis 600 Franken, so sollte nun das Besoldungsminimum auf 1 100 Franken angesetzt werden. Mit dieser kräftigen Verbesserung wollte der Erziehungsrat „die heilige Aufgabe der neuen Schulgesetzgebung, die ökonomische Stellung des Lehrers zu verbessern“, erfüllen, wie Sieber sich ausdrückte.⁸³

Nun boten die Neuerungen, wie wir sie jetzt geschildert haben, eigentlich schon genügend Zündstoff für weite Bevölkerungskreise, doch Sieber und seine Freunde waren nicht dabei stehen geblieben, trotz Mahnungen seitens der Öffentlichkeit, vor allem aber auch der mehr konservativ eingestellten Kreise der Lehrerschaft, die diesem Treiben mit etwas Bangen zusah. Unbekümmert darum, daß die Lehrerzeitung dringend geraten hatte, „das Ross des Volksreferendums nicht zu über-

⁸² Vorlage des Erziehungsrates, Art. 41.

⁸³ Sieber, Das neue Schulgesetz S. 15.

laden“⁸⁴ und „den Bogen nicht zu überspannen“⁸⁵, war der Erziehungsrat frischfröhlich zu weiteren Attacken auf die Tradition der zürcherischen Volksschule geschritten. Da durfte natürlich der Religionsunterricht, dieser alte Zankapfel, nicht fehlen. Künftig sollte er verbannt sein aus dem Unterrichtsprogramm der Schule und an seiner Stelle sollten „Anregungen und Belehrungen aus dem Gebiete des sittlichen und geistigen Lebens“ geboten werden.⁸⁶ Da die Bezirksschulpflege nunmehr wieder in der Verfassung erwähnt war, konnte sie nicht einfach abgeschafft werden, wozu man nicht übel Lust gehabt hätte. Man fand den Ausweg aber so, daß man ihr nur noch administrative Aufgaben überließ („Aufsicht über den äußern Gang der Schulen des Bezirkes und ihre Verwaltung“), wofür dann ein Bestand von drei bis fünf Mitgliedern vollauf genügte.⁸⁷ Die eigentliche Aufsicht über die Volksschule sollte einem Kantonalschulinspektor übertragen werden, der alljährlich eine vom Erziehungsrat festzusetzende Zahl von Schulen zu visitieren hatte.⁸⁸ Das Inspektionsrecht wurde aber auch sämtlichen Mitgliedern des Erziehungs-, des Regierungs- und des Kantonsrates zuerkannt.⁸⁹

Zum Schlusse sei noch erwähnt, daß das Gesetz, wie es der Erziehungsrat vorschlug, auch im äußern Aufbau eine gewaltige Wandlung durchgemacht hatte. Da nur das Allernotwendigste darin festgelegt werden sollte, so wies es nunmehr 145 Paragraphen auf anstelle der 337 des früheren Unterrichtsgesetzes.

b) Die Beratungen im Regierungsrat

Der Regierungsrat widmete der Beratung der Gesetzesvorlage ebenfalls nicht weniger als vierzehn Sitzungen, und zwar in rascher Aufeinanderfolge vom 5. September bis zum 17. Oktober 1871. Damit hoffte er, die Vorlage dem am 30. Oktober 1871 zusammentretenden Kantonsrat vorlegen zu können. Nun verzöger-

⁸⁴ Schweiz. Lehrerzeitung 1870 Nr. 6.

⁸⁵ ebenda 1871 Nr. 38.

⁸⁶ Vorlage des Erziehungsrates Art. 25.

⁸⁷ ebenda Art. 65.

⁸⁸ Vorlage des Erziehungsrates Art. 66.

⁸⁹ ebenda Art. 67.

te sich aber die Ausarbeitung der Weisung an den Kantonsrat, sodaß dieser den Beschluß faßte, in der ersten Hälfte des Januars 1872 zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenzutreten, zur Behandlung des neuen Unterrichtsgesetzes, und zwar, ohne eine Kommission zur Vorberatung einzusetzen.

Trotz dieser intensiven Beratung im Regierungsrat veränderte sich der Entwurf in den Hauptpunkten nur ganz unwesentlich. Vor allem blieb die Erweiterung der Schulpflicht nach den Vorschlägen des Erziehungsrates bestehen. Bei der Zivilschule wurde der etwas allzu idealistische Zug dadurch reduziert, daß an die Stelle der völlig freien Organisation durch die Teilnehmer die Bestimmung trat, daß der Vorstand der Zivilschule für ein halbes Jahr voraus deren Tätigkeit festzulegen habe unter Wahrung des Vorschlagsrechtes der Teilnehmer.⁹⁰ An der Hochschulbildung der Volksschullehrer wurde unverrückt festgehalten und die Weisung des Regierungsrates bezeichnete sie als die wichtigste Frage des ganzen Gesetzes:

„Ohne Lehrer von gereifter wissenschaftlicher Durchbildung kann die Volksschule niemals die Idee der allgemeinen Menschenbildung befriedigend verwirklichen.“⁹¹

Eine etwas merkwürdige Durchbrechung der Ausbildungsvorschriften für die Volksschullehrer aber fügte der Regierungsrat an einer Stelle ein, wo man das nicht erwarten würde: Im Abschnitt „Erziehungsrat“ wurde diesem die Kompetenz eingeräumt, Privatschulen, z. B. höhere Mädchenschulen, welche sich die Ausbildung von „Elementarlehrerinnen“ zum Ziele machten, durch Staatsmittel zu subventionieren.⁹² Die ökonomische Stellung der Lehrer aber wollte der Regierungsrat noch weiter heben, indem er das Besoldungsminimum von 1 100 auf 1 200 Franken hinaufsetzte. Die ausführliche Weisung an den Kantonsrat, die erst in den ersten Tagen des Jahres 1872 erschien, schloß mit den vielsagenden Worten:

„Am Schluß seines Berichtes angelangt, muß es sich der Regierungsrat versagen, sich die Folgen zu vergegenwärti-

⁹⁰ Vorlage des Regierungsrates Art. 36.

⁹¹ Amtsblatt 1872 Nr. 2.

⁹² Vorlage des Regierungsrates Art. 134, Absatz 4.

gen, welche eine unbefriedigende Erledigung der wichtigsten Arbeit in der gegenwärtigen legislatorischen Periode für den Kanton haben müßte. Auf der einen Seite steht die Verfassung und verlangt kategorisch erneutes Leben und teilweise neue Lebensformen für die Schule, auf der andern Seite reichen sich Bedenken und Befürchtungen, sachliche sowohl als persönliche, die Hand, um einen von der Geschichte des Kantons Zürich und ebenso von gründlichen Untersuchungen gebotenen Fortschritt aufzuhalten: Es ist in diesem Dilemma die schöne Aufgabe aller derjenigen, die über den engen Parteistandpunkt hinwegzusehen vermögen, nach reiflicher Prüfung der Gesetzesvorlage sich auf die Seite des Fortschrittes zu stellen und durch Befürwortung derselben dem Volksurteile voranzugehen. Es wird, so hofft der Regierungsrat zuversichtlich, jeder Bürger seinen Anteil an der Verantwortlichkeit für einen glücklichen Ausgang mit demjenigen Ernste auf sich nehmen, welcher dem eigenen Besten und der Stellung des Kantons Zürich und seiner Miteidgenossen angemessen ist.⁹³

c) Die Abänderungsanträge und Petitionen an den Kantonsrat

Die Schulsynode, die sonst gewöhnlich im August tagte, war für das Jahr 1871 bis zum 7. November hinausgeschoben worden, um zu der regierungsrätlichen Vorlage Stellung beziehen zu können. Der große Aufmarsch zeugte vom Interesse an der Sache, und Sieber durfte es erleben, daß sich seine ehemaligen Kollegen nun wieder einmütig hinter ihn stellten. Begeistert und fast einstimmig sprach sich die Versammlung für die Hochschulbildung der Lehrer aus und beschloß, ihre Stellungnahme in einer Petition dem Kantonsrat zur Kenntnis zu bringen. Darin sollte aber auch der Wunsch der Lehrerschaft ausgedrückt werden, die Bezirksschulpflegen beizubehalten und das Fachinspektorat fakultativ zu erklären.⁹⁴

⁹³ Bel. Bericht, Amtsblatt 1872, S. 17.

⁹⁴ Petition der Schulsynode vom 11. Dezember 1871.

Gewichtiger aber waren die Wünsche und Begehren, die von kirchlicher Seite angemeldet wurden. Es zeigt sich, daß in diesen Kreisen die Ausschaltung des Religionsunterrichtes in den Schulen nicht einfach hingenommen werden konnte. Für die Beibehaltung des Religionsunterrichtes sprachen sich darum nicht weniger als 58 Petitionen von Kirchgemeinden aus, von denen die meisten sich dem Wortlaut der Eingabe der Kirchgemeinde Neumünster anschlossen, die unter anderem ausführte:

„Wir können uns eine Schule ohne Religionsunterricht nicht denken, und wenn im Entwurfe an die Stelle desselben „Anregungen und Belehrungen aus dem Gebiete des sittlichen und geistigen Lebens“ gesetzt werden, so halten wir einen solchen Unterricht für nicht durchführbar, weil die Sittlichkeit nur in der Religion ihren Grund und ihre Berechtigung hat und es keine von der Religion losgelöste Sittlichkeit gibt.“⁹⁵

Diese Petitionen machten auch darauf aufmerksam, daß der Artikel 63 der Verfassung mit der Forderung nach voller Glaubens- und Gewissensfreiheit keineswegs die Aufhebung des Religionsunterrichtes erheische, sondern ihm Genüge geleistet werde, wenn der Besuch desselben als freiwillig erklärt werde. Sollte die Kirche aber aus dem Religionsunterricht in der Schule ausgeschlossen werden, so wäre sie gezwungen, einen eigenen Religionsunterricht einzuführen, eine Trennung, welche für die Schüler in sozialer Hinsicht sehr bedenklich wäre.

Die Kirchensynode selber, die sich bis anhin widerspruchslos in das neue Regime eingefügt und ihre Stellung in der Schule kampflos preisgegeben hatte, entschloß sich nach langer Debatte, ebenfalls eine Eingabe an den Kantonsrat zu richten.⁹⁶ Auch in dieser wurde darauf hingewiesen, daß alle Sittlichkeit in der Religion wurzle, und der Kantonsrat wurde darum eindringlich ersucht, es möge auf allen Schulstufen ein Unterricht aus dem Gebiete des sittlich-religiösen Lebens beibehalten werden.⁹⁷ Alle diese Petitionen, zu denen sich solche von Schulpflegen und

⁹⁵ Petition der Kirchgemeinde Neumünster vom 10. Dezember 1871.

⁹⁶ Greiner S. 95.

⁹⁷ Petition der Kirchensynode vom 11. Dezember 1871.

Vereinen gesellten, waren sich einig, daß der Grundsatz der Glaubensfreiheit respektiert werden müsse. An Stelle des regierungsrätlichen Vorschlages, der den Religionsunterricht einfach aus der Schule eliminieren wollte, schlugen sie vor, das Obligatorium fallen zu lassen.⁹⁸

Wir beschränken uns, diese wichtigste Gruppe der Petitionen etwas ausführlicher zu skizzieren und erwähnen noch, daß daneben noch Wünsche aller Art eingereicht wurden, die zusammen mit dem „Beleuchtenden Bericht“ des Regierungsrates einen stattlichen Druckband von 272 Seiten ausmachten. Nebenher aber befaßte sich eine reiche Broschürenliteratur mit der Schulvorlage und die politische Presse aller Schattierungen „fand kaum Raum genug für alle Berichterstattungen“⁹⁹ zu diesem Thema. Da gleichzeitig im eidgenössischen Parlament die Schulpolitik der Verfassungsrevision beraten wurden, stand die Schulpolitik für einmal mit Abstand an der Spitze des Tagesgeschehens. Man blickte aber nicht nur in Zürich, sondern auch in den übrigen Teilen der Schweiz und sogar im Ausland mit nicht geringer Spannung der Beratung des Unterrichtsgesetzes im zürcherischen Kantonsrat entgegen.¹⁰⁰

d) Die Beratungen im Kantonsrat

Frisch und mutig machte sich der Kantonsrat am 8. Januar 1872 an die große Arbeit. Wir erwähnten bereits, daß darauf verzichtet wurde, die Vorlage durch eine Kommission vorberaten zu lassen. Im Interesse einer flüssigen Erledigung sah der Rat nun auch davon ab, eine Eintretensdebatte abzuhalten und ging, da Eintreten unbestritten war, nach einem einleitenden Referat von Erziehungsdirektor Sieber gleich zur Detailberatung über.

Eine erste größere Diskussion entspann sich bei der Ausdehnung der Schulpflicht, welche der Referent als ein der wichtigsten Neuerungen der Vorlage bezeichnete.¹⁰¹ Naturgemäß er-

⁹⁸ Vgl. hiezu die ausführliche Darstellung bei Greiner S. 94 — 97.
⁹⁹ Schweiz. Lehrerzeitung 1872 Nr. 3.

¹⁰⁰ ebenda.

¹⁰¹ NZZ 1872 Nr. 16.

hoben sich Stimmen, die fanden, die bestehende Schulpflicht genüge vollkommen. Der Schwerpunkt der Debatte aber lag in der Frage, ob man nicht noch weiter gehen sollte. Seminar-
direktor Fries, der Mitglied des Rates war, wies vor allem darauf hin, daß von Seiten der Eltern die Verlängerung von zweieinhalb auf vier Stunden in der Ergänzungsschule nicht als erheblich größeres Opfer betrachtet würde, daß aber der Gewinn für den Unterricht beträchtlich sei. In der Abstimmung, die unter Namensaufruf erfolgte, wurde der Antrag der Vorlage angenommen, doch den Gemeinden das Recht eingeräumt, die tägliche Unterrichtszeit für das siebente bis neunte Schuljahr auf vier Stunden anzusetzen.

Mit nicht geringer Spannung trat der Kantonsrat auf die Frage des Religionsunterrichtes ein. Die Erhaltung desselben fand denn auch warme Befürworter aus kirchlichen und pädagogischen Kreisen. Nach langer Diskussion und mancherlei Anträgen erhielt dann der Artikel die Fassung, es seien „Anregungen und Belehrungen aus dem Gebiete des geistigen, sittlichen und religiösen Lebens“ zu erteilen, „unter Ausschluß alles Dogmatischen und Konfessionellen“.¹⁰²

Einige Abstriche mußte sich auch die Zivilschule gefallen lassen. Da sie im Volksmund schon den Uebernamen „Zuvielschule“ erhalten hatte, wurde es als tunlich erachtet, ihren Namen in „Fortbildungsschule“ zu ändern. Anstoß erregte dabei auch das Obligatorium der militärischen Uebungen. Abgelehnt wurde ebenfalls ein Vorschlag, den Unterricht in Verfassungs- und Gesetzeskunde obligatorisch zu erklären, da man befürchtete, die Schule könnte zu politischen Propagandazwecken mißbraucht werden. Auch sträubte man sich, die Schulpflicht bis zum zwanzigsten Altersjahr auszudehnen, denn „das Leben selber sei ein Bildungsmittel, das nicht durch die Schulbank zu ersetzen sei“. Das Schlußergebnis war, daß die gesamte Fortbildungsschule, eingeschlossen die militärischen Uebungen, als freiwillig erklärt wurde.

Stoff zu ausführlicher Diskussion gab die Frage der Bezirksschulpflege und des Fachinspektorates. Dabei meldeten sich

¹⁰² Schweiz. Lehrerzeitung 1872 Nr. 3.

viele Freunde der ersteren und Gegner der letzteren zum Wort. „Man sang das Lob der bedrohten Bezirksschulpflege und schlug das Kreuz vor einem allmächtigen und unfehlbaren Schulpapst“.¹⁰³ Die Verteidiger des Entwurfes vertraten ihre Sache offenbar nicht entschlossen genug, denn nach einer großen Zahl von Abstimmungen wurde schließlich die Bezirksschulpflege mit großer Mehrheit beibehalten und das Fachinspektorat zur außerordentlichen Einrichtung erklärt.

Als „Pièce de résistance“ hatte sich der Rat die Lehrerbildung für den Schluß aufgespart. Von der Wichtigkeit des Einsatzes für diesen Punkt durchdrungen, schickten die Demokraten ihre besten Köpfe, Lange, Hug und Zangger, ins Feuer und auch Sieber griff zweimal in die Debatte ein. Als Gründe für die Hochschulbildung führten sie ins Feld, die erhöhten Anforderungen durch das neue Gesetz mache eine erweiterte Ausbildung notwendig, mit der Aufhebung des längst veralteten Konviktsystems sei das Seminar hinfällig geworden, die Lehrer sollten ihre Ausbildung zusammen mit den Anwärtern auf andere wissenschaftliche Berufe erhalten, damit sie weniger einseitig würden, die verbesserte Ausbildung solle die soziale und ökonomische Stellung des Volksschullehrers heben. Von den Gegnern der Hochschulbildung aber wurde argumentiert, die Kosten für die Ausbildung würden hinaufschnellen, Jünglinge aus ärmeren Bevölkerungsschichten, aus denen bis anhin der Lehrerstand zum großen Teile sich rekrutierte, seien künftig ausgeschlossen, der bestehende Lehrermangel würde sich vergrößern, da viele Kandidaten weiter studieren würden und der Schule wäre mit Lehrern, die von der Hochschule kämen, nicht gedient, da dies eine Kluft zwischen Bevölkerung und Lehrerstand aufreißen würde. Wohl nicht ganz zu Unrecht wurde auch darauf hingewiesen, daß das Wissenschaftliche der Ausbildung fragwürdig sei, da in den eineinhalb bis zwei Jahren an der Hochschule die ganze berufliche Ausbildung erfolgen müsse und für die erstere nur wenig Zeit verbliebe. Schließlich sei auch mit Widerständen von seiten der Universität zu rechnen, die sich gegen die Einverleibung der Lehramtsschule als Fremdkörper

¹⁰³ Schweiz. Lehrerzeitung 1872 Nr. 4.

wehre. In dieser Beziehung erfuhr denn auch der Entwurf eine nicht unwesentliche Veränderung, indem die vorgesehene Lehr-
amtsschule gestrichen und an ihre Stelle die etwas unklare Be-
stimmung gesetzt wurde:

„Für die Bildung der Volksschullehrer soll durch Errichtung
der nötigen Professuren und akademischen Uebungsanstal-
ten innerhalb der philosophischen Fakultät gesorgt wer-
den.“¹⁰⁴

Damit erfuhr aber auch der damit in Zusammenhang ste-
hende Artikel über den Studiengang der Lehrer eine Verände-
rung und auch hier drückte sich das Gesetz reichlich unbestimmt
aus:

„Der Lehramtskandidat hat in der Regel eine den Anforde-
rungen der betreffenden Schulabteilung (Primar- oder
Sekundarschule) entsprechende Prüfung zu bestehen.“¹⁰⁵

Nach vierwöchiger intensiver Arbeit¹⁰⁶ war somit das ganze
Gesetz durchberaten worden. Noch aber lagen zu den beiden
Hauptpunkten der Revision, der Verlängerung der Schulpflicht
und der Lehrerbildung, Wiedererwägungsanträge vor. Zur Ab-
klärung derselben setzte der Kantonsrat eine spezielle Kommis-
sion ein, die am 20. Februar ihre Anträge vorlegte. Daß es hart
auf hart ging, beweist, daß für die Lehrerbildung zwei Anträge
vorlagen, die nur durch Stichentscheid des Kommissionspräsi-
denten in einen Mehrheits- und einen Minderheitsantrag verwand-
elt werden konnten. Noch einmal wurden Für und Wider der
beiden Punkte in aller Breite erörtert, worauf es bei der Abstim-
mung beim alten blieb. Da aber vorauszusehen war, daß Schul-
pflicht und Lehrerbildung die übrige Vorlage derart dominier-
ten, daß von ihnen das Schicksal des ganzen Gesetzes abhing,
wurde beschlossen, diese beiden Fragen dem Volke gesondert
vorzulegen, trotzdem sich Sieber energisch dagegen wehrte.
In der Schlußabstimmung über die ganze Vorlage nahm der Kan-
tonsrat das neue Unterrichtsgesetz einstimmig an.

¹⁰⁴ Unterrichtsgesetz Art. 100, Absatz 2.

¹⁰⁵ ebenda Art. 41.

¹⁰⁶ Zwei bis drei ganztägige Sitzungen pro Woche.

e) Die Volksabstimmung

Es war das erste Mal in der Geschichte des Kantons Zürich, daß die Stimmbürger über ein Unterrichtsgesetz zu entscheiden hatten. Es war zu befürchten, daß die Quote der grundsätzlichen Neinsager, die in den Jugendjahren des Volksreferendums so gut wie heute existierten, nicht unwesentlich verstärkt würden durch alle diejenigen, die an der Schule desinteressiert waren und an ihr nur die Steuerlast sahen, die sie mit sich brachte. Auch Sieber und seine Freunde waren sich klar, daß nur eine außerordentlich intensive Volksaufklärung das Gesetz in der Abstimmung retten konnte. Darum setzten die Demokraten einen Werbefeldzug in Szene, wie ihn der Kanton Zürich bis anhin noch nie erlebt hatte. Die Führer der Demokratischen Partei reisten im Kanton herum, überall Versammlungen einberufend, Vorträge haltend, bittend, mahnend. Auf der Seite der Liberalen sah man dieses ungewohnte Trommelfeuer der Propaganda nicht gern. Darum schrieb z. B. die «Volkszeitung für das zürcherische Oberland»:

„Man fängt an, über die systematisch in Szene gesetzte Bearbeitung des Volkes unzufrieden zu werden und der ewigen Phrasen, Schmeicheleien und verdeckten Drohungen wird man müde. Gerade punkto Schulgesetz findet man die zudringliche Beeinflussung als ein Gegenbeweis von dem Vertrauen in die immer wieder gepredigte Einsicht und Mündigkeit des Volkes.“¹⁰⁷

Der «Landbote» aber blies kräftig ins Horn:

„Es gibt für uns nichts Kläglicheres, als jenes Gelärm über Bevormundung und ungebührliche Beeinflussung des Volkes durch ein freies Referat, durch einen belehrenden Vortrag vor einer freien Versammlung. Als ob nicht die, denen solches nicht zusagt, ganz einfach daheim bleiben und die Referenten stehen lassen könnten.“¹⁰⁸

Den Höhepunkt der demokratischen Agitation bildete eine von den Arbeitervereinen von Zürich und Umgebung auf Sams-

¹⁰⁷ Volkszeitung für das zürcherische Oberland 1872 Nr. 24.

¹⁰⁸ Landbote 1872 Nr. 86.

tag, den 7. April 1872 einberufene Volksversammlung in der Reitschule in Zürich, an der 2000 Personen teilnahmen und die von den Veranstaltern als eigentliche Demonstration zugunsten des Gesetzes aufgezo- gen worden war. Wiederum erfuhr die Art und Weise, wie Sieber, Salomon Vögelin und andere Referenten die Werbetrommel schlugen, eine scharfe Zurückweisung in der liberalen Presse.

So ungewöhnlich, wie dieser oratorische Aufwand, war auch die Propaganda durch die Presse. Die meisten Blätter, selbst die kleinsten Landblätter, druckten die Vorlage im Wortlaut ab, und schon Wochen vor der Abstimmung begannen die Redaktionen, in Leitartikeln und ganzen Artikelserien zu einzelnen Punkten Stellung zu nehmen. Daneben füllten die Berichte über die Versammlungen täglich die Spalten der Zeitungen. Am eifrigsten in der Befürwortung war natürlich die demokratische Presse und es ist fast rührend zu sehen, daß Landblätter, wie zum Beispiel die «Andelfinger Zeitung», sich wärmstens für die Hochschulbildung der Lehrer einsetzten und die Argumente der Gegner zu entkräften suchten, so z. B. dasjenige der sittlichen Gefährdung durch die Ausbildung der Lehrer in der Stadt durch den Hinweis, die Geistlichen ertrügen sie auch, ohne moralisch zu verkommen.¹⁰⁹ Um aber die Arbeiterkreise für das ganze Gesetz zu gewinnen, griff man mit Vorliebe auf das alte Schlagwort „Volksbildung ist Volksbefreiung“ zurück¹¹⁰ und in allen Variationen erklang die Devise „Mit dem Stimmzettel für eine glücklichere Zukunft der Kinder“.¹¹¹

Vergleicht man nun die Haltung der liberalen Presse mit diesem machtvollen Einsatz für das Gesetz seitens der Demokraten, so erweist sie sich so uneinheitlich und schwankend wie die Haltung der liberalen Partei selber, und es ist nicht zu verkennen, daß das Schulgesetz innerhalb dieser Partei eine ernste Krise heraufbeschwor. In der Schlußabstimmung hatten die liberalen Vertreter dem Gesetz ja ebenfalls zugestimmt, aber es ist offensichtlich, daß die Zustimmung vielfach nur widerwillig

¹⁰⁹ Andelfinger Zeitung 1872 Nr. 17.

¹¹⁰ Die Tagwacht 1872 Nr. 14.

¹¹¹ Volksblatt für den Bezirk Zürich Nr. 34.

erfolgte und mit dem leisen Hintergedanken, der Volksentscheid werde dann schon die nötige Korrektur anbringen. Was die Liberalen vor allem verärgerte und zum Widerspruche reizte, war die maßlose Propaganda durch die Demokraten, und diese konnte schließlich nur der Sache selber zum Schaden gereichen. Die Unterstützung des Gesetzes durch diejenigen freisinnigen Blätter, die sich an die von den Liberalen gegebene Zustimmung hielten, war darum lau, andere aber gingen zur offenen Gegenpropaganda über. Diese ganze Verlegenheit spiegelt ein Artikel des freisinnigen «Weinländer»:

„Die liberale Partei hat als solche gar keine Stellung genommen gegen die Urheber des fraglichen Gesetzes, sondern dieselben noch zum Teil unterstützt. Es stehen einander ganz andere Gegner gegenüber, einerseits die Häupter der Demokratie mit ihren unbedingt ergebenen Anhängern, andererseits eine Anzahl erfahrener Schulmänner und besonnener Volksfreunde im Bunde mit dem unleugbaren Widerwillen der Volksmehrheit gegen die heillosen Neuerungen, welche das Schulgesetz einführen will.“¹¹²

Kräftigen Zuzug erhielt die Opposition natürlich aus kirchlichen Kreisen und daß hier hie und da nicht weniger demagogisch argumentiert wurde als bei den Demokraten, zeigt folgende Presseäußerung:

„Es kommt ganz gewiß die Zeit, wo man das Dogma der alleinseligmachenden Schule ebenso in seiner Nichtigkeit wird erkennen, wie man schon längst dasjenige der alleinseligmachenden Kirche erkannt hat. Es sind Anzeichen genug vorhanden von einem nahenden Sturm und dieser wird mit seinen Schlägen nicht am wenigsten die Schullehrer treffen, denn die Schule ist zwar ein Schoßkind der Zeit, aber die Lehrer erfreuen sich doch im allgemeinen nicht besonderer Zuneigung. Schnell aufgeschossene, junge Leute kriegen leicht die Schwindsucht, und zwar die galoppierende. Bei jedem Sturm aber haut das Volk über die Schnur und zerhaut gar manches gutes Holz zu Spänen, so 1839, so 1868 und bei

¹¹² Der Weinländer 1872 Nr. 23.

ähnlichen Anlässen. Das Volk wird dann zeigen, daß es sich seine Kirche nicht so leicht zu Schanden richten lasse.“¹¹³

Daß das gleiche Blatt die Kunst der Demagogie vollendet beherrschte, bewies es auch an anderer Stelle, wo es schrieb:

„Die vielen guten Gedanken und wirklichen Fortschritte sind durch die Rückweisung des ganzen Gesetzes nicht verloren, dagegen wird es möglich, manches Unklare und Verfehlte zu verbessern.“¹¹⁴

In sachlicher Beziehung tadelten die Gegner des Gesetzes die gleichen Dinge, die schon in den Beratungen des Großen Rates Opposition hervorgerufen hatten, die unbefriedigende Lösung der Verlängerung der Schulzeit, die Verbannung des Religionsunterrichtes aus der Volksschule und die Hochschulbildung der Lehrer. In den Blättern der Landschaft wurden zudem Bedenken geäußert wegen der hohen Kosten, wobei man dem Regierungsrat vorwarf, falsche Berechnungen veröffentlicht zu haben. Vollends verstimmt in industrialisierten Gebieten die allerdings unklar formulierte Bestimmung, wonach den Zwölf- bis Fünfzehnjährigen untersagt war, in den Fabriken zu arbeiten. Als Angriffsflächen erwiesen sich schließlich auch die Separatbestimmungen, denn die Gegner des Gesetzes behaupteten, wenn das eine verworfen werde, so müsse auch das andere noch einmal zur Ueberarbeitung zurückgewiesen werden. Drastisch schilderte dies das «Volksblatt von Winterthur», wenn es schrieb, man könne das Gesetz doch nicht wie eine Wurst „in Riegel zerschneiden, von denen man den einen genieße, den andern aber unter den Tisch werfe“.¹¹⁵

Wie war nun die Stimmung in den letzten Tagen vor der Abstimmung? Die das Gesetz sonst loyal unterstützende liberale «Zürcher Presse» ließ sich zwei Tage vor der Abstimmung durch einen Gewährsmann berichten, vor zwei Wochen seien die Chancen des Unterrichtsgesetzes bei weitem noch besser gestanden, „die unaufhörliche Agitation der Wunderapostel aber habe das

¹¹³ Volkszeitung für das zürcherische Oberland Nr. 17.

¹¹⁴ ebenda Nr. 30.

¹¹⁵ Winterthurer Volksblatt Nr. 82.

Volk ermüdet und stutzig gemacht“.¹¹⁶ Dies schien man aber auch auf der Seite der Befürworter zu spüren, denn der «Landbote» schrieb zur gleichen Zeit etwas resigniert:

„Welches auch der augenblickliche Erfolg sein mag: Die Beratungen und Besprechungen, die vor Tausenden von Volksgenossen gepflogen wurden, sind eine Aussaat, die nicht mehr verloren geht.“¹¹⁷

Noch mehr aber kam die Zuversicht ins Wanken, als unmittelbar vor dem Abstimmungstag zwei anonyme Flugblätter, ein weißes und ein rotes, in alle Häuser verteilt wurden, die die Folgen des Gesetzes in den düstersten Farben schilderten. Mußte nicht dieses Mittel, das sich schon bei der im Vorjahr erfolgten Abstimmung über das Fabrikgesetz so glänzend bewährt hatte, sich jetzt wiederum mit Erfolg anwenden lassen?¹¹⁸

Das Ergebnis der Volksabstimmung kam denn auch nicht ganz unerwartet. Mit 39 037 gegen 16 223 Stimmen wurde das Unterrichtsgesetz vom Volke wuchtig verworfen. Noch schlimmer erging es den beiden separaten Bestimmungen. Die Schulverlängerung wurde mit 41 514 gegen 13 671, die Hochschulbildung der Lehrer dagegen mit 43 237 gegen 13 015 Stimmen bachab geschickt.

f) Nach dem verwerfenden Volksentscheid

Hatte die Verwerfung des Gesetzes niemand vollständig überrascht, so mußte doch die erdrückende verwerfende Mehrheit für die Demokraten eine bittere Enttäuschung sein, hatten sie doch wenigstens gehofft, eine starke zustimmende Minderheit werde wenigstens einen zukünftigen Gesetze den Weg ebnen. Sieber selber stand schmerzbewegt, „gleichsam wie ein Landmann vor seiner durch den Hagel zerstörten Saat“, vor dem seine schönsten Hoffnungen und besten Bemühungen zu Boden drückenden Volksvotum. Doch verlor er den Mut nicht und stimmte auch nicht in die bittere Klage ein, die in jenen Tagen so oft zu

¹¹⁶ Zürcher Presse 1872 Nr. 86.

¹¹⁷ Landbote 1832 Nr. 86.

¹¹⁸ Siehe S. 132.

hören war, das Referendum sei ein Grundübel, das jeden Fortschritt untergrabe. Unverzüglich raffte er sich auf und erklärte, der Fortschritt müsse von nun an schrittweise erkämpft werden.¹¹⁹

In der Presse machten sich, je nach der früheren Einstellung zum Gesetz, tiefe Niedergeschlagenheit bis lauter Jubel bemerkbar. Triumphierend schrieb der «Weinländer» vom „Hinschied dieses gefallenen Geschöpfes und dem Begräbnis der schwindelhaften Geistesarbeit unserer Obersten, Aeltesten und Räte“.¹²⁰ Der «Landbote» dagegen bekannte, daß er schon vor der Abstimmung am Erfolge gezweifelt habe:

„Rückwärts betrachtet, müssen wir von diesem Gesichtspunkt aus ganz aufrichtig bekennen, daß es von vornherein als eine harte Nuß und ein schwerer Lufp schien, unserem Volke unmittelbar vor den Urwahlen am Schlusse der dreijährigen Periode noch die materiell und intellektuell einschneidenden Probleme zum Entscheid vorzulegen.“¹²¹

Immerhin glaubte die Zeitung, aus dem wuchtigen Schlag, den die Volksmehrheit gegen das Unterrichtsgesetz geführt hatte, kein Verdikt für die Regierung, ihre Politik und Verwaltung ableiten zu müssen. Aus dieser grundsätzlichen Besinnung heraus konnte dann die «Neue Zürcher Zeitung» zur Versöhnung raten:

„Vielleicht dürfte die letzte Abstimmung doch noch ihre guten Folgen haben, nämlich für die Entwicklung der kantonalen Parteiverhältnisse. Denn so viel wird jeder Unbefangene jeder Partei, welcher in der Politik nichts als die Beförderung der Wohlfahrt des Volkes sucht, am 14. April gelernt haben, daß man sich gegenseitig nötig hat, und darum soll das Referendum, das nun einmal da ist, den Kanton nicht rückwärts bringen, eine Vereinigung aller braven, mit Kopf und Herz am rechten Fleck und dem Fortschritt huldigenden Männer ohne Rücksicht auf die hergebrachte

¹¹⁹ Schönenberger: Nekrolog für Johann Caspar Sieber, Päd. Beobachter 1878 Nr. 17.

¹²⁰ Der Weinländer 1872 Nr. 31.

¹²¹ Der Landbote 1872 Nr. 93.

Parteistellung ein Gebot der absoluten Notwendigkeit ist. — Der Bann, der über den Parteien liegt, muß sich notwendig lösen und wieder einem gesunden, freien Leben Platz machen.“¹²²

Daß es aber nicht leicht war, sich zu finden und daß es vor allem außerordentlich schwer war, mit einem neuen Schulgesetz, das Aussicht auf Annahme hatte, vor das Volk zu treten, ist eine Erkenntnis, die erst aus den nächsten Jahrzehnten zürcherischer Schulgeschichte gewonnen werden konnte. Der Entscheid vom 14. April 1872 war darum von größerer Tragweite, als man damals annehmen konnte. Es ergibt sich daraus die Notwendigkeit, noch einmal all den Gründen nachzugehen, die beim Zustandekommen dieses entmutigenden Ergebnisses mitgewirkt hatten.

Es ist in erster Linie nicht zufällig, daß man das Unterrichtsgesetz von 1872 das „Sieber'sche“ nennt, im Gegensatz zu den andern Unterrichtsgesetzen, die nicht so auffällig mit dem Namen eines Mannes verknüpft sind. Mehr als diese andern Gesetze trug es den Geist eines Einzelnen und war ein Stück seiner Persönlichkeit. Welch ein Gegensatz bestand doch zwischen Dubs und Sieber. Dieser behutsam und besonnen, fast zu ängstlich darauf bedacht, auf dem vorhandenen Fundament Stein um Stein weiter zu bauen und die Reform in erster Linie nach dem Grundsatz der Sparsamkeit auszurichten (Lehrerbeldungen!), jener ein begeisterter und schlagfertiger Anhänger der Volksgesetzgebung¹²³, ein Kämpfer für seine Ideale, unbekümmert um Widerstand oder gar Feindschaft, unbekümmert auch um die Tradition und die Opfer, die seine Forderungen dem Volke auferlegen mußten. Dieser in erster Linie ein Politiker, dem mehr oder weniger zufällig eine Aufgabe aus dem Gebiete der Schule übertragen worden war, jener ein Schulmann im Kern seines Wesens, der sich in die politische Arena begeben hatte, da er glaubte, darin der Schule noch besser dienen zu können. Dieser Vergleich mag zeigen, daß in der Persönlichkeit des Schöpfers des Unterrichtsgesetzes schon eine potentielle Gefahr des Mißerfolges lag, und so hätte nur strengste Selbstdisziplin

¹²² Neue Zürcher Zeitung 1872 Nr. 196.

¹²³ Curti, Geschichte der schweiz. Volksgesetzgebung S. 217.

oder ein mäßigender Einfluß seitens seiner nächsten Freunde ihn auf den Weg zum Erfolg bringen können. An beidem fehlte es, nicht aber an Zeichen, die Sieber und seinen Freunden die Augen hätten öffnen können. Schon der Verlauf der Verfassungsrevision von 1869 hätte ihnen klar machen können, welches geringes Interesse man damals in der Öffentlichkeit den Schulfragen entgegenbrachte und auch die große Minderheit, die der Verfassung die Zustimmung verweigerte, machte es deutlich, daß die unterlegene Partei nicht wie 1831 zur Ohnmacht verurteilt, sondern zu kräftigen Gegenaktionen bereit war und darum alle Rücksicht fordern durfte. Es mußte die Freisinnigen ja förmlich locken, in künftigen Abstimmungen die erlittene Scharte auszuwetzen. Aussicht auf Erfolg konnte darum nur ein Gesetz haben, an dem die Freisinnigen in wesentlichem Maße mitbeteiligt waren. Es war darum ein großer Fehler, daß die Demokraten den Erziehungsrat vollständig mit ihren eigenen Leuten besetzten und auch im Regierungsrat und im Kantonsrat unbekümmert ihren „Herr-im-Hause“-Standpunkt durchsetzten.

Ein anderer Fehler lag im Umfang der Revision. Was 1859 unter der Aegide der repräsentativen Demokratie noch gelungen war, das mußte 1872 im Zeichen des Referendums als fraglich erscheinen: Die Schulreform durch ein umfassendes Unterrichtsgesetz in einem Zuge durchführen zu wollen. Daß Teilrevisionen keine geringe Chance auf Annahme in der Volksabstimmung hatten, das hatte ja die Abstimmung über die Aufhebung des Schulgeldes bewiesen. Nun war aber der Schwung, der die Verfassungsrevision beflügelt hatte, schon längst abgeflaut, was man aus der Abstimmung über das Fabrikgesetz vom Jahre 1871 hätte lernen können. Daß nun für die Schule als nächste Maßnahme der schon längst fällige Ausbau der Schulpflicht in Angriff genommen werden mußte, das lag auf der Hand. Nicht so selbstverständlich war es, damit die Hochschulbildung der Volksschullehrer zu verknüpfen und vollends unbegreiflich mag es heute scheinen, wie man fast mutwillig das Gespenst der Religionsgefahr, das der zürcherischen Volksschule schon so viel Ungemach bereitet hatte, nun wieder heraufbeschwor. Es fehlte auch in dieser Beziehung nicht an mahnenden Stimmen — wir haben einige davon zitiert — doch warum Sieber und seine Freunde

nicht darauf hörten, das lag wohl an dem, wovon wir ausgegangen sind, am Charakter der Schöpfer des Gesetzes.

Als weitere Ursache des Mißerfolges ist auch die Qualität des Gesetzes zu nennen. Heute wissen wir, daß ein Schulgesetz außerordentlich viel Zeit und Arbeit braucht, bis man es wagen kann, damit vor das Volk zu treten. Im Jahre 1872 aber ging man entschieden zu rasch vor. Der Versuch, das Gesetz vor den Kantonsrat zu bringen, ehe überhaupt noch die gesetzlich vorgeschriebene Weisung des Regierungsrates vorlag, mußte ein ungünstiges Licht auf die Sache werfen. Wohl war die Arbeit, die der Kantonsrat in vierwöchiger Session dem Gesetze angedeihen ließ, eine sorgfältige und gründliche, aber es rächte sich, daß man geglaubt hatte, auf die Vorberatung durch eine kantonsrätliche Kommission verzichten zu können. Das Gesetz wies darum in der Form, wie es vor das Volk gebracht wurde, da und dort Mängel, Unklarheiten und Verschwommenheiten auf. Die Schuld trifft aber weniger Sieber und den Erziehungsrat, als den Kantonsrat, der da und dort etwas änderte, ohne die Auswirkung auf das ganze Gesetz durch eine Redaktionskommission noch einmal sorgfältig prüfen zu lassen. Was hätte wohl ein Friedrich Ludwig Keller oder ein Bluntschli zu der Formulierung der Lehrerbildung gesagt! Zu viel hing in der endgültigen Fassung des Gesetzes von den nachfolgenden Verordnungen oder auch nur von den Interpretationen ab, und da man im Volke mancherorts Mißtrauen gegen die neuen Machthaber hegte, besonders gegen Sieber, wie seine Wahl zum Regierungsrat bewiesen hatte, so mögen diese Bedenken nicht wenige veranlaßt haben, das Gesetz abzulehnen.

Der Beschluß, zwei Fragen gesondert der Volksabstimmung zu unterbreiten, muß sich ebenfalls verhängnisvoll ausgewirkt haben. Er war ja auch nichts anderes, als ein geschickt inszeniertes Manöver, das Gesetz zu Fall zu bringen. Das sah schon Sieber, weshalb er sich so vehement dagegen sträubte. Die Aufteilung konnte keine andere Wirkung haben, als das Gesetz beim Stimmbürger in Mißkredit zu bringen, denn wenn schon dessen Schöpfer so wenig Vertrauen hatten zu ihrem Werke, daß sie es nicht wagten, es als Einheit zu präsentieren, so mußte es den Außenstehenden scheinen, es sei etwas nicht in

Ordnung. Interessant ist in dieser Beziehung, wie sich die Parole auswirkte, die die «Neue Zürcher Zeitung» und die «Zürcher Presse» ausgegeben hatten: Dem Gesetz und der Erweiterung der Schulpflicht zuzustimmen, die Hochschulbildung der Lehrer dagegen zu verwerfen. Vergleicht man nun die Zahl der Neinstimmen in der Stadt Zürich, dem Hauptverbreitungsgebiet der genannten Blätter, für alle drei Fragen miteinander, so ergibt sich, daß die Parole nicht wirksam war, denn die Neinstimmen für die Hochschulbildung überstiegen diejenigen für die Verlängerung der Schulpflicht um 150 und diejenigen für das übrige Gesetz um 250. Daß die Neinstimmen in der Stadt denjenigen auf der Landschaft proportional ungefähr die Waage hielten, das war vermutlich zum Teil der Neinparole für die eine Teilfrage zuzuschreiben, die eben eine versteckte Neinparole für das ganze Gesetz war. Etwas anderes wird aber dabei am Ergebnis der Stadt Zürich auch sichtbar, nämlich die mangelnde Wahldisziplin der Arbeiterkreise, die, wäre die Abstimmung dreißig Jahre später erfolgt, den Entscheid wahrscheinlich nicht zu korrigieren, aber doch das Ergebnis zu verbessern vermocht hätte.

Als letzter und schwerwiegender Fehler ist schließlich noch die Art und Weise zu beurteilen, wie die Demokraten für das Gesetz warben. Die allzu lärmige und betriebsame Propaganda war ein Novum für den Kanton Zürich und mußte viele Leute vor den Kopf stoßen. Auf alle Fälle mußte sie den Widerstand der Freisinnigen herausfordern, denn viele Liberale, die an und für sich durchaus dem Gesetz günstig gesinnt waren, sahen sich aus parteipolitischen Ueberlegungen veranlaßt, nein zu stimmen, damit nicht die Annahme als ein rauschender Sieg der demokratischen Partei gefeiert wurde. Auch hier fehlte es den demokratischen Führern am politischen Fingerspitzengefühl und so hatten sie das Mißlingen zum guten Teil sich selber zuzuschreiben.

Man muß den Volksentscheid vom 14. April 1872 nach all dem Gesagten begreifen, aber er ist trotzdem zu bedauern. Betrüblich war, daß ein Werk an seinen Fehlern und Mängeln scheiterte, ein Gesetz, das neben diesen Fehlern und Mängeln auch eine große Zahl von Vorzügen und Qualitäten aufwies. Sein Hauptvorzug aber lag wohl darin, daß es versuchte, für das zür-

cherische Schulwesen eine großzügige, freiheitliche und fortschrittliche Lösung zu bringen. Wir meinen dabei weniger die Zivilschule, die eine erstaunlich geringe Resonanz zu erzeugen vermochte, als das großzügige Stipendienwesen, die Freiheiten im Hochschulstudium und vor allem die großzügige Behandlung, die es der Lehrerschaft angedeihen ließ. Es versuchte Dinge zu verwirklichen, um die die Lehrerschaft schon jahrzehntelang gekämpft hatte, wie das Recht zur Teilnahme an Schulpflegesitzungen, die Bezahlung der Stellvertretungskosten bei Krankheit, die Ansetzung von ausreichenden Ruhegehältern. Damit hatte Sieber in großzügiger Weise das Versprechen eingelöst, das er 1869 bei der Einführung der Erneuerungswahlen abgegeben hatte. Daß er damit unterlag, mußte ihn wohl am meisten treffen. Für uns aber mag der freiheitliche und großzügige Geist, den das Gesetz als Ganzes atmete, immer noch Vorbild und Wegleitung sein.

Im Zwischenfeld 1872 -- 1890

a) Nach der Verwerfung des Sieber'schen Unterrichtsgesetzes

Der Ausgang der Volksabstimmung blieb für Sieber nicht ohne persönliche Folgen. In der Erneuerungswahl des Regierungsrates im Frühjahr 1872 wurde er als Regierungsrat in seinem Amte nicht mehr bestätigt. Ein halbes Jahr später, als es galt, einen Nachfolger für den zum Bundesrat avancierten Regierungsrat Scherrer zu wählen, hieß es bei den Demokraten einmütig „Sieber vor!“ und siehe, das Wagnis glückte, und Sieber durfte wieder seine Amtsstube auf der Erziehungsdirektion beziehen. In dieser Zeit war auch in den Regierungskreisen die Erkenntnis durchgedrungen, daß die Zeit der umfassenden Reformen im zürcherischen Erziehungswesen endgültig vorbei war, und unverzüglich machte man sich daran, das Ziel, das man im ersten Anlauf verfehlt hatte, schrittweise zu erreichen. Die erste Frucht dieser Bemühungen waren das Lehrerbesoldungsgesetz und das Gesetz über die Unentgeltlichkeit des Sekundarschulunterrichtes vom 22. Dezember 1872. Betrachtet man das erstere, so stellt man fest, daß man nun bescheiden geworden war; denn die Vorlage sollte, nach der Weisung des Regierungsrates, „mehr nicht als das absolut unerläßliche Maß der Besoldungsausgleichung“ bringen.¹²⁴ Von den großzügigen Vorschlägen des verworfenen Unterrichtsgesetzes wie Uebernahme der Vikariatskosten bei Krankheit durch den Staat, Ausrichtung von genügenden Ruhegehältern war nichts in diesem Vorschlag zu finden. Dieser vermochte denn auch in der Öffentlichkeit und der Presse keine hohen Wellen aufzuwerfen und wurde schließlich bei schwacher Stimmbeteiligung am 22. Dezember 1872 im Verhältnis von zwei zu eins angenommen, ebenso die Unentgeltlichkeit der Sekundarschule. Ermutigt durch diesen bescheidenen Teilerfolg, wagte es nun die Regierung, auch weitere kleine Teilgesetze vor die Volksabstimmung zu bringen, die

¹²⁴ Amtsblatt 1872, No. 99.

das höhere Unterrichtswesen betrafen. Neben dieser beschränkten gesetzgeberischen Tätigkeit verwandte Sieber seine ganze Energie auf die bestmögliche Ausgestaltung des Vorhandenen. Für die Volksschule wurde ein Schulinspektor eingestellt, neue Lehrmittel wurden geschaffen, und die Lehrerbildung durch Vorträge und Uebungskurse gefördert.¹²⁵

Da aber all dieses eifrige Tun für Sieber, der mit ungebrochener Schaffenskraft an der Spitze des zürcherischen Erziehungswesens stand, keinen vollwertigen Ersatz bot für das, was er mit seinem Unterrichtsgesetz angestrebt hatte, wandte sich seine ganze Hoffnung auf den Schulartikel der eidgenössischen Verfassung, der in der Verfassungsrevision von 1874 in diese aufgenommen worden war:

Art. 27 (Alinea 2—4). Die Kantone sorgen für genügenden Primarunterricht, welcher ausschließlich unter staatlicher Leitung stehen soll.

Derselbe ist obligatorisch und in den öffentlichen Schulen unentgeltlich.

Die öffentlichen Schulen sollen von den Angehörigen aller Bekenntnisse ohne Beeinträchtigung ihrer Glaubens- und Gewissensfreiheit besucht werden können.

Gegen Kantone, welche diesen Verpflichtungen nicht nachkommen, wird der Bund die nötigen Verfügungen treffen.¹²⁶

Wenn nun auch dieser Artikel die Frage offen ließ, was als genügend für den Primarunterricht zu betrachten sei, und wie der Bund vorgehen sollte gegen die Kantone, welche ihm nicht genügend nachlebten, so vermochte er doch den Bemühungen in den Kantonen um den Ausbau des Schulwesens neuen Auftrieb zu geben. Darüber hinaus aber bestand die Hoffnung, der Bund sei nunmehr berechtigt oder sogar verpflichtet, ein eidgenössisches Schulgesetz zu erlassen, obschon im Gegensatz zur verworfenen Verfassung von 1872 in derjenigen von 1874 nirgends etwas Derartiges angedeutet war.¹²⁷ Daß Sieber bei den Anhän-

¹²⁵ Vögelin, «Sieber», S. 88.

¹²⁶ Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 29. Mai 1874, Art. 27, Alinea 2—4.

¹²⁷ Hartmann, S. 104.

gern eines eidgenössischen Schulgesetzes in vorderster Front stand, zeigt ein Vortrag, den er am schweizerischen Lehrertag 1874 in Winterthur hielt und in dem er ausführte:

„Klar ist wohl jedermann, daß die Forderung genügenden Primarunterrichtes nicht erfüllt werden kann auf dem Wege einer administrativen Maßregel des Bundesrates oder des Departementes des Innern, sondern um einen einheitlichen Boden zu schaffen, muß ein einheitliches Unterrichtsgesetz vorausgesetzt werden.“¹²⁸

Die Hoffnung sollte sich nicht erfüllen! Nachdem sich der Streit, ob der Bund laut Artikel 27 das Recht habe, in irgendeiner Weise gesetzgeberisch vorzugehen, noch einige Jahre hingezogen hatte, entschlossen sich schließlich die Bundesbehörden, ein Ausführungsgesetz zum Schulartikel durch einen schweizerischen Schulsekretär ausarbeiten zu lassen.¹²⁹ Gegen die Stelle eines Schulsekretärs aber wurde das Referendum ergriffen, worauf die Vorlage des Bundesrates in der eidgenössischen Volksabstimmung im Jahre 1882 mit großem Mehr verworfen wurde. Sieber erlebte dies allerdings nicht mehr: Nachdem er 1875 die Erziehungsdirektion zufolge des gesetzlich vorgeschriebenen Departementwechsels hatte abgeben müssen, raffte der Tod den unermüdlichen Kämpfer am 22. Januar 1878 hinweg.

b) Die Versuche zur Erweiterung der Schulpflicht, 1875—1884

Als Regierungsrat Gottlieb Ziegler im Frühjahr 1875 die Erziehungsdirektion übernahm, lag ein noch von Sieber ausgearbeiteter Gesetzesentwurf vor. Dieser sah vor, die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden in der Ergänzungsschule auf zwölf zu erhöhen, d. h. um einen Vormittag zu vermehren. Ebenfalls war darin die Zivilschule enthalten, die für das sechzehnte bis neunzehnte Altersjahr für mindestens zwei Wochenstunden für die männliche Jugend obligatorisch sein sollte. Auf Antrag des neuen Erziehungsdirektors wurde nun der Entwurf, der bereits den Regierungsrat passiert hatte und beim Kantonsrat lag,

¹²⁸ Schweiz. Lehrerzeitung 1874, Nr. 38.

¹²⁹ Bonjour, Geschichte der Schweiz, 4. Teil, S. 565.

zurückgezogen. Als Begründung führte die Erziehungsdirektion an, „die Verhältnisse sollten sich mehr abklären und differente Anschauungen durch die Erfahrung sich aus dem Wege schaffen lassen, ehe man an das Werk einer neuen Regulierung dieser Fragen auf dem Wege der Gesetzgebung ging.“¹³⁰ Im Geschäftsbericht für das nächste Jahr (1876) findet sich die lakonische Mitteilung, man sei an der Arbeit, diese sei aber durch die Bundesversammlung und den darauffolgenden Personalwechsel auf der Erziehungsdirektion unterbrochen worden.¹³¹ Als Grund der Verzögerung wurde aber auch angegeben, man müsse die Beratung und Abstimmung über das eidgenössische Fabrikgesetz abwarten, bevor man auf kantonalem Boden zu einer Neuregelung der Schulgesetzgebung schreiten könne.¹³² Das Fabrikgesetz nun wurde in der eidgenössischen Volksabstimmung vom 21. Oktober 1877 angenommen, wobei dessen Artikel 16 eine Auswirkung auf die kantonale Volksschulgesetzgebung erlangen mußte:

Art. 16. Kinder, welche das 14. Altersjahr noch nicht zurückgelegt haben, dürfen nicht zur Arbeit in den Fabriken verwendet werden.

Für Kinder zwischen dem angetretenen 15. bis und mit dem 16. Altersjahr sollen der Schul- und Religionsunterricht und die Arbeit in den Fabriken zusammen 11 Stunden pro Tag nicht übersteigen.¹³³

Für den Kanton Zürich hatte Alinea 1 dieses Artikels die Folge, daß von den zirka 10 700 bisherigen Ergänzungsschülern auf den 1. April 1878 deren 2000 von der Fabrikarbeit gänzlich ausgeschlossen und damit für den ganztägigen Schulunterricht frei wurden. Damit schien es gegeben, die bisherige Ergänzungsschule aufzuheben und an ihre Stelle die Primarschule auf acht Jahre auszudehnen, wobei für die beiden obersten Klassen eine beschränkte Unterrichtszeit vorgesehen war. Unverzüglich wurde denn auch von Regierungsrat Dr. Johann Stöbel, der 1877 für kurze Zeit interimistisch die Erziehungsdirektion übernahm, eine

¹³⁰ Rechenschaftsbericht des Regierungsrates für das Jahr 1875, S. 97.

¹³¹ Rechenschaftsbericht des Regierungsrates für das Jahr 1876, S. 193.

¹³² Weisung des Regierungsrates zur Vorlage von 1878, S. 3.

¹³³ Bundesgesetz betreffend die Arbeit in den Fabriken, vom 23. März 1877, Bundesblatt 1877, Bd. 2, S. 483.

Schulgesetzrevision in diesem Sinne eingeleitet. Als gewagt konnte man diesen Plan nicht bezeichnen, hatten ihn doch schon mehrere benachbarte Kantone verwirklicht (Aargau 1865, Bern 1870, Thurgau 1875). Die Stundenzahl wurde dabei für die Primaroberstufe recht bescheiden angesetzt: Statt der bisherigen neun wöchentlichen Unterrichtsstunden in den drei Ergänzungsschuljahren deren zwölf in den zwei Jahren der siebenten und achten Klasse. Daneben wollte der Entwurf des Regierungsrates, veranlaßt durch Artikel 16, Alinea 2 des Fabrikgesetzes, die obligatorische Fortbildungsschule einführen, und zwar mit drei Wochenstunden vom fünfzehnten bis achtzehnten Altersjahr. Sie war aber weder als Zivilschule noch als gewerblicher Unterricht, sondern als Fortsetzung der bisherigen Ergänzungsschule gedacht.¹³⁴

Die kantonsrätliche Kommission reduzierte nun den Vorschlag des Regierungsrates, indem sie die Alltagsschule nur um ein Jahr erweitern und dafür eine zweijährige Ergänzungsschule beibehalten wollte. Auch sollte der Besuch der Fortbildungsschule freiwillig sein.¹³⁵ Der Kantonsrat selber beschloß in der Sitzung vom 12. März 1878 nach langer Eintretensdebatte mit 91 gegen 89 Stimmen, auf den Entwurf nicht einzutreten. Begründet wurde dieser Beschluß mit der übergroßen Geschäftslast des Rates, der „Nichtopportunität, in aller Eile dem Volke ein Schulgesetz vorzulegen“ und der Tatsache, daß es noch andere Dinge gäbe, die auch miteinbezogen werden sollten, nämlich die Lehrerbildung, die Lehramtsschule und die Stellung der Lehrerinnen.¹³⁶ Die Rückweisung hatte die Meinung, die Vorlage sei vom Regierungsrat so zu fördern, daß sie auf den Mai 1879 verwirklicht werden könne. Was aber mit denjenigen Jugendlichen zu geschehen hatte, die nicht mehr in die Fabrik gehen durften, darüber äußerte sich der Kantonsrat nicht.

Wieder einmal war im Frühjahr 1878 die Erneuerung der kantonalen Behörden fällig und sie brachte insofern eine Aenderung, als nunmehr die Liberalen wieder die Mehrheit erlangten. Auch auf die Erziehungsbehörden hatte das einen Einfluß. An

¹³⁴ Weisung des Regierungsrates zur Vorlage von 1878, S. 7.

¹³⁵ Festschrift, S. 559.

¹³⁶ NZZ 1878, No. 121.

Stelle von Dr. Johann Stöbel übernahm nun Regierungsrat Johann Caspar Zollinger die Erziehungsdirektion und auch der Erziehungsrat mußte sich einige Umbesetzungen zugunsten der Liberalen gefallen lassen. Wenn auch die neue Konstellation sogar von den demokratischen Blättern als günstig bezeichnet wurde, so erlitt doch die Weiterberatung des Schulgesetzes eine empfindliche Verzögerung, da sich die neuen Behörden zuerst in die Materie einarbeiten mußten. Wiederum machte aber auch der neue Kantonsrat „eine Runde um die lange Verzögerungsbank“¹³⁷, indem er beschloß, die Schulgesetzrevision an eine fünfzehngliederige Kommission zu weisen, die Beratungsergebnisse derselben aber an den Erziehungsrat weiterzuleiten. Man muß es dem findigen Kopf, der diesen Vorschlag machte, anrechnen, daß er damit dem Kantonsrat den Weg zeigte, sich dieses unangenehme Geschäft gründlich vom Halse zu halten. Endlos schien sich nunmehr die behördliche Tretmühle zu drehen, zum Schaden der Schule und zum allerdings zweifelhaften Nutzen des Kantonsrates, der offensichtlich Furcht vor dem Volksreferendum hatte. In der Lehrerschaft, die das Mißgeschick, das über der Schule zu walten schien, am ehesten zu spüren bekam, regte sich darob Unwillen, dem der «Pädagogische Beobachter» unmißverständlich Ausdruck gab:

„Seit mehreren Jahren tanzt der Kantonsrat um ein Schulgesetz herum und gebärdet sich, als hätte er den redlichen Willen, den „Ausbau der Volksschule“ zu versuchen. Aber was Erziehungs- und Regierungsrat mit Müh und Fleiß zu Standegebracht, wird von den weisen Repräsentanten jeweiligen als mangelhaft vorbereitet erklärt und an Kommissionen „zur Prüfung“ gewiesen. So können wir wahrscheinlich 1879 wieder vergeblich auf ein Gesetz warten, das eine Reorganisation der obern Schulstufe böte und die dringendsten Änderungen im Schulorganismus überhaupt vornehmen würde. Das fünfzehnköpfige Comité des Kantonsrates darf man wohl als eine tapfere Verhinderungskommission ansehen, die dafür sorgen wird, daß wir hübsch beim alten bleiben.“¹³⁸

¹³⁷ Schweiz. Lehrerzeitung 1878, No. 49.

¹³⁸ Päd. Beobachter 1879, No. 1.

Der „Pädagogische Beobachter“ hatte sich keineswegs getäuscht, und seine Prophezeiung wurde sogar noch bei weitem übertroffen, denn es dauerte bis zum 20. Juni 1881, bis dem wiederum neugewählten Kantonsrat ein Gesetzesentwurf vorgelegt wurde, der dann wiederum prompt und diesmal sogar einstimmig an den Regierungsrat zurückgewiesen wurde: „Der Regierungsrat wird eingeladen, zu gegebener Zeit eine neue Vorlage zu machen.“¹³⁹ Nun, Erziehungsdirektor Zollinger ließ sich dadurch nicht entmutigen und machte sich daran, die verlangte „neue Vorlage“ auszuarbeiten. Es brauchte allerdings schon einigen Mut, den Plan ins Auge zu fassen, nicht weniger als das Sieber'sche Gesetz den Beratungen zu Grunde zu legen, wobei Erziehungsdirektor Zollinger immerhin so vorsichtig sein wollte, dem Kantonsrat und dem Volke die einzelnen Teile sukzessive vorzulegen. Vorläufig wurde deshalb einmal der erste, die Volksschule betreffende Teil, zu einem gewissen Abschluß gebracht.¹⁴⁰ Der Entwurf sah vor, die tägliche Schule auf acht Jahre auszudehnen, wobei die zwei letzten Jahre in der Primar- oder der fakultativen Sekundarschule absolviert werden konnten. Für die siebente und achte Klasse wurde eine tägliche Unterrichtszeit von fünf bis sechs Stunden in Aussicht genommen bei zwölf Wochen Ferien im Jahre.¹⁴¹ Freiwillige Fortbildungsschulen sollten die allgemeine Bildung befestigen und die berufliche Ausbildung unterstützen. Nach einem Unterbruch von zwei Jahren sollte schließlich die letzte Stufe der Schulpflicht, die Zivilschule, einsetzen mit zwei Winterkursen von zirka 50 bis 60 Stunden im Jahr.¹⁴² Die Beratung der Vorlage im Erziehungsrat zog sich bis in den Mai 1882 hinein, vor ihrer Beendigung aber mußten die Verhandlungen zufolge schwerer Erkrankung Zollingers unterbrochen werden. Am 28. Juli 1882 raffte ihn der Tod hinweg und vernichtete damit auch die schwache Hoffnung auf eine baldige Schulreform. Noch in den Fieberphantasien seiner letzten Stunden aber hatten den Entschlafenen die Paragraphen seiner Schulvorlage beschäftigt.

¹³⁹ Prot. des Kantonsrates 1881, S. 23.

¹⁴⁰ Amtsblatt 1882, S. 1002.

¹⁴¹ Protokoll des Erziehungsrates 1882, S. 58.

¹⁴² ebenda, S. 241.

Die Erziehungsdirektion wurde nun von Regierungsrat Johann Emanuel Grob übernommen, welcher am 15. November 1882 vom Erziehungsrat den Auftrag erhielt, die Zollinger'sche Vorlage zu überprüfen.¹⁴³ Im Erziehungsrat herrschte aber in der folgenden Zeit ein sehr starker personeller Wechsel, weshalb die Arbeit wieder für längere Zeit in den Schubladen ruhte und die Geschäftsberichte der Erziehungsdirektion wiederum melden konnten, die Organisation des zürcherischen Erziehungswesens sei im Berichtsjahr ohne Veränderung geblieben.¹⁴⁴

c) Die Andelfinger Initiative von 1885

(Initiative betreffend Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule)¹⁴⁵

Die schleichende Krise in der zürcherischen Volksschulgesetzgebung hatte sich nun schon über ein Dutzend Jahre hingezogen und ihr Ende schien unabsehbar. Sogar die Lehrerschaft schien keine Hoffnungen mehr zu haben, daß sich der Ausbau der Schulpflicht im Kanton Zürich überhaupt noch je verwirklichen ließe. Die Revision schien zum politischen Niemandsland geworden zu sein, in dem jedes Leben erstickte. Nur ein mutiger Handstreich konnte die erstarrten Fronten wieder in Bewegung bringen. Er wurde ausgelöst von einer Seite, die schon einmal bestimmend in die zürcherische Volksschule eingegriffen hatte: von der Wirtschaft. Am 19. August 1884 reichte der Fortbildungsschulverein Andelfingen dem Regierungsrat ein Initiativbegehren ein, es sei im Kanton Zürich die obligatorische Fortbildungsschule einzuführen. Das Begehren war mit 5359 Unterschriften bei einer erforderlichen Mindestzahl von 5000 allerdings recht knapp zustande gekommen¹⁴⁶ und noch wenige Tage vor Ablauf der Frist hatten sogar noch einige hundert Stimmen gefehlt.¹⁴⁷ Daß der Vorstoß vom Bezirk Andelfingen ausging, war auch kein Zufall, besaß doch der benachbarte Kanton Thurgau schon seit dem Jahre 1876 eine blühende Fortbildungsschule. Die

¹⁴³ Festschrift, S. 560.

¹⁴⁴ Jahresbericht der Erziehungsdirektion 1883/84, S. 433.

¹⁴⁵ Amtsblatt 1885, S. 61, 187 und 413.

¹⁴⁶ Auszug aus dem Protokoll des Kantonsrates 1884, No. 34.

¹⁴⁷ Andelfinger Zeitung 1884, No. 36.

Organisation, wie sie den Initianten vorschwebte, lehnte sich darum eng an das thurgauische Vorbild an. In drei Winterkursen mit zwei wöchentlichen Unterrichtsstunden sollten die Jünglinge in den Fächern Deutsche Sprache, Rechnen, Geometrie und Vaterlandskunde unterrichtet werden. Diese allgemein bildenden Fächer waren als Minimum gedacht und sollten durch fakultative Fächer erweitert werden können. Die Initianten hofften mit diesem Schultypus „die jungen Leute von siebzehn und mehr Jahren in dem immer schwerer werdenden Kampf um die Existenz tüchtiger zu machen, sie in ihrer Berufstätigkeit zu fördern, sowie auf die Stellung als Glieder des Staates vorzubereiten“.¹⁴⁸ Die Mädchen waren von dieser Schulanstalt ausgeschlossen und im Grunde genommen schien die Fortbildungsschule auf die Befähigung zu einem guten Bestehen der eidgenössischen Rekrutenprüfungen zugeschnitten.¹⁴⁹

Der Regierungsrat, der das Begehren durch den Erziehungsrat hatte prüfen lassen, gelangte dazu, dem Kantonsrat die Ablehnung der Initiative zuhanden der Volksabstimmung zu beantragen. Begründet wurde dies mit der Auffassung des Regierungsrates, daß die Reform des Volksschulwesens von unten herauf erfolgen müsse und zuerst eine Reorganisation der gegenwärtigen obligatorischen Schulstufen durchgeführt werden sollte, vor allem die Erweiterung der Alltagsschule um ein bis zwei Jahre. Sollte die Initiative angenommen werden, so befürchtete der Regierungsrat, die Lösung dieser Fragen werde auf Jahre hinaus beeinträchtigt.¹⁵⁰ Einen weiteren Grund sah der Regierungsrat schließlich in der im zürcherischen Volke weit verbreiteten Auffassung, daß mit der Konfirmation die obligatorische Schulzeit ihr Ende erreicht habe.¹⁵¹

Den gleichen Standpunkt nahm die Mehrheit der kantonsrätlichen Kommission ein, die den Vorschlag vorzubereiten hatte. Zu den Argumenten des Regierungsrates wurden noch die Bedenken wegen der disziplinarischen Schwierigkeiten beigelegt

¹⁴⁸ Begründung der Initiative, S. 6.

¹⁴⁹ Schweiz. Lehrerzeitung 1884, No. 4.

¹⁵⁰ Weisung des Regierungsrates vom 31. Januar 1885, S. 9. Ebenfalls Amtsblatt 1885, S. 69.

¹⁵¹ ebenda.

und darauf hingewiesen, daß der Kanton Thurgau hohe Geld- und Arreststrafen habe einführen müssen und in Frauenfeld sogar ein besonderes Arrestlokal für die schwänzenden Fortbildungsschüler bestünde.

Im Kantonsrat selber fanden sich allerdings warme Befürworter der obligatorischen Fortbildungsschule, die darauf hingen, diese sei besser als gar nichts, denn die Regierung lehne einerseits ein rascheres Tempo der allgemeinen Revision ab, heute aber lehne sie die Initiative wiederum wegen der Revision ab, was einem *circulus vitiosus* gleichkomme.¹⁵² In der Abstimmung ging denn auch das Begehren mit 89 gegen 82 Stimmen knapp durch, und die befürwortende Kommissionsminderheit erhielt den Auftrag, den empfehlenden Bericht für die Volksabstimmung zu verfassen.¹⁵³

Vor der Volksabstimmung, die auf den 5. Juli 1865 angesetzt worden war, blieb es recht still um das Begehren und selbst die „Andelfinger-Zeitung“ drückte ihre Befürchtungen aus, die obligatorische Fortbildungsschule werde sich am Abstimmungstag als Schmerzenskind erweisen.¹⁵⁴ Bei schwacher Stimmenbeteiligung wurde denn auch die Initiative mit 29 155 gegen 19 605 Stimmen eindeutig verworfen.¹⁵⁵

d) Die Winterthurer Initiative von 1887

(Initiative betreffs Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule und der unentgeltlichen Abgabe der Lehrmittel und Schreibmaterialien in der Primar- und Sekundarschule).¹⁵⁶

„Der Worte ist genug gewechselt, nun laßt uns Taten sehn.“ Mit diesem Zitat kündete der «Landbote» das Initiativbegehren der Oeffentlichkeit an, das der Demokratische Verein Winterthur und der Grütliverein Winterthur im April 1877 in die Wege zu leiten gedachten¹⁵⁷. Am 28. März des gleichen Jahres hatte der Kantonsrat die Beratung über ein neues Volksschulgesetz

¹⁵² NZZ 1885, No. 61.

¹⁵³ Protokoll des Kantonsrates 1885, S. 117.

¹⁵⁴ Andelfinger Zeitung 1885, No. 53.

¹⁵⁵ Amtsblatt 1885, S. 413.

¹⁵⁶ Amtsblatt 1887, S. 239.

¹⁵⁷ Landbote 1887, No. 5.

wieder einmal ausgesetzt, um Gutachten von der Synode und den untern Schulbehörden einzuholen.¹⁵⁸ Auf Grund der bisherigen Erfahrungen fürchteten nun die Winterthurer Schulfreunde, daß damit die Schulrevision wiederum auf die lange Bank geschoben worden sei. Sie aber wollten zur Tat übergehen, deshalb griffen sie aus den vielen auf der Revisionsliste stehenden Postulaten zwei heraus, um sie der Volksabstimmung zu unterbreiten. Mit der obligatorischen Fortbildungsschule wurde der Gedanke der Andelfinger Initiative wiederum aufgegriffen, doch wollte man sich mit zwei aufeinanderfolgenden Winterkursen begnügen. Dazu wollte man als Konsequenz der nunmehr von Staat und Gemeinden betreuten Volksschule die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel einführen, was viele Gemeinden für die Primarschule schon von sich aus getan hatten. Für das zweite Postulat hofften die Initianten, das volle Verständnis des Volkes zu finden und damit auch das erste durch die Klippen der Volksabstimmung zu bringen. Ausdrücklich aber wurde bemerkt, man wolle einer weiteren Entwicklung der allgemeinen Revision keineswegs den Weg versperren¹⁵⁹, weshalb auch zwei Punkte aufgegriffen worden waren, die sich durchaus für sich allein regulieren ließen. Die Initiative kam zustande und wurde am 15. April 1887 mit 7530 Unterschriften versehen der Regierung eingereicht.

So gut gemeint der Vorstoß an und für sich war, so verständlich war es anderseits, daß die Behörden darin eine ernste Störung für den Gang des Revisionswerkes sahen. Erziehungs- und Regierungsrat wiesen darum auch wiederum darauf hin, daß die Reorganisation von unten her erfolgen müsse und als dringendstes Postulat der Ausbau der Schulpflicht sich ergebe, sodaß es verfehlt wäre, die Kräfte zu zersplittern.¹⁶⁰ Dem ablehnenden Antrag dieser Behörden schloß sich der Kantonsrat am 15. August 1887 mit 98 gegen 78 Stimmen an. Das Schicksal des Begehrens war dadurch besiegelt, daß sich zu der großen Zahl von Gegnern jeder Schulverbesserung auch zahlreiche, aufrichtige Schulfreunde gesellten, die die Verwerfung der Winterthurer Initiative „im Interesse eines bessern Schulgesetzes“ befürwortete-

¹⁵⁸ Vergleiche hiezu S. 169.

¹⁵⁹ Landbote 1887, No. 5.

¹⁶⁰ Amtsblatt 1887, S. 239.

ten.¹⁶¹ Die orientierenden Versammlungen vor der Abstimmung waren denn auch außerordentlich schwach besucht und fast die gesamte Presse schrieb gegen die Initiative. Das Ergebnis der Volksabstimmung kam für niemanden überraschend: Mit 39 123 Stimmen gegen 18 135 Stimmen wurde die Initiative abgelehnt, wobei sich die hohe Stimmbeteiligung aus den gleichzeitig stattfindenden Nationalratswahlen erklären läßt.¹⁶²

e) Das verworfene „Gesetz betreffend die Volksschule“ vom Jahre 1888¹⁶³

Während sich Schulfreunde in der Weise, wie wir es soeben geschildert haben, um die Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule bemühten, befaßte sich die Schulsynode schon seit längerer Zeit mit der Erweiterung der Alltagsschule. An der Synode des Jahres 1884 sollte Sekundarlehrer Itschner in Neumünster einen Vortrag halten über das Thema „Volksschule und Volkswirtschaft“. Aus Zeitmangel wurde zwar der Vortrag um ein Jahr verschoben, doch die Thesen dazu waren bereits in Druck erschienen¹⁶⁴ und erregten großes Aufsehen, suchten sie doch von der sozialpolitischen Seite sehr einseitig ausgehend — Itschner brauchte Ausdrücke wie „Ausbeuter“ und „Ausgebeutete“ — die Notwendigkeit der obligatorischen Sekundarschule zu beweisen. Die Schulsynode von 1885 nun stellte aus dem Vortrage Itschners nur noch die obligatorische Sekundarschule zur Diskussion, die nach einem ausgezeichneten Votum von Sekundarlehrer Egli in Wil ohne Gegenantrag als unabweisbares Bedürfnis erklärt wurde.¹⁶⁵ Wiederum zwei Jahre später, 1887, kam die Synode noch einmal auf das Obligatorium der Sekundarschule zurück bei der Besprechung des Anschlusses der Volksschule an die Mittelschule, wobei sich der Referent, Sekundarlehrer Kupper von Hausen am Albis, auf eine in der «Schweizerischen Lehrerzeitung» erschienene Arbeit „Die Schule und der demokrati-

¹⁶¹ NZZ 1887, No. 299.

¹⁶² Amtsblatt 1887, S. 477.

¹⁶³ Vergleiche hiezu die ausführliche Darstellung bei Hartmann, S. 50, 55 und 62.

¹⁶⁴ Synodalbericht 1884, S. 190.

¹⁶⁵ ebenda 1885, S. 109.

sche Staat“ stützte.¹⁶⁶ Diese war von Seminardirektor Dr. Heinrich Wettstein verfaßt worden, der, ein enger Freund Siebers, nach dessen Tod in glanzvoller Laufbahn zum anerkannten Führer der zürcherischen Lehrerschaft aufgestiegen war. In der genannten Arbeit, die als Programmschrift der führenden Lehrkreise gelten konnte, kam Wettstein, der politisch bedeutend weniger weit links stand als Itschner, zu den genau gleichen Ergebnissen, die in der Forderung der obligatorischen Sekundarschule gipfelten:

... „und doch muß diese gemeinsame Erziehung zu den ersten Forderungen des demokratischen Staates gegenüber der Schule gerechnet werden. Je früher die Scheidung eintritt, desto tiefer geht auch die Scheidung der Stände und Klassen, desto mehr wird die Demokratie zu einer bloßen Form ohne Inhalt, zu einem Werke der Heuchelei, zu einem getünchten Grabe.“¹⁶⁷

Da Wettstein neben seinem Amte als Seminardirektor und Redaktor der Schweizerischen Lehrerzeitung auch noch die Lehrerschaft im Erziehungsrat vertrat, so war zu erwarten, daß etwas von diesem Gedankengut auch in den Entwurf zu einem neuen Volksschulgesetz hineinkommen werde. Wieder einmal hatte ein Anstoß von außen der Schulgesetzrevision neuen Schwung zu verleihen vermocht, wobei es diesmal um die zu erwartenden, reichlichen Erträgnisse aus dem eidgenössischen Alkoholmonopol ging.¹⁶⁸ Nach der Ablehnung der „Andelfinger Initiative“ förderten Erziehungs- und Regierungsrat die Vorlage in einem rascheren Arbeitstempo als bisher, sodaß diese als Antrag des Regierungsrates am 13. November 1886 gedruckt vorlag.¹⁶⁹ Eingeteilt in 55 Paragraphen, sollte das „Gesetz betreffend die Volksschule“ den Abschnitt Volksschule des Unterrichtsgesetzes von 1859 (Artikel 50 bis 123) ersetzen. Als be-

¹⁶⁶ Synodalbericht 1887, S. 146.

¹⁶⁷ Schweiz. Lehrerzeitung 1885, No. 15 — 17 und 20. Die Arbeit Wettsteins auch ausführlich zitiert bei Hartmann, S. 45.

¹⁶⁸ Bundesgesetz betr. gebrannte Wasser vom 23. Dezember 1886, Bundesblatt 1886, Bd. 3, S. 1309.

¹⁶⁹ Reglement über die Vollziehung des Bundesbeschlusses betr. die gewerbliche und industrielle Berufsbildung vom 27. Januar 1885.

merkwürdiger Punkt ergibt sich, daß man es doch nicht gewagt hatte, die obligatorische Sekundarschule in den Entwurf aufzunehmen. Der Besuch der Sekundarschule sollte aber möglichst gefördert werden durch Verabreichung von Stipendien an bedürftige, aber würdige Sekundarschüler und unentgeltliche Abgabe von Lehrmitteln und Schreibmaterialien an alle Volksschüler. Man hoffte, daß dadurch der Besuch der Sekundarschule derart ansteigen werde, daß sie schließlich auf freiwilligem Wege die einzige Fortsetzung der Alltagsschule werde. Demzufolge glaubte man, sich mit einem bescheidenen Ausbau der Primaroberstufe begnügen zu dürfen. Von den drei Jahren der bisherigen Ergänzungsschule wollte man nur das erste bis auf die volle Unterrichtszeit ausbauen, die übrigen aber mit acht bis zehn Wochenstunden bestehen lassen. Im weitem sah der Entwurf des Regierungsrates noch eine freiwillige Fortbildungsschule vor, die mit Beiträgen des Bundes und des Kantons unterstützt werden sollte.¹⁷⁰ Je nach den örtlichen Gegebenheiten sollte sie entweder allgemein bildenden Charakter haben oder speziell beruflichen Zwecken dienen (gewerbliche, landwirtschaftliche oder kaufmännische Fortbildungsschulen). Obligatorisch dagegen sollte der bürgerliche Vorunterricht (Zivilschule) sein, den die Jünglinge in den letzten zwei Jahren vor der Erlangung der Mündigkeit besuchen sollten und zwar in zwei Winterkursen zu mindestens vierzig Stunden. Für die Alltagsschule dagegen blieb es im wesentlichen bei der bestehenden Organisation, doch sollten, wie schon erwähnt, auch auf dieser Stufe künftig die Lehrmittel und Schreibmaterialien unentgeltlich abgegeben werden.

Der Kantonsrat bestellte für die Vorberatung des Gesetzes eine Kommission, die ihre Arbeit am 9. März 1887 beendete.¹⁷¹ Gegenüber der regierungsrätlichen Vorlage, der sich die Kommissionsmehrheit anschloß, beantragte eine Kommissionsminderheit den Ausbau der Primaroberschule zu einer zweiklassigen Schule unter gänzlichem Verzicht auf die bisherige Ergänzungsschule.¹⁷² Ein weiterer Minderheitsantrag wollte die Fortbil-

¹⁷⁰ Bericht der kantonsrätl. Kommission vom 25. April 1887, Amtsblatt 1888, S. 502.

¹⁷¹ Antrag der kantonsrätl. Kommission, Amtsblatt 1887, S. 148.

¹⁷² ebenda, S. 150.

derungsschule für die männliche Jugend obligatorisch erklären im Sinne der Andelfinger Initiative.¹⁷³ Gestrichen dagegen wurde die Zivilschule, die damit wohl endgültig in der zürcherischen Volksschulgesetzgebung aus Abschied und Traktandum fiel. Es war in der Kommission unbestritten, daß nun überhaupt endlich etwas geschehen mußte in bezug auf die Schülerneuerung:

„Wir dürfen nicht länger stehen bleiben, sonst werden wir im Schulwesen immer weiter zurückgesetzt. Wir müssen der Pflege der geistigen Kräfte der gesamten Jugend vermehrte Aufmerksamkeit schenken und trachten, die ehrenvolle Stelle, welche wir in früheren Zeiten im Volksschulwesen innehatten, wieder zu erringen.“¹⁷⁴

Trotz dieser einstimmig abgegebenen Erklärung beschloß der Kantonsrat am 29. März 1887 nach gewalteter Generaldebatte auf Antrag von J. J. Treichler, die Beratungen zu unterbrechen. Wieder einmal stand der Rat am Schlusse einer Amtsdauer und außerdem schienen ihm die Meinungen noch zu wenig geklärt, weshalb er entschied, über die Hauptpunkte Gutachten bei der Schulsynode und den Schulbehörden einzuholen.¹⁷⁵

Nach der Integralerneuerung des Kantonsrates im Frühjahr 1887 wurde das Geschäft, das wiederum an eine neubestellte Kommission zurückgewiesen worden war, wegen der „Winterthurer Initiative“ zurückgestellt. Nachdem diese in der Volksabstimmung verworfen worden war, nahm die Kommission die Arbeit wieder auf, unter Berücksichtigung der inzwischen eingegangenen Gutachten. Auffallenderweise war von der Aufforderung des Kantonsrates, Wünsche und Anregungen einzureichen, nur im geringen Maße Gebrauch gemacht worden. So hatten von den elf Bezirksschulpflegern nur deren sechs geantwortet, von den 191 Primarschulpflegern aber sogar nur deren 26. Die meisten Eingaben lehnten sich, wie der Regierungsrat dem Kantonsrat berichtete, an einen der beiden Entwürfe an, die Mehrzahl ohne jede Begründung, auch widersprachen sich die Wünsche, sodaß der Regierungsrat meinte, es wäre ein „gewag-

¹⁷³ ebenda S. 152.

¹⁷⁴ Bericht der kantonsrätl. Kommission, Amtsblatt 1887, S. 502.

¹⁷⁵ Protokoll des Kantonsrates 1887, S. 412 und 414.

tes Unterfangen, aus diesen Eingaben auf die Stimmung des ganzen Volkes in bezug auf die geplante Schulverbesserung zu schließen.“¹⁷⁶ Unter diesem Eindruck und demjenigen der Volksabstimmung über die „Winterthurer Initiative“ stehend, ließ sich die Kommission von dem Bestreben leiten, zu einer möglichst für alle politischen Richtungen annehmbaren Lösung zu kommen¹⁷⁷, was dem Vorschlag, wie er aus den Beratungen der Kommission hervorging, den Charakter einer Kompromißlösung verlieh. Durchgesetzt hatte sich der Minderheitsantrag der früheren Kommission in bezug auf den Ausbau der Primarschule, die nunmehr mit acht Jahren dotiert wurde, wobei das Gesetz für die Schüler der siebenten und achten Klasse eine 23wöchige Winterschule mit 30 Wochenstunden vorsah, den Gemeinden aber das Recht einräumte, den täglichen Unterricht auf das ganze Jahr auszudehnen.¹⁷⁸ In der Kommission war man dagegen nicht einig geworden in bezug auf die Stipendien für die Sekundarschüler, da eine Minderheit auf deren Streichung beharrte.¹⁷⁹ Dagegen schlug die Kommission einstimmig vor, die Fortbildungs- und Fachschulen, wie sie jetzt hießen, auf freiwilliger Basis zu führen, wobei diese allgemein bildende, staatsbürgerliche oder berufliche Ausbildungsziele verfolgen konnten. Ein weiterer Minderheitsantrag verlangte schließlich das Staatsmonopol für die obligatorischen Lehrmittel.¹⁸⁰

Der Kantonsrat zog den Entwurf am 25. April 1888 in Beratung. Um der Tradition der Schulgesetzberatungen im zürcherischen Parlament nicht untreu zu werden, durfte natürlich ein Punkt nicht fehlen: Eine Auseinandersetzung über den Religionsunterricht. Es ging dabei in dieser Beziehung einmal darum, ob das Fach als „Religions- und Sittenlehre“ (Kommissionsantrag) oder als „Anregungen aus dem Gebiete des sittlichen und religiösen Lebens“ (Antrag des Regierungsrates) zu bezeichnen sei, wobei die Ratsmehrheit der Fassung der Kommission den Vorzug gab. Dann aber war etwas Neues in der

¹⁷⁶ Bericht des Regierungsrates, Amtsblatt 1887, S. 404.

¹⁷⁷ Beleuchtender Bericht des Regierungsrates, Amtsblatt 1888, S. 503.

¹⁷⁸ Antrag der kantonsrätl. Kommission, Amtsblatt 1888, S. 94.

¹⁷⁹ ebenda, S. 104.

¹⁸⁰ ebenda, S. 98.

zürcherischen Schulgeschichte zu verzeichnen: Von der römisch-katholischen Geistlichkeit des Kantons Zürich lag eine Petition vor, es sollten in der Volksschule die nötige Zeit und die nötigen Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden, um den konfessionellen Minderheiten die Abhaltung eines eigenen Religionsunterrichtes außerhalb des Lehrplanes zu ermöglichen. Der Rat entsprach diesem Wunsche und mit der Bestimmung, daß der Religionsunterricht bis zur sechsten Klasse vom Lehrer, für die Oberstufe der Primar- und die Sekundarschule aber von einem Geistlichen des zürcherischen Ministeriums zu erteilen seien, war die Religionsdebatte, die diesmal mit Ruhe und Würde geführt worden war, zu Ende. Desto zäher hob nun ein Ringen um einen Punkt an, der ebenfalls ein Novum in der zürcherischen Schulgesetzgebung darstellte: Um den Staatsverlag der Lehrmittel. Die Meinungen klafften vor allem auseinander, ob dem Staatsverlag, der einige Jahre zuvor durch eine Verfügung des Regierungsrates ins Leben gerufen worden war, das gesetzliche Monopol zuerkannt werden sollte oder nicht. Das Staatsmonopol erweckte vor allem die erbitterte Gegnerschaft derjenigen Kreise, die die Meinung vertraten, „daß wer die Lehrmittel macht, auch den Einfluß auf die Schule hat und durch die Schule das Volksleben beherrscht“.¹⁸¹ In neuer Form tauchte hier das Problem „Staatsschule oder Volksschule“ auf, doch erkannte man zu spät, daß in dieser scheinbar nebensächlichen Frage der kritische Punkt für die ganze Vorlage lag.¹⁸² Nach einer ganztägigen Debatte gelangte man schließlich dazu, diesen Punkt an die Kommission zurückzuweisen¹⁸³, die indessen schon am andern Tag mit einer Kompromißlösung aufwartete, welche fast einstimmig vom Rate angenommen wurde:

„Die Lehrmittel sollen so weit als möglich im Staatsverlag erscheinen.“

Ganz ähnlicher Natur war im Grunde die Debatte über die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und Schreibmaterialien für die Sekundarschüler. Auch hier wurde der Antrag der Kommission

¹⁸¹ NZZ 1888, No. 122.

¹⁸² Siehe Seite 175, Abschnitt f.

¹⁸³ NZZ 1888, No. 122.

zum Beschluß erhoben, doch sollte der starken ablehnenden Minderheit dadurch Rechnung getragen werden, daß man diesen Passus gesondert der Volksabstimmung unterbreiten wollte. Darauf stimmte der Rat unter Namensaufruf dem neuen Schulgesetz am 21. August 1888 einstimmig zu¹⁸⁴. Die ganze Beratung hatte ein erfreuliches Bild der Einigkeit der Parteien und des Willens zur gegenseitigen Zusammenarbeit geboten, was auch die Schlußabstimmung nun bestätigte. Damit schien das Wirklichkeit geworden zu sein, was sechzehn Jahre früher, nach der Verwerfung des Sieber'schen Unterrichtsgesetzes, von einsichtigen Politikern als einziger Ausweg aus einer unerfreulichen Situation aufgezeigt worden war. Nun aber hatte die Öffentlichkeit das Wort.

Durchgeht man die Berichterstattungen der Presse über die Versammlungen zum Schulgesetz und die Artikel, die in den Zeitungen selber erschienen, so erhält man den Eindruck, daß sich die Einigkeit des Kantonsrates in schönster Weise auf Presse, Parteien und Volk übertragen habe. Dieser Eindruck wird bestätigt durch eine Notiz in der «Neuen Zürcher Zeitung»:

„Ueberall im Kanton werden Versammlungen abgehalten, die sich ohne Ausnahme zu Gunsten des Schulgesetzes aussprechen. Im gleichen Sinne schreibt die gesamte Zürcher Presse und wenn irgendwo in einem Bezirksblatte eine Stimme gegen das Schulgesetz sich hören läßt, so unterläßt die Redaktion nicht, entschieden zu bemerken, daß sie mit dem Einsender nicht einig gehe.“¹⁸⁵

Als besonders wertvoll mußte es angesehen werden, daß diesmal die Opposition aus kirchlichen Kreisen vollständig ausblieb, und diese für das Gesetz freudig einstehen konnten. So ließ es sich das Haupt der Kirche, Antistes Finsler, nicht nehmen, an einer vom liberalen und vom demokratischen Verein Zürich einberufenen Versammlung das Gesetz vom kirchlichen Standpunkt aus zu beleuchten, wobei er ausführte, „da es im Gegensatz zu dem 1872 verworfenen Entwurf das religiöse Moment in der Volksschule festhalte, trage es einer tief gegründeten Volks-

¹⁸⁴ Auszug aus dem Protokoll des Kantonsrates 1888, No. 122.

¹⁸⁵ NZZ 1888, No. 122.

anschauung und der historischen Tradition Zürichs Rechnung“.¹⁸⁶ So schien für einmal alles in bester Ordnung zu sein und die ehrwürdige «Freitagszeitung» schrieb unmittelbar vor der auf den 9. Dezember 1888 angesetzten Volksabstimmung ebenso kurz als treffend:

„Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so dürfte das Schulgesetz am nächsten Sonntag vom Zürchervolk angenommen werden. Das wünschen und hoffen wir!“¹⁸⁷

Am Tage vor der Abstimmung erschienen, fast mochte es als des Guten zuviel erscheinen, in fast allen Presseorganen des Kantons Aufrufe zugunsten des Gesetzes, die von den Kantonsräten der betreffenden Region persönlich unterzeichnet waren. Da anderseits die berüchtigten, bunten Flugblätter¹⁸⁸ diesmal ausblieben, schien ein wolkenloser Himmel sich über die Abstimmung zu spannen, weshalb die Hoffnungen umso schöner blühten und, wie die «Neue Zürcher Zeitung» berichtete, die ganze Schweiz mit angehaltenem Atem nach Zürich blickte.¹⁸⁹

Waren diesmal die Erwartungen derart hochgespannt, so mußte die Enttäuschung umso größer sein: Mit 30 461 Ja gegen 31 029 Nein wurde das Gesetz verworfen, also mit einer verwerfenden Mehrheit von nur 568 Stimmen.¹⁹⁰ Noch etwas ungünstiger war naturgemäß die Abstimmung über die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel in der Sekundarschule ausgefallen, denn hier standen 27 229 annehmenden 32 891 verwerfende Stimmen gegenüber. Erbittert über dieses Ergebnis, schrieb «Die Freitagszeitung»:

„Wie die Küchenschaben und anderes nächtliches Ungeziefer, welches das Licht der Sonne scheut, erst im Dunkel schaarenweise aus seinen Verstecken hervorschlüpft, so ging es auch zu bei der Abstimmung: Die „Stillen im Lande“ und alle diejenigen, denen das Aufblühen des Geistes ein Greuel ist, sie alle hatten bis zum entscheidenden Moment

¹⁸⁶ NZZ 1888, No. 339.

¹⁸⁷ Freitagszeitung 1888, No. 49.

¹⁸⁸ Vergl. hiezu Seiten 132 und 148.

¹⁸⁹ NZZ 1888, No. 339.

¹⁹⁰ Amtsblatt 1888, S. 619.

kein Lebenszeichen von sich gegeben, sodaß man allgemein glaubte, das Gesetz finde keinen starken Widerstand im Volke und werde jedenfalls mit einer starken Mehrheit angenommen.“¹⁹¹

Etwas ruhiger beurteilte der «Landbote» den Ausgang der Volksabstimmung:

„Aber einen Grund, über das Volk und dessen Selbstbestimmungsrecht den Stab zu brechen, finden wir darum nicht . . . Es wird die Aufgabe der Behörden und der einzelnen Bürger sein, den verwerfenden Volksentscheid richtig zu verstehen und danach zu handeln. Dabei werden die 31 002 Bürger, welche verwarfen, wohl auch etwas von dem verstehen und würdigen, was die 30 457 Annehmenden wollten und erstrebten.“¹⁹²

Für den Kantonsrat, der sich mit soviel Hingabe für das Gesetz eingesetzt hatte, bedeutete die Erhaltung des Ergebnisses der Volksabstimmung, die in der Sitzung vom 17. Dezember 1888 vorgenommen wurde, eine schmerzliche Pflicht. Der außergewöhnlichen Situation Rechnung tragend, daß der einstimmige Kantonsrat von der Volksmehrheit desavouiert worden war, lag auch bereits eine Motion von Dekan Frey vor, die den Kantonsrat einlud, „es sei eine Kommission mit der Untersuchung zu beauftragen, auf welche Ursachen die Verwerfung des neuen Schulgesetzes zurückzuführen sei, insbesondere zu prüfen, ob sich im zürcherischen Volksschulwesen Uebelstände vorfinden, welche zu der in vielen Volkskreisen offenbar vorhandenen Mißstimmung begründete Veranlassung gegeben haben.“¹⁹³ Obschon sich im Rate warnende Stimmen gegen dieses „Scherbengericht“ erhoben¹⁹⁴, wurde die Motion angenommen und eine Kommission von neun Mitgliedern vom Büro des Rates bestimmt. Allerdings fand sich der Kantonsrat etwas über ein Jahr später, am 28. Januar 1890, als im Zusammenhang mit der Eingemeindung der Stadt Zürich mit den Außengemeinden die

¹⁹¹ Freitagszeitung 1888, No. 50.

¹⁹² Landbote 1888, No. 293.

¹⁹³ Amtsblatt 1888, S. 636.

¹⁹⁴ NZZ 1888, No. 323.

Schulfrage wieder aktuell geworden war, veranlaßt, auf seinen Beschluß zurückzukommen und entzog auf Vorschlag von Erziehungsdirektor Stöbel der Kommission das Mandat wieder.¹⁹⁵ Der Bericht der Kommission lag aber bereits vor und soll von uns bei der Beurteilung der Verwerfung im nächsten Abschnitt herangezogen werden.

f) Rückblick auf die Jahre 1872—1890

Ueberblickt man diese fast zwei Jahrzehnte umfassende Spanne zürcherischer Schulgesetzgeschichte, so ergibt sich das düstere Bild einer Zeit der Lähmung und Stagnation. Auf der einen Seite finden wir eine bis zur Virtuosität gehandhabte Verschleppungstaktik der Behörden, besonders des Kantonsrates, auf der andern Seite ein verstimmtes, um nicht zu sagen verärgertes Volk, das seinem Mißmut wiederholt mit dem Stimmzettel handgreiflichen Ausdruck verlieh. Wie wirkten sich nun diese unerfreulichen Verhältnisse in der Schulgesetzgebung auf die Volksschule selber aus? Diese Frage hat auch Humm beschäftigt und er ist zu dem überraschenden Ergebnis gekommen, daß sich „im Innern der Volksschule eine Tätigkeit abwickelte, die nicht nur eine Zeit des Fortschrittes, sondern geradezu eine Blüte der Volksschulinstitution bedeutete“.¹⁹⁶ Als Grund dieser Blüte bezeichnet Humm die Ausnützung der Möglichkeit, auf anderem als gesetzlichem Wege, nämlich durch Gestaltung des Lehrplanes und der Lehrmittel neue Ideen in die Volksschule zu tragen. Seele und Mittelpunkt dieser Lehrmittelproduktion, wie des gesamten zürcherischen Schullebens überhaupt war die Persönlichkeit Heinrich Wettsteins. Von ihm stammten eine Reihe naturkundlicher und geographischer Lehrmittel, die die Bewunderung der pädagogischen Fachwelt jener Zeit erregten und durch seine umfassende Tätigkeit als Seminardirektor, Erziehungsrat, Synodalpräsident, Redaktor der Schweizerischen Lehrerzeitung und Lehrmittelschöpfer erschien Wettstein, wie einst Scherr, „für die zürcherische Volksschule wie ein ruhender Pol,

¹⁹⁵ NZZ 1890, No. 29.

¹⁹⁶ Humm, S. 128.

um den sich ihr ganzes Leben drehte“.¹⁹⁷ Daß Wettsteins scharf profilierte Persönlichkeit vor allem auch als Seminardirektor auf die werdende Generation der Zürcher Lehrerschaft einen bestimmenden Einfluß ausübte, soll durch ein Zitat aus der «Schweizerischen Lehrerzeitung» belegt werden:

„Das liegt am Tage, daß die Zöglinge für den geräuschlos wirkenden, wahrheitsliebenden und wahrheitsforschenden, klardenkenden und begeisterten Direktor durchs Feuer gingen, wie seinerzeit die Zöglinge Scherrs für ihren Meister durchs Feuer gegangen sind.“¹⁹⁸

Daß der Geist des gehobenen Selbstbewußtseins, der, wie einst durch Scherr, nun durch Wettstein in die zürcherische Volksschullehrerschaft gepflanzt wurde, aber auch Blüten trieb, die kaum geeignet waren, ihr im Volke Achtung und Zutrauen zu erwerben, sei mit einer Strophe aus einem Begrüßungsgedicht belegt, das Synodalpräsident Eduard Schönenberger anlässlich der Synode des Jahres 1888 an die neuen Mitglieder derselben richtete:

„Sei willkommen uns aufs beste
Jugendliche Priesterschar
Die begeistert heute schreitet
An der Schule Hochaltar“¹⁹⁹

Humm aber kommt zum Schluß, daß die zürcherische Volksschule damals die Rolle einer treuen Hüterin der demokratischen Ideale gespielt habe und in viel höherem Maße als demokratisch angesprochen werden müsse, als der Staat, von dem sie ihren Ausgang nahm.²⁰⁰

Dieses Bild Humms von der zürcherischen Volksschule in den siebziger und achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts darf heute nicht mehr unbesehen hingenommen werden. Diese fast tödliche Starrheit auf politischem Gebiete einerseits, dieses fruchtbare Blühen derselben Schule auf pädagogischem

¹⁹⁷ Humm, S. 121.

¹⁹⁸ Schweiz. Lehrerzeitung 1888, No. 38 (zit. aus dem «Züricher Volksblatt»).

¹⁹⁹ ebenda.

²⁰⁰ Humm, S. 132.

Gebiete anderseits konnten ja nicht einfach beziehungslos nebeneinander einhergehen. Es erweist sich darum als nötig, die Frage der wechselseitigen Beziehungen zu untersuchen, um das scheinbare Paradoxon zu klären. Durchgeht man nun die Zeitungen dieser Jahre, die kleinen Blätter auf der Landschaft so gut wie die großen der Stadt, so ziehen sich wie ein roter Faden Klagen über die Schule durch die Presse, wobei weitaus am häufigsten über die vielen neuen, dickleibigen und gelehrten Bücher, die das Volk nicht mehr verstehen könne, geklagt wird. So schrieben die «Winterthurer Nachrichten» auf die Abstimmung über die Winterthurer Initiative hin:

„Schon jetzt hört man im Volke vielfach wegwerfend von der „Makulaturfabrikation“ reden, wenn immer und immer wieder neue Schulbücher die andern verdrängen, ohne gar Besseres zu bringen.“²⁰¹

Nicht minder scharf aber äußerte sich die «Volkszeitung für das zürcherische Oberland» auf die Abstimmung von 1888 hin:

„Es ist kein Zweifel, daß eine tiefe Verstimmung gegen die Schule, wie sie sich in den letzten Jahrzehnten gestaltet hat, durch einen guten Teil unseres Volkes geht. Was gegen die Schule verstimmt hat, ist im weitern der Lehrmittelschwindel und die Lehrmittelfabrikation. Im Wesentlichen wurden in den letzten Jahrzehnten die Lehrmittel so hergestellt, daß der Erziehungsrat oder auch etwa der Erziehungsdirektor allein irgend einen Günstling, der für politische Dienste belohnt werden sollte, gegen hohes Honorar mit der Herstellung eines Lehrmittels beauftragt oder daß ein solches von einem Günstling verfaßtes Lehrmittel, das nur für ihn, nicht aber für die Schule ein Bedürfnis und ein Vorteil waren, eingeführt wurde.“²⁰²

Wenn auch die hier ausgesprochene Verdächtigung der Günstlingswirtschaft einer gründlichen Untersuchung kaum standgehalten hätte, so war sie doch symptomatisch für die Gerüchte, die im Volke herum verbreitet wurden und die Geheim-

²⁰¹ zit. in NZZ 1887, No. 300.

²⁰² Volkszeitung für das zürcherische Oberland 1888, No. 98.

sphäre, als welche der Staatsverlag in den Augen des Volkes erschien, begünstigte immerhin die Entstehung dieser Gerüchte. Nun ertönten diese Klagen aber nicht nur im Volke draußen, sondern sie machten auch vor den Türen des Rathauses nicht halt und so oft im Kantonsrat Schulfragen zur Diskussion standen, so kamen auch diese angeblichen Mißstände in der Volksschule, wiederum vor allem in bezug auf die Lehrbücher, zur Sprache. So führte der angesehene stadtzürcherische Schulpräsident Paul Hirzel in der Sitzung des Kantonsrates vom 30. April 1888 aus:

„Was bedeutet der jetzige Zustand, wie er namentlich seit 1870 besteht?²⁰³ Dieselbe Behörde, welche einen Autor mit der Abfassung von Lehrmitteln beauftragt, sein Manuskript prüft, den Druck anordnet und das Lehrmittel obligatorisch erklärt, kann alle Eltern des Kantons Zürich zwingen, diese Lehrmittel zu kaufen. Welch ungeheure Kompetenz in dieser einen Hand!²⁰⁴

Ein Jahr zuvor, in der Sitzung des Kantonsrates vom 28. März 1887, hatte sich Kantonsrat Hartmann in ähnlichem Sinne geäußert:

„Das Volk will keine größeren Lasten für die Schule, denn es ist mit den Leistungen der heutigen Schule nicht sehr zufrieden. Dieser Vorwurf ist nicht ganz unbegründet. Die Schüler bringen aus der Schule doch bedenklich wenig ins Leben hinaus. Woher kommt es, daß die heutige Schule so wenig leistet? Die Lehrer sind im allgemeinen nicht schuld; wo Klagen über sie geführt werden, sind es Ausnahmefälle. Der schlechte Erfolg liegt darin, daß die Schule mit Lehrstoff überschüttet wurde, die sie nicht verdauen konnte. Namentlich in der Ergänzungsschule sind so viele neue und hochgeschraubte Lehrmittel eingeführt worden, daß die Schüler ihren Inhalt nicht in sich aufnehmen konnten. Die Lehrmittel und der Unterricht müssen einfacher gestaltet werden, wenn die Schüler einen Gewinn davon tragen sollten. Dann soll auch einmal die bisherige Lehrmittelfabri-

²⁰³ Gemeint ist der Staatsverlag der Lehrmittel.

²⁰⁴ NZZ 1888, No. 122.

tion aufhören. Statt das Hauptgewicht auf Rechnung und Muttersprache zu legen, hat man die Ergänzungsschule mit noch viel mehr Lehrstoff überschüttet. Darüber große Mißstimmung im Volke; darum wird es kaum ein Gesetz annehmen, das von ihm neue Opfer fordert.“²⁰⁵

Die Mißstimmung im Volke gegen die Schule war somit eine Tatsache, die sich nicht leugnen ließ, und es ist eigentlich verwunderlich, daß man ihr auf der Seite der Erziehungsbehörden und der Lehrerschaft keine Rechnung trug und sie wegwerfend als Geschrei eingefleischter Schul- und Fortschrittsgegner abtat. Im Bericht der kantonsrätlichen Kommission zur Untersuchung der Gründe der Verwerfung des Schulgesetzes von 1888 aber wurde vorsichtig zugegeben, in bezug auf die Herstellung der Lehrmittel seien Fehler passiert und Mißstände vorgekommen.²⁰⁶ Eine viel unverblümtere Sprache aber redete eine Eingabe, die der „Eidgenössische Verein“ an diese richtete, denn außer diesem Hauptpunkt zählte er noch eine Reihe anderer Punkte auf, wie „rücksichtslose Einführung der Antiqua, grenzenloser Hochmut vieler Schullehrer, verbunden mit oberflächlichem, unseligem Wesen, die religionsfeindliche Einstellung vieler Lehrer, den lebensfremden Lehrplan, der die Seminarien zu lächerlichen Universitäten mache“.²⁰⁷

Daß man von gewisser, protestantisch-konservativer Seite aus versuchte, alle Schuld der Lehrerschaft und ihrem Führer Heinrich Wettstein in die Schuhe zu schieben, ergibt aber wiederum ein vollkommen verzerrtes Bild. Einsichtige Politiker erkannten schon damals, daß an der Verwerfung der Vorlage von 1888 noch ganz andere Gründe mitbeteiligt waren. Schon das Abstimmungsergebnis war ein deutlicher Fingerzeig, wiesen doch die Städte und die industrialisierten Gebiete eindeutig annehmende Mehrheiten auf (Stadt Zürich zum Beispiel 3606 Ja gegen 439 Nein) während die hohen verwerfenden Stimmenzahlen von den bauerlichen Gegenden kamen. So waren es un-

²⁰⁵ NZZ 1887, No. 87.

²⁰⁶ NZZ 1890, No. 29.

²⁰⁷ «Ein Wort über die Zürcher Volksschule». Eingabe des «Eidgenössischen Vereins». Vergleiche hiezu Rinderknecht, S. 197.

zweideutig wirtschaftliche Gründe, die diesen Zufallsentscheid herbeigeführt hatten: Das Jahr 1888 war ein landwirtschaftliches Fehljahr gewesen, dazu kam der starke Steuerdruck durch ein neues Steuergesetz, den wiederum die ländlichen Gegenden am meisten zu spüren bekamen.²⁰⁸

Im weitem ist zu beachten, daß nicht nur das Volksschulgesetz diesen Verhältnissen zum Opfer fiel, sondern die wirtschaftliche Not drückte dem ganzen Jahrzehnt den Stempel auf. Auch in den andern Sektoren des öffentlichen Lebens waren die Verhältnisse nicht viel besser, auch hier wirkte sich der zermürbende Kampf zwischen den Demokraten und den Liberalen lähmend aus und die letzteren hatten in den Abstimmungen eine Niederlage nach der andern einzustecken. Darum bietet die gesamte Politik dieser Zeit das Bild einer „gähnenden Längeweile, einer über dem Kanton lastenden Müdigkeit, eines Grau in Grau“, wie es Gottfried Keller in seinem «Martin Salander» gemalt hat.²⁰⁹

Reduziert sich so die Mißstimmung gegen die Schule um der Schule willen auf ein gebührendes Maß, so bleibt doch noch die Aufgabe, diese zu klären. Hartmann schreibt, „man habe in diesen Jahren die Schule in einzelnen Kreisen zur Bürokratie, in andern zum volkswirtschaftlichen Luxus gezählt und da die Bildungsanstalten während langer Zeit mit Zustimmung des Volkes nicht ausgebaut werden konnten, hätten die Behörden allgemach gelernt, Volksabstimmungen zu umgehen“.²¹⁰ Wir müssen hier hinzufügen, daß eben dieses Umgehen des Volkswillens eine der Hauptursachen für die Mißstimmung des Volkes war. Das Leben à part, das die Volksschule in diesen zwei Jahrzehnten führte, riß eine Kluft auf zwischen Schule und Volk; je mehr man sich auf der einen Seite abschloß, um einem hochgeschraubten Bildungsideal zu huldigen und die Volksschule zu einem Tempel des Wissens und der Bildung zu machen, desto mehr wuchsen auf der andern Seite das Mißtrauen und der Unwillen. Es war dabei kein Zufall, daß sich dieses Mißtrauen auf den Punkt hin kristal-

²⁰⁸ Landbote 1890, No. 293.

²⁰⁹ Guggenbühl «Landbote», S. 161.

²¹⁰ Hartmann, S. 18.

lisierte, den wir als Hauptpunkt der Klagen bezeichnet haben. Unter Umgehung des gesetzlichen Weges waren der Staatsverlag für die Lehrmittel geschaffen worden und die von ihm herausgegebenen Lehrmittel waren vor allem deswegen dem Volk ein Dorn im Auge, weil es fühlte, daß hier etwas entstand, das geeignet war, aus der Volksschule das zu machen, was man nicht wollte: eine Staatsschule. Wenn ein Mitglied des Kantonsrates sagte, es scheine die Meinung zu herrschen, „daß wer die Lehrmittel macht, auch den Einfluß auf die Schule hat und durch die Schule das Volksleben beherrscht“²¹¹, so hatte er damit den Nagel auf den Kopf getroffen. So muß man sagen, daß es schließlich zum Teil ein gesunder Abwehrwillen war gegen dieses Machtstreben über die Schule, die das Volk zu dieser negativen Haltung allen neuen Schulgesetzen gegenüber veranlaßte. Eine Schuldfrage für diese unerfreulichen Zustände läßt sich allerdings kaum eindeutig beantworten. Neben diesen einleuchtenden Motiven war auf der Seite des Volkes auch großenteils einfach ein mangelndes Verständnis für Schule und Bildung vorhanden. In diesem Falle benützte es die an und für sich wertvolle Einrichtung des Staatsverlages der Lehrmittel als Mittel, um daran seinem Unwillen Luft zu verschaffen. Wenn die teilweise Berechtigung der Haltung des Volkes etwas ausführlicher dargestellt wurde, so geschah es aus dem Bestreben heraus, die als unrichtig empfundene Auffassung Humms zu widerlegen. Im übrigen hatte sich die zürcherische Volksschule in der zweiten Hälfte der Dreißigerjahre schon einmal in der Situation befunden, daß eine tiefe Kluft zwischen dem Volk und seiner Schule entstanden war. Hatte es sich damals mit den Waffen in der Hand zur Wehr gesetzt, so genügte ihm im Zeichen der Referendumsdemokratie der Stimmzettel, um seinen Willen unzweideutig zum Ausdruck zu bringen. Es scheint uns wiederum kein Zufall zu sein, daß in den beiden Epochen Männer an der Spitze des Volksschulwesens gestanden hatten, die eine auffallend ähnliche geistige Struktur aufwiesen: Scherr und Wettstein.

²¹¹ NZZ 1888, No. 122.

VIERTER TEIL

Das Volksschulgesetz vom 11. Juni 1899

Es macht sich im politischen Leben unseres Kantons ein lebendigerer Pulsschlag bemerkbar.

Landbote, 1. Januar 1890

Erstes Kapitel

Die politischen Verhältnisse in den 1890er Jahren und ihre Auswirkung auf die Schulpolitik

a) Parteien und Bünde um 1890

Mit dem am 28. Januar 1890 gefaßten Beschluß des Kantonsrates, der den Regierungsrat einlud, so bald als möglich die Vorlage von 1888 wieder vor den Kantonsrat zu bringen, war ein Abbruch oder eine Verschiebung der schulgesetzgeberischen Arbeiten auf unbestimmte Zeit verhindert worden. Nachdem diese nun schon achtzehn Jahre gedauert hatten, ohne zu einem Erfolg zu führen, war diese Gefahr nicht gering. Daß die weitere Behandlung aber noch einmal fast ein volles Jahrzehnt sich hinziehen werde, ahnte wohl niemand, denn erst mit der Volksabstimmung vom 11. Juni 1899 war man endlich am Ziele angelangt. Stellen wir so, vom Standpunkt der Gesetzgebung aus gesehen, eine 27 Jahre andauernde, ununterbrochene Konstanz fest, während der sich das Bemühen der Behörden immer um die gleichen Angelpunkte bewegte (Erweiterung der Schulpflicht, Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, Fortbildungsschule), so ist anderseits nicht zu verkennen, daß daneben eine langsame, aber stetige Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Struktur einherging, die allein es ermöglichte, daß dieses Bemühen

schließlich zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht werden konnte. Da diese Wandlung am ehesten sichtbar wird, wenn man die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der achtziger Jahre mit denjenigen der neunziger Jahre vergleicht, so soll an der Stelle, an der die Schulgesetzgebung ins letzte Jahrzehnt des neunzehnten Jahrhunderts eintrat, eine kurze Skizzierung dieser veränderten Verhältnisse eingeschaltet werden.

In wirtschaftlicher Beziehung hatte sich das zweitletzte Jahrzehnt als eine Zeit der Not und des Niederganges erwiesen, in dem ein schwerer Druck vor allem auf der Landwirtschaft, aber auch auf der Industrie und dem Gewerbe lagen. Mit dem Uebergang ins neue Jahrzehnt hatten sich wenigstens für die beiden letzteren Sektoren die Verhältnisse gründlich geändert und es folgte eine Periode des wirtschaftlichen Aufstieges, ja der Blüte. Immerhin blieb die Landwirtschaft weiterhin ein Sorgenkind der zürcherischen Volkswirtschaft. Hand in Hand mit dieser Entwicklung erfolgte auch eine starke Umschichtung der Bevölkerung. Der im Zeitraum zwischen 1888 und 1900 festgestellte Bevölkerungszuwachs von 27 Prozent (gesamtschweizerischer Durchschnitt 13 Prozent) kam wiederum fast ausschließlich den industrialisierten Gebieten, vor allem den beiden Städten Zürich und Winterthur zu gut, und es waren dabei die armen Bevölkerungsschichten, die rapid anwuchsen.¹

Auch in der Politik war die „Zeit der gähnenden Langleike, der Müdigkeit und Verdrossenheit“² zu Ende gegangen. Neue Aufgaben, wie diejenige der Vereinigung der Stadt Zürich mit ihren Außengemeinden, harrten der Erledigung und von der Wirtschaft her blies ein frischer Wind in die schlaffen Segel der Politik. Neue Ideen drängten zur Verwirklichung, neue Parteien und Bünde entstanden, und die historischen Parteien mußten sich beeilen, jungen Wein in ihre alten Schläuche zu gießen.

Für die Liberalen begann das Jahrzehnt zwar mit einer Ueberrumpelung. Um Weihnachten 1889 schlossen nämlich die Demokraten, die schon seit den sechziger Jahren mit den Grü-

¹ Hartmann, S. 120.

² Guggenbühl, Landbote S. 293.

lianern und den Sozialisten zusammen gegangen waren, einen Wahlpakt mit der Arbeiterpartei und errangen damit im Frühling 1890 im Kantonsrat wiederum die Mehrheit, die sie anlässlich der vorhergehenden Erneuerungswahlen an die Liberalen verloren hatten.³ Damit schien das Gleichgewichtssystem, das sich langsam zwischen Liberalen und Demokraten herausgebildet hatte, für einmal weiterbestehen zu wollen. Allein an den Verhältnissen hatte sich doch ganz allmählich etwas geändert, indem die Parteigegensätze, die früher vielfach zu gehässigster persönlicher Befehdung geführt hatten, sich mit der Zeit abgeschliffen hatten. Von Zeit zu Zeit wurden nun auch Stimmen laut, die einem Zusammenschluß der beiden Parteien zu einer großen Mittelpartei das Wort redeten.⁴ Eine Neuorientierung, die nur in der Richtung einer gegenseitigen Verständigung und Zusammenarbeit erfolgen konnte, drängte sich aber vor allem auch wegen der neuentstandenen politischen Gruppen auf, wollte man nicht riskieren, durch deren zum Teil heftige Agitation ausmanövriert zu werden.

Den ersten Schritt machten die Liberalen. Durch die bevorstehende Eingemeindung sah sich die Stadtpartei im Jahre 1892 vor die Frage einer Neuorganisation gestellt. Dies nahmen nun eine Anzahl gemäßigt eingestellter Liberaler unter Führung von Chefredaktor Dr. Bissegger zum Anlaß, um mit ähnlich gesinnten Männern aus dem demokratischen Lager Fühlung zu nehmen und zu prüfen, ob nicht der Zusammenschluß zu einer gemeinsamen, freisinnigen Partei möglich wäre.⁵ Als Voraussetzung ergab sich, daß die Liberalen sich von ihrer bisherigen Koalition mit den Konservativen, die Demokraten aber von denjenigen mit den Sozialisten lossagen mußten. Wiederum waren es die Liberalen, die den Anfang machten. Auf einer gemeinsamen Versammlung der Liberalen mit den Konservativen, zu der auch die Mitglieder des «Eidgenössischen Vereins» und des «Gemeindevereins Zürich»⁶ erschienen waren, wurde die von

³ Hans Schmid, «Ulrich Meister» S. 151.

⁴ Guggenbühl, Landbote S. 296 und 307.

⁵ NZZ 1892, No. 69.

⁶ Zwei konservative Organisationen, die sich in personeller Hinsicht fast deckten.

Oberst Ulrich Meister vorgeschlagene Trennung zwar abgelehnt⁷, doch verwirklichte sich dieselbe nachher von selbst⁸. Darauf entstanden in einzelnen der zukünftigen Kreise solche freisinnige Kreisparteien, doch im größern Rahmen ließ sich die Verschmelzung nicht verwirklichen. Schuld daran war, daß den Demokraten die von ihnen verlangte Trennung von den Grütlianern und den Sozialdemokraten nicht recht gelang. Es zeichnete sich zwar bereits deutlich ab, daß die Arbeiterschichten je länger je mehr ihre eigenen Wege gingen und der Bruch eines Tages eintreten mußte. Die Trennung aber von sich aus vorzunehmen, das brachten die mehr links stehenden demokratischen Führer nicht übers Herz, vor allem eine unter Führung von Theodor Curti stehende Gruppe hoffte immer noch, es lasse sich eine Fortschrittspartei aus bürgerlichen und sozialdemokratischen Elementen bilden.⁹ Gegen die Fusion, die vor allem von Zürich aus propagiert wurde, wandte sich auch der Winterthurer «Landbote», der 1892 erklärte, „er gedenke zu bleiben, was er bisher gewesen sei, ein guter, ehrlicher Demokrat“¹⁰. Ließ sich auch die Verschmelzung zu einer Partei nicht verwirklichen, so arbeiteten die beiden Parteien, wie früher schon auf eidgenössischem Gebiete, nun auch auf kantonalem Boden zusammen und ihre Bemühungen waren oft von schönem Erfolg gekrönt. Der Anfang wurde mit der glänzenden Wiederwahl von Ulrich Meister in den Nationalrat am 20. März 1890 gemacht und treffend umschrieb der Uster Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung die neue Koalition:

„Die so viel bezweifelte Mittelpartei ist doch da und lebt bereits ganz vergnüglich, sie gehört jedoch vielleicht zu den politischen Problemen, die man am besten fördert, wenn man immer an sie denkt und selten von ihnen spricht.“¹¹

Eine neue Partei, die in diesen Jahren langsam am politischen Himmel emporstieg¹², war diejenige der Sozialdemokra-

⁷ NZZ 1892, No. 86.

⁸ Hans Schmid, «Ulrich Meister» S. 152, Rinderknecht S. 220.

⁹ «Hundertfünfzig Jahre NZZ», S. 206.

¹⁰ Landbote 1892, S. 1161.

¹¹ «NZZ», 1892, No. 82.

¹² «Hundertfünfzig Jahre NZZ», S. 205.

ten. Auf dem Papier schon 1870 gegründet, kam es im Jahre 1888 zur Reorganisation der bis dahin noch nicht lebens- und aktionsfähigen Partei.¹³ Immer aber litt sie noch darunter, daß sie nicht die einzige politische Organisation der Arbeiter darstellte¹⁴, bestanden doch neben ihr der bis in die dreißiger Jahre zurückreichende Grütli-Verein und der 1880 aus dem „Arbeiterbund“ hervorgegangene Gewerkschaftsbund. Dem Charakter nach war die unter der Führung von Herman Greulich und Otto Lang stehende sozialdemokratische Partei weder „marxistisch-sozialistisch“ noch „syndikalistisch-anarchistisch“¹⁵, sondern „kleinbürgerlich-sozialreformerisch“¹⁶, was durchaus einer gewissen „bäuerlichen Schwerblütigkeit, das sich im Denken der Arbeiterschaft geltend machte“ entsprach. Der Zug ging darum nach dem Praktischen, Unproblematischen¹⁷ und es ist bezeichnend, daß die ersten Maifeiern der Arbeiter, die im Jahre 1890 abgehalten wurden, unter der Devise des Kampfes für den Achtstundentag standen.¹⁸ Von Greulich selber stammt das Wort, das ebenfalls das Streben der Partei in dieser Zeit trefflich umschreibt:

„Nicht den nebelhaften Zukunftsstaat stellen wir uns als Aufgabe, sondern Ziele, die uns näher liegen, über die wir uns auf dem Boden der heutigen Verhältnisse verständigen können und die doch hinüberführen in eine bessere Zukunft.“¹⁹

Da sich nun der Grütliverein in diesen Jahren auch mehr und mehr den sozialistischen Ideen zugewandt hatte, so war es nur natürlich, daß sich die beiden Organisationen näherten.²⁰ Bis zur Jahrhundertwende gestaltete sich jedoch das Verhältnis so, daß die Grütlianer zufolge ihrer viel längeren Tradition dominier-

¹³ «Aus der Geschichte der Zürcher Arbeiterbewegung», S. 151/52.

¹⁴ Ernst Schenker, Die Sozialdemokratische Bewegung in der Schweiz, S. 17.

¹⁵ «Aus der Geschichte der Zürcher Arbeiterbewegung», S. 147.

¹⁶ Mario Gridazzi, Die Entwicklung der sozialistischen Ideen in der Schweiz, S. 165.

¹⁷ ebenda.

¹⁸ Politisches Jahrbuch der Schweiz (Carl Hilty) 1890, S. 1034.

¹⁹ Herman Greulich, Die Revolution des Bürgertums und der Befreiungskampf der arbeitenden Klassen, S. 27.

²⁰ Ernst Nobs «25 Jahre Volksrecht», S. 1.

ten.²¹ Es ist darum nicht ganz zufällig, daß mit dem ehemaligen Winterthurer Sekundarlehrer Dr. Heinrich Ernst im Jahre 1897 ein Grütlianer als erster Arbeitervvertreter in die Regierung gelangte.²² Was nun die Wirksamkeit der neuen Partei anbelangte, so war diese in dem in Frage stehenden Jahrzehnt allerdings noch nicht sehr groß.²³ In den Behörden war die Partei zahlenmäßig noch schwach vertreten, auch fehlte es ihr an einem verbreiteten, eigenen Presseorgan. Andererseits kam den Sozialdemokraten das ständig anhaltende, starke Anwachsen des Arbeiterstandes zu gut, sodaß sie bei Wahlen und Abstimmungen bereits ein ernst zu nehmendes Gewicht in die Waagschale werfen konnten.

Ein Gebilde ganz anderer Art war der 1891 gegründete Bauernbund. Dessen Initiant, Konrad Keller von Oberglatt, der bis anhin als einfacher Bauer sein Heimwesen bewirtschaftet hatte, veröffentlichte kurz vor der Gründung eine Flugschrift „Die Bauernsklaverei der Neuzeit oder die Bauern im Kampfe gegen die Federhelden“, in der er zur Bildung eines schweizerischen Bauernbundes „unter gesetzlichem Ausschluß der Bürokratie“ aufforderte. „Mit einem Schlag“, schreibt Jakob Ammann in seiner Darstellung dieser Bewegung²⁴, „bekannten sich 10 000 Bauern zu der Keller'schen Idee und wollten fortan ihre eigenen Wege wandeln, unbekümmert um die bisherige Parteizugehörigkeit und unbekümmert um die bestehenden Parteien.“²⁵ Ammann weist aber mit Recht darauf hin, daß dieser ungewöhnliche Anfangserfolg der Bewegung nur dadurch entstehen konnte, daß in weiten landwirtschaftlichen Kreisen Unzufriedenheit und Erbitterung herrschte „und es nur eines Weckrufes bedurfte, die Unzufriedenen vom nutzlosen Grollen zur Tat zu führen“.²⁶ Der «Bauernbund» aber sollte dem Bauern das Recht zurückgeben, daß er an Stelle der „Federhelden“ wiederum das erste Wort im Staat führen konnte. Das Programm, das Keller in seiner Flug-

²¹ «Aus der Geschichte der Zürcher Arbeiterbewegung», S. 151.

²² ebenda, S. 197.

²³ Ernst Schenk, Die sozialdemokratische Bewegung in der Schweiz, S. 22.

²⁴ Jakob Ammann: Der zürcherische Bauernbund.

²⁵ ebenda, S. 1.

²⁶ ebenda.

schrift aufstellte, war erzkonservativ, mit einem stark unzeitgemäßen reaktionären Einschlag²⁷, und ausschließlich auf die engen Standesinteressen der Bauern zugeschnitten. Dadurch, daß die Bewegung versuchte, das Rad der Zeit zurückzudrehen, war sie von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Dazu kam, daß die maßlose Sprache, die Keller führte, zu manchem Mißerfolg das ihre beitrug, sodaß Keller nach kurzer Zeit in den eigenen Reihen auf Widerstand stieß und dem «Bauernbund» den Rücken kehrte. Da es aber auch nachher an einer überlegenen geistigen Führung des Bundes fehlte, war ihm in der Wahlpolitik der Erfolg versagt. In den Kantonsrat brachte er nur wenige Vertreter und im Regierungsrat und im Bundesparlament vermochte er überhaupt keinen Sitz zu erringen. In den Anfängen seines Bestehens aber war der Bauernbund politisch durchaus ernst zu nehmen, denn durch seine unerhörte Agitation gelang es ihm, bei den Abstimmungen die Massen der bäuerlichen Bevölkerung hinter sich zu bringen, was für Schule und Lehrerschaft nicht ungefährlich war.

Der Vollständigkeit halber soll noch auf zwei Gruppen hingewiesen werden, die im damaligen politischen Konzert keine Stimme mehr oder noch keine Stimme spielten. Das erstere gilt für die Konservativen, die durch die Trennung von den Liberalen in eine fast hoffnungslose Lage versetzt worden waren, was zum Beispiel daraus ersichtlich ist, daß im Jahre 1895 der «Eidgenössische Verein» erlosch.²⁸ Das andere betrifft die politische Sammlung der Katholiken, deren gesamtschweizerische Organisation, die „Katholische Volkspartei der Schweiz“ eben in diesen Jahren im Entstehen begriffen war.²⁹

Wie war nun die Einstellung der Parteien gegenüber der Volksschule? Für die beiden historischen Parteien, die Liberalen und die Demokraten, die sich mit so viel Energie für die Schulvorlage von 1888 eingesetzt hatten, bestand kein Grund, von ihrer damaligen Einstellung abzugehen. Bei den Demokraten wirkte es sich aus, daß Seminardirektor Heinrich Wettstein in ihren Reihen stand, der, wenn auch an und für sich nicht stark an die

²⁷ Guggenbühl, Landbote, S. 312.

²⁸ Rinderknecht, Der Eidgenössische Verein, S. 251.

²⁹ Die Christlich-soziale Partei des Kantons Zürich wurde 1906 gegründet.

politische Öffentlichkeit tretend, doch durch das Ansehen und das Gewicht seiner Persönlichkeit einen wesentlichen Einfluß ausübte. Für die Liberalen aber war die Sache dadurch eher einfacher geworden, als sie nun keine Rücksicht mehr zu nehmen hatten auf die der staatlichen Volksschule gegenüber kritisch eingestellten Konservativen. Daß auch bei dieser Partei das Interesse an der Volksschule groß war, geht aus einer Motion hervor, die Oberst Ulrich Meister 1892 im Kantonsrat stellte³⁰. Außerdem ließ sich Meister, der vielbeschäftigte und einflußreiche Chef der Liberalen, im Jahre 1899, als die Besetzung einer Vakanz im Erziehungsrat auf Schwierigkeiten stieß, zum großen Erstaunen vieler seiner Freunde und Gegner selber in diesen wählen und wurde zu einer seiner besten Stützen.³¹

Ein eminentes Interesse brachten auch die Sozialdemokraten der Volksschule entgegen. Karl Huber schreibt darüber:

„Es ist ein Charakterzug der Arbeiterbewegung gewerkschaftlicher, genossenschaftlicher oder politischer Art, daß sie neben der materiellen Besserstellung der Lohnarbeiter dessen allgemeine, kulturelle Hebung als eine ihrer Hauptaufgaben betrachte. Das geschieht durch Errichtung eigener Bildungsgelegenheiten (Vorträge, Ausbildungskurse) aber mit gleichem Ernst nimmt gerade die Sozialdemokratische Partei Anteil an dem Bildungs- und Erziehungswesen des Staates und der Gemeinden.“³²

Sieht man näher zu, so heben sich bei diesem Interesse deutlich zwei Dinge ab: Das Streben, Kirche und Schule zu trennen und noch viel stärker das Streben nach gleichmäßiger Volksbildung, welches in der Forderung der obligatorischen Sekundarschule gipfelte, ein Bestreben, das so alt ist wie die organisierte Arbeiterschaft an den „Ufern der Limmat“.³³ Daraus ergibt sich, daß mit der wachsenden Einflußnahme dieser Partei auf die Schulpolitik ein immer stärkeres Ringen um die Verwirklichung sozialer Postulate im Schulwesen einsetzt.³⁴

³⁰ Vergleiche hiezu Seite 196.

³¹ Schmid «Ulrich Meister», S. 200 und 201.

³² Karl Huber, Schulgesetzgebung im Kanton Zürich, S. 373.

³³ Hartmann, S. 122.

³⁴ Vergleiche hiezu S. 112.

Ergaben sich so durch die Einstellung dieser Parteien günstige Aussichten auf die endliche Verwirklichung eines neuen Schulgesetzes, so ist das Gegenteil von der Haltung des «Bauernbundes» zu sagen. In seinem Programm forderte Konrad Kelier, die Schule müsse fortan ihr Hauptgewicht auf die praktisch wichtigen Fächer verlegen, das heißt der Unterricht solle sich auf „Rechnung, Lesen, Schreiben, Rechtsgeschäfte und Gesundheitslehre“ beschränken.³⁵ Nur so könne sie den jungen Menschen auf den schweren Lebenskampf richtig vorbereiten. Das Ziel der Volksschule aber umschrieb Keller folgendermaßen:

„Schwere Arbeit, Ausdauer, Willenskraft, Entsagen, Einfachheit, praktischen Scharfblick, das sollen die Ziele sein, für die der Schüler durch die Schule begeistert werden soll.“³⁶

Wohinaus dieses sehr einseitig zugeschnittene Zielstreben wollte, zeigt auch die Forderung von Kellers Programm, daß eine Verminderung der hohen Schulen mit Macht anzustreben sei.³⁷ Gefährlich wurde diese Bewegung für die Schule vor allem auch dadurch, daß zu den „Federhelden“, gegen die der Volkszorn entfesselt werden sollte, außer den Pfarrern und Beamten in erster Linie ausdrücklich auch die Lehrer gezählt wurden. Vom «Bauernbund» gingen denn auch, wie noch zu zeigen sein wird, mehrere ernsthafte Angriffe auf die Schule aus.

b) Der Schulartikel der Eingemeindevorlage vom Jahre 1891

In der Volksabstimmung über das Schulgesetz vom Jahre 1888 war insofern ein neuer Zug in Erscheinung getreten, als die Stadt Zürich und die industrialisierten Gebiete zum Teil stark annehmende Mehrheiten aufgewiesen hatten.³⁸ Vor allem auf dem Gebiete der Stadt Zürich empfand man den weiteren Ausbau der Schulpflicht als starkes Bedürfnis, hatte doch das eidgenössische Fabrikgesetz vom Jahre 1877 eine Art Vakuum geschaffen. Von den Ergänzungsschülern, die nur noch an zwei

³⁵ Bauernsklaverei, S. 37.

³⁶ ebenda, S. 37.

³⁷ ebenda, S. 38.

³⁸ Siehe Seite 179.

Vormittagen die Schule zu besuchen hatten, aber nicht mehr wie früher in den Fabriken arbeiten durften, gab es nicht wenige, die nun gezwungen waren, auf der Gasse herumzulungern und darum der Verwilderung und Verwahrlosung ausgesetzt waren. So bewirkte das eidgenössische Fabrikgesetz, das das humane Ziel angestrebt hatte, die Kinder besser entwickelt der Fabrikarbeit zuzuführen, an vielen Orten fatalerweise das Gegenteil³⁹.

Da diese unerfreulichen Zustände dringend nach Abhilfe riefen, hatte die Stadtschulpflege Zürich schon vor der Abstimmung von 1888 eine Eingabe an die Regierung gerichtet, worin sie auf diese Zustände hingewiesen hatte. Wiederum wurde das Problem im Geschäftsbericht der Stadtschulpflege Zürich vom Jahre 1890/91 aufgerollt:

„Durch das Zusammendrängen großer Massen auf wenige Quadratkilometer ergibt sich daraus eine solche Verschiedenheit der Lebensbedingungen, daß speziell in betreff der Schulorganisation das gleiche Recht für Stadt und Land zum Unrecht gegen die Stadt wird.“⁴⁰

Der einfachste Weg, der zum Ziele führte, war der, eine gemeinsame Lösung für den ganzen Kanton zu treffen, indem man zum Beispiel die Vorlage von 1888 wieder vor die Volksabstimmung brachte. Dieser Weg wurde von der XXIer Kommission des Kantonsrates, die mit der Ausarbeitung des Vereinigungsgesetzes⁴¹ betraut worden war, auch eingeschlagen und die diesbezügliche Einladung des Kantonsrates an den Regierungsrat am 28. Januar 1890⁴² war denn auch auf Initiative dieser Kommission erfolgt. Mit dem zwei Monate später erfolgten Widerruf aber war dieser Weg verbaut und so blieb nichts anderes übrig, als für die Stadt Zürich eine Sonderlösung vorzuschlagen. Eine Minderheit der XXIer Kommission beantragte, in das Vereinigungsgesetz folgenden Artikel aufzunehmen:

³⁹ Hartmann, S. 75.

⁴⁰ Geschäftsbericht der Stadtschulpflege Zürich 1890/91, S. 10, vergl. hiezu Hartmann, S. 73.

⁴¹ Gesetz betreffend die Vereinigung der Stadt Zürich mit den Außengemeinden.

⁴² Siehe S. 202.

„Bis durch allgemeines Gesetz die Ergänzungs- und die Sing-schulen aufgehoben sein werden, ist der Stadt Zürich gestattet, an Stelle dieser Schulen die obligatorische Volksschule für diejenigen Kinder, welche nicht die Sekundarschule oder eine andere höhere Bildungsanstalt besuchen, um zwei Jahreskurse mit je 24 bis 30 wöchentlichen Unterrichtsstunden und dem Bildungsziele der Volksschule zu erweitern.“⁴³

Die Mehrheit der Kommission konnte sich, „bei aller Anerkennung der edlen Motive der Minderheit“, nicht entschließen, diesem Antrage zuzustimmen, denn für sie stand im Vordergrund, daß der Grundsatz von Einheit und gleicher Schulpflicht der Kinder zu Stadt und Land nicht aus dem Fundament der Volksschule entfernt werden dürfe.⁴⁴

Im Kantonsrat platzten die Meinungen am 23. und 24. Februar wieder einmal hart aufeinander. Nicht weniger als sechzehn Redner trugen die Vor- und Nachteile der von der Kommission minderheit vorgeschlagenen Lösung vor und wenn vor allem die Vertreter der Landschaft das Motiv der gleichen Schulpflicht für alle in allen möglichen Varianten abwandelten, so wurde es klar, daß sie befürchteten, die Ausdehnung der Schulpflicht in der Stadt werde bewirken, sie auf dem Lande auch einzuführen.⁴⁵ Da sich aber die Vertreter der Stadt mit aller Energie für den Vorschlag einsetzten, wurde er bei namentlicher Abstimmung mit 134 gegen 60 Stimmen gutgeheißen, doch wurde zugleich beschlossen, daß darüber eine besondere Volksabstimmung stattfinden solle, womit im Grunde sein Schicksal schon entschieden war.⁴⁶

Die Verabschiedung der Vorlage im Kantonsrat gab das Signal zum Kampfe in der Öffentlichkeit. Für die Schulfreunde zu Stadt und Land war es nur ein geringer Trost, daß diesmal der «Eidgenössische Verein», der die Eingemeindung mit aller Kraft bekämpfte, für den Schulartikel die Parole der Zustim-

⁴³ Vereinigungsgesetz, Vorschlag der Kommission, Art. 90a (Minderheitsantrag).

⁴⁴ Bericht der XXler Kommission vom 28. Oktober 1890. S. 63.

⁴⁵ «Geschichte der Zürcher Stadtvereinigung von 1893», S. 132.

⁴⁶ Hartmann, S. 77.

mung ausgab.⁴⁷ Mit umso größerem Geschütz rückte dafür der «Bauernbund» auf, dessen Präsident, Konrad Keller von Oberglatt, ein Sendschreiben im Kanton herum verschickte, das in plump-witziger, aber derart maßlos übertriebener Art gegen das „Neue Babylon“ hetzte, daß es sogar in ländlichen Bezirken, so in Andelfingen und Hinwil, Unwillen erregte und in der Presse einen Sturm der Entrüstung entfachte.⁴⁸ Daß dabei die Schule nicht gut wegkam, liegt auf der Hand. Keller schrieb denn auch von Lehrern mit 1000 Franken Gehalt, die sich dazu mit 1000 Franken Ruhegehalt pensionieren ließen, um eine Staatsstelle mit 4—5000 Franken Besoldung anzutreten, ferner von Klassen mit nur noch 25 Schülern, wobei alle weniger Begabten nach Regensberg in die Anstalt versenkt würden und schließlich sogar noch von Schulreisen nach Paris.

Es wäre nun denkbar gewesen, daß diese übertriebene und darum ungeschickte Propaganda das Gegenteil bewirkt hätte. Das wagte man allerdings nicht zu hoffen und tatsächlich wurde in der Volksabstimmung vom 9. August 1891 der Schulartikel mit 27 408 Ja gegen 32 081 Nein verworfen, während das Gesetz, das nun „Zuteilungsgesetz“ hieß, mit einer überraschend starken Mehrheit angenommen wurde. In bezug auf den Ausbau der Schulpflicht stand diesmal der Bezirk Zürich mit einer annehmenden Mehrheit allein auf weiter Flur und sogar Winterthur hatte ihn im Stiche gelassen.

c) Die Motionen betreffend Förderung der gewerblichen und industriellen Berufsbildung vom November 1892

Es war ein Zeichen der veränderten politischen Verhältnisse, daß im November 1892 gleichzeitig von zwei verschiedenen Parteien, den Liberalen und den Sozialdemokraten, Vorstöße im Kantonsrat unternommen wurden, die das gleiche Ziel erstrebten. Die erste, eingereicht von Oberst Meister, betraf die Förderung der gewerblichen und industriellen Berufsbildung und regte insbesondere die vermehrte Schaffung von Fachschulen an.⁴⁹ Die-

⁴⁷ Schweizerblätter, 1891. No. 2, Zürcher Beilage, S. 7.

⁴⁸ Jakob Ammann, Der zürcherische Bauernbund, S. 85 und 86.

⁴⁹ Amtsblatt, 1892, S. 543.

jenige von Heinrich Ernst (dem nachmaligen Regierungsrat) beschlug das gleiche Thema, doch wollte sie weitergehen und die Fortbildungsschulen unter anderem speziell auch den Bedürfnissen der Mädchen anpassen durch Errichtung von hauswirtschaftlichen Fortbildungsschulen.⁵⁰ In Ergänzung dieser beiden Motionen wurde nun von Sekundarlehrer Dr. Stöbel ein Zusatzantrag eingebracht, deren wichtigster Passus folgendermaßen lautete:

„Der Regierungsrat möchte Bericht und Antrag unterbreiten, ob nicht im Interesse einer organischen Gestaltung unseres Schulwesens zugleich mit dem Ausbau der allgemeinen und beruflichen Fortbildungsschule eine Erweiterung der Ergänzungsschule je nach den Bedürfnissen der verschiedenen Landesgegenden anzubahnen sei.“⁵¹

Im Einverständnis mit den beiden Motionen wurde dieses Amendement vom Kantonsrat angenommen und damit für die Revision der Schulgesetzgebung wieder für einmal das Eis gebrochen.

d) Das Initiativbegehren betreffend die Wahlart der Lehrer und Geistlichen vom Jahre 1893⁵²

Es war dem Bauernbund bitter ernst mit dem Kampf gegen die „Federhelden“. Eine Gelegenheit, den verhaßten Lehrerstand fester in die Hand zu bekommen, schien die Abänderung von Artikel 64, Absatz 3, der die Wahlart der Lehrer und der Geistlichen regelte, zu bieten. Durch diese Vorschrift wurden die beiden Gruppen gegenüber den Beamten des Staates insofern privilegiert, als es für eine Nichtbestätigung nicht nur die Mehrheit der stimmenden, sondern die der stimmberechtigten Gemeindegossen brauchte. Damit wollte der Gesetzgeber der besondern Stellung der Lehrer und Pfarrer Rechnung tragen und sie vor der Willkür Einzelner schützen.⁵³ Die Initianten führten nun ins Feld, daß es auf diese Art und Weise niemals gelinge, in einer größern Gemeinde einen mißliebigen Lehrer in seinem

⁵⁰ ebenda, S. 543.

⁵¹ ebenda, S. 544, «NZZ», 1892, No. 307.

⁵² Vergleiche hiezu die ausführliche Darstellung bei Ammann, S. 95.

⁵³ Amtsblatt 1892, S. 400.

Amte nicht mehr zu bestätigen.⁵⁴ Darum wollten sie die Bestätigungswahl auf eine ganz andere Basis stellen, indem nach Ablauf der Amtsdauer das Anstellungsverhältnis zwischen Lehrer und Gemeinde als aufgelöst zu gelten hätte und die Neubestellung dann so vorzunehmen wäre, daß jeder Stimmberechtigte irgend einem Kandidaten, darunter auch dem bisherigen Amtsinhaber, seine Stimme geben könnte. Für diese Wahl aber sollte das absolute Mehr der Stimmenden maßgebend sein.⁵⁵

Das Initiativbegehren wurde am 15. Februar 1892 dem Kantonsrat eingereicht und von diesem an den Regierungsrat zur Begutachtung überwiesen. Der Regierungsrat gelangte nun dazu, das Begehren zur Ablehnung zu empfehlen, auch wies er auf das fragwürdige Zustandekommen der Initiative hin, da mehrere Unterschriften von der gleichen Hand zu stammen schienen und die Bogen nicht mit dem vorgeschriebenen Datum versehen waren.⁵⁶ Trotzdem entschlossen sich Regierungs- und Kantonsrat, das Begehren entgegen zu nehmen und in der kantonsrätlichen Kommission, die materiell dazu Stellung zu nehmen hatte, setzte sich ein Antrag durch, der Initiative folgenden Gegenantrag gegenüber zu stellen:

„Die Lehrer an der Volksschule und die Geistlichen der vom Staate unterstützten kirchlichen Genossenschaften unterliegen alle sechs Jahre einer Bestätigungswahl. Wenn bei der diesfälligen Abstimmung die absolute Mehrheit der stimmenden Gemeindegossen die Bestätigung ablehnt, so ist die Stelle neu zu besetzen. Die Abstimmung geschieht durch die Wahlurne und ist für die Stimmberechtigten obligatorisch.“⁵⁷

Die Kommissionsmehrheit bezeichnete es als einen vielverbreiteten Volkswunsch, eine Bestimmung zu ändern, welche im ganzen zürcherischen Staatswesen als einzige Ausnahme da stehe⁵⁸, welcher Auffassung sich der Kantonsrat anschloß.

⁵⁴ Wenn im folgenden nur noch von den Lehrern die Rede ist, so gelten die Ausführungen sinngemäß auch für die Pfarrer.

⁵⁵ Ammann, S. 97.

⁵⁶ Amtsblatt, 1892, S. 395.

⁵⁷ Amtsblatt, 1893, S. 282, Antrag der kantonsrätlichen Kommission.

⁵⁸ Amtsblatt, 1892, S. 500.

Der Volksabstimmung, die auf den 23. April 1893 angesetzt war, ging eine Lehrerhetze übler Sorte seitens der Presse des Bauernbundes voraus, an welcher sich hauptsächlich der «Bauernbund», die «Bülach-Dielsdorfer Wochenzeitung» und die «Andelfinger Zeitung» beteiligten.⁵⁹ Mit 25 725 Ja gegen 23 109 Nein wurde die Verfassungsänderung knapp angenommen und zwar im Sinne des kantonsrätlichen Gegenvorschlages. Verworfen hatte diesmal der Bezirk Zürich und mit ihm die Bezirke Affoltern, Meilen und Winterthur. Die stärksten annehmenden Mehrheiten aber wiesen, wie zu erwarten war, die Bezirke Dielsdorf und Bülach auf.

e) Das Initiativbegehren betreffend Aufhebung der staatlichen Ruhegehälter vom Jahre 1894⁶⁰

Ermutigt durch den bescheidenen Teilerfolg, den er gegen die „Federhelden“ errungen hatte, setzte der Bauernbund den Kampf munter fort. Am 24. Mai 1893 reichte er gleich zwei Initiativbegehren ein, die beide mit ungefähr 10 000 Unterschriften bedeckt waren. In dem ersten wurde die Abschaffung der staatlichen Ruhegehälter und Pensionen an die Lehrer und Geistlichen gefordert, die zweite wandte sich gegen die vom Kantonsrat geschaffene Witwen- und Waisenkasse für die Beamten und Angestellten. Ueber diese letztere sei hier soviel vermerkt, daß der Kantonsrat sie als verfassungswidrig gar nicht entgegennahm. Zum ersten Mal seit der Einführung des Initiativrechtes wurde damit ein Volksbegehren nicht zur Volksabstimmung gebracht. Die erste Initiative aber mußte vom Kantonsrat entgegengenommen werden, und wurde von deren Urhebern folgendermaßen begründet:

„Mit zeitgemäßer, den Leistungen entsprechender Besoldung unserer Staatsbeamten sind wir einverstanden, dagegen können wir uns als demokratische Republikaner nicht dazu verstehen, einzelnen Ständen Vorrechte zu gewähren

⁵⁹ Ammann, S. 99.

⁶⁰ Vergleiche hiezu die ausführliche Darstellung bei Ammann, S. 100.

und zwar umso weniger, als jetzt schon die grellsten Mißbräuche vorgekommen sind.“⁶¹

Was der Bauernbund unter „grellen Mißbräuchen“ verstand, darüber gab sein Presseorgan bereitwilligst Auskunft:

„Trotz Gesetz und Verordnung beziehen heute noch zurückgetretene Lehrer, Leute, welche mehrere einträgliche Aemter bekleiden, welche Vermögen von mehreren Hunderttausenden ihr Eigen nennen, Sorge und Mangel nicht kennen, zu all dem noch Staatspensionen. Ein Heer von Staatsangestellten, namentlich Professoren der überflüssigen Hochschule, pflegt der Ruhe und schöpft aus dem Staatsschatz die Alterspensionen.“⁶²

Dieses „Heer von Staatsangestellten“ betrug nach der Aufstellung des Regierungsrates ganze 107 Mann, darunter 80 Primar- und Sekundarlehrer.⁶³ Gegenüber den behaupteten Mißbräuchen aber wehrte sich der Erziehungsrat mit überlegener Würde und wies nach, daß er in den ganz vereinzeltten Fällen, wo die Pensionsberechtigten über Vermögen oder ein erhebliches Einkommen verfügten, diesen Umständen im Sinne einer Reduktion der Ansätze Rechnung getragen hatte.⁶⁴ Was aber die von den Initianten ins Feld geführten Standesvorrechte anbelangte, so konnte sich die Weisung des Regierungsrates auf eine Eingabe des Kantonalen Lehrervereins stützen, die nachwies, daß das Ruhegehalt nichts anderes als ein Aequivalent für eine niedrig bemessene Besoldung darstellte, indem man dem Lehrer für die kärgliche Gegenwart einen Ersatz zu bieten beabsichtigt hatte durch die Aussicht auf ein einigermaßen sorgenfreies Alter.⁶⁵

Einstimmig gelangte der Kantonsrat dazu, den Stimmbürgern die Ablehnung der Initiative vorzuschlagen und in seinem Beleuchtenden Bericht redete er eindringlich dem Volke ins Gewissen, „daß es lediglich ein Gebot der Dankbarkeit erfülle, wenn

⁶¹ Amtsblatt, 1894, S. 74.

⁶² «Bauernbund», 1893, No. 29.

⁶³ Amtsblatt, 1894, S. 793.

⁶⁴ Amtsblatt, 1894, S. 80.

⁶⁵ ebenda, S. 95, Schweiz. Lehrerzeitung, 1893, No. 24.

es sich mit dem blanken Zürcher Schild vor die Vertreter seiner idealen Interessen in Schule und Kirche hinstelle“ und „daß der Staat seine heiligste Pflicht, diejenige der Sorge für gute Jugend-erziehung, wahrnehme, wenn er die Volksangehörigen, denen diese Sorge und denen das junge Volk anvertraut wird, gut und hoch halte.“⁶⁶

Am 12. August 1894 verwarf das Volk die Initiative mit 35 756 gegen 23 207 Stimmen. Damit war das „Werk der Leidenschaft“ in sich selbst zusammengebrochen. Freudig begrüßte die Schweizerische Lehrerzeitung das Resultat:

„Das schulfreundliche Ergebnis verdanken wir der festen Haltung des Kantonsrates, dem vereinten Vorgehen der politischen Parteien von der Rechten bis zur äußersten Linken und der tatkräftigen Unterstützung durch die Presse, die mit Entschiedenheit und Wärme für Schule und Kirche eingestanden sind.“⁶⁷

Für den Bauernbund aber bedeutete das Ergebnis der Volksabstimmung eine empfindliche Niederlage. Dabei konnte er nicht einmal behaupten, das Land sei wieder einmal von der Stadt majorisiert worden, denn auch die Landbezirke wiesen eine verwerfende Mehrheit auf (16 550 Ja gegen 17 391 Nein).⁶⁸ Das eindeutige Ergebnis aber hatte auch die heilsame Folge, daß dem Bauernbund die Lust verging, sein Mütchen an der Lehrerschaft zu kühlen, worauf er sich andern Aufgaben zuwandte. Damit aber findet die Schilderung der Einwirkung der neuen politischen Konstellation auf die Schulpolitik ihren Abschluß. Die Darstellung der Entwicklung der Schulvorlage soll an jener Stelle wieder aufgenommen werden, wo sie unterbrochen wurde. Das ist im Jahre 1890.

⁶⁶ Amtsblatt, 1894, S. 795, Bel. Bericht des Kantonsrates, verfaßt vom Regierungsrat.

⁶⁷ Schweiz. Lehrerzeitung, 1894, No. 33.

⁶⁸ Ammann, S. 115.

Das Volksschulgesetz vom Jahre 1899

a) Die Vorlage des Regierungsrates vom Jahre 1890

Am 28. Januar 1890, in der gleichen Sitzung, in der der Kantonsrat der Kommission für die Untersuchung der Gründe der Verwerfung des Volksschulgesetzes von 1888 das Mandat entzog⁶⁹, erteilte er dem Regierungsrat den Auftrag, „die geeigneten Schritte zu tun, damit der Gesetzesentwurf womöglich im Laufe der Amtsperiode vor den Kantonsrat gebracht werden könne“.⁷⁰ Dabei gab der Kantonsrat seiner Meinung Ausdruck, daß an der Referendumsvorlage von 1888, „abgesehen etwa von einer weitergehenden Entlastung der Gemeinden“, wenig oder gar nicht geändert werden sollte.

Der Regierungsrat wies nun die Vorlage zur Beratung zunächst wieder an den Erziehungsrat. In diesem machten sich zwei Strömungen geltend. Die eine war der Auffassung, man sollte mehrere Möglichkeiten schaffen für den Ausbau des Erziehungswesens nach oben, indem zum Beispiel neben der vorgeschlagenen siebenten und achten Klasse den Gemeinden anheim gestellt wurde, die alte, dreiklassige Ergänzungsschule beizubehalten unter Ausdehnung derselben auf drei Halbtage. Eine Minderheit des Erziehungsrates wollte jedoch noch weiter gehen und den Gemeinden ebenfalls das Recht zuerkennen, an Stelle der siebenten und achten Klasse einen zweijährigen Besuch der Sekundarschule obligatorisch zu erklären. Der Regierungsrat konnte sich diesen Auffassungen nicht anschließen aus Bedenken wegen den entstehenden Schwierigkeiten beim Wechsel von einer Gemeinde zur andern. Auch befürchtete er, daß der Bestand verschiedener Schulsysteme nebeneinander Anlaß zu allerlei Mißbräuchen und Umgehung der gesetzlichen Vorschriften betreffend des obligatorischen Schulbesuches geben könnte.⁷¹ Er hielt

⁶⁹ Siehe S. 174.

⁷⁰ Amtsblatt 1890, S. 64.

⁷¹ Weisung des Regierungsrates, Amtsblatt 1890, S. 167.

darum an der Regelung fest, wie sie die Referendumsvorlage von 1888 vorgeschlagen hatte. An der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel für die Sekundarschule wurde festgehalten. Erziehungswie Regierungsrat richteten den einstimmigen Wunsch an den Kantonsrat, daß diese Vorschrift nicht mehr gesondert vor die Volksabstimmung gebracht, sondern über das Gesetz als einheitliches Ganzes abgestimmt werde.⁷²

Der Kantonsrat schien sich in der kurzen Spanne von zwei Monaten anders besonnen zu haben, beschloß er doch am 24. März 1892, „aus Opportunitätsgründen“⁷³ Nichteintreten auf die Vorlage, wobei ein Mitglied des Rates äußerte, „die Stadt Zürich möge, um die bei ihr im besondern herrschenden Uebelstände abzustellen, die lunternden Ergänzungsschüler in der unentgeltlichen Sekundarschule versorgen“.⁷⁴ Somit wurde ohne Abstimmung die Sache ad acta gelegt und die Vorlage für einmal wieder in die Schublade der Erziehungsdirektion versorgt.

b) Die Ausarbeitung der Vorlage durch den Erziehungsrat 1892—1896

Durch die Motionen Meister und Ernst und vor allem durch den Zusatzantrag Stöbel war die Schulgesetzrevision wieder in Fluß gekommen.⁷⁵ Immerhin mußte der Auftrag, den Ausbau der Fortbildungsschulen mit einzubeziehen, die Aufgabe nicht unwesentlich erschweren. Unter dem 30. November 1892 lud der Erziehungsrat die Bezirks-, Gemeinde- und Sekundarschulpflegen ein, ihre Meinungen und Ansichten hinsichtlich der Revisionsfrage bekanntzugeben. Zur Erleichterung der Verarbeitung fügte er ein Fragenschema von zehn Fragen bei, deren wichtigste über den Ausbau der Schulpflicht an den Anfang gestellt wurde.⁷⁶ Die Antworten liefen im Laufe des Frühjahrs 1893 ein, doch gibt das Protokoll des Erziehungsrates darüber Aufschluß, daß der Erziehungsrat erst im Herbst 1894 an das Geschäft herantrat.⁷⁷

⁷² Weisung des Regierungsrates. Amtsblatt, 1890, S. 169.

⁷³ «NZZ», 1890, No. 84 (Votum von Erziehungsrat Schönenberger).

⁷⁴ ebenda (Votum von Redaktor Locher).

⁷⁵ Siehe S. 196.

⁷⁶ Amtliches Schulblatt, 1892, S. 132.

⁷⁷ Prot. des Erziehungsrates, 1894, S. 142.

In einem allgemeinen Ratschlag wurde beschlossen, der Revision den Entwurf des Regierungsrates vom 6. März 1890⁷⁸ zugrunde zu legen und die Arbeit in einer möglichst raschen Folge von Sitzungen zu beschleunigen. Tatsächlich wurde nun eine raschere Gangart eingeschlagen und bis zum Jahresende war die Hälfte des Entwurfes in erster Lesung durchberaten. Dann aber ruhte die Arbeit wieder für ein volles Jahr, doch der Geschäftsbericht der Erziehungsdirektion für das Jahr 1894/95 meldete verheißungsvoll, derjenige des folgenden Jahres werde dann über das Schicksal weitere Auskunft erteilen.⁷⁹ Im Januar 1896 widmete der Erziehungsrat der Vorlage zwei ganztägige Sitzungen und konnte damit die erste Lesung zu Ende führen⁸⁰, im Februar wurde in mehreren ebenfalls ganztägigen Sitzungen die zweite Lesung abgehalten und schließlich wurde im Mai die dritte Lesung unter Dach gebracht und der Entwurf mit dem Datum des 16. Mai 1896 fertiggestellt.⁸¹ Wenn das Protokoll darüber Aufschluß erteilt, daß in der Arbeit längere Unterbrüche eintraten, so ist darüber noch nicht ausgesagt, welche Gründe den Erziehungsrat zu diesen bewegte. Zum Teil erklären sie sich damit, daß die Stellungnahme zu den Initiativen betreffend Wahlart der Lehrer und betreffend Ruhegehälter auch den Erziehungsrat zeitlich stark beanspruchte, doch ist zu vermuten, daß der Rat auch das Ende der für schulgesetzgeberische Arbeiten ungünstigen Periode abwarten wollte, in der der Bauernbund die Volksmeinung gegen die Schule aufhetzte. Der Referent der Synode des Jahres 1896, die zu der Vorlage des Regierungsrates Stellung zu nehmen hatte, beklagte sich jedenfalls darüber, daß „die Schöpfer der Gesetzesnovelle ihre weittragenden, in jahrelanger Beratung erdauerten Absichten bis zur letzten Stunde in Schweigen hüllten“.⁸² Nach der Fertigstellung des Gesetzes wurde aber endlich der Schleier des Geheimnisses gelüftet und auf Anordnung des Regierungsrates wurde das Gesetz veröffentlicht unter Ansetzung einer Frist zur Einreichung allfälliger Vernehmlassungen.⁸³

⁷⁸ Siehe S. 202.

⁷⁹ Geschäftsbericht der Erziehungsdirektion, 1895, S. 222.

⁸⁰ Prot. des Erziehungsrates, 1896, S. 11.

⁸¹ ebenda, S. 76.

⁸² Synodalbericht, 1896, S. 110.

⁸³ Amtsblatt, 1896, S. 683.

Wie der «Beleuchtende Bericht» ausführte, war der Erziehungsrat bei seiner Ausarbeitung von der Voraussetzung ausgegangen, es sei ein Werk zu schaffen, das gegenüber dem bisherigen Zustand einen wesentlichen Fortschritt bringe, doch sollte auf die prekäre Finanzlage des Kantons Rücksicht genommen werden, weshalb die Behörde glaubte, sich auf dasjenige beschränken zu müssen, was bei den gegebenen finanziellen Verhältnissen des Kantons überhaupt erreichbar schien.⁸⁴

Im Zentrum der Vorlage stand unzweifelhaft der Ausbau der Schulpflicht. Auf diesem Gebiete hatte der Erziehungsrat den wichtigen Schritt getan, von der allgemeinen und gleichmäßigen Schulpflicht für den ganzen Kanton abzugehen. Er sah drei Möglichkeiten vor, die Schulpflicht über die sechsklassige Alltagsschule hinaus zu gestalten und wollte es den Gemeinden überlassen, die ihnen konforme Lösung selber zu treffen. Diese drei Möglichkeiten waren folgende:

- a) Erweiterung der Ergänzungsschule um einen dritten halben Tag (elf Unterrichtsstunden, drei Jahre).
- b) Erweiterung der Alltagsschule um zwei Jahre mit der Einschränkung, daß im Sommerhalbjahr bloß die Stundenzahl der Ergänzungsschule innegehalten werden mußte.
- c) Erweiterung der Alltagsschule um zwei Jahre mit ganz-tägigem Unterricht im Sommer und im Winter.

Die Bedenken, die schon bei der Vorlage von 1890 aufgetaucht waren⁸⁵, teilte der Erziehungsrat immer noch, doch glaubte er, daß sich die Wahrscheinlichkeit der Annahme in der Volksabstimmung erhöhe, wenn den Bedürfnissen der verschiedenen Landesteile Rechnung getragen werde. Interessanterweise aber berücksichtigte er eine Forderung nicht, die immer wieder erhoben worden war: die zweijährige obligatorische Sekundarschule. Fallen ließ er dagegen die Singschule, für die offenbar kein Bedürfnis mehr vorhanden war.⁸⁶

⁸⁴ Bel. Bericht des Erziehungsrates, S. 26.

⁸⁵ Siehe S. 202.

⁸⁶ Schweiz. Lehrerzeitung, 1896, No. 29.

Wesentlich ins Gewicht fielen auch die neuen Bestimmungen über die Fortbildungsschule. Sich ihrer anzunehmen, war der Erziehungsrat durch den Beschluß des Kantonsrates vom November 1892 verpflichtet worden. Die Vorlage sah nun freiwillige berufliche Fortbildungsschulen in gewerblicher, landwirtschaftlicher und kaufmännischer Richtung vor. Die daneben bestehenden allgemeinen Fortbildungsschulen (Weiterbildung in den allgemein bildenden Fächern) sollten von den Gemeinden obligatorisch erklärt werden können. Als dritter Typus und für den ganzen Kanton obligatorisch war die Bürgerschule (Zivilschule) vorgesehen, die von den Jünglingen, welche das siebzehnte Altersjahr zurückgelegt hatten, während zwei aufeinanderfolgenden Winterkursen zu mindestens vierzig Stunden zu besuchen waren. Als Programm der Bürgerschule war ein Unterricht in der schweizerischen Landeskunde unter besonderer Berücksichtigung der geographischen, geschichtlichen und staatlichen Verhältnisse vorgesehen.

Neben diesen beiden Hauptpunkten enthielt das Gesetz noch eine Reihe von Vorschriften, die mithelfen sollten, den beabsichtigten Fortschritt zu erreichen und von denen hier noch einige der wesentlichen erwähnt seien.

Die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel war wieder in das Gesetz aufgenommen worden, doch sollte sie auf eine neue Basis gestellt werden, indem der Staat bereit war, bis zu 75% der Kosten zu übernehmen (Sekundarschule 50%). Der Erziehungsrat glaubte darum, die Unentgeltlichkeit auch auf die Sekundarschule ausdehnen zu dürfen, die 1887 abgelehnt worden war⁸⁷, da sie inzwischen von einem großen Teil der Gemeinden verwirklicht worden war und bereits über 70% aller Sekundarschüler davon profitierten.⁸⁸

Das Maximum der Schülerzahl wurde auf 70 herabgesetzt (bisher 80, beziehungsweise 100), was allerdings nötig war, stand doch der Kanton Zürich in dieser Beziehung zusammen mit dem Kanton Appenzell am Schluß in der Rangliste der Kantone.⁸⁹

⁸⁷ Siehe S. 173.

⁸⁸ Bel. Bericht, S. 33.

⁸⁹ Bel. Bericht, S. 1.

Der Erziehungsrat wäre in seinen Vorschlägen gerne auf 60 Schüler hinunter gegangen, wie es von verschiedener Seite gewünscht worden war, doch sah er davon ab wegen der entstehenden Kosten durch die dadurch notwendig werdende Vermehrung von Schulhäusern und Lehrstellen.⁹⁰

Einen bedeutenden Ausbau sollte auch die Arbeitsschule für Mädchen erfahren. Der Entwurf sah darum das Obligatorium von der vierten Klasse bis zum Schlusse der Schulzeit (Primar- und Sekundarschule) vor, außerdem sollte das Unterrichtsmaterial unentgeltlich abgegeben werden und nicht zuletzt sollte die Leistungsfähigkeit dieses Schulzweiges durch eine bessere Ausbildung und Hebung der ökonomischen Verhältnisse der Arbeitslehrerinnen erreicht werden.

Was schließlich die ökonomische Stellung der Volksschullehrer anbelangte, so anerkannte der Erziehungsrat, daß eine durchgreifende Erhöhung der Besoldung auf Grund der verteuerten Lebenshaltung und der Vermehrung der Pflichten durchaus angemessen gewesen wäre. Da aber der Kanton eine Reihe von Jahren mit erheblichen Staatsrechnungsdefiziten hinter sich hatte, wagte es der Erziehungsrat nicht, das Gesetz mit einer Besoldungsrevision für die Lehrerschaft zu belasten. Er stellte dafür in Aussicht, eine Revision der Besoldungen in absehbarer Zeit an die Hand zu nehmen, doch sollten vorher durch eine Revision der Steuergesetzgebung die nötigen Mittel beschafft werden.⁹¹ Um die größten Härten etwas auszugleichen, hatte der Erziehungsrat da und dort Bestimmungen aufgenommen, die im ganzen gesehen doch einen bescheidenen Fortschritt bedeuteten. So sollten von nun an bei Krankheit oder Militärdienst die Stellvertretungskosten vom Staate übernommen werden, die Entlohnung der Vikare wurde verbessert, und schließlich sah die Vorlage staatliche Besoldungszulagen für die Lehrer in steuerschwachen Gemeinden vor, womit man den häufigen Lehrerwechsel etwas vermindern wollte. Damit entfielen von den errechneten 250 000 Franken jährlichen Mehrkosten für den Staat immerhin zwei Drittel auf die Besoldungsverbesserungen. In der

⁹⁰ ebenda, S. 34.

⁹¹ Eingabe der Zentralschulpflege Zürich vom 1. Oktober 1896.

Oeffentlichkeit hatte man Verständnis auch für diese Seite der Revision; so schrieb z. B. die «Neue Zürcher Zeitung»:

„Wir verstehen die Aufbesserung in den Lehrerbesoldungen in erster Linie als eine Aufbesserung für unsere geplagten Lehrer auf dem Lande, deren Arbeitsleistung zu ihrer gesetzlichen Honorierung (das Minimum beträgt bekanntlich 1200 Franken nebst Wohnung, zwei Klafter Holz und eine halbe Jucharte Pflanzland) in auffallendem Mißverhältnis steht. Es wird, wenn das neue Gesetz in Kraft ist, eine Reihe von Gemeinden geben, in denen ein einziger Lehrer täglich acht Klassen zu unterrichten hat. Sicher ist das, daß die Anforderungen in solchen Fällen auf das höchstzulässige gesteigert werden.“⁹²

c) Die Vorlage vor dem Regierungsrat

Der Regierungsrat trat am 5. Februar 1898 auf die Beratung der erziehungsrätlichen Vorlage ein, widmete ihr insgesamt zwölf Sitzungen und konnte das Gesetz bereits am 13. August 1898 verabschieden.⁹³ Die dreißig Eingaben, die seit der Veröffentlichung der Vorlage eingegangen waren, wurden vom Regierungsrat sorgfältig geprüft, was einige sehr wesentliche Aenderungen zur Folge hatte. Dies betraf besonders den Kern der Revision, die Erweiterung der Schulpflicht, denn sozusagen sämtliche Eingaben — stammten sie nun von der Synode, dem Kirchenrat, Schulpflegen oder privaten Vereinigungen — wünschten, daß die bisherige Ergänzungsschule aufgehoben werde (Variante a des Erziehungsrates). Der Regierungsrat strich darum diese Ausbaumöglichkeit und ersetzte sie, einem Begehren der vereinigten Arbeiter- und Grütlivereine des Kantons Zürich entsprechend, durch die Möglichkeit, den zweijährigen Besuch der Sekundarschule obligatorisch zu erklären.⁹⁴

Stark gingen hingegen die Wünsche der Eingaben in bezug auf die Fortbildungsschule auseinander. Während gewerb-

⁹² «NZZ», 1899, Nr. 58.

⁹³ Prot. des Regierungsrates, 1898, S. 194.

⁹⁴ Eingabe vom Dezember 1897.

liche und berufliche Verbände das Obligatorium der beruflichen Fortbildungsschule wünschten⁹⁵, schlugen andere Petenten vor, alle drei Zweige zu vereinigen, aber auch die Aufhebung der allgemeinen Fortbildungsschule wurde angeregt, da diese doch nur eine Neuauflage der alten Ergänzungsschule darstelle. Der Regierungsrat gelangte nun zu dem sehr einschneidenden Beschluß, die gesamte Fortbildungsschule aus der Vorlage heraus zu nehmen. Die allgemeine Fortbildungsschule sollte dabei überhaupt wegfallen, die berufliche Fortbildungsschule dagegen in die bereits bei den Behörden in Beratung stehenden Gesetze betreffend Förderung der Landwirtschaft und das Gewerbegesetz hinübergenommen werden.⁹⁶ Aus dem Entwurfe des Erziehungsrates wurde dagegen die Bürgerschule unverändert übernommen.

Eine grundsätzliche Neuerung wies die Vorlage des Regierungsrates auf, daß er die Einführung des Knabenhandarbeitsunterrichtes vorsah, die den Schulpflegen anheim gestellt wurde. Damit hatte ein Unterrichtszweig die erste gesetzliche Verankerung gefunden, der schon über ein Jahrzehnt existierte und der für das Volksschulwesen von ständig wachsender Bedeutung werden sollte.⁹⁷ In aller Stille war am Entwurf schließlich noch eine Aenderung vorgenommen worden, durch die der Regierungsrat glaubte, die Annahmemöglichkeit des Gesetzes in der Volksabstimmung wesentlich verbessern zu können, ohne daß praktisch etwas geändert wurde: Er strich den Zweckparagrafen, der vom Erziehungsrat in der alten Scherr'schen Formulierung mit den drei Komponenten „geistig tätig“, „bürgerlich brauchbar“, „sittlich religiös“ übernommen worden war. War so das Gesetz ziemlich stark verändert aus der Beratung des Regierungsrates hervorgegangen, so wollte dieser doch dem Erziehungsrat Gerechtigkeit widerfahren lassen, indem er dessen Vorlage als Minderheitsantrag an den Kantonsrat wies.

⁹⁵ Eingabe des Handels- und Gewerbevereins des Kantons Zürich vom 24. November 1896.

⁹⁶ Bel. Bericht des Regierungsrates, S. 31.

⁹⁷ Vergleiche hiezu Humm, S. 155.

d) Die Beratung des Gesetzes in der kantonsrätlichen Kommission

Diese elfgliederige Kommission wurde zur gründlichen Vorbereitung des Geschäftes am 15. August 1898 vom Kantonsrat gewählt und in ihr wirkten unter andern Stadtrat Grob, Nationalrat Abegg, Erziehungssekretär Dr. Huber und Herman Greulich mit, alles Namen, die in der zürcherischen Politik einen guten Klang besaßen. Die Kommission trat am 1. September 1898 zum ersten Mal zusammen und wieder einmal tönte im Eintretensreferat des Kommissionspräsidenten Grob ein leises Mißbehagen durch, daß der Kantonsrat am Ende einer Legislaturperiode noch ein so großes Werk unter Dach bringen sollte.⁹⁸ Da man die Vorlage aber nicht einem ungewissen Schicksal ausliefern wollte durch Ueberweisung an einen neuen Rat, so gelobte sich die Kommission, durch Zusammenhalten und Ausharren eine rechtzeitige Fertigstellung möglich zu machen. Man war sich in der Kommission auch einig, daß alle weitergehenden Wünsche und abweichenden Meinungen zurückgestellt werden sollten, da man lieber einen kleineren Fortschritt sicher erreichen, als durch weitgespannte Forderungen das ganze gefährden wollte.⁹⁹

Die Möglichkeit des Obligatoriums der Sekundarschule fand in der Kommission keinen einzigen Befürworter und wurde darum einstimmig fallen gelassen. Da damit nur noch zwei Ausbauvarianten blieben, so glaubte man es verantworten zu können, zum Grundsatz der allgemeinen, gleichmäßigen Schulpflicht zurückkehren zu können, die im Sinne der Vorlage von 1888 auf acht vollausgebaute Schuljahre festgesetzt wurde, mit der gleichen Möglichkeit wie damals, durch Gemeindebeschluß den Unterricht der letzten zwei Schuljahre im Sommerhalbjahr zu reduzieren. Die Kommission glaubte, diese Konzession an die landwirtschaftlichen Gegenden machen zu müssen, doch meinte sie, es werde nur spärlich davon Gebrauch gemacht werden, und inert längstens sechs Jahren habe der „erfreuliche Wetteifer unter den Gemeinden“ bewirkt, daß überall die vollausgebaute Schulpflicht bestehe.¹⁰⁰

⁹⁸ Prot. der kantonsrätlichen Kommission, 1898, S. 2.

⁹⁹ Weisung des Kantonsrates, Amtsblatt, 1899, S. 191.

¹⁰⁰ ebenda, S 194.

Der grundsätzliche Beschluß der Kommission, sich auf den Ausbau der Primar- und Sekundarschule zu beschränken, brachte auch jene Teile der Fortbildungsschule in Wegfall, die in der regierungsrätlichen Vorlage noch verblieben waren. Sie sollte speziell gesetzlich geregelt werden und nur die hauswirtschaftliche Fortbildungsschule für Mädchen blieb insofern erhalten, als ein Teil von ihr in das Fächerverzeichnis der Volksschule hinüber genommen wurde. In Berücksichtigung einer Anzahl von Eingaben und Resolutionen, die unter anderem vom Kirchenrate und von der Schulsynode eingereicht worden waren, änderte die Kommission die Bezeichnung des Religionsunterrichtes, indem er den Ausdruck „Religions- und Sittenlehre“ durch „Biblische Geschichte und Sittenlehre“ ersetzte.¹⁰¹ In ihrem Bericht an den Kantonsrat äußerte die Kommission noch einen Gedanken grundsätzlicher Art:

„Die Kommission hält auch dafür, daß es überhaupt aus mannigfachen Gründen sich empfehlen dürfte, künftig besonders auf dem Gebiete des vielgestaltigen Unterrichtswesens sich auf Spezialvorlagen zu beschränken, um es zu ermöglichen, daß jeweilen das allgemeine Interesse umso lebendiger auf den einzelnen Gegenstand der Revision gerichtet werde.“¹⁰²

e) Die Verhandlungen im Kantonsrat

Der Kantonsrat trat am 21. Februar 1899 auf die Beratung des Gesetzesentwurfes ein. Das gründliche und klug ausgewogene Eintretensreferat hielt Stadtrat Grob. Im Namen der Regierung unterstützte Erziehungsdirektor Grob („der längere Grob“) den Antrag auf Eintreten, wobei er bekannt gab, daß der Regierungsrat nur ungern die Fortbildungs- und Bürgerschule aufgegeben habe. In der kurzen Eintretensdebatte wurden zwei Gedanken vorgetragen, die zu den Leitmotiven zürcherischer Schulgesetzgeschichte gehören: Der Wunsch auf ökonomische

¹⁰¹ Weisung des Kantonsrates, Amtsblatt 1899, S. 195.

¹⁰² ebenda, S. 192.

Besserstellung der Lehrerschaft und das Obligatorium der Sekundarschule.¹⁰³

Aus der Eintretensdebatte war zu spüren, daß die Bereitschaft zur Verständigung sich von der Kommission auf den Rat übertragen hatte. In rascher Folge, meistens ohne daß das Wort gewünscht wurde, passierten darum die ersten Artikel. Bei der Schulpflicht erhob sich keine einzige Stimme gegen den geplanten Ausbau derselben oder wehrte sich für die alte Ergänzungsschule. Dafür traten verschiedene Votanten dafür ein, auf die Möglichkeit einer Reduktion der Stundenzahl der siebenten und achten Klasse im Sommerhalbjahr zu verzichten. Der Rat stimmte aber mit großer Mehrheit dem Kommissionsvorschlag zu.

Leichtere Geplänkel spielten sich bei der Aufzählung der Lehrgegenstände und beim Religionsunterricht ab. Bei der ersten griff Oberst Meister die Schriftfrage auf¹⁰⁴ und veranlaßte, daß die Vorschrift, den Schülern eine ausreichende Schreibfertigkeit in der deutschen Kurrentschrift beizubringen, ins Gesetz aufgenommen wurde. Beim Religionsunterricht wurde zunächst der Passus, daß ohne Willen der Eltern kein Schüler zum Besuche desselben angehalten werden könne, gestrichen und nachher auf Vorschlag von Herman Greulich prompt wieder ins Gesetz aufgenommen in der Form, daß auf Artikel 49 der Bundesverfassung und Artikel 63 der Kantonsverfassung verwiesen wurde. Einzelne Mitglieder des Rates äußerten auch Bedenken zur Ueberlassung von Schullokalen an konfessionelle Minderheiten zur Erteilung des Religionsunterrichtes in der schulfreien Zeit, doch stimmte die Mehrheit dieser Geste der Toleranz zu in der Hoffnung, es würde dann von dieser Seite aus umso weniger von der Dispensationsmöglichkeit im Religionsunterricht der Primarschule Gebrauch gemacht.¹⁰⁵

Als Höhepunkt der parlamentarischen Debatte erwies sich die Diskussion über die Schulordnung. Es ging da um nicht mehr

¹⁰³ «NZZ», 1899, No. 52.

¹⁰⁴ Die seit den achtziger Jahren fortschreitende Verdrängung der deutschen Kurrentschrift durch die Antiqua stieß beim Volke auf heftigen Widerstand.

¹⁰⁵ «NZZ», 1899, No. 52.

und nicht weniger als einen schwerwiegenden Eingriff ins Elternrecht. Der Antrag der Kommission sah nämlich vor, daß die Schulpflege für verwahrloste Schüler und solche, die sich in sittlicher Beziehung vergangen hätten, die ersten vorsorglichen Maßnahmen zu treffen habe wie Einweisung in eine Erziehungs- oder Besserungsanstalt oder Unterbringung in eine geeignete Familie. Diese Bestimmung rief vor allem die Juristen des Rates auf den Plan und zwar als Befürworter und als Gegner. Die Befürworter führten ins Feld, es handle sich um einen Beitrag zur Verwirklichung moderner Grundsätze des Jugendstrafrechtes, nach denen die Jugendlichen dem öffentlichen Verfahren entzogen werden sollten.¹⁰⁶ Die Gegner warnten vor einem so weitgehenden Eingriff in die elterliche Gewalt und machten auch auf die Kompetenzkonflikte aufmerksam, die sich zwischen den Schul- und den Vormundschaftsbehörden ergeben mußten. Das Endergebnis war, daß der Vorschlag der Kommission etwas abgeschwächt angenommen wurde, indem es nunmehr hieß: „In dringlichen Fällen wird die Schulpflege vorläufig von sich aus das Nötige anordnen.“¹⁰⁷

In rascher Aufeinanderfolge der einzelnen Artikel und Abschnitte konnte nun die Beratung zu Ende geführt werden. Von Bedeutung war noch eine Bemerkung des Referenten, daß bei der Sekundarschule die Vorbereitung auf den Uebertritt in die höheren Lehranstalten nunmehr etwas in den Vordergrund gerückt werde, wobei gegensätzliche Meinungen zu hören waren darüber, ob der Ausbau der Oberstufe eine zunehmende oder abnehmende Frequenz für die Sekundarschule nach sich ziehen werde. Nicht angenommen wurden zwei Anträge, von denen der eine die Vornahme einer Aufnahmeprüfung beim Uebertritt in die Sekundarschule vorschlug, der andere aber die in Winterthur bereits bestehenden Sekundarschulen für schwächere Schüler gesetzlich verankern wollte. Noch einmal trat in der zürcherischen Schulgesetzgeschichte die markante Persönlichkeit von J. J. Treichler in Erscheinung, der ohne Erfolg versuchte, die Fortbildungsschule doch noch ins Gesetz aufzunehmen. Mit ein-

¹⁰⁶ «NZZ», 1899, No. 59. (Votum von Prof. Zürcher).

¹⁰⁷ Volksschulgesetz vom 11. Juni 1899, Artikel 50.

stimmiger Zustimmung konnte das Gesetz bereits am 26. März 1899 vom Kantonsrat verabschiedet werden.

f) Die Stellungnahme der Parteien und der Presse

Wieder einmal hatte das Volk über ein vom Kantonsrat einstimmig gutgeheißenes Schulgesetz zu befinden. Würden sich die Vorgänge von 1888 wiederholen? Nun war aber die Zeit nicht stillgestanden und es bestanden gute Gründe, daß jenes Zufallsergebnis keine Wiederauferstehung erleben werde. Mit Zuversicht machten sich darum Parteien und Presse daran, dem Gesetze einen guten Boden für die Abstimmung zu bereiten.

Am 28. Mai 1899, also zwei Wochen vor dem auf den 11. Juni 1899 festgesetzten Abstimmungstag, trat in Bülach der Parteitag der Liberalen zusammen und nach einem ausführlichen Referat von Nationalrat Abegg, der als Mitglied der Kommission ein gründlicher Kenner der Vorlage war, faßte der Parteitag einhellig die folgende Resolution:

„Die heute aus allen Teilen des Kantons besuchte Versammlung der liberalen Partei in Bülach spricht sich mit aller Entschiedenheit für die Annahme des am 11. Juni zur Abstimmung gelangenden Schulgesetzentwurfes aus.“¹⁰⁸

War damit die Parole für die liberale Presse zu Stadt und Land ausgegeben, der nun die Zeitungen mit Leitartikeln, Einsendungen und Versammlungsberichten nachzukommen bestrebt waren, so enthielt ein Aufruf des kantonalen Zentralkomitees der Demokratischen Partei die gleichen Richtlinien für die demokratische Presse:

„Der Fortschritt, den das Schulgesetz uns bringt, ist bescheiden, er fordert nicht zuviel von uns und überläßt unsern Erben noch ein gerütteltes Maß eigener Arbeit. So wollen wir, in der Ueberlegung, ein Werk des Fortschrittes und des Volkswohls zu tun, am Sonntag möglichst vollzählig an die Urne treten und ihr unser freudiges Ja übergeben.“¹⁰⁹

¹⁰⁸ Wochenblatt des Bezirkes Meilen, 1899 No. 60.

¹⁰⁹ Landbote, 1899, No. 132.

Mit ganz besonderer Energie aber setzten sich die Sozialdemokraten für das Gesetz ein, kam es doch den Arbeiterkreisen durch verschiedene soziale Maßnahmen, wie Gewährung von Stipendien an Sekundarschüler, Fürsorge der bedürftigen Schüler in bezug auf Kleidung und Nahrung durch die Schulpflegen usw. entgegen. Seine eifrige Werbekampagne stimmte daher das junge «Volksrecht» ganz auf die Motive der sozialen Fürsorge und des Rechtes des Kindes ab.¹¹⁰ In loyaler Weise befürwortete aber auch die um zwei Jahre ältere, katholisch eingestellte Zeitung, die «Zürcher Nachrichten», die Annahme:

„Es ist der nächste Sonntag für den Kanton Zürich ein entscheidender Tag. Wir bestimmen die Zukunft der Jugend. Wer ein Vater ist, wer ein Mann ist, wird an diesem Tag den Gang zur Urne nicht versäumen. Jeder erscheine und stimme mit einem Ja.“¹¹¹

So hing es nur noch vom Bauernbund ab, ob der Vorlage eine erklärte Gegnerschaft erwachsen werde. Acht Tage nach dem liberalen Parteitag versammelte sich die Delegiertenversammlung des Bauernbundes in Dielsdorf, um zum Gesetz Stellung zu nehmen. Nach einem befürwortenden und einem ablehnenden Referat sollte über eine vorbereitete Resolution abgestimmt werden, die die Zustimmung zum Gesetz enthielt, doch wurde dies von der Leitung des Bauernbundes, die gegen das Gesetz war, verhindert und man ging nach Hause, ohne einen Beschluß gefaßt zu haben.¹¹² In der Folge führten eigentlich nur zwei Zeitungen, der «Wehntaler» und die «Andelfinger-Zeitung» neben dem «Bauernbund» eine eigentliche Kampagne gegen das Gesetz, die von den beiden Blättern¹¹³ am Tage vor der Abstimmung mit den folgenden Schlagworten geschlossen wurde:

„Das ist sicher, daß weder das alte noch ein neues Gesetz die Dummen alle gescheit und Armen alle reich, die Trägen alle fleißig und die ganze Welt weise macht.“¹¹⁴

¹¹⁰ Volksrecht, 1899, No. 129 und 132.

¹¹¹ Zürcher Nachrichten, 1899, No. 46.

¹¹² Andelfinger-Zeitung, 1899, No. 45.

¹¹³ Beide Blätter erschienen in der Buchdruckerei Ackeret in Andelfingen.

¹¹⁴ Andelfinger-Zeitung, 1899, No. 46.

Daß die «Andelfinger-Zeitung» die Argumente gegen das Gesetz manchmal etwas weither holen mußte, sei noch an einem Beispiel nachgewiesen:

„Und wenn wir im Bezirk Andelfingen in zehn Jahren noch mit einer halben Kompagnie junger Schulmeister beglückt werden, so bleibt unsern Bauernsöhnen keine vermögliche Bauerntochter mehr übrig.“¹¹⁵

Versöhnlicher als die «Andelfinger-Zeitung» war das andere Hauptorgan des Bauernbundes, die «Bülach-Dielsdorfer Wochenzeitung» eingestellt und am Tage vor der Abstimmung stellte deren Redaktor, Kantonsrat Bopp, seine etwas elegischen Betrachtungen unter das resignierende Motto:

„Und mich deucht am Weisesten
wer Bescheidenes
Nur erstrebt, das sichere Gleichgewicht
der
Seele nie verliert und, was unabwendbar
Lächelnd dahinnimmt.“

(Leuthold)¹¹⁶

g) Die Volksabstimmung vom 11. Juni 1899

„Der Fortschritt hat gesiegt, es lebe der Fortschritt.“¹¹⁷

Mit dieser Schlagzeile verkündete das «Volksrecht» am Morgen nach dem Abstimmungstag das Ergebnis. Das Gesetz war mit 41371 gegen 25860 Stimmen ehrenvoll angenommen worden. Dieses schöne Ergebnis der Volksabstimmung wurde natürlich von der Presse der befürwortenden Parteien mit Genugtuung aufgenommen, wobei alle Töne der Gefühlsskala vom lauten Jubel bis zur ernststen Besinnung zum Ausdruck kamen, was aus einem Kommentar der «Zürcher Nachrichten» hervorgeht:

„Der «Freisinnige» von Wetzikon glaubt zwar, bei der Landbevölkerung sei eine Abneigung gegen das Gesetz vorhan-

¹¹⁵ zit. Volksrecht, 1899, No. 126.

¹¹⁶ Bülach-Dielsdorfer Wochenzeitung, 1899, No. 46.

¹¹⁷ Volksrecht, 1899, No. 133.

den, weil es sich vor den Ausführungsbestimmungen zum Gesetz fürchtet. Das Gesetz an und für sich sei daran nicht schuld, aber die unfruchtbare, verderbliche Lehrmittelfabrikation und die verderblichen Liebhabereien der obern Einflußsphäre. Hier möchte der «Freisinnige» nicht Unrecht haben und man dürfte sich den Wink merken.“¹¹⁸

Wenig Begeisterung dagegen brachte die Presse des Bauernbundes für den Ausgang der Abstimmung auf. Die «Bülach-Dielsdorfer Wochenzeitung» war bedrückt über den Mangel an wirklicher Fühlung zwischen der bäuerlichen Bevölkerung einerseits und der Presse und den Behördevertretern anderseits, wie er sich wieder einmal mehr erwiesen habe.¹¹⁹ Noch saurer reagierte natürlich die «Andelfinger-Zeitung», die das Resultat zum Teil dem Terror zuschrieb, der über die fünfzig Zeitungen des Kantons vor der Abstimmung ausgeübt worden sei und weiter ausführte:

„Es ließ sich also schon vor Jahren mit mathematischer Genauigkeit feststellen, daß ein neues Schulgesetz angenommen würde. Man denke nur an die vielen tausend eingewanderter Stimmbürger in Zürich, denen die neue Einrichtung ungeheuer behagen muß, weil nach deren Prinzipien der städtische Familienvater nicht mehr zu tun hat als die Kinder zu prügeln, den Vereinen, Bierlokalen und Fahnenweihen nachzulaufen . . . So lehrt auch dieses Resultat wieder mit unbestreitbarer Deutlichkeit die Vergewaltigung der Landschaft durch die Stadt.“¹²⁰

Veranlaßt wurde dieser Vorwurf der Vergewaltigung des Landes durch die Stadt, der auch an anderer Stelle zu lesen war, durch die Tatsache, daß von elf Bezirken deren sieben verworfen hatten und die wuchtige Annahme der Vorlage den beiden Stadtbezirken Zürich (18 860 Ja gegen 2576 Nein) und Winterthur 7139 Ja gegen 2930 Nein)¹²¹ zu verdanken war. In der Stadtpresse blieb man jedoch die Antwort nicht schuldig, konnte man

¹¹⁸ Zürcher Nachrichten 1899, No. 47.

¹¹⁹ Bülach-Dielsdorfer Wochenzeitung, 1899, No. 47.

¹²⁰ Andelfinger-Zeitung, 1899, No. 47.

¹²¹ Amtsblatt 1899, S. 686.

doch darauf hinweisen, das Land sei es gewesen, das 1891 anlässlich der Eingemeindung Zürichs mit den Außengemeinden es verhindert habe, daß die Stadt einen notwendigen, bescheidenen Ausbau ihres Volksschulwesens verwirklichen konnte, auch führte man an, daß im Gesetze selber durch die Möglichkeit der Einschränkung des Unterrichtes in der siebenten und achten Klasse der Landschaft ein wohlwollendes Entgegenkommen gezeigt wurde.

Vergleicht man nun die Abstimmungsergebnisse von 1888 und 1899 miteinander, so erweist sich tatsächlich das sprunghafte Anwachsen der Zahl der Stimmberechtigten in der Stadt Zürich von 21 984 auf 35 075¹²² als Hauptgrund der Annahme. Dazu kam aber, daß sich das Verhältnis der annehmenden zu den verwerfenden Stimmen gerade in der Stadt Zürich noch bedeutend zu Gunsten der ersteren verschoben hatte, stand es doch 1888 im Verhältnis von vier zu eins, 1899 dagegen sieben zu eins. Dieses Verhältnis hatte sich aber in allen Bezirken mit Ausnahme desjenigen von Andelfingen verbessert und deutlich ist zu erkennen, daß die Aenderung der Bevölkerungsstruktur, und damit letzten Endes die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse das neue Resultat herbeiführten. Zu der guten Aufnahme im Volke aber trugen natürlich noch andere Faktoren Wesentliches bei, die in Kürze noch einmal erwähnt seien: Die kluge Beschränkung auf ein Teilgebiet der Schulreform, den Ausbau der Primar- und Sekundarschule, die sorgfältige Vermeidung jedes religiösen Zündstoffes, die Ausrichtung auf die Finanzlage des Kantons und schließlich die sozialen Fortschritte, die vor allem die Zustimmung der nun zahlenmäßig sehr ins Gewicht fallenden Arbeiterschaft fand. Damit war es gelungen, ein Werk zu schaffen, durch das nach einem Wort eines seiner Schöpfer, Stadtrat Grobs, der Kanton Zürich mit seiner Volksschule vor den andern eidgenössischen Ständen sich wieder sehen lassen durfte.¹²³

¹²² ebenda, und Amtsblatt, 1888, S. 619.

¹²³ Caspar Grob, Das neue Volksschulgesetz im Kanton Zürich, Separat-Druck, S. 1.

Drittes Kapitel

Ausblick

a) Die zürcherische Volksschule 1899 bis 1932

Das Volksschulgesetz von 1899 war nicht zuletzt dadurch zur Annahme gelangt, weil es eine einfache und klare Sprache redete. Viel mehr als die früheren, umfassenden Unterrichtsgesetze hatte es den Charakter eines Rahmengesetzes, das sich darauf beschränkte, die maßgebenden Linien festzulegen, die Regelung der Detailfragen aber den nachfolgenden Verordnungen und dem Lehrplan überließ. Wiederum erwies es sich, daß eine glückliche Zusammensetzung der Erziehungsbehörden es ermöglichte, ein gutes Werk zu schaffen und es verging kein Jahr, bis der Erziehungsrat die Verordnung über das Volksschulwesen verabschieden konnte, die am 7. April 1900 vom Kantonsrat genehmigt wurde.¹²⁴ In rund 155 Paragraphen, eingeteilt in sieben Hauptabschnitte, legte es eine Reihe von Bestimmungen fest über den Schulhausbau, die Schulgesundheitspflege, die Absenzenordnung, die Disziplin, die Beurteilung und Beaufsichtigung der Volksschulen, den Handarbeitsunterricht für Mädchen und die Privatschulen. Nicht weniger umfangreich war die Ausarbeitung eines neuen Lehrplanes.¹²⁵ Dieser war das Werk einer kleinen Spezialkommission, der unter anderem Erziehungsssekretär Huber und Oberst Meister angehörten. An den Anfang des Lehrplanes wurde die Zweckbestimmung der Volksschule gesetzt, die der Regierungsrat aus dem Gesetz hinausgenommen hatte und welche von der «Festschrift» als denkbar beste Formulierung bezeichnet wird, „die Absicht der Veredelung der Menschen durch das Mittel der Volksbildung zu umschreiben“.¹²⁶ Aber auch in den Abschnitten über Unterricht und Schulzucht und in der Wegleitung zum Gebrauch des Lehrplanes enthielt er manche beherzigenswerte Gedanken und wenn er heute nach fast

¹²⁴ Verordnung über das Volksschulwesen, vom 31. März 1900.

¹²⁵ Lehrplan der Volksschule des Kantons Zürich, vom 15. Februar 1905.

¹²⁶ Festschrift, S. 570.

fünfzig Jahren gelegentlich als veraltet bezeichnet wird, so ist daran nicht seine allgemeine Haltung schuld, sondern die großen Wandlungen, die seither naturgemäß im Unterricht eingetreten sind.¹²⁷ Eingelöst wurde auch das Versprechen einer Revision der Lehrerbesoldungen und zwar durch das „Gesetz betreffend die Besoldung der Volksschullehrer“ vom 27. November 1904. Wenn dieses auch einige Fortschritte brachte, so war es in seinem Hauptpunkt, der Verbesserung der Minimalbesoldung, so bescheiden, daß sowohl Lehrer als Behörden es als vorübergehende Regelung betrachteten.¹²⁸ Acht Jahre später gelang dann unter Erziehungsdirektor Ernst der große Wurf, ein Lehrerbesoldungsgesetz durch die Volksabstimmung zu bringen, das allseitig befriedigte.¹²⁹ Seither hat es sich als tunlich erwiesen, nicht nur die Lehrerbesoldungen, sondern auch die Lehrerbildung in speziellen Gesetzen zu regeln, was für die letztere im Jahre 1938 verwirklicht wurde.¹³⁰

Durch das Volksschulgesetz vom Jahre 1899 und die auf ihm fußenden gesetzlichen Erlasse erhielt die zürcherische Volksschule die heutige Form und Gestalt. Vieles daran ist gut. Einen wohlthuenden Einfluß hatten vor allem die sozialen Bestimmungen des Gesetzes. Die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und Schulmaterialien lebte sich so gut ein, daß sie in kurzer Zeit von der Bevölkerung als eine Selbstverständlichkeit empfunden wurde. Neben der ökonomischen Seite hat sie aber auch eine erzieherische Bedeutung, nimmt doch ein umsichtiger Lehrer hier die Gelegenheit wahr, den Ordnungssinn seiner Schüler für die Behandlung gemeinsamen Eigentums zu fördern. Von besonderer Tragweite erwies sich die Fürsorge, die nunmehr auch dem anormalen Kind durch das Gesetz zuteil wurde. Dadurch wurde es einerseits ermöglicht, daß Staatsbeiträge an Unterrichtsanstalten für verwahrloste, schwachsinnige, blinde, taubstumme und epileptische Kinder verabfolgt werden konnten, und der Staat wurde ermächtigt, solche Anstalten selber zu überneh-

¹²⁷ Festschrift S. 571.

¹²⁸ ebenda S. 605.

¹²⁹ Gesetz betr. die Leistungen des Staates für das Volksschulwesen und die Besoldungen der Lehrer, vom 29. September 1912.

¹³⁰ Gesetz über die Ausbildung von Lehrkräften für die Primarschule vom 3. Juli 1938.

men, wie es bei der Blinden- und Taubstummenanstalt geschah. Andererseits konnten in der Volksschule selber die Spezialklassen für Schwachbegabte geschaffen werden, die in stetem Ausbau begriffen, auch den von der Natur stiefmütterlich behandelten Kindern eine bestmögliche Förderung zuteil werden lassen. Für die normalen Kinder aber ergab sich eine ausgedehnte Fürsorge für Ernährung und Bekleidung, sofern sie bedürftig waren, dazu die Unterstützung der Ferienkolonien und der Jugendhorte. Einen wesentlichen Anteil am Ausbau all dieser Maßnahmen zugunsten der Schuljugend hat das im Jahre 1919 durch kantonsrätlichen Beschluß geschaffene kantonale Jugendamt.

Zu einem blühenden Zweig der Volksschule entwickelte sich der Handarbeitsunterricht für Mädchen. Die praktischen Kenntnisse, die dieser vermittelt, sind in unserem nationalen Haushalt nicht gering anzuschlagen, wird doch durch sie manche Hausfrau und Mutter instand gestellt, für ihre Familie wertvolle und nützliche Arbeit zu leisten. Aber auch die Knabenhandarbeit gelangte zu einem immer größeren Ansehen in der Volksschule und erwies sich geradezu als ein lebensnotwendiges Element zur Gestaltung der Oberstufe der Primarschule.

Günstig wirkte sich auch die nunmehr klare Regelung des Religionsunterrichtes aus. So lebte es sich verhältnismäßig gut ein, daß das Fach, das nunmehr „Biblische Geschichte und Sittenlehre“ hieß, in den ersten sechs Klassen der Primarschule vom Klassenlehrer erteilt wurde und der verhältnismäßig spärliche Gebrauch, der von der Dispensationsmöglichkeit gemacht wird, zeugt von dem Ansehen, das das Fach immer noch genießt. Allerdings wurde die Frage, ob ein konfessionsloser Religionsunterricht überhaupt möglich ist, auch durch das Volksschulgesetz von 1899 nicht aus der Welt geschafft und wird es nie werden und es gilt heute noch, was Erziehungssekretär Zollinger zum fünfundzwanzigjährigen Bestehen des Gesetzes schrieb, nämlich daß es nicht genüge, wenn die Sittenlehre auf zwei Lektionen in der Woche beschränkt bleibe und nicht den ganzen Unterricht als Fundament durchdringe.¹³¹ Dieser dogmafreie Religionsunterricht konnte naturgemäß die katholische Minderheit der Be-

¹³¹ «NZZ», 1924, No. 863 und 869.

völkerung nicht befriedigen und es fehlte nicht an Vorstößen aus diesen Kreisen, den dogmatischen Unterricht, den die katholische Kirche ihren Primarschülern schon von der ersten Klasse an in den schulfreien Abendstunden erteilen ließ, in den Stundenplan hinein zu verlegen.¹³² Ein Erfolg war diesen Vorstößen allerdings nicht beschieden und konnte ihnen nicht beschieden sein, denn durch ihre Erfüllung wäre die Volksschule in ihrem Fundamente, der gemeinsamen Erziehung der Kinder aller Volksklassen, erschüttert worden. Die Konsequenz aber war, daß die Katholiken begannen, für ihre Kinder Privatschulen einzurichten, deren erste, die katholische Mädchensekundarschule Zürich, im Jahre 1926 eröffnet wurde, worauf im Jahre 1949 die katholische Knabensekundarschule folgte.

Nicht verwirklicht hatte sich die Hoffnung der Behörden, der „fröhliche Weitteifer“ der Gemeinden werde dazu führen, daß in längstens sechs Jahren der volle Ausbau der acht Schuljahre überall durchgeführt sei. Schon das Abstimmungsergebnis der ländlichen Bezirke ließ ahnen, daß die bäuerliche Bevölkerung gegen einen das Mindestmaß übersteigenden Schulzwang eingestellt war.¹³³ Von dem Recht, für die siebente und achte Klasse einen im Sommerhalbjahr auf zwei Vormittage beschränkten Unterricht¹³⁴ einzuführen, machten denn auch nicht weniger als die Hälfte der ungefähr 350 Schulgemeinden Gebrauch und bis zum Jahre 1926 erhielten sich im Kanton Zürich ungefähr 90 solcher Winterschulen, die sich vorwiegend auf die ländlichen Bezirke verteilten. Dabei erwies es sich, daß in den kleinen Schulen auf dem Lande die siebente und achte Klasse nach der Verwirklichung des Schulgesetzes von 1899 schlimmer daran waren als vorher, da der Lehrer, der in diesen Schulen nur wenige dieser Oberschüler hatte, gezwungen war, diese gleichzeitig mit den andern Klassen zu unterrichten. Eine Abhilfe konnte nur durch den Zusammenzug verschiedener Schulen des nämlichen Primar-

¹³² Eingabe der vier stadtzürcherischen römisch-kath. Pfarrämter an die Zentralschulpflege Zürich vom Jahre 1920.

Vergl. hiezu Max Hartmann, Kampf um die Schule, Separat-Druck aus der «NZZ».

¹³³ Vergl. hiezu Hartmann, S. 142—163.

¹³⁴ Diese Schulen werden in der Folge von uns als «Winterschulen» bezeichnet.

schulkreises erfolgen, wofür aber zunächst die gesetzliche Grundlage fehlte.¹³⁵ Sie wurde geschaffen durch das „Gesetz betreffend die Neueinteilung, Vereinigung und Aufteilung von Schulgemeinden vom 31. Januar 1904“, auf Grund dessen bis zum Jahre 1926 105 der kleinsten Schulgemeinden aufgehoben werden konnten, womit sich automatisch auch die Zahl der „Winterschulen“ verminderte, was allerdings fast nie ohne erheblichen Widerstand der davon Betroffenen abging.¹³⁶ Als wirksamer erwies sich noch das Gemeindegesetz vom 6. Juni 1926, dessen Artikel 162 bestimmte:

„Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes werden die nach der bisherigen Gesetzesregelung innerhalb einer politischen Gemeinde bestehenden Primarschulgemeinden miteinander vereinigt.“¹³⁷

Von dieser Bestimmung wurden in 31 politischen Gemeinden nicht weniger als 99 von den insgesamt noch 245 Schulgemeinden des Kantons betroffen und wiederum konnte durch diesen Eingriff in die Gemeindeautonomie die Zahl der „Winterschulen“ erheblich vermindert werden. Langsam, aber stetig setzte sich in den folgenden Jahren der Eliminierungsprozeß weiter fort und fast jedes Jahr meldete der Geschäftsbericht der Erziehungsdirektion, daß wiederum einzelne Schulgemeinden dazu bewogen werden konnten, in der Oberstufe der Primarschule den Ganzjahrunterricht einzuführen. Trotzdem haben sich vereinzelt „Winterschulen“ bis heute behaupten können¹³⁸ und es ist eigentlich erstaunlich, was für ein zähes Leben diesem Ueberbleibsel der Volksschule des 19. Jahrhunderts beschieden war.

Als unbefriedigend erwies sich aber nicht nur dieser Teil der gesetzlichen Bestimmungen über den Ausbau der Schulpflicht, sondern die gesamten Verhältnisse, wie sie durch das Gesetz von 1899 für die oberste Stufe der Volksschule, die siebente und achte Klasse, sowohl als die Sekundarschule, geschaffen wurden. In einem Kommentar zum neuen Volksschulgesetz schrieb Stadtrat

¹³⁵ Schmid, Ulrich Meister, S. 201.

¹³⁶ Hartmann, S. 154.

¹³⁷ Gesetz über das Gemeindewesen vom 6. Juni 1926, Art. 162, Absatz 1.

¹³⁸ Im Jahre 1948 gab es noch 26 Winterschulen im Kanton Zürich.

Caspar Grob im Jahre 1899, es sei berechtigte Hoffnung vorhanden, daß die beiden obersten Primarschuljahre ungleich bedeutender würden für die allgemeine Jugend- und Volksbildung als die bisherige Ergänzungsschule. Der Erfolg werde allerdings davon abhängen, wieviel und welcher Unterrichtsstoff dieser Schulstufe zugemessen werde, wobei der allgemeine Wunsch in den maßgebenden pädagogischen Kreisen dahin gehe, derselben kein größeres Stoffquantum zuzumessen als bisher, sie noch mehr als bisher ins „frische volle Leben“ hineinzustellen und ihr die Aufgabe zuzuweisen, „es eher recht zu machen“ als „viel zu machen“.¹³⁹ Nun war dieser Stufe durch Pioniere einer neuen Unterrichtsart wie Eduard Oertli der Weg aufgezeigt worden, wie diese Stufe ins „frische, volle Leben“ hineingestellt werden konnte und vor allem die beiden Städte Zürich und Winterthur zögerten nicht, ihn zu betreten, indem sie in das Lehrprogramm der Oberstufe den Unterricht in Hobelbank-, Metall- und Kerbschnittarbeiten aufnahmen.¹⁴⁰ Bis zum Jahre 1915 war dieser neue Unterrichtszweig in 32 Schulen mit 255 Abteilungen eingeführt worden und nahm bis zum Jahre 1930 auf 56 Schulen mit 661 Abteilungen zu.¹⁴¹

Dennoch konnte sich die Oberstufe der Primarschule keineswegs zu einem angesehenen Zweig des zürcherischen Unterrichtswesens entwickeln. Wenn schon im Jahre 1897 in einer Eingabe der vereinigten Arbeiter- und Grütlivereine die Befürchtung ausgesprochen worden war, diese Stufe werde zu einer „Schule für die Armen“ herabsinken¹⁴², so gab nun die Entwicklung dieser Befürchtung zum großen Teil recht, wenn sie auch genauer mit dem Begriff einer „Schule für die Unbegabten“ zu umschreiben wäre. In diese Rolle wurde sie vor allem durch den im Laufe der Jahrzehnte immer stärker werdenden Zudrang zur Sekundarschule hineingedrängt, wobei sich mit der Zeit das ursprüngliche Verhältnis von 30 Prozent Sekundarschülern zu 70 Prozent Primaroberschülern ins Gegenteil verwandelte und seit dem Jahre 1930 mit dem Verhältnis von sieben zu drei ungefähr konstant

¹³⁹ Caspar Grob, Das neue Volksschulgesetz, S. 4.

¹⁴⁰ Festschrift, S. 677.

¹⁴¹ ebenda, S. 678 und 679.

¹⁴² Eingabe an den Erziehungsrat, vom Dezember 1897.

blieb. Es ist nicht ganz leicht, bei dieser Erscheinung Ursache und Wirkung auseinanderzuhalten. Als eine Ursache ergibt sich die Tatsache, daß viele Eltern infolge der nun acht Jahre dauernden Schulpflicht ihre Kinder in die Sekundarschule schickten, da diese denselben ein besseres berufliches Fortkommen in Aussicht stellte.¹⁴³ Damit verlor die Sekundarschule ihr früheres Gepräge als Eliteschule und wurde zur immer mehr bevorzugten Volksschule, das Ansehen der Primaroberschule aber litt durch die stete Abwanderung der guten und mittelmäßig begabten Schüler und ganz allmählich wurde diese zum „Sammelplatz, wo neben unfähigen, sittlich gefährdeten oder verwilderten Kindern nur wenig relativ ordentliche und annähernd normal Begabte ihre beiden letzten Schuljahre verbrachten“.¹⁴⁴ Hand in Hand mit diesem Abstieg der Primaroberschule ging eine immer fühlbarer werdende wirtschaftliche Benachteiligung ihrer Absolventen, indem nun neben dem Handel auch die Industrie und das Gewerbe mehr und mehr dazu übergingen, für ihre Lehrstellen Sekundarschulbildung zu verlangen, womit diese Schule noch stärker das Odium einer „bessern Spezialklasse“¹⁴⁵ erhielt, hingegen der Zudrang zur Sekundarschule sich weiterhin verstärkte.

Für die Sekundarschule blieb dies ebenfalls nicht ohne schwerwiegende Folgen, mußte sie doch eine empfindliche Senkung des Begabungsniveaus in Kauf nehmen. In einem im Jahre 1926 erschienenen Artikel in der Neuen Zürcher Zeitung wird diese drastisch geschildert:

„Eine Zurückweisung aus der Sekundarschule wird fast immer als Makel empfunden; mit allen Mitteln (Privatunterricht, Vorkursen etc.) werden die Schüler in die Sekundarschule gezwängt, und gelingt es das erste Mal nicht, so doch gewöhnlich nach der siebenten Klasse. Dadurch wird diese Stufe noch heute fortwährend mit Elementen überfüllt, die den Unterricht aufs schwerste hemmen, Zeit und Kraft des Lehrers aufs schwerste absorbieren, die Disziplin schädigen, das Interesse und die Arbeitslust der intelligenteren Schüler

¹⁴³ «Schule für das Volk», S. 38.

¹⁴⁴ ebenda, S. 39 (Aus einer Eingabe von Dr. M. Hartmann, an die Schulbehörden der Stadt Zürich).

¹⁴⁵ ebenda.

lähmen, die Atmosphäre trüben. Und trotz der schweren Schädigung der ganzen Klasse ist gewöhnlich der Gewinn auch für diese Elemente gleich Null, indem sie die erste Klasse zu wiederholen haben, um dann, nach Erfüllung der Schulpflicht, auszutreten.“¹⁴⁶

Man könnte mit Recht einwenden, daß die Sekundarschule, wenn sie ihrer schönsten Aufgabe, Volksschule zu sein, nicht untreu werden wollte, nicht das Recht hatte, in der geschilderten Weise die von der Natur nicht mit blendenden Geistesgaben ausgestatteten Schüler derart als Ballast zu empfinden. Daß trotzdem etwas an ihr nicht mehr stimmte, hing mit der Doppelaufgabe zusammen, die ihr seit Anbeginn auferlegt war, einerseits für den größern Teil der Schüler die abschließende Schulbildung zu vermitteln, anderseits aber für einen kleineren Teil den Anschluß an die höhern Unterrichtsanstalten des Kantons und der Städte Zürich und Winterthur herzustellen. Auch hier entwickelten sich die Verhältnisse in einer ungünstigen Weise, indem auch der Zudrang zu diesen Bildungsanstalten immer mehr zunahm. Damit aber dennoch eine Auslese getroffen werden konnte, schraubten diese Schulen die Ansprüche für den Eintritt ständig höher, welche Wirkung auf die Sekundarschule als Anschlußschule zurückstrahlte und damit die höheren Unterrichtsanstalten einen wachsenden, ja allmählich maßgebenden Einfluß auf die Sekundarschulen erlangten.¹⁴⁷ Die Stoffanhäufung, der die Sekundarschule fast vollständig zu erliegen drohte, wird von der gleichen scharfen Feder anschaulich beschrieben:

„Neben dieser Belastung mit unzulänglichen Schülern steht eine Ueberlastung mit Stoff, die ans Groteske grenzt. Was soll in den drei Jahren der Sekundarschule nicht alles „erarbeitet“ werden! Neben der Muttersprache (die nur ein weit intensiverer Betrieb bei vermehrter Stundenzahl einigermaßen flüssig machen könnte!) ein bis zwei Fremdsprachen, dazu die Länderkunde der ganzen Erde nebst etwas physischer und mathematischer Geographie, die „Welt- und

¹⁴⁶ «NZZ», 1926, No. 1295 und 1301.

¹⁴⁷ Arthur Frey, Bedeutung und Aufgabe der schweiz. Sekundarschule, S. 23.

Schweizergeschichte“, die Naturlehre, abgesehen von Arithmetik, Algebra, Geometrie und Stereometrie! Ja, wenn diese Disziplinen nur in ihren Grundzügen gelehrt würden und so weit sie dem Entwicklungsstande der Kinder faßbar sind! Es scheint aber oft, was gelehrt werden sollte, vorausgesetzt zu werden, so wenn mit dreizehn- und vierzehnjährigen Kindern, denen jeder umfassende Einblick und gewöhnlich auch alles Verständnis für die ökonomischen, sozialen und politischen Zustände der Gegenwart noch fehlen, „pragmatische Geschichte“ auf Grund einer materialistischen Weltanschauung getrieben wird. Wer einen Begriff von dem Stoffkultus der heutigen Schule bekommen will, mag die Seitenzahl der Lehrmittel, die noch vor zwanzig bis dreißig Jahren in Gebrauch waren, mit der der heutigen vergleichen, oder das Gewicht wägen, das unsere Sekundarschüler Tag für Tag an Büchern zur Schule schleppen.“¹⁴⁸

Aus dieser Schilderung ergibt sich mit aller Deutlichkeit, daß die Sekundarschule, gleich wie die Primarschule, in den Zustand einer „chronischen Krise“¹⁴⁹ hineingeraten war und mehr und mehr erhoben sich Stimmen, die eine kräftige Sanierung dieser unerfreulichen Verhältnisse verlangten. Damit setzte sich im Laufe der zwanziger Jahre langsam der Wille durch, an eine erneute Revision des Volksschulgesetzes zu gehen. Den Anstoß gab wiederum das gleiche Motiv, wie schon vor 1899, die Gestaltung der obersten Stufe der Volksschule. Aehnlich wie beim Unterrichtsgesetz von 1859 bestand aber auch das Bedürfnis, eine neue Kodifizierung der für das Unterrichtswesen gültigen gesetzlichen Erlasse vorzunehmen. Die Verhandlungen einer Studienkommission, die vom Erziehungsrat bald nach Schluß des zweiten Weltkrieges eingesetzt worden war, zeigten indessen, daß es zweckmäßig war, die Reformarbeit wiederum Stück für Stück durchzuführen.¹⁵⁰ Der Anfang wurde gemacht mit dem Lehrerbildungsgesetz, das im Jahre 1938 vom Volke gutgeheißen

¹⁴⁸ «NZZ». 1926, No. 1295 und 1301.

¹⁴⁹ «Schule für das Volk», S. 40.

¹⁵⁰ Vorwort zur Gesetzessammlung über das Volksschulwesen, 1930, S. 13.

wurde.¹⁵¹ Ihm folgte rund zehn Jahre später ein neues Lehrerbesoldungsgesetz¹⁵² und als dritte Frucht steht heute das Hauptstück dieser Revisionsarbeit, das neue Volksschulgesetz, kurz vor der Verabschiedung durch den Kantonsrat. Wenn wir es uns versagen, die Entwicklung des letzteren in der bisher gepflogenen Art zu schildern, dann um dem Umstand Rechnung zu tragen, daß sich dieses noch mitten im Spannungsfeld des politischen Tagesgeschehens befindet und sich damit einer objektiven historischen Betrachtungsweise noch weitgehend entzieht. Zur Abrundung des Werdeganges der zürcherischen Volksschulgesetzgebung sollen jedoch der äußere Werdegang und die Hauptpunkte des Revisionswerkes noch kurz beleuchtet werden.

b) Im Vorfeld eines neuen Volksschulgesetzes¹⁵³

Den offiziellen Anfang nahmen die Vorarbeiten zu einem neuen Volksschulgesetz am 1. Dezember 1933, unter welchem Datum an alle interessierten Instanzen (Bezirks- und Gemeindeschulpflegen, Schulkapital, Konvente der Mittelschulen) Fragebogen verschickt wurden mit der Einladung, zu den Fragen einer künftigen Revision Stellung zu beziehen. Bis alle Antworten eingegangen waren, vergingen drei Jahre und ebenfalls längere Zeit beanspruchte die Sichtung und Verarbeitung des umfangreichen Materials.

Im Jahre 1938 erfolgte ein neuer kräftiger Anstoß zur Revision durch die Annahme des „Bundesgesetzes über das Mindestalter der Arbeitsnehmer“ (Mindestaltergesetz)¹⁵⁴ durch das Schweizervolk. Vor allem war nun die Frage eines obligatorischen neunten Schuljahres aktuell geworden, da das genannte

¹⁵¹ Gesetz über die Ausbildung von Lehrkräften für die Primarschule vom 3. Juli 1938.

¹⁵² Gesetz über die Leistungen des Staates und der Gemeinden für Besoldungen und die Alters-, Invaliditäts- und Hinterlassenenfürsorge der Volksschullehrer vom 25. April 1949.

¹⁵³ Diese Ausführungen sind z. T. einer im Jahre 1950 in der Schweiz. Lehrerzeitung erschienenen Artikelfolge des Verfassers: «Das neue Zürcher Volksschulgesetz» entnommen.

¹⁵⁴ Bundesgesetz vom 24. Juni 1938.

Gesetz für den Eintritt in die Lehre ein Mindestalter von fünfzehn Jahren vorschrieb. Zur gründlichen Abklärung aller damit zusammenhängenden Fragen setzte der Erziehungsrat wiederum eine Fachkommission ein, der als Arbeitsgrundlage das Material der Rundfrage von 1933 zur Verfügung stand. Aus zwei Gründen verzögerte sich die Arbeit der Kommission ganz erheblich. Der eine davon war ein gewollter: Um die finanziellen Auswirkungen abzuklären, wurden noch einmal die Gemeindeschulpflegen eingeladen, sich zu äußern. Das andere Verzögerungsmoment jedoch war ungewollter Natur: Der Ausbruch des zweiten Weltkrieges warf seine Schatten auch in die schweizerischen Ratstuben und lähmte die dem aufbauenden Frieden dienenden Arbeiten. Daß sie nicht vollständig zum Erliegen kamen, stellt den an diesem Werke beteiligten Männern ein ehrenvolles Zeugnis aus. Die Arbeit dieser Kommission wurde mit der Aufstellung von „Richtlinien für die Reorganisation der Volksschule“ abgeschlossen. Von der Erziehungsdirektion, an die sie als Anträge gerichtet waren, wurden sie in die Form eines Entwurfes zu einem neuen Volksschulgesetz gekleidet, was wiederum zufolge der Ungunst der Zeit eine erhebliche Frist in Anspruch nahm. Als nach Neujahr 1943 der Erziehungsrat auf dessen Beratung eintrat, zeigte sich unverhofft etwas wie eine verfrühte Morgenröte der Hoffnung auf eine rasche Verwirklichung des Gesetzes, konnte der Erziehungsrat doch schon nach weniger als zwei Monaten die Vorlage verabschieden.¹⁵⁵ Noch im gleichen Jahre nahm in einer machtvollen Kundgebung im Zürcher Kongreßhaus die Schulsynode Stellung zu dem Gesetz, doch dann wurde es wieder still um dieses, denn schwer lastete der Druck des Krieges auch auf unserem Lande und erheischte die Lösung dringender anderer Aufgaben.

Bevor der Werdegang des Gesetzes weiter verfolgt werden kann, muß an dieser Stelle kurz die Tätigkeit einer einzelnen politischen Partei erwähnt werden. Schon seit dem Ende des ersten Weltkrieges hatte sich die Sozialdemokratische Partei intensiv mit Schulfragen befaßt. Im Jahre 1920 war vom Par-

¹⁵⁵ Vorlage des Erziehungsrates vom 23. Februar 1943.

teivorstand eine Schulkommission eingesetzt worden, die die Probleme einer künftigen Schulgesetzrevision gründlich prüfte und deren Ergebnis in einer Schrift «Sozialismus und Erziehung»¹⁵⁶ niederlegte. Als im Jahre 1939 die Vorarbeiten zu einem neuen Volksschulgesetz erneut in Gang kamen, traten auch die Sozialdemokraten wieder auf den Plan. Allerdings vermochte ihr Vertreter im Erziehungsrat mit seinen Forderungen nicht durchzudringen, doch gab sich die Partei deswegen keineswegs geschlagen. Erneut wurde eine Schulfachkommission unter Leitung von Schulpräsident Arnold Achermann und Erziehungsrat Karl Huber eingesetzt, die so gründlich arbeitete, daß eine vollständige Gesetzesvorlage dabei herauskam, was ein Novum in der zürcherischen Schulgesetzgeschichte bedeutete. Neben dem Obligatorium des neunten Schuljahres forderte die Kommission die obligatorische, einheitliche Sekundarschule, die Karl Huber folgendermaßen begründete:

«Warum wollen wir aber die einheitliche Sekundarschule? Einmal aus dem Bedürfnis nach sozialer Gerechtigkeit heraus. Es soll allen Begabungstypen die Ausbildung zugesichert sein, die ihrer Veranlagung und Begabung am ehesten entspricht. Die praktischen Fähigkeiten sind bis jetzt durch unsere Schuleinrichtungen viel zu wenig gefördert worden. Wir müssen endlich wegkommen vom einseitigen Intellektualismus, der unsere Schulen von der Volksschule bis zur Hochschule beherrscht. Wir brauchen nicht allein Kopfarbeiter, Ingenieure, Doktoren, Wissenschaftler und Beamte, wir brauchen ebenso Handarbeiter, die die Industrie, das Gewerbe für die Herstellung der lebensnotwendigen Dinge benötigt.»¹⁵⁷

Als nun der Regierungsrat am 28. Dezember 1946 mit seiner als Antrag bezeichneten Vorlage an die Öffentlichkeit trat, erwies es sich, daß die Bemühungen der Sozialdemokraten von einem nicht geringen Erfolg gekrönt worden waren, wiewohl doch das Gesetz gerade in den beiden Hauptpunkten, dem Obligatorium des neunten Schuljahres und der künftigen Gestaltung der ober-

¹⁵⁶ Karl Huber, Sozialismus und Erziehung.

¹⁵⁷ Volksrecht, 1949, No. 184.

sten Stufe der Volksschule vom Entwurf des Erziehungsrates in der Weise ab, daß der Regierungsrat der sozialdemokratischen Vorlage gefolgt war und deren Formulierungen zum Teil wörtlich übernommen hatte.¹⁵⁸

Noch mehr jedoch kam die kantonsrätliche Kommission, die während zweieinhalb Jahren in über 50 Sitzungen das Gesetz einer gründlichen Beratung unterzogen hatte, der Forderung der einheitlichen Sekundarschule entgegen, indem sie die Grenzen zwischen den beiden Abteilungen noch mehr verwischte.¹⁵⁹

Der Kantonsrat selber begann die Beratung des Gesetzes am 22. August 1949¹⁶⁰ und beendigte dessen erste Lesung, welcher er elf Sitzungen vollständig und sieben Sitzungen teilweise gewidmet hatte, am 4. April 1950.¹⁶¹ Durch Arbeitsüberhäufung verzögerte sich der Beginn der zweiten Lesung bis zum 12. März 1951¹⁶², doch gelang es, diese noch in der letzten Sitzung vor Schluß der Amtsdauer am 9. April 1951¹⁶³ zu beenden. Am Schluß der zweiten Lesung aber herrschte allgemein der Eindruck, daß es sich bei der Ausarbeitung eines Volksschulgesetzes um ein außerordentlich schwieriges Unterfangen handelt, da es fast unmöglich ist, die sehr stark voneinander abweichenden Wünsche und Begehren, die an die Gestaltung der Volksschule gestellt werden, zu koordinieren. Vielleicht überließ der alte Rat darum nicht ungern seinem Nachfolger die redaktionelle Lesung des Gesetzes und damit die Verantwortung, es vor die Volksabstimmung zu bringen.

Was die Hauptpunkte der Revision betrifft, so sollen sie an dieser Stelle in der Form, wie sie gegenwärtig, das heißt nach Beendigung der zweiten Lesung im Kantonsrat, bestehen, kurz umrissen werden. Das Kernstück ist, gleich wie in der Revision von 1899, die Reform der Oberstufe der Volksschule. An Stelle der bisherigen Primaroberstufe und der Sekundarschule ist eine zweiteilige Sekundarschule vorgesehen, die von allen

¹⁵⁸ Antrag des Regierungsrates vom 28. Dez. 1946. Amtsblatt 1947, S. 73.

¹⁵⁹ Antrag der kantonsrätlichen Kommission, vom 27. Juni 1949, Amtsblatt 1949, S. 965.

¹⁶⁰ V. Protokoll des Kantonsrates, 1949, S. 1703.

¹⁶¹ ebenda, 1950, S. 2313.

¹⁶² ebenda, 1951, S. 3188.

¹⁶³ ebenda, S. 3257.

Schülern besucht werden soll, welche das Lehrziel der sechsten Klasse erreicht haben. Die eine Abteilung, als Realschule bezeichnet, entspricht der bisherigen Sekundarschule, die andere, Werkschule genannt, soll eine Neuschöpfung sein und ebenbürtig an die Seite der Realschule treten. Der Aufbau der beiden Schultypen beruht auf der Annahme, daß sich die Schüler am Ende der Primarschulzeit zu scheiden beginnen in solche, die mehr intellektuell und in solche, die mehr praktisch begabt sind.¹⁶⁴ Die ersten werden der Realschule zugeteilt, die ihren Unterricht in der Art der bisherigen Sekundarschule gestaltet, ihre Schüler auf das Berufsleben vorbereitet und auch den Anschluß an die Mittelschulen herstellt. Die Werkschule dagegen soll den Stoff vorwiegend aus dem unmittelbaren Erlebnis- und Gedankenkreis der Schüler entnehmen, sie zu selbständiger Tätigkeit und Erarbeitung anleiten und ihren Unterricht in die praktische Arbeit in Schulküche, Werkstatt und Garten verweben. Ein einfacher Französischunterricht soll dazu beitragen, den Gesichtskreis der Schüler zu erweitern und durch Ergänzungsunterricht soll auch der Anschluß an die kaufmännischen Berufsschulen hergestellt werden. Geschaffen aus vorwiegend sozialen Ueberlegungen heraus, soll die Werkschule einem großen Teil der Schüler, die bis anhin in der Primaroberstufe in ihrer Ausbildung zu kurz kamen, eine ihrer andersgearteten Begabung entsprechende, derjenigen der Realschule aber gleichwertige Bildung erhalten, mit deren Hilfe ihnen ein besseres Fortkommen im Leben ermöglicht werden sollte.

Hart umstritten war das Obligatorium des neunten Schuljahres. Hatte sich durch verschiedene Phasen des Werdeganges hindurch dieses erhalten können, so beschloß der Kantonsrat in der zweiten Lesung, aus Rücksicht auf die bäuerliche Bevölkerung bei der Schulpflicht von acht Jahren zu bleiben, den Gemeinden es aber einerseits anheimzustellen, das Obligatorium eines neunten Schuljahres einzuführen, sie anderseits dazu zu verpflichten, den Schülern die Gelegenheit zu bieten, ein solches besuchen zu können. Als neuralgischer Punkt erwies sich auch die Zweckbestimmung der Volksschule, die im Gegensatz zum Gesetz

¹⁶⁴ Weisung des Regierungsrates, Amtsblatt, 1947, S. 109.

von 1899, wieder aufgenommen worden war. Nach zähen Kämpfen und ausgiebigen Religionsgesprächen, die im Rathaus an der Limmat sonst eine Seltenheit geworden sind, setzte sich schließlich eine Zweckbestimmung mit religiöser Komponente durch:

Art. 1. Die Volksschule ist die vom Staate errichtete gemeinsame Bildungs- und Erziehungsstätte der im Kanton Zürich niedergelassenen Kinder. Sie fördert in Verbindung mit dem Elternhaus die harmonische, geistige, seelische und körperliche Ausbildung der Kinder, um sie zu selbständig denkenden Menschen und zu vor Gott und den Menschen verantwortungsbewußten Gliedern des Volkes zu erziehen.

Viel mehr als bei der Beratung des Gesetzes von 1899 wurde überhaupt um die religiösen Belange gekämpft, indem die Repräsentanten des katholischen Bevölkerungsteiles sich einerseits bemühten, den ihren Kindern erteilten Religionsunterricht im Stundenplan der Volksschule zu verankern, anderseits aber versuchten, staatliche Subsidien für ihre konfessionellen Schulen zu erhalten. Diesen Bemühungen war aber nur ein kleiner Erfolg beschieden, indem künftig auch diese Schüler der Wohltat der unentgeltlichen schulärztlichen Betreuung teilhaftig werden sollen. Im Verbot der Körperstrafe war von der kantonsrätlichen Kommission ein Gedanke des Sieber'schen Unterrichtsgesetzes aufgegriffen worden, doch wurde es schließlich vom Kantonsrat in die Formulierung gemildert, diese „sei zu vermeiden“. Ein altes Leitmotiv der zürcherischen Volksschulgesetzgebung findet sich auch in den Bestimmungen über die Wahlart der Lehrer, indem die gegenwärtige Vorlage die Neuerung enthält, daß in Gemeinden über 10 000 Einwohner die Erneuerungswahl den Schulbehörden übertragen werden kann. Als letzter Punkt sei erwähnt, daß in Ermangelung einer Verwaltungsgerichtsbarkeit, die in unserem Kanton immer noch auf sich warten läßt, die Behörden es für tunlich fanden, in einem ausführlich gehaltenen Abschnitt das Disziplinarwesen für die Lehrerschaft zu regeln.

Betrachtet man nun die neueste Vorlage eines Volksschulgesetzes vom Standpunkt der zürcherischen Schulgesetzgeschichte aus, so ist unschwer zu erkennen, daß sie eine Reihe von Problemen zu regeln versucht, die von jeher zu den strittigen Punkten

der Schulgesetzgebung gehörten. Es sind dies, um nur die wichtigsten zu nennen, die religiösen Fragen, der Ausbau der Volksschule nach oben und die korporative Stellung der Lehrerschaft. Neue Wege zu beschreiten versucht der Gesetzesentwurf eigentlich nur in einem Punkt, der Neugestaltung der obersten Stufe der Volksschule. Dabei bleibt, außer der Namensänderung, für die Sekundarschule eigentlich alles beim alten, denn die Hoffnung, diese werde von einem Teil der Schüler, die sie bis anhin belasteten, befreit, ist eigentlich nur sehr vage. Die ganze Aufmerksamkeit der Schöpfer des Gesetzes aber wurde der Gestaltung der Werkschule zugewendet und hier ist man allerdings sehr sorgfältig vorgegangen, wurde doch der neue Schultypus seit einer Reihe von Jahren in den sogenannten Versuchsklassen erprobt, die denn auch recht ermutigende Resultate erzielten.

Noch hat das Gesetz, außer der redaktionellen Lesung, die am schwersten zu umfahrende Klippe, die Volksabstimmung, zu passieren und es sind in dieser Beziehung eigentlich wenige zuversichtliche Stimmen zu vernehmen. Falle diese nun aus wie sie wolle, ein Punkt, die Reform der obersten Stufe der Volksschule, muß in nächster Zeit verwirklicht werden können, soll die zürcherische Volksschule ihre Aufgabe, Trägerin der allgemeinen Volksbildung zu sein, weiterhin befriedigend erfüllen können.

c) Besinnung. Die Zürcherschule, Staatsschule oder Volksschule?

Ueberblickt man die 120 Jahre zürcherischer Schulgesetzgeschichte, so zeichnen sich deutlich drei Einflußsphären ab, die außer den der Schule selber innewohnenden Kräften das Gesicht der zürcherischen Volksschule bestimmten. Es sind dies die Kirche, die Wirtschaft und die Politik.

Der Vorrang gebührt, geschichtlich gesehen, der Kirche und die Volksschule ist recht eigentlich ein Kind derselben. Die Trennung von Kirche und Schule und die Unterstellung der letzteren unter die Aufsicht von eigens dafür geschaffenen, staatlichen Aufsichtsorganen drückte darum auch dem ersten Jahrzehnt der zürcherischen Schulgeschichte den Stempel auf. Verhältnis-

mäßig rasch aber wußte sich die Kirche der neuen Situation anzupassen, indem sie einerseits sich mit dem Verlust der Herrschaft über die Schule abfand, anderseits aber unermüdlich diejenigen Positionen verteidigte, die ihr in den wechselvollen Kämpfen um die Schule noch geblieben waren. Als solche sind zu nennen die christliche Grundlage der Schule und die eigentliche kirchliche Domäne, der Religionsunterricht.

Eindeutig war die christliche Grundlage der Volksschule in den beiden Unterrichtsgesetzen von 1832 und 1859 festgelegt, wurde doch durch deren Zweckparagrafen bestimmt, die Kinder seien zu „geistig-tätigen, bürgerlich-brauchbaren und sittlich-religiösen Menschen“ heranzubilden.¹⁶⁵ Einen schweren Einbruch erleidet sie aber durch das Volksschulgesetz von 1899, bei dem aus Opportunitätsgründen auf die Formulierung eines Zweckparagrafen überhaupt verzichtet wurde, wobei eine Zweckbestimmung der Schule dann in den Lehrplan von 1905 aufgenommen wurde, aber ohne jede religiöse Komponente.¹⁶⁶ Es ist dabei zu beachten, daß dieser letzteren Zweckbestimmung nicht das gleiche Gewicht zukommt, da sie nicht im Gesetz selber steht und darum nicht vom Volke sanktioniert wurde. Daß sie möglicherweise auch nicht endgültig ist, beweist die neueste Vorlage eines Volksschulgesetzes, denn es ist den christlichen Kreisen unserer Bevölkerung gelungen, erneut eine religiöse Komponente im Zweckparagrafen zu verankern durch die Formulierung, daß die Kinder zu „vor Gott und den Menschen verantwortungsbewußten Gliedern des Volkes“ erzogen werden sollen.¹⁶⁷ Sollte sich das Volksschulgesetz nicht durchsetzen und eine neue Vorlage keine religiöse Komponente in der Zielsetzung der Volksschule mehr enthalten, so bleiben noch einige letzte, gesetzliche Stützpunkte des christlichen Glaubens, die für das ganze Staatswesen und somit auch für die Schule Gültigkeit haben. Es ist dies einmal die Präambel der Bundesverfassung mit den Worten: „Im Namen Gottes des Allmächtigen.“¹⁶⁸ Im weitern wird in der Staatsver-

¹⁶⁵ Unterrichtsgesetz vom 28. Sept. 1832, Art. 1.
Unterrichtsgesetz vom 23. Dez. 1859, Art. 1.

¹⁶⁶ Siehe S. 219.

¹⁶⁷ Siehe S. 233.

¹⁶⁸ Schweiz. Bundesverfassung vom 29. Mai 1874, Präambel.

fassung des Kantons Zürich die evangelische Kirche als Landeskirche anerkannt und unter die Oberaufsicht des Staates gestellt¹⁶⁹, dem Regierungsrat wird als Pflicht und Befugnis die Aufsicht über das Kirchenwesen übertragen¹⁷⁰ und schließlich bestimmt die Verfassung, daß der Staat die Geistlichen zu besolden habe.¹⁷¹ Allerdings fehlt es nicht an gesetzlichen Bestimmungen, die die christliche Grundlage der Volksschule gefährden könnten, vor allem der Artikel 27 der Bundesverfassung:

„Die öffentlichen Schulen sollen von den Angehörigen aller Bekenntnisse ohne Beeinträchtigung ihrer Glaubens- und Gewissensfreiheit besucht werden können.»¹⁷²

Aus dieser Bestimmung geht zunächst einmal eindeutig die Vorschrift hervor, daß die Volksschule konfessionell neutral sein muß. Ob aber darüber hinaus auch die Vorschrift der religiösen Neutralität der Volksschule abgeleitet werden kann, ist eine umstrittene Frage. Die christlichen Kreise verneinen es, indem sie auf das Wort „Bekenntnis“ hinweisen und es als „christliches Bekenntnis“ interpretieren und sich im übrigen auf die bereits erwähnte Anerkennung der christlichen Konfession in der Bundes- und Kantonsverfassung stützen.¹⁷³ Die Befürworter der religiösen Neutralität der Volksschule dagegen rufen als Kronzeuge den Artikel 49 der Bundesverfassung an, der die Glaubens- und Gewissensfreiheit stipuliert, wobei auch in Artikel 27 diese ausdrücklich noch einmal erwähnt wird.

Gleichermaßen im Brennpunkt des öffentlichen Interesses stand und steht der Religionsunterricht. Die Lösung, daß bis zur sechsten Klasse der Religionsunterricht vom Klassenlehrer, in den oberen Klassen aber für die Kinder reformierter Eltern vom Geistlichen der Landeskirche zu erteilen ist, stellt wahrscheinlich die unter den gegebenen Umständen bestmögliche Lösung dieses schwierigen Problems dar. Daß sie aber auch Nachteile hat, kann wohl nicht bestritten werden. Von katholischen Kreisen wird

¹⁶⁹ Verfassung des eidg. Standes Zürich vom 18. April 1869, Art. 63.

¹⁷⁰ ebenda, Art. 40.

¹⁷¹ ebenda, Art. 64.

¹⁷² Schweiz. Bundesverfassung, Art. 27, Absatz 3.

¹⁷³ F. Wittwer, Staatsschule und freie Schule, Schweiz. Evangelisches Schulblatt, 1947, No. 13/14, S. 199.

der Anspruch angemeldet, ihren Religionsunterricht in den oberen Klassen ebenfalls in den Schulplan einzubauen. Sollte dies aber bewilligt werden, so ist zu erwarten, daß weitere Begehren aus andern kirchlichen Kreisen folgen. Ebenso aber hat der Religionsunterricht der ersten bis zur sechsten Klasse seine Crux, erweist sich doch die Vorschrift, daß ein konfessionell-neutraler Religionsunterricht zu erteilen sei, als etwas Fragwürdiges, denn von kirchlicher Seite her werden immer wieder Zweifel geäußert, ob ein konfessionell-neutraler christlicher Religionsunterricht auf die Dauer überhaupt möglich sei und ob eine christliche Schule ohne lebendige Verbindung mit der Kirche auf die Dauer überhaupt bestehen könne.¹⁷⁴ Wenn nun aus all dem Gesagten der Schluß gezogen werden muß, die Beziehungen zwischen Kirche und Schule seien auch heute noch nicht endgültig geklärt, so steht doch unzweifelhaft fest, daß heute wie vor hundert Jahren die Kirche einen regen Anteil am Leben der Volksschule nimmt und daß diese Auseinandersetzungen dazu beitragen, daß beide, Kirche und Schule, lebendig bleiben.

Von ganz anderer Art, aber nicht weniger intensiv, war und ist der Einfluß der Wirtschaft auf die Volksschule. Ging es bei der Kirche um eine mehr oder weniger konstante Linie der Verteidigung gewisser Positionen, so vollzogen sich in der Einwirkung der Wirtschaft auf die Volksschule im Laufe der Jahre mehrere bedeutsame Wandlungen. Wir erinnern daran, daß bis gegen das Ende der fünfziger Jahre die Industrie sich als Haupthindernis dem Ausbau der Schulpflicht in den Weg stellte, indem sie geltend machte, sie sei nicht mehr existenzfähig, wenn sie die Jugend noch vermehrt an die Schule abgeben müsse.¹⁷⁵ In den sechziger Jahren aber erfolgte der Durchbruch zum gegenteiligen Standpunkt, setzte sich doch der Gedanke durch, vermittels der Schulbildung könne die „Produktionskraft des Landes“ gehoben werden.¹⁷⁶ Derart ausgerichtet auf ein materielles Ziel, trug die Wirtschaft nicht wenig dazu bei, daß die Wissensvermittlung durch die Volksschule noch mehr in den Vordergrund

¹⁷⁴ ebenda, S. 200. Vergl. hiezu auch S. 139.

¹⁷⁵ Vergl. hiezu S. 111.

¹⁷⁶ ebenda.

gerückt wurde und sich dadurch der Charakter der Zürcher Schule als Lernschule, den sie schon seit Scherr getragen hatte, noch stärker ausprägte. Außerdem sind einige unerfreuliche Erscheinungen in der Entwicklung der Volksschule, wie zum Beispiel die Verkümmern der obersten Stufe der Primarschule, fast ausschließlich auf das Konto der Wirtschaft zu schreiben.¹⁷⁷ Nun hat sich aber in der Einstellung der Wirtschaft gegenüber der Schule in der jüngsten Zeit ein erneuter, bemerkenswerter Wandel vollzogen, was an Äußerungen zweier maßgebender schweizerischer Industrieführer gezeigt werden soll. In einem Vortrag „Jugbildung und Volkswirtschaft“, den R. F. Schild-Comtesse, Direktor der Eterna-Werke in Biel, am schweizerischen Lehrertag 1947 in Solothurn hielt, führte der Vortragende aus, die Volksschule habe in zwei Beziehungen versagt: Sie entlasse die Jugend „manuell schlecht vorbereitet und charakterlich ebenfalls schlecht gerüstet“.¹⁷⁸ Die gleichen Gedankengänge finden sich in einem Vortrag von Dr. h. c. Max Schießer, Direktor der Firma Brown-Boveri & Co., Baden, der am schweizerischen Lehrertag 1949 in Zürich gehalten wurde. Unter dem Titel „Die Bedeutung der Schule für Volk, Staat und Wirtschaft“ führte Dr. Schießer unter anderem aus:

„Lehren und Erziehen: Welcher von beiden muß das Primat zukommen? Meine Lebenserfahrung läßt zum mindesten eine solche Fragestellung zu. Wir machen in unseren Betrieben ganz allgemein die Erfahrung, daß wir höchst selten Fehler und Schwierigkeiten haben wegen ungenügenden Wissens und Könnens, daß wir aber immer wieder den allergrößten Schwierigkeiten gegenüberstehen, wenn wir Persönlichkeiten brauchen, die viele Arbeiten zugleich entscheidend führen und überwachen können, und die die nötige Veranlagung haben, Menschen selbstlos, gerecht und menschlich zu führen, und zwar so zu führen, daß Arbeit zur Freude wird und der Initiative und der schöpferischen Gestaltung Raum gibt. Das Wissen und Können wird hier zur Voraus-

¹⁷⁷ Vergl. hiezu S. 225.

¹⁷⁸ F. R. Schild-Comtesse, Jugendbildung und Volkswirtschaft, Vortrag, Schweiz. Lehrerzeitung, 1947, No. 37.

setzung und die Charaktereigenschaften zum entscheidenden Faktor.“¹⁷⁹

Wenn damit von einsichtigen, maßgebenden Vertretern der Wirtschaft versucht wird, eine Aenderung in der Zielsetzung der Volksschule herbeizuführen, so befinden sie sich in Einklang mit vielen Vertretern der Volksschule selber, die längst nach der Abkehr von der einseitigen Betonung der Wissensvermittlung riefen und der Charakterbildung und der Ausbildung der Hand den ihnen gebührenden Platz in der Volksschule verschaffen wollten.

Wohl den stärksten Einfluß aber hat die P o l i t i k in den vergangenen 120 Jahren auf die Volksschule auszuüben vermocht. Mit der Unterstellung unter die staatliche Aufsicht, die Hand in Hand mit dem Ausbau der politischen Rechte der Bürger ging, wurde die Volksschule zu einem eigentlichen Politikum. Dabei sind wiederum verschiedenartige Bestrebungen zu erkennen, unter welchen hier als wichtigste die staatspolitischen und die sozialen genannt sein sollen.

Die staatspolitischen Postulate standen im Vordergrund bei der Entstehung der Volksschule zur Zeit der Regeneration. Es ging den Schöpfern der Schule vor allem einmal darum, durch „Volksbildung“ die „Volksbefreiung“ herbeizuführen¹⁸⁰, wobei immerhin auch der soziale Gedanke, die Kinder aller Volksklassen gemeinsam auszubilden, lebendig war. Hand in Hand mit der Entwicklung unseres Staatswesens zum Sozialstaat erfolgte die Verschiebung des Akzentes zugunsten der sozialen Postulate. Als Träger des Ausgleichs zwischen begüterten und unbegüterten Klassen erlangte vor allem der Staat dabei eine immer größere Machtfülle und da ihm auch auf dem Gebiete des Volksschulwesens immer neue Aufgaben übertragen wurden, so kam es schließlich dazu, daß die Volksschule da und dort in der öffentlichen Diskussion als „Staatsschule“ bezeichnet wurde. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß dieser Begriffsbildung, so harmlos sie an und für sich ist, eine inhaltsschwere Bedeutung zukommen kann, sobald ihm eine bestimmte Interpretation verliehen wird.

¹⁷⁹ Max Schießer, Die Bedeutung der Schule für Volk, Staat und Wirtschaft, Separatabdruck, Zürich 1949.

¹⁸⁰ Vergl. hiezu S. 53.

Die Staatsschule ist aufs engste verknüpft mit dem Wesen des Staates, dem sie unterstellt ist.

Man nehme einmal als Beispiel die Staatsschule eines totalitären Staates. Um die ihr vom Staate vorgeschriebene Aufgabe erfüllen zu können, hat diese eine zentrale Leitung, einen streng durchgebildeten hierarchischen Aufbau und in der Regel einen militärischen Zuschnitt. Der Lehrer ist ein Beamter des Staates, eng eingespannt in dessen Beamtenhierarchie; er untersteht einer Fachaufsicht, die in enger Verbindung mit der staatlichen Machtspitze steht und nur dieser, aber niemals der Oeffentlichkeit Rechenschaft abzulegen hat. In seiner Lehrweise ist der Lehrer nicht frei, sondern verpflichtet auf eine ihm vom Staate vorgeschriebene Weltanschauung. Oberstes Ziel der Schule ist, die heranwachsende Jugend zum gehorsamen, geistig uniformen Staatsvolk zu erziehen, das sich bedingungslos zu einer vorgeschriebenen Ideologie bekennt. Es fehlte dabei auch nicht an praktischen Versuchen, durch das Mittel der Schule die jungen Menschen bis in den hintersten Winkel der Seele planmäßig zu normieren.

Auf dem Hintergrund dieses Beispiels einer möglichen Form der Staatsschule hebt sich nun umso deutlicher der Charakter unserer Volksschule ab. Abgesehen davon, daß im freien Spiel der Kräfte die Einflüsse von Kirche, Wirtschaft und Politik auf sie einwirken, ist sie in erster Linie einmal Gemeindeschule und es ist die Gemeinde, die ihr das entscheidende Gepräge gibt.¹⁸² Die Gemeinde wählt die Lehrer, bestimmt durch das Mittel der Gemeindegeldumlage die Höhe der Entlohnung derselben und bewilligt die Mittel, die die Schule benötigt. Als erstes Aufsichtsorgan wacht die Gemeindeschulpflege über die Schule, sorgt verantwortlich für ein reibungsloses Funktionieren derselben und besorgt auch deren ökonomische Verwaltung. Gleich wie in der dörflichen Gemeinde das Schulhaus vielfach den Mittelpunkt des kulturellen Lebens darstellt, so steht auch die Schule, die sie beherbergt, mitten im öffentlichen Leben der Gemeinde. Ueber das Zwischenglied der Bezirksschulpflege aber übt der Staat erst in dritter Linie die Aufsicht aus über die Schule. Es ist nun nicht

¹⁸¹ Vergl. hiezu F. Wittwer, Staatsschule und freie Schule.

zu bestreiten, daß auch in der Hand des Staates eine hohe Machtfülle in bezug auf das Schulwesen vereinigt ist. Wir nennen hier neben der allgemeinen Aufsicht, die er als höchste Instanz ausübt, die Lehrerbildung und die Finanzierung der Schule, in die sich der Staat mit den Gemeinden teilt. In all diesen Funktionen sind die staatlichen Organe aber keineswegs autonom, denn sie üben sie nur im Namen des Volkes aus und sind diesem in allen Belangen Rechenschaft schuldig. Als hervorragendes Mittel erweist sich dabei die Gesetzgebung, die ebenfalls dem obligatorischen Referendum unterliegt. Wenn es bei uns auch zutreffen sollte, daß der Staat nach Macht über die Schule strebt, so liegt dies weder an der Verfassung noch an den Gesetzen, sondern am Hüter derselben, am Souverän. Daß dieser aber empfindlich auf Machtansprüche seitens des Staates reagiert, die er zu weitgehend findet, dafür mag als Beispiel der Staatsverlag der Lehrmittel und die Haltung des Volkes gegenüber einem neuen Volksschulgesetz in den achtziger Jahren dienen. Dies beweist mit aller Deutlichkeit, daß das Volk die öffentlichen Schulen des Kantons als seine Schulen betrachtet. Wenn bei uns die Bezeichnung „Staatsschule“ ebenfalls eine gewisse Berechtigung hat, so dann, wenn sie den Gegensatz zur früheren Schule, der Kirchenschule, ausdrücken will. Noch aber ist der Ausdruck „Staatsschule“ nirgends in der Gesetzgebung verwendet und man hüte sich, ihn gedankenlos zu gebrauchen, denn er ist vieldeutig und geeignet, falsche Vorstellungen zu erwecken. Für alle, denen die Zürcher Schule ein Hort der Freiheit, der gegenseitigen Achtung und Toleranz bedeutet, gilt es, das Bewußtsein lebendig zu erhalten, daß sie es nur solange sein kann, als sie eine echte Volksschule ist.

Bibliographie

A. Quellen

1. Amtliche Quellen

(Die Signaturen beziehen sich auf das Staatsarchiv Zürich)

a) U n g e d r u c k t e

Schulgesetzgebung. Akten, Allgemeines, Gutachten, Vorschläge, Entwürfe, Petitionen, Eingaben. 1803—1849. U 5.

Revision der Schulgesetzgebung. Akten, Gutachten, Petitionen, Berichte, Eingaben, Wünsche, Protokolle von Expertenkommissionen. 1850—1928. U 6—8.

Akten zum Protokoll der Erziehungsdirektion. Unterrichts- und Volksschulwesen. Gesetze, Verordnungen, Kreisschreiben. 1926—1941. U 150—165.

Gesetzgebung, die Sekundarschule allein betreffend. 1833—1877. U 43.
Gesetzesentwürfe, Akten und Protokolle zum Vereinigungsgesetz von 1891. M 14g 6.

Eingaben zum Entwurf des Erziehungsrates vom 16. Juli 1896. M 14g 10.
Jahresberichte der Bezirksschulpflegen. 1832— . U 30a.

Protokolle der zweiten Sektion des Erziehungsrates. 1831—1850. UU 4/1.
Protokolle des Erziehungsrates. 1831—1850. UU 1.

Protokolle der Erziehungsdirektion. 1850—1889. UU 2.

Protokolle des Regierungsrates. 1831—1887. MM 2.

Protokolle des Großen Rates. 1832—1868. MM 24.

Protokolle des Kantonsrates. 1869—1875. MM 24.

Protokolle der Kommissionen des Kantonsrates. 1869— . M 14g 10.

Protokolle der zürcherischen Schulsynode. 1834— . UU 5—5d.

b) G e d r u c k t e

Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 29. Mai 1874.

Bundesblatt der Schweizerischen Eidgenossenschaft. 1849— . I AAc 1.
Staatsverfassung für den Eidgenössischen Stand Zürich vom 10. März 1831.

Verfassung des Eidgenössischen Standes Zürich vom 18. April 1869.
 Verhandlungsprotokoll der für die Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes vom Verfassungsrate niedergesetzten fünfunddreißiger Kommission. 1868/69. III AAa 1. (zit.: V.Prot.).
 Verhandlungen des Verfassungsrates. 1868/69. III AAa 1. (zit.: V.Prot.).
 Zusammenstellung der Beschlüsse und Uebersichten des Verfassungsrates. 1868/69. III AAa 2 (zit.: B.Prot.).
 Unterrichtsgesetze und Entwürfe, Abänderungsanträge, Abhandlungen. 1801—1859. III Ea 1.
 Unterrichtsgesetze und Entwürfe, Eingaben und Petitionen. 1866— . III Ea 2.
 Volksschulwesen. Gesetzesentwürfe, Anträge und Vernehmlassungen. 1874— . III Eb 2.
 Die Gesetze und Verordnungen des Kantons Zürich betreffend das Unterrichtswesen. III EEa 4 und 7—10.
 Sammlung der Gesetze, Reglemente, Verordnungen und Beschlüsse über das zürcherische Volksschulwesen. 1839— . III EEb 3—10.
 Akten zum Protokoll der Erziehungsdirektion. Unterrichts- und Volksschulwesen. Gesetze, Verordnungen, Kreisschreiben. 1926—1941. U 150—165.
 Zusammenstellung der Abänderungsanträge und Petitionen zu dem Gesetzesentwurf betreffend das Unterrichtswesen. 1871/72. III EEa 6.
 Gesetzesentwürfe, Akten und Protokolle zum Vereinigungsgesetz von 1891. M 14g 6.
 Jahresberichte der Erziehungsdirektion. In: Rechenschaftsberichte des Regierungsrates. 1831— . III AAb 1.
 Berichte über die Verhandlungen der zürcherischen Schulsynode. 1834— . III EEb 1.
 Protokolle der Erziehungsdirektion. 1889— . UU 2.
 Protokolle des Regierungsrates. 1887— . MM 3.
 Auszüge aus dem Protokoll über die Verhandlungen des zürcherischen Kantonsrates. 1875—1899. (unvollständig) III AAg 1.
 Protokolle des Kantonsrates. 1875— . III AAg 1.
 Regierungsetats des Kantons Zürich. 1832— . III AAf 1.
 Amtsblatt des Kantons Zürich. 1834— . III AAf 2.
 Amtliches Schulblatt des Kantons Zürich. 1886— . EEa 9.

2. Nicht amtliche Quellen

«Annehmen oder verwerfen?» Eine Ansprache an das zürcherische Volk.
 Flugschrift. Zürich 1869.
 Beyel, Johann Heinrich: «Ueber das Volksschulwesen des Kantons Zürich.»
 Zürich 1839.

- «Ein Wort über die zürcherische Volksschule.» Eingabe der Zürcher Sektion des Eidgenössischen Vereins. Zürich 1889.
- Dubs, Jakob: «Ein Beitrag zur Würdigung der sogenannten demokratischen Bewegung des Jahres 1854.» Winterthur 1854.
- «Die schweizerische Demokratie in ihrer Fortentwicklung.» Zürich 1868.
- Gräfe, D. H.: «Ignaz Thomas Scherr und die zürcherische Schulreform». Darmstadt 1840.
- Hartmann, Max: «Kampf um die Schule». Separatdruck aus der Neuen Zürcher Zeitung. Zürich 1920.
- Hirzel, Caspar Melchior: «Wünsche zur Verbesserung der Landschulen des Kantons Zürich.» Zürich 1829.
- Hottinger, Johann Jakob: «Bericht über den Zustand des Landschulwesens im Kanton Zürich.» Zürich 1830.
- Huber, Karl: «Sozialismus und Erziehung.» Sozialdemokratische Vorschläge für die Revision des Unterrichtsgesetzes des Kantons Zürich. Zürich 1923.
- «Ja oder Nein?» Flugschrift zur Verfassungsrevision von 1869. Zürich 1869.
- Keller, Konrad: «Die Bauernsklaven der Neuzeit oder die Bauern im Kampfe mit den Federhelden.» Programmschrift des Bauernbundes. Zürich 1889.
- Nägeli, Hans Georg: «Pädagogisches Memorial.» Zürich 1831.
- «Pädagogische Rede». Zürich 1830.
- «Abgenötigte Verteidigung» (Flugblatt). Zürich 1832.
- «Umriß der Erziehungsaufgabe.» Zürich 1832.
- «Politisches Jahrbuch der Schweizerischen Eidgenossenschaft.» Herausgegeben von Carl Hilty. Jahrgang 1890. Bern 1890.
- Scherr, Ignaz Thomas: «Ansichten über den Zustand des Volksschulwesens im Kanton Zürich.» Zürich 1831. (zit.: Scherr, Ansichten.).
- «Ueber Bildungsstufen, Lehrkurse, Verteilung der Unterrichtsstoffes, Klasseneinteilung und gleichzeitige Klassenbeschäftigung in der Volksschule». Zürich 1833.
- «Entwurf eines allgemeinen Unterrichtsplanes für die Primarschulen des Kantons Zürich». 2. Auflage. Zürich 1836.
- «Meine Beobachtungen, Bestrebungen und Schicksale während meines Aufenthaltes im Kanton Zürich vom Jahre 1825 bis 1839». 3 Hefte, St. Gallen 1840.
(zit.: Scherr, Meine Beobachtungen und Schicksale).
- «Handbuch der Pädagogik». 5 Bde. Zürich 1843/47.
(zit.: Scherr, Handbuch).
- «Die Notwendigkeit einer vollständigen Organisation der allgemeinen Volksschule; hergeleitet aus der zweckwidrigen Be-

schränkung des Unterrichtes auf die Jahre der Kindheit und aus der unzureichenden Fortentwicklung der Kinderschule auf ein edleres Volksleben.» Zürich und Winterthur. 1842.
(zit.: Scherr, Notwendigkeit einer vollst. Organisation der Volksschule).

- «Kritik der allerneuesten Vorschläge zur Revision des zürcherischen Volksschulwesens.» Frauenfeld 1856.
(zit.: Kritik der allerneuesten Vorschläge).

Schießer, Max: «Die Bedeutung der Schule für Volk, Staat und Wirtschaft.» Schriften des Schweiz. Lehrervereins No. 27. Zürich 1949.

Schild-Comtesse, F. R.: «Jugendbildung und Volkswirtschaft.» Vortrag. Schweiz. Lehrerzeitung 1947. No. 37.

«Schule für das Volk.» Entwurf zu einem neuen Gesetz über die Volksschule. Ausgearbeitet durch eine Fachkommission der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich. Zürich 1943.

«Sendschreiben des Bauernbundes an die zürcherische Wählerschaft.» Beilage zum «Bauernbund». Zürich 1891.

Sieber, Johann Caspar: «Ein neues Schulgesetz». Separatdruck aus der «Zürcher Samstagszeitung.» Zürich 1871.

Snell, Ludwig: «Entwurf einer Verfassung nach dem reinen und ächten Repräsentationssystem.» Zürich 1831.

- «Der Geist der neuen Volksschule in der Schweiz.» Zürich 1840.

(Snell, Ludwig): «Briefe an Dr. Ludwig Snell.» Abgedruckt in der «Zürcher Post» 1900.

Treichler, Johann Jakob: «Frühschriften.» Herausgegeben von Adolf Streuli. Zürich 1943.

«Uster-Memorial, das.» Unterzeichnet am 24. November 1830.

«Verhandlungen des Großen Rates des Cantons Zürich.» 1831—1847. Gedrucktes, nicht amtliches Verhandlungsprotokoll, unvollständig.
(zit.: Verhandlungen des Großen Rates).

Wettstein, Heinrich: «Rede zur fünfzigjährigen Gründungsfeier des Lehrerseminars des Kantons Zürich.» Zürich 1882.

3. Zeitungen

Andelfinger Zeitung. 1864—

Appenzeller Zeitung. (1830)—1856.

Bülach-Regensberger Wochenzeitung. 1855—1859. 1863—1872.

Bülach-Dielsdorfer Wochenzeitung. 1872—1949.

Der Bauernbund. Organ des zürcherischen Bauernbundes. 1891—1904.

Der Landbote. 1836—

Der Pädagogische Beobachter im Kanton Zürich. 1875—1881.

Der Pädagogische Beobachter im Kanton Zürich. Beilage zur Schweizerischen Lehrerzeitung. 1906— .
 Der Schulfreund. Pädagogisches Wochenblatt für die Ostschweiz. 1858—1860.
 Der Unabhängige. 1865—1868.
 Der Weinländer. 1867—1885. 1897— .
 Die Tagwacht. 1870— .
 Freitagszeitung. (1830)—1914.
 Neues Schweizerisches Volksblatt. 1851—1854.
 Neue Zürcher Nachrichten. 1904— .
 Neue Zürcher Zeitung. (1830)— .
 Schweizerblätter, Organ des Eidgenössischen Vereins. 1883—1897.
 Schweizerische Lehrerzeitung 1855— .
 Schweizerischer Republikaner. 1831—1851.
 Schweizerische Schulstimmen. 1856—1857.
 Schweizerische Schulzeitung. 1850—1855.
 Volksblatt des Bezirkes Zürich. 1869—1873.
 Volksrecht. 1898— .
 Volkszeitung für das zürcherische Oberland. 1869—1928.
 Wochenblatt des Bezirkes Meilen. 1851—1860. 1863—1906.
 Wochenblatt des Bezirkes Pfäffikon. 1858—1863, 1866—1877.
 Zürcher Nachrichten. 1896—1904.
 Zürcher Presse. 1871—1875.

B. Darstellungen

- Ammann, Jakob: «Der zürcherische Bauernbund, 1891—1904.»
 Diss. Zürich 1925.
- Curti, Theodor: «Geschichte der schweizerischen Volksgesetzgebung».
 2 Bde. Zürich 1882.
- Dändliker, Carl: «Geschichte der Stadt und des Kantons Zürich.»
 3 Bde. Zürich 1908/12.
- «Der Ustertag und die politische Bewegung der dreißiger Jahre
 im Kanton Zürich.» Zürich 1881.
 (zit.: Dändliker, Ustertag).
- «Die zürcherischen Schulen seit der Regeneration.» Festschrift zur Jahrhundertfeier, herausgegeben vom Erziehungsrat. 3 Bde. Zürich 1933/38.
 1. Band: Volksschule und Lehrerbildung. 1832 — 1932. (zit.
 «Festschrift»).
- «Dr. Jakob Dubs. Ein schweizerischer Republikaner.» Eine Volksschrift.
 Zürich 1880.

- Ernst, Heinrich: «Hundert Jahre zürcherische Sekundarschule.»
Zürich 1929.
- Frey, Arthur: «Bedeutung und Aufgabe der schweizerischen Sekundarschule.» Jahrbuch der ostschweiz. Sekundarlehrerkonferenzen
1946.
- Gagliardi, Ernst: «Geschichte der Schweiz.» 2 Bde. Zürich 1937.
- «Alfred Escher. Vier Jahrzehnte neuerer Schweizergeschichte.»
Frauenfeld 1919.
(zit.: Gagliardi, Alfred Escher).
- Gaßmann, Emil: «Seminardirektor Heinrich Wettstein.»
Winterthur 1931.
- «Geschichte der Zürcher Stadtvereinigung von 1893.» Zürich 1912.
- Greiner, Martha: «Der Wandel des Verhältnisses von Staat und Kirche
zur Volksschule des Kantons Zürich.» Diss. Olten 1933.
- Greulich, Herman: «Die Revolution des Bürgertums und der Befreiungskampf der arbeitenden Klasse.» Zürich 1895.
- Gridazzi, Mario: «Die Entwicklung der sozialistischen Ideen in der
Schweiz.» Diss. Zürich 1935.
- Grob, Caspar: «Das neue Volksschulgesetz im Kanton Zürich.» Separatdruck aus «Schweizer Blätter für Wirtschafts- und Sozialpolitik.» Zürich 1899.
- Guggenbühl, Gottfried: «Zur Erinnerung an den Tag von Uster.»
Zürich 1930.
- «Das Erbe der Regeneration.» In: Kultur- und staatswissenschaftliche Schriften der E. T. H. No. 4. Aarau 1932.
- «Hundert Jahre zürcherische Volksherrschaft.» Zürich 1933.
- «Der Landbote. Hundert Jahre Politik im Spiegel der Presse.»
Winterthur 1936.
(zit.: Guggenbühl, Landbote).
- Hartmann, Max: «Geist und Kraft unserer Volksschule.» Zürich 1930.
- «Kampf um die Schule.» Separatabdruck aus der Neuen Zürcher Zeitung. Zürich 1920.
- «Die Schule vor und nach dem Ustertag.» Päd. Beobachter im Kanton Zürich. 1932. No. 8—10.
- «Eine Jubiläumsausgabe der zürcherischen Behörden.» Zürich 1934.
- (Heeb, Friedrich: «Aus der Geschichte der Zürcher Arbeiterbewegung.»
Denkschrift zum fünfzigjährigen Jubiläum des Volksrechts,
1898—1948. Zürich 1948.
- Hepp, Johannes: «Ignaz Thomas Scherr als Oberlehrer der Blinden- und Taubstummenanstalt Zürich und sein Aufstieg zum Seminardirektor und Neuschöpfer der Zürcher Volksschule, 1825—1832.»
Zürich 1925.

- Huber, Karl: «Schulgesetzgebung im Kanton Zürich.» In: «Geschichte der Zürcher Arbeiterbewegung.» Zürich 1948.
- Humm, Bruno: «Volksschule und Gesellschaft im Kanton Zürich.» Diss. Affoltern am Albis 1936.
- «Hundertundfünfzig Jahre Neue Zürcher Zeitung, 1780—1930.» Jubiläumsschrift. Zürich 1930.
- Hunziker, Fritz: «Der Erziehungsrat des Kantons Zürich, 1798—1948.» Zürich 1948.
- Hunziker, Otto: «Geschichte der schweizerischen Volksschule.» 3 Bde. Zürich 1881/82.
- «Handbuch der schweizerischen Schulgesetzgebung.» Zürich 1883.
- «Blätter zur Geschichte der zürcherischen Schulsynode, 1834—1884.» Zürich 1884.
- Keist, Robert: «Johann Caspar von Orelli.» Zürich 1933.
- Klinke, Willibald: «Ein Kampf für Bildung und Freiheit. I. Thomas Scherrs Erlebnisse im Zürichbiet 1825—1842.» Zürich 1940.
- Willibald Klinke und Iso Keller: «Johann Jakob Treichler, ein Lebensbild.» Herausgegeben von Adolf Streuli. Zürich 1947.
- Koller, Traugott: «Heinrich Grunholzer, Lebensbild eines Republikaners.» 2 Bde. Zürich 1876.
- Largiadèr, Anton: «Geschichte von Stadt und Landschaft Zürich.» 2 Bde. Erlenbach-Zürich 1945.
- Letsch, Hans: «Die Aufgaben- und Lastenverteilung zwischen Staat und Gemeinden im zürcherischen Schulwesen.» Diss. Zürich 1951. (Manuskript).
- Meister, Ulrich: «Die Entwicklung der liberalen Partei im Kanton Zürich.» Vortrag. Zürich 1909.
- Müller, Kurt: Bürgermeister Conrad Melchior Hirzel. 1793—1845. Ein Wegbereiter liberaler Politik in der Schweiz.» Zürich 1952.
- von Muralt, Anton: «Die Julirevolution und die Regeneration in der Schweiz.» Diss. Zürich 1948.
- von Muralt, Leonhard: «Zürich im Schweizerbund.» Zürich 1951.
- Nabholz Hans, von Muralt Leonhard, Feller Richard, Bonjour Edgar: «Geschichte der Schweiz.» 2 Bde. Zürich 1932—1938.
- Nabholz Hans, Gagliardi Ernst und Strohl Jean: «Die Universität Zürich 1833—1933 und ihre Vorläufer.» Band 3 der Festschrift zur Jahrhundertfeier.
- Nobs, Ernst: «Fünfundzwanzig Jahre Volksrecht, 1898—1923.» Jubiläumsschrift. Zürich 1923.
- Rinderknecht, Peter: «Der Eidgenössische Verein, 1875—1913.» Diss. Zürich 1949.
- Schenker, Ernst: «Die sozialdemokratische Bewegung in der Schweiz von ihren Anfängen bis zur Gegenwart.» Diss. Bern 1926.

- Schmid Hans: «Ulrich Meister, ein Zürcher Politiker.» Zürich 1925.
- Schneebeli, Jakob: «Hans Georg Nägeli, Lebensbild auf den hundertjährigen Gedenktag.» Zürich 1873.
- Schönenberger, Eduard: «Nekrolog für J. C. Sieber.» Päd. Beobachter im Kanton Zürich 1878. No. 78.
- Stauber, Emil: «Die Fabrikarbeit der schulpflichtigen Kinder und ihr Einfluß auf den Schulbetrieb im Kanton Zürich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.» Zürich 1911.
- Stettbacher, Hans: «Pestalozzi und Joh. Caspar von Orelli.» Zeitschrift Pestalozzianum 1931 No. 6.
- «Pestalozzi, H. G. Nägeli und die zürcherische Schulerneuerung von 1831.» Zeitschrift Pestalozzianum 1931 No. 1.
- «Die führenden Männer der 1830er Jahre.» Päd. Beobachter im Kanton Zürich 1932 No. 8—10.
- Sträuli, Hans: «Die Verfassung des eidgenössischen Standes Zürich vom 18. April 1869.» Winterthur 1902.
- Streuli, Jakob: «Der zürcherische Protestantismus an der Wende vom Liberalismus zur Demokratie.» Diss. Zürich 1948.
- Stüßi, Heinrich: «Referendum und Initiative im Kanton Zürich. 1869—1886.» Horgen 1886.
- Vögelin, Salomon: «Johann Caspar Sieber.» In: Hunziker, Geschichte der schweizerischen Volksschule, 3. Bd. Zürich 1882.
- «Volksschule und Lehrerbildung.» Festschrift zur Jahrhundertfeier der Zürcher Schulen, 1. Band. Zürich 1933.
(zit. Festschrift).
- Wegmann, Werner: «Ignaz, Thomas Scherr. Ein Kapitel zürcherischer Schulgeschichte 1830—1839.» Diss. Aarau 1941.
- Wettstein, Walter: «Die Regeneration des Kantons Zürich.» Zürich 1907.
- «Umriss zu einem Lebensbilde Ludwig Snells. Von einem seiner Freunde aus den dreißiger Jahren.» Frauenfeld 1854.
- Vögeli, Rudolf: «Aus der Geschichte der zürcherischen Presse.» Luzern 1925.
- Wittwer, Fritz: «Staatsschule und freie Schule.» Schweiz. Evangelisches Schulblatt 1947 No. 13 und 14.
- Zollinger, Friedrich: «Zum fünfundzwanzigjährigen Bestehen des Volksschulgesetzes des Kantons Zürich.» Neue Zürcher Zeitung 1929 No. 863 und 869.
- Zurlinden, Samuel: «Hundert Jahre Bilder aus der Geschichte der Stadt Zürich.» 2 Bde. Zürich 1915.

Lebenslauf

Ich wurde am 26. Januar 1917 in Zürich geboren. Nach dem Besuch von Primar- und Sekundarschule in Zürich trat ich in das kantonale Lehrerseminar in Küsnacht ein, wo ich 1936 das Patent eines zürcherischen Primarlehrers erwarb.

Nach einer längeren Lehrtätigkeit an verschiedenen Primarschulen des Kantons Zürich immatrikulierte ich mich an der Philosophischen Fakultät I der Universität Zürich und bestand im Herbst 1942 die Fähigkeitsprüfung als Sekundarlehrer sprachlich-historischer Richtung.

Seit 1945 als Sekundarlehrer in Zürich gewählt, nahm ich im Herbst 1949 das Studium an der Universität wieder auf und widmete mich speziell dem Studium der Geschichte, der deutschen Literatur und der Journalistik.

Die mündliche Doktorprüfung fand am 6. Dezember 1952 statt.

